Themen und Materialien für Journalisten

Wahlen 4



Impressum

Die Herausgeber
Ewald Gerding, Chefredakteur Neue Osnabrücker Zeitung
Jürgen Haar, Chefredakteur Sindelfinger Zeitung
Heinrich Meyer, Herausgeber der Neuen Ruhr/Neuen Rhein Zeitung
Michael Reinhard, Chefredakteur Main-Post
Thomas Satinsky, Chefredakteur Südkurier
Susanne Schaefer-Dieterle, freie Journalistin
Dr. Uwe Zimmer, Chefredakteur Neue Westfälische

Bonn 2008
Themen und Materialien für Journalisten

Fachbereich Multimedia / Journalistenprogramm
Adenauerallee 86
53113 Bonn

3. überarbeitete Auflage
Redaktion und Gesamtkonzeption
Robert Domes, Berthold L. Flöper
Mitarbeit: Patricia Dudeck, Andreas Braun

Visuelle Konzeption
cleeves media, Meckenheim

Fotos ©:
Die Fotos der Autorinnen und Autoren wurden von diesen gestellt; bpb, 16; cleeves media, 7; Europäische Gemeinschaften, 101; Picture-Alliance/dpa: Uwe Anspach, 137; Gero Breloer, T. l; CHROMORANGE, 153; Uli Deck, 146; Arne Dedert, 37; Pascal Deloche/GODONG, 111; Peter Endig, 104; Michael Hanschke, 157; Matthias Hiekel, 55, 116; Ralf Hirschberger, 31, 146; Michael Kappeler, 143; Ulrich Perrey, 17, 79; Wolfram Steinberg, 129; Miguel Villagran, T.r.; Armin Weigel, 27; Uwe Zucchi, 26, 90.

Zeitungs-Beispielseiten ©:
Die jeweils genannten Zeitungen und Verlage

Druck
Bonifatius Druck-Buch-Verlag GmbH, Paderborn

Wir bedanken uns bei allen Institutionen und Personen für die Abdruckerlaubnis. Wir haben uns bemüht, alle Copyright-Inhaber und -Inhaberinnen ausfindig zu machen und um Abdruckgenehmigung zu bitten. Sollten wir eine Quelle nicht oder nicht vollständig angegeben haben, so bitten wir um Hinweise an die Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn. Die Redaktion.

Redaktionsschluss: Oktober 2008

ISBN: 978-3-89331-905-3

Inhalt

Inhalt

Inhalt

Kapitel 6: Rechtsaußen, Linksaußen

Kapitel 7: Presserecht

Kapitel 8: Service

Ein technischer Hinweis:

Das Buch und ergänzende Artikel- und Videobeispiele befinden sich auf der beiliegenden DVD.
Der Zugriff darauf ist über einen Computer mit CD-/DVD-Laufwerk möglich. Die PDF-Dateien mit den Namen „wahlen.pdf“ und die Artikelbeispiele sind auf der DVD in dem Ordner „pdf_dokumente“ abgelegt. Diesen können Sie über das Dateiverzeichnis Ihres Betriebssystems öffnen. Dazu benötigen Sie das kostenlose Programm Adobe® Acrobat Reader®
(Downloadmöglichkeit: *http://www.adobe.com/de/products/acrobat/readstep2_allversions.html).*

Bitte beachten Sie, dass nach dem Einlegen der DVD eventuell ein auf Ihrem Computer installierter Mediaplayer starten könnte. Die Videobeispiele lassen sich mit den üblichen Mediaplayern abspielen.



Vorwort

Damit die Wahl gelingt

Beiträge und Beispiele für eine lesernahe Wahlberichterstattung

Berichterstattung zu Wahlen zählen für viele Lokaljournalisten nicht zu den beliebtesten Übungen. Das Thema riecht geradezu nach Floskeln und Stammtischreden, nach PR-Maschine und Plakatschlacht, nach Kandidaten, die sich entweder anbiedern oder Druck auf die Redaktion ausüben. Hinzu kommt, dass viele Wahlkampfthemen oft spröde und schwer vermittelbar erscheinen. Dennoch ist jede Wahl für Journalisten und Journalistinnen eine Herausforderung und Chance zugleich.

Im kommenden Jahr werden die Redakteurinnen und Redakteure in Deutschland reichlich und auf allen Ebenen mit Wahlkämpfen zu tun haben. 2009 stehen die Wahlen zum Europaparlament und für den Bundestag an. Außerdem werden vier Landtage – Brandenburg, Thüringen, Sachsen, Saarland – und in acht Bundesländern Kommunalparlamente gewählt. Wahlen und Wahlkämpfe sind also eine feste Größe im Redaktionskalender für das nächste Jahr und werden hohe Ansprüche an die journalistische Arbeit stellen. Doch wenn neben der Pflicht auch die Kür ihren Platz bekommt, Geschichten bürgerfreundlich und lesernah aufbereitet werden können, macht Berichterstattung Spaß – den Journalisten und Journalistinnen und auch dem Publikum. Dies zu vermitteln ist eines der Ziele dieses neu überarbeiteten Themen- und Materialienbandes (TuM) der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb. Die Beiträge und Beispiele zeigen, worauf es ankommt, damit die Wahlberichterstattung informativ und unterhaltsam gelingt.

Organisation und Vorbereitung auf der einen Seite und ungewöhnliche und kreative Ideen auf der anderen Seite sind Grundlage einer erfolgreichen Wahlberichterstattung. Sie bilden den Schwerpunkt des Bandes: Wie bereite ich mich auf Wahlen vor, wann sollte die Planung beginnen? Wie setze ich die Themen spannend, anschaulich und leserfreundlich um? Was muss getan werden, um die redaktionelle Unabhängigkeit zu wahren? Die dargestellten Beispiele wurden nicht vorrangig nach Aktualität ausgewählt, sondern nach Originalität. Denn: Themen kommen und gehen, aber gute Ideen kommen nie aus der Mode.

In diesen Band aus der bpb-Reihe Themen und Materialien eingeflossen sind Erfahrungen aus mehr als 30 Jahren Lokaljournalisten-Programm der bpb. Die Struktur dieses Heftes orientiert sich an der „politischen Rangfolge“ der Wahlen, von der Kommunalwahl über Land- und Bundestag bis zu den Europawahlen. Außerdem gibt es allgemeine Tipps und Informationen, wie Redaktionen sich und ihre Arbeit noch besser organisieren können, hinzu kommen Handlungspläne und Fragenkataloge und jede Menge praktische Tipps für den journalistischen Alltag. Extra-Kapitel befassen sich mit extremistischen Parteien, mit der crossmedialen Umsetzung von Beiträgen und mit der juristischen Seite des Wahlkampfs. Zu den Beiträgen sind Internet-Links aufgelistet, die helfen, das Thema zu vertiefen oder zusätzliche Informationen zu bekommen. Weitere Anregungen finden sie in den Angeboten und im umfangreichen Archiv der bpb und der „drehscheibe“, die im Serviceteil dieses Bandes vorgestellt werden – damit die Redaktionen im „Superwahljahr“ Chef im Ring bleiben und nicht von Wahl-PR-Wellen überrollt werden.

Ich danke allen Lokalredaktionen und Autoren, die durch ihre Mitarbeit diesen Band ermöglicht haben. Und ich danke besonders Robert Domes, selbst lange Jahre Lokalredakteur und jetzt freier Journalist, der dem Lokaljournalistenprogramm seit vielen Jahren aktiv verbunden ist. Er hat das Konzept der ersten Auflagen weiterentwickelt und mit Sachverstand in die redaktionelle Tat umgesetzt.

Thomas Krüger,
Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung

PLANUNGS-HILFEN

FÜR DIE REDAKTION

Kapitel 1: Planungshilfen für die Redaktion

Dirk Lübke ist Chefredakteur der Zeitungsgruppe Lahn-Dill



So bleiben Lokalredaktionen souverän

Mit Konzept und Richtlinien durch den Wahlkampf

In Wahlkampfzeiten haben Politiker und Öffentlichkeitsarbeiter Konjunktur. Pressemitteilungen zu allem und nichts überfluten Redaktionen auf allen herkömmlichen und elektronischen Kanälen. Parteien und Politiker glauben, dass auch mehr Notiz von ihnen in der Zeitung und dazugehörigen Medien genommen werden muss. Der Drahtseilakt für die Journalisten beginnt. Dirk Lübke, Chefredakteur der im mittelhessischen Wetzlar neun Ausgaben herausgebenden Zeitungsgruppe Lahn-Dill, erläutert, warum er ein Monate vorher geplantes, organisiertes und kommuniziertes Wahlberichterstattungskonzept für wichtig und richtig hält – und trotzdem Politiker aus den Wahlkreisen im Verbreitungsgebiet der Zeitung die Chance bekommen, sich und ihre Anliegen zu zeigen und zu formulieren.

Zu den ursprünglichen und wichtigsten Aufgaben der Journalisten gehört, als Mittler und Vermittler zwischen Politik und Gesellschaft aufzutreten. Dies ist eine in Wahlkampfzeiten besonders schwierige Aufgabe. Werbe- und Wahlkampfstrategen aus den Parteizentralen – aber auch in der Provinz – haben über die Jahre ihren Umgang mit Medien professionalisiert, suchen und finden immer wieder neue Wege zur Instrumentalisierung von Zeitungen und anderen Medien. Und im Zweifel werden Millimeter gemessen und Zeilen peinlich genau nachgezählt. Müssen Journalisten saft- und kraftlos ihr Feld räumen und sich in Wahlkampfzeiten als Sprachrohr parteipolitischer Standardfloskeln und von Kampagnen missbrauchen lassen?

Agieren statt reagieren

Grundsätzlich haben Redaktionen die Wahl und können sich entscheiden zwischen: 1. Alles von Politikern und Parteien Mitgeteilte in Vor- und Wahlkampfzeiten abzudrucken. 2. Monate vor Wahlen intern und extern klarzumachen, was mit ihnen zu machen ist – und was nicht.

Das erste Modell ist auf den ersten Blick für Redaktionen bequem und weniger arbeitsintensiv und fördert das Reagieren anstelle des Agierens. Das zweite Modell hingegen fordert journalistische Aktivitäten. Wir in Wetzlar und Mittelhessen haben uns entschieden, den zweiten – also den aktiven – Weg zu gehen. Für die Wahlkreiskandidaten hieß das, sich mit Kontingenten und Gleichbehandlung anfreunden zu müssen. Doch auch hier muss behutsam und durchdacht abgewogen werden. Zum Beispiel mit den Fragestellungen: Wann schränken Redaktionen ihre Souveränität eher ein, wann vernachlässigen sie ihre Informationspflicht gegenüber dem Leser?

Selbstverständlich müssen Redaktionen abseits von Kontingenten und Verabredungen weitere eigene Entscheidungen treffen, wenn plötzlich und unerwartet der politische Wahlkreisgegner von einem Mitbewerber skandalisiert wird. Hier gilt natürlich die journalistische Kernregel: Prüfen, vertiefen, veröffentlichen – oder eben verwerfen.

Die Vorbereitung

Am Beispiel der hessischen Landtagswahl vom 27. Januar 2008 wird hier das Vorgehen unserer Redaktionen und des Verlags erläutert.

- In den Monaten Juli und August 2007 sind in redaktionellen Konferenzen die inhaltlichen Ideen sowie konzeptionelle Rahmenbedingungen besprochen und festgelegt worden. Das Erarbeiten des Konzepts hat sich weitestge-

hend orientiert an redaktionsintern entwickelten Vorstellungen, gepaart mit Erfahrungen und Ideen anderer Zeitungen und Medien.

- Dieses Konzept ist in Details aufgeschrieben worden – aufgeteilt nach Zuständigkeiten zwischen Mantel, Lokales und Online. Die Erscheinungstermine der Beiträge sowie Autoren sind festgelegt worden, dazu inhaltliche Vorgaben skizziert oder genau gemacht worden.
- Im August 2007 – also etwa sechs Monate vor dem Wahltermin – sind von der Chefredaktion schriftliche Einladungen an alle im Verbreitungsgebiet für den Landtag kandidierenden Politiker von SPD, CDU, Grüne, FDP sowie Freie Wähler (FW) und Linke geschickt worden mit der Bitte, zur Vorstellung unseres Wahlberichterstattungskonzeptes am 24. Oktober in unser Pressehaus zu kommen.
- Zum Termin ins Pressehaus sind dann nahezu alle Geladenen gekommen. Die Zusammenkunft am 24. Oktober hat etwa zwei Stunden Zeit beansprucht. An dem Termin konnten aktuelle Porträtfotos und auch andere Fotos von den Kandidaten gemacht werden, die dann für die laufende Berichterstattung zusätzlich genutzt werden konnten. Dazu wurde jedem Kandidaten ein gehefteter Ausdruck des Konzepts (bereinigt um einige für Konkurrenzzeitungen interessante Anregungen) ausgehändigt und zuvor von Chefredaktion und Ressortleitern erläutert.

- Die Inhalte des Konzepts sahen eine intensive Selbstbeteiligung der Wahlkreiskandidaten vor:
  - Die Kandidaten benennen auf einem vorgefertigten Kupon ihre jeweils fünf Favoriten bei Internet-Adressen, Büchern und politischen Persönlichkeiten.
  - Sie schreiben einen in seiner Maximallänge vorgegebenen Text über sich und bekommen die Chance, ihren Weg in die Politik, Vorlieben, Neigungen, Erfahrungen, Enttäuschungen zu schildern, angereichert durch symbiotische Fotos, also der leidenschaftliche Radfahrer auf dem Rad, der Sonnenblumenfreund in einem Sonnenblumenfeld.
  - Sie sollten sich in einem ebenfalls vorgefertigten Fragebogen zu Nebentätigkeiten wie Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Vereinen, Verbänden und Ähnliches äußern bzw. die Wähler darüber informieren.
  - Zu lokal-regionalen Themen – etwa Straßenbau, Schulausstattung, Förderung sozialer Einrichtungen – wurden die Kandidaten ausführlich befragt und deren Antworten übersichtlich auf Sonderseiten abgedruckt.

Vorgaben für Termine

Ein Kernpunkt der Verabredung mit den in den Wahlkreisen des Verbreitungsgebiets antretenden Politikern war, dass diese eine Anzahl von Terminen und Veranstaltungen benennen konnten, über die dann in jedem Fall die Redaktion in Wort und Bild berichtete. Hier war das Ziel der Redaktion, den Kandidaten ein Forum der Selbstdarstellung und Schwerpunktsetzung zu geben. Wir haben es hier so gehandhabt, dass die Kandidaten von CDU und SPD pro Wahlkreis vier Termine/Veranstaltungen, die Vertreter der Freien Wähler, Linke, der FDP und Bündnis 90/Der Grünen zwei Termine und Veranstaltungen benennen konnten, über die dann auch garantiert berichtet wurde.

Alle Kandidaten hatten die Vorgabe, bis zum 30. November, also etwa acht Wochen vor dem Wahltermin am 27. Januar 2008, ihre Termine schriftlich den Redaktionen per Formular, welches beim Zusammentreffen im Oktober ausgehändigt wurde, zukommen zu lassen. Wer sich nicht an diese Vorgaben gehalten hat, über den wurde zwar berichtet, aber lediglich in kleinerem Umfang.

Verzicht auf Podiumsdiskussionen und Home-Storys: Auf Podiumsdiskussionen mit mehreren im Wahlkreis antretenden Kandidaten haben wir verzichtet, weil die Moderation mit sechs Bewerbern keine differenzierten inhaltlichen Positionierungen zulässt und weil nur schwer eine klassische Frage/Gegenfrage-Situation auftritt. Außerdem haben wir die Erfahrung gemacht, dass bei Podiumsdiskussionen mit Vertretern mehrerer Parteien die Stimmung im Saal vor allem davon abhängt, wer

Mittwoch, 28. November 2007 — Landtagswahl 2008 — 13

In eigener Sache



Landtagswahl in Hessen

Alle wollen Aufmerksamkeit

Von Dirk Lübke
(0 64 41) 95 95 95
d.luebke@mittelhessen.de

In Wahlkampfzeiten stehen Politiker und Öffentlichkeitsarbeiter unter Dampf. Jeder will sich zu allem Gehör verschaffen – mal mit wirklichen Neuigkeiten, mal mit Altem in neuer Verpackung. Geplapper, Versprechungen, Propaganda, Gestaltungsabsichten und Inhalte wetteifern um die öffentliche Aufmerksamkeit. Journalisten sind für alle diese guten und schlechten Absichten in Wahlkampfzeiten eine willkommene Adresse, weil wir für die Politik die wichtigsten und wirkungsvollsten Transporteure aller guten und schlechten Absichten sein sollen. Ein Weg, um nicht abzusaufen zwischen Willkür und Begehrlichkeiten, sind redaktionelle Richtlinien und Verabredungen. Darin wird festgehalten, was mit Zeitungen in Wahlkampfzeiten machbar ist – und was nicht. Diese Zeitung arbeitet – wie einige andere in Deutschland auch – mit einem klaren Konzept, also mit Richtlinien und Verabredungen. Diese sind für jeden jederzeit einsehbar, für alle nachprüfbar, den Politikern vor Wochen an die Hand gegeben – und Ihnen, den Leserinnen und Lesern – heute hier auf dieser Seite vorgestellt. Fairness, Ausgewogenheit und Informationspflicht stehen dabei für uns an erster Stelle. Damit Sie verlässlich wissen, woran Sie sind.

SONDERHEFT KLÄRT AUF

Schulen haben die Wahl

Die Schulen im Verbreitungsgebiet dieser Zeitung haben im Oktober 2007 schriftlich ein kostenloses Extra-Angebot dieser Zeitung erhalten: Für den Unterricht, zur Einstimmung und Vorbereitung auf die Wahl, hat diese Zeitung ein 16-seitiges Sonderheft im handlichen Kleinformat erarbeitet. Dieses Heft erklärt vor allem, wie Landespolitik funktioniert, welche Aufgaben sie hat, wer Hessen wann regierte, welche Rolle das Internet spielt, warum um kurz nach 18 Uhr schon erste Hochrechnungen vorliegen, was Wahlforscher sagen. Die mittelhessischen Wahlkreise werden als Landkarte gezeigt – mit den jeweiligen Wahlkreis-Spitzenkandidaten und den Wahl-Ergebnissen von 1999 und 2003.



Welche Kompetenzen haben die Bundesländer, welche Regierungsbezirke, Landkreise, Gemeinden? Roland Koch und Andrea Ypsilanti beziehen in einem „unpolitischen" Interview Stellung. Was steht in den Programmen der Parteien? Wofür und wogegen stehen sie, was ist unklar? Und das Heft enthält auch einen großen Rätselteil, der Mitmacher mit Gewinnchancen von Eintrittskarten lockt – Konzertkarten für Roger Cicero sind die Belohnung für zehn richtige Antworten. Das Heft wird Anfang Dezember in alle Schulen im Verbreitungsgebiet dieser Zeitung gehen, die vorher den Bestellkupon aus dem Info-Brief vom Oktober 2007 ausgefüllt an diese Zeitung zurückgeschickt haben. Dieses Angebot an Schulen ist kostenlos und soll Lehrern und Schülern Alternativen im Schulunterricht in Verbindung mit der Landtagswahl ermöglichen. Die Zeitungsabonnenten erhalten dieses Heft kostenlos eine Woche vor dem Wahltermin, der Zeitung beigelegt.

Konzept schafft Klarheit

Berichterstattungs-Programm dieser Zeitung ist Landtagsbewerbern vorgestellt

Von Dirk Lübke (0 64 41) 95 95 95
d.luebke@mittelhessen.de

Wetzlar. Hessen wählt. Am 27. Januar 2008 entscheiden Sie über die Zusammensetzung des neuen Landtags in Wiesbaden. Für die kommenden fünf Jahre geben Sie als Wähler Männern, Frauen und Parteien mit Erst- und Zweitstimme einen Auftrag, ein Mandat. Die Mitarbeiter dieser Zeitung haben für die Berichterstattung ein umfangreiches Konzept erarbeitet – für jeden Interessierten einsehbar. Es orientiert sich maßgeblich an Empfehlungen der Bundeszentrale für politische Bildung.

Die Bundeszentrale ist auch Ideen- und Ratgeber für eine Fülle weiterer Tageszeitungen in Deutschland – von Flensburg bis Freiburg, von Cottbus bis Cochem. Das Konzept soll Ihnen, den Leserinnen und Lesern, bei der Meinungsbildung und Wahlentscheidung behilflich sein. Es ist den Kandidaten von CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Grüne, Freien Wählern und „Die Linke" im Verlagshaus dieser Zeitung in Wetzlar im Oktober ausgehändigt worden. Sie als Leserinnen und Leser erhalten – nachvollziehbar und detailliert – heute Einblicke in das Konzept. Sie erfahren, was diese Zeitung macht oder schon gemacht hat. Wir informieren Sie ausgewogen über Kandidaten, Inhalte, Kurioses, Wahlmöglichkeiten und vieles mehr.

Das Programm im Überblick:

- Begleitung der beiden hessischen Spitzenkandidaten, Roland Koch und Andrea Ypsilanti, einen Tag lang im Wahlkampf.
- Überprüfung von „Versprochen – Gebrochen"? Was die Regierung Koch umgesetzt hat und was nicht.
- Kurzportraits aller Mitglieder des Kabinetts und des Schattenkabinetts.
- Interview mit einem Politologen zur Bedeutung der Landtagswahlen mit der Fragestellung: „Wie könnte man die Begeisterung der Wähler steigern"?
- Optische Darstellung des aktuellen Kabinetts Koch und des Schattenkabinetts von Andrea Ypsilanti.
- Sieben nicht politisch-inhaltliche Fragen an sechs Spitzenpolitiker.
- Portrait der ersten Frau im hessischen Nachkriegslandtag, die heute noch lebt.
- Landtags-Wahlplakate im Vergleich der Jahrzehnte.
- Darstellung der Wortbeiträge sowie der großen und kleinen Anfragen von aktuellen Abgeordneten.
- Berichte über Roland Koch und Andrea Ypsilanti in eher privatem Umfeld.
- Weblog zu aktuellen landespolitischen Fragestellungen.
- Im Magazin „Gesund!" werden die sechs Spitzenkandidaten auf ihre sportlichen Betätigungen befragt.
- Die Jugendredaktion „X@ct" wird mit den Gesichtern der Spitzenkandidaten Rätsel aufgeben.

In den Lokalredaktionen dieser Zeitung in den Landkreisen Limburg-Weilburg, Lahn-Dill-Kreis und Marburg-Biedenkopf werden folgende Akzente gesetzt, die dann auch in den Lokalteilen zu lesen sein werden:

- Politiker benennen ihre Favoriten bei Internetadressen, Büchern und Persönlichkeiten.
- Zu lokalen und regionalen Themen – etwa Straßenbau, Schulausstattung, Förderung sozialer Einrichtungen – werden die Wahlkreiskandidaten ausführlich befragt und deren Antworten übersichtlich auf Sonderseiten abgedruckt.
- Die Wahlkreis-Kandidaten von CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Grüne, Freien Wählern und „Die Linke" schreiben einen kurzen Text über sich selbst und bekommen die Chance, sich vorzustellen mit Vorlieben, Neigungen, Erfahrungen, Enttäuschungen, politischem Werdegang und der Motivation für Politikarbeit.

Veranstaltungen der Kandidaten und Parteien stehen im Terminkalender

- In aussagekräftigen Grafiken werden die Wahlkreisergebnisse der vorigen Landtagswahlen dargestellt.
- Die wechselvolle Geschichte des Wahlkreises seit der ersten hessischen Landtagswahl wird beschrieben.
- Den Kandidaten sollen sich in einem Fragebogen zu Nebentätigkeiten wie Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Vereinen, Verbänden u.a. äußern bzw. die Wähler darüber informieren.
- In einigen Lokalausgaben werden gegensätzliche Positionen zusammengeführt, also trifft etwa auf Vermittlung der Redaktion ein führendes Mitglied des Arbeitgeberverbandes auf einen Kandidaten von „Die Linke".
- In den täglich erscheinenden Terminkalendern der Lokalredaktionen wird in der Rubrik „Wahlveranstaltungen" jede Veranstaltung – außer Infostände – mit Ort und Zeit angekündigt. Voraussetzung ist, dass die Redaktion schriftlich informiert worden ist.

LANDTAGS-WAHL
AM 27. JANUAR 2008



Vor dem Pressehaus dieser Zeitung in Wetzlar stellten sich die Landtagskandidaten aus sechs mittelhessischen Wahlkreisen zum Gruppenfoto auf. Einige aktuelle Abgeordnete – wie etwa Finanzminister Karlheinz Weimar (CDU) aus Limburg-Weilburg oder Frank Gotthardt (CDU) aus Marburg-Biedenkopf – schickten wegen einer zweitgleichen Klausurtagung Vertreter. (Foto: Vetter)

So lauten die Verabredungen

Die im Landtag vertretenen Parteien sowie Freie Wähler und „Die Linke" bzw. deren Spitzenkandidaten bekommen die Möglichkeit, Veranstaltungen zu benennen, über die diese Zeitung in jedem Fall in Wort und Bild berichten wird. Die Kandidaten sollen dabei die Gelegenheit haben, die nach ihrer Meinung wichtigsten Veranstaltungen zur Selbstdarstellung und zum Transport von Inhalten in die Öffentlichkeit zu bringen.

- CDU und SPD: Hier sollen die Kandidaten aus einem Wahlkreis der zuständigen Redaktion dieser Zeitung jeweils vier Termine/Veranstaltungen benennen, über die dann auch garantiert berichtet wird.
- FDP, Bündnis 90/Grüne, „Die Linke", Freie Wähler: Hier sollen die Kandidaten aus einem Wahlkreis der Redaktion jeweils zwei Termine/Veranstaltungen benennen, über die dann auch garantiert berichtet wird.
- Die zu benennenden Termine/Veranstaltungen müssen in dem Zeitraum vom 1. Dezember bis Mittwoch, 23. Januar, liegen.
- Die Kandidaten sind gebeten, ihre Termine/Veranstaltungen bis zum 30. November in den Lokalredaktionen schriftlich bekannt gemacht zu haben. Ein entsprechendes Formular ist beim Besuch dieses Verlagshauses im Oktober ausgehändigt worden. Dieses ist bis 30. November in die Redaktion zurückzusenden.
- Die Übergabe von Bewilligungsbescheiden und weitere in den Wochen vor einer Wahl überbrachten guten Taten finden ab dem 1. Dezember 2007 in dieser Zeitung fotografisch nur ohne Landtagskandidaten statt – es sei denn, der Kandidat hat direkt etwas mit einem Bewilligungsbescheid zu tun.

Konzept schafft Klarheit

Das redaktionelle Konzept erklärt die Zeitungsgruppe Lahn-Dill vor den Wahlen nicht nur den Parteien und Kandidaten, sondern auch ausführlich den Lesern.

seine Mitglieder am besten mobilisieren kann und diese in den ersten Reihen platziert.

Als Form öffentlicher Diskussion haben wir hier nur Diskussionsrunden mit jeweils zwei Kandidaten zugelassen – nämlich mit dem Direktkandidaten der SPD und der CDU im Zwiegespräch vor Publikum, moderiert von uns. Darüber hinaus haben wir Redaktionsgespräche arrangiert, in denen Politiker mit ihrer bekannten Grundhaltung auf gegensätzliche Menschen aus dem öffentlichen Leben trafen. Also setzte sich z. B. die Grünen-Kandidatin des Lahn-Dill-Kreises in einem von der Redaktion moderierten Zwiegespräch mit dem Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes der Region auseinander. Hier konnten inhaltliche Unterschiede herausgearbeitet und der Leserschaft vorgestellt werden.

Im Mantel

- Im überregionalen Teil der Zeitung wurde die Landesregierung mit Fragestellungen wie „Versprochen-gebrochen“ konfrontiert,
- Spitzenkandidaten einen Tag lang begleitet,
- die erste Frau im hessischen Nachkriegs-Landtag portraitiert,
- Landtagswahlplakate im Vergleich der Jahrzehnte dargestellt,
- sieben nicht politisch-inhaltliche Fragen an die sechs Spitzenpolitiker in Hessen gestellt,
- das aktuelle Kabinett und das Schattenkabinett vorgestellt,
- Politologen zu Möglichkeiten höherer Wahlbeteiligung interviewt,
- das Sach- und Sprechregister des Landtags nach der politischen Beteiligung (große, kleine Anfragen etc.) der bekanntesten hessischen Politiker abgefragt,
- in aussagekräftigen Grafiken frühere Wahl-Ergebnisse dargestellt.

Die ebenfalls erstellte „Wahl-Beilage“, die zwei Monate vor dem Wahl-Termin im Schulunterricht eingesetzt wurde und als Zeitungsbeilage die Abonnenten wenige Tage vor dem Wahltermin erreichte, wird in einem gesonderten Beitrag in diesem Band vorgestellt.

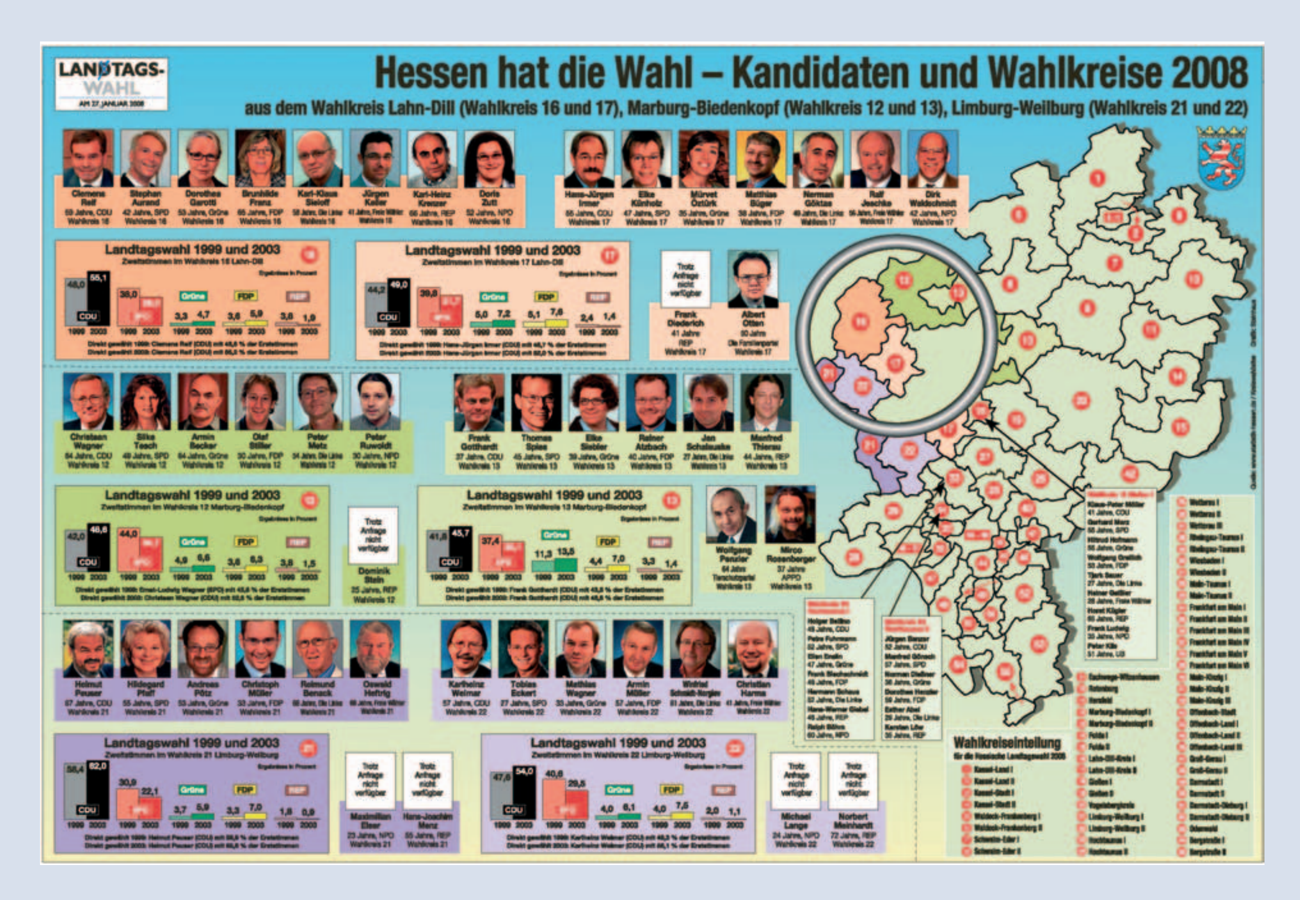
Crossmedia

Neben den Planungen im überregionalen und im Lokalteil sind auch die tägliche Jugendseite x@ct sowie das monatlich erscheinende Sonderheft „Gesund!“ einbezogen worden. Auf der Jugendseite gab es zum Beispiel Politikergesichter-Rätsel, das „Gesund!“-Magazin erläuterte die sportlichen Fähigkeiten hessischer Spitzenpolitiker. Der nahezu tägliche Weblog zu aktuellen politischen Fragen – etwa die Kampagne des amtierenden Ministerpräsidenten Roland Koch (CDU) zur Jugendkriminalität – rundete das Konzept und Angebot an Leser ab.

Interne und externe Kommunikation: Den Lesern unserer Zeitungen ist das Wahlberichterstattungskonzept ausführlich auf einer Sonderseite Ende November 2007, also etwa zwei Monate vor der Wahl, vorgestellt worden; dazu ist es während der gesamten Vorwahlkampfzeit im Internet abrufbar gewesen. Das Konzept diente den Redaktionen und Mitarbeitern vor allem dazu, bei Anfragen seitens der Politik oder anderer Interessierter verlässliche Antworten, Hinweise und Erläuterungen geben zu können. Es lässt uns als Redaktion und als Verlag mit einer Stimme sprechen – nach innen wie nach außen. Diese nachprüfbare Verlässlichkeit ist in aller Regel hilfreich gegen die Begehrlichkeiten der Politik, Sonderbehandlung zu verlangen oder Redaktionen – aufgrund unterschiedlicher Argumentationen – gegeneinander ausspielen zu können.

Auch allen anderen Abteilungsleitern im Verlag ist das Berichterstattungskonzept ausgehändigt worden, um entsprechende Argumentationshilfe zu haben. Mit diesem klaren Konzept, viele Monate vor der Wahl erarbeitet und einige Monate vor der Wahl intern und extern verkündigt, lassen sich viele Reibungsflächen verkleinern oder unterbinden.

Manchmal hilft den Wahlkreiskandidaten auch ein wenig Nachhilfeunterricht über die Rolle der Medien in der Gesellschaft oder der Hinweis auf das Grundgesetz. Denn – und das muss klar sein: Auch verlässliche Verabredungen halten Politiker nicht davon ab, auf verschiedenen Kanälen außer-



Hessen hat die Wahl

Eine Übersicht über alle Wahlkreise und alle Kandidaten brachte die Zeitungsgruppe Lahn-Dill vor der Landtagswahl 2008, zusammen mit Infos aus den vorangegangenen Wahlen.

ordentliche Begehrlichkeiten geltend machen zu wollen. Wichtig ist: Fordern Sie von Ihren Mitarbeitern, dass sie das Konzept kennen, es verstehen und tragen und nach innen und außen verteidigen. Denn nur gute Vorbereitung ist hilfreich in Auseinandersetzungen um die Behandlung von Wahlkampfthemen.

Der Weg ohne Redaktion

Wie selbstverständlich wählen einige Politiker auch den Weg über die Redaktion hinaus und versuchen, sich und ihr Anliegen über den Verleger im Blatt zu positionieren. Spätestens jetzt wird sich zeigen, ob die Redaktion mit standhaften Chefredakteur und Verleger rechnen kann, die kerzengerade dem starkem Druck der Politik Widerstand leisten. Das freut dann die Lokalredaktion und den Leser, der nicht die mit „unabhängig und überparteilich" getarnte Parteipostille vor sich hat, sondern die souveräne und überparteiliche Tageszeitung.

Bei der Zeitungsgruppe Lahn-Dill haben einige Leser auf die Veröffentlichungen des Konzepts reagiert und sich für die Klarheit und Offenlegung bedankt. Die beteiligten Politiker haben in aller Regel gesagt, dass sie ein solches Konzept für Klarheit, Ausgewogenheit und Berechenbarkeit gut finden, weil es ihnen ja auch zusichert, in vorgegebenem Rahmen ihre Sicht der politischen Dinge und auch ihre menschlichen Seiten einer Öffentlichkeit zeigen zu können.

„Demokratie ist die verwundbarste unter den politischen Ordnungen, leicht zerbrechlich und stets gefährdet. Noch steht das Fundament, aber die Risse im Gebälk werden deutlicher und sie werden immer länger, immer breiter, wenn nichts unternommen wird, um den Ursachen beizukommen." (Rudolf Wassermann: Die entfremdete Demokratie, Problemanzeigen und Denkanstöße) Kern jeder Demokratie ist die Teilhabe. Und darum müssen auch wir – die Journalisten – unsere Vermittlungsfunktion zwischen Politik und Gesellschaft immer wieder neu ernst nehmen. Wir dürfen nicht die Esel sein, die sich vor jeden Wahlkampf-Karren spannen lassen. Besonders in Zeiten ausufernder Kommunikation auf immer mehr Kanälen ist es umso mehr notwendig, klare Kommunikationsregeln miteinander – hier zwischen Lesern, Politik-Kandidaten und Redaktionen – zu formulieren und damit zu arbeiten.

Kontakt
Dirk Lübke
Chefredakteur Zeitungsgruppe Lahn-Dill
Telefon: 06441 959595
E-Mail: d.luebke@mittelhessen.de

Paul-Josef Raue ist Chefredakteur der Braunschweiger Zeitung



Kapitel 1

Plädoyer gegen das alltägliche Chaos

Umsichtige Organisation sorgt für Zufriedenheit bei Kollegen und Lesern

Wenn die Parteien mit ihren Vorbereitungen für eine Wahl beginnen, dann muss die Organisation der Redaktion stehen – in der Regel also ein Jahr zuvor. „Unmöglich!“, protestieren viele Lokalchefs und verweisen auf die knappe Besetzung: „Ich bin froh, wenn wir morgens ein paar Minuten finden, um gemeinsam den Tag planen zu können.“ Andere haben wohl eine Planungskonferenz für Themen und Termine der nächsten Woche, doch der Blick über zwölf Monate hinaus provoziert auch bei ihnen nur Kopfschütteln. Schließlich könne so viel Unvorhersehbares passieren. Paul-Josef Raue sieht in langfristiger Planung und Organisation dagegen ein geeignetes Mittel, um Freiräume in der Redaktion zu schaffen.

Dem Charme des Chaos erliegen viele Lokalredakteure: Organisation ist wenig beliebt. Planung wird auf das Notwendigste beschränkt, um den Redaktionsschluss einzuhalten und keinen Dauerkonflikt mit der Technik vom Zaun zu brechen. Der ständige Kampf gegen die Zeit, begleitet von Hektik, geht nicht nur zu Lasten der Qualität der Zeitung, sondern auch auf die Nerven, den Kopf und den Magen. Stress herrscht und Angst greift um sich.

Arbeitsplan erstellen

Psychologen kennen diese Angst und empfehlen – besonnene und langfristige Planung! Nur so können wir vernünftig mit unserer Angst fertig werden:

„Wir sollten all das, was noch zu tun ist, in kleine Ziele aufteilen, für die wir uns fragen: Wie und in welcher Zeit sind sie zu erreichen? Am besten machen wir das mal wieder alles schriftlich. So kommen wir zu einem – wir können sagen – Arbeitsplan.“

Die beiden Psychotherapeuten Dr. Wolfgang Rost und Angelika Schulz hören in ihrer Praxis von der Angst, nicht mehr genug Zeit zu haben. Sie geben ihren Hinweis mit dem Arbeitsplan für alle, denen die Zeit wegläuft vor Prüfungen, Vorträgen oder einem Termin mit dem Chef. Jeder kann den Ängsten mit Verstand beikommen – und mit Organisation. Diese Tipps halten die Psychologen bereit:

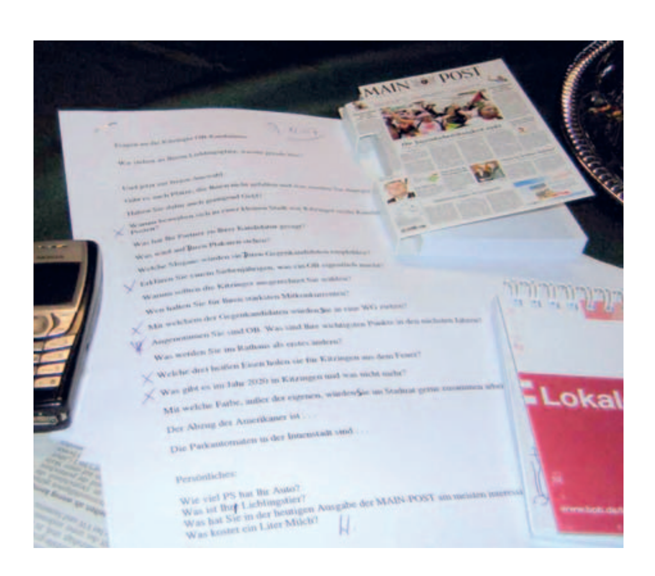
„Der Arbeitsplan muss so konkret und realistisch wie möglich sein und alle bis zu dem betreffenden Ereignis verbleibenden Tage einschließen. Das bedeutet:

- dass wir uns für einen Tag nur das vornehmen, was wir nach unserer Erfahrung auch tatsächlich schaffen können,
- festhalten, an welchen Wochentagen wir was vorbereiten,
- an welchen Wochentagen wir uns wie lange mit der Sache beschäftigen,
- an welchen Tagen wir uns wie viel Freizeit gönnen und
- Zeit frei lassen für Unerwartetes.

In diesen Plan sollten wir auch kleine Belohnungen schreiben, die uns immer dann zustehen, wenn wir an einem Tag das schaffen konnten, was wir uns vorgenommen hatten.“

Die Tipps der Psychologen helfen auch der Lokalredaktion. Wer seine Zeit nicht organisiert, verdrängt nur die Angst und fällt in unkontrollierte Hektik, die zu Fehlern verleitet. Gerade frühe Planung hilft kleinen Redaktionen, freie Zeit für journalistische Arbeiten zu erhalten, die aus dem Alltags-Einerlei herausfallen.

„Organisation und Planung setzen Kreativität frei, weil sie zeitlich Raum schaffen. Auch die benachteiligte Redaktion kann ihr Produkt durch gezielte Planung verbessern." Das fand eine Arbeitsgruppe von Redakteurinnen und Redakteuren bei dem Modellseminar „Einladung zum Lesen" heraus: Sie forderte auch eine langfristige Planung über das ganze Jahr.



Freiräume durch Planung

Wer nicht organisiert, kann als Journalist nur reagieren – erst recht im Wahlkampf, wenn er nur noch Termine besetzt, von Pressekonferenz zu Pressekonferenz hetzt, Verlautbarungen abdruckt und sich in den wenigen freien Minuten mit verärgerten Politikern auseinandersetzt. Auch die Leser verärgert man mit dieser Hektik: Sie bekommen jeden Tag die gewohnten Politik-Sprechblasen, die zu Verdruss führen, statt zu einer souveränen Berichterstattung unabhängiger Journalistinnen und Journalisten. Eine organisierte und autonome Redaktion gibt den Lesern alle notwendigen Informationen für ihre Wahlentscheidung – statt Antworten auf Fragen, die sie gar nicht stellen.

Ein Beispiel verdeutlicht, warum gerade kleine Redaktionen früh und exakt planen müssen:

- Alle Kandidaten für das kommunale Parlament kurz mit Bild und Text vorzustellen, bietet Gesprächsstoff für die Leser, holt die Politiker aus der Anonymität der Parteien heraus und hilft den Wählerinnen und Wählern bei der Entscheidung, wer ihre Interessen vertreten soll. Fällt die Redaktion ihre Entscheidung für diesen Service erst vier Wochen vor dem Wahltermin, gerät sie zuerst ins Schwitzen, fällt dann in Verzweiflung.
- Der Fotograf, so es ihn überhaupt gibt, ist mit nichts anderem beschäftigt, als die Politiker abzulichten; allerdings trifft er nicht alle an. Diese erscheinen deswegen nicht in der Zeitung und werden ihr „Wahlbetrug" vorwerfen.
- Die Redakteure telefonieren selbst am späten Abend noch mit den Politikern, um ein paar Zeilen für den Bildtext zu bekommen.
- Der Chef vom Dienst kann der Redaktion nicht genügend Platz geben, um alle Porträts zu veröffentlichen.
- So hat die Redaktion zwei Tage vor der Wahl ein Drittel der Kandidaten nicht erreicht, während ein weiteres Drittel aus Platzmangel nicht veröffentlicht werden kann.

Am Ende sind alle unzufrieden: die Politiker, die Redakteure – und vor allem die Leser. Aus einer gut gemeinten Aktion wurde ein Flop, und die Redakteure sehen den Grund in der schlechten Besetzung, nicht in der schwachen Organisation.

Die Redaktion plant die Vorstellung aller Kandidaten wenigstens ein halbes Jahr vor dem Wahltermin, schickt zu den Parteitagen den Fotografen mit dem Auftrag, sämtliche Köpfe abzulichten, verteilt auch schon Fragebögen an die Kandidaten, erbittet Lebenslauf und Antworten auf einige politische Fragen und beginnt so früh wie möglich mit dem Abdruck.

Sehr früh beginnen

Solche Planung ist nicht abhängig von der Größe der Redaktion, sondern allein von der Fähigkeit und Fantasie des Lokalchefs, über den Tag hinaus organisieren zu können. Übrigens schafft so eine Aktion reichlich Freiraum für Recherchen der Redakteurinnen und Redakteure, denn die Politiker-Köpfe füllen über Wochen die Spalten in der Zeitung, ohne großen Redigier-Aufwand. Um nicht in Routine zu erstarren, muss man ein Mammut-Unternehmen wie eine Wahl sehr früh und sorgfältig planen. Wer zu spät anfängt, erzeugt bei den Lesern Überdruss: Zu viel Information wird in zu kurzer Zeit über sie ausgeschüttet.

Die bekannten Warnsysteme kommen vor einer Wahl für die Lokaljournalisten zu spät: Wenn sie zum Wahl-Parteitag der großen Parteien gehen, ist das Entscheidende schon gelaufen, nämlich die Auswahl der Kandidaten und Programme.



Belohnung einplanen

Darum gilt gerade vor einer Wahl: Je schlechter die Redaktion besetzt ist und je knapper die Zeit, umso sorgfältiger müssen die Redakteure planen. Große Verlage haben für ihre Redaktionen teure Planungssysteme angeschafft. Aber für die Redaktion reichen Standard-Programme, beispielsweise „Outlook"; diese Programme sind recht komfortabel, werden aber meist nur zum geringen Teil genutzt.

Alle Redaktionen der Braunschweiger Zeitung lassen ihre komplette Themenplanung für die Woche, fein sortiert, ebenso über solch ein Standard-Programm laufen wie die Terminplanung. Jeder Redakteur kann reinschauen und Themen und Termine mit minimalem Aufwand eingeben.

Der Einwand, solche Hilfen führten den Redakteur am Gängelband, zählt nicht. Wer sorgfältig seine Zeit plant, hat mehr von der Arbeit – und vom Leben. Psychologen raten zu Recht: Zur sorgfältigen Planung gehört, gerade in Redaktionen, auch Unerwartetes zu kalkulieren und sich Belohnungen zu gönnen. Die beste Belohnung ist eine hervorragende Zeitung und das Interesse der Leser!

Kontakt

Paul-Josef Raue
Chefredakteur Braunschweiger Zeitung
Telefon: 0531 3900-300
E-Mail: paul-josef.raue@bzv.de

Preisgekrönte Beispiele

Die Redaktionen der Main-Post Kitzingen und des Tölzer Kuriers gewannen beim Journalistenpreis der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb zur Bundestagswahl 2005 die ersten beiden Preise. Den beiden Zeitungen wurde die gelungenste Mischung aus Information, Spannung und Originalität bescheinigt. Entscheidendes Kriterium war, so bpb-Präsident Thomas Krüger, wie wahlmotivierend die Arbeiten waren.

Die Kitzinger Main-Post-Redaktion entwickelte unter anderem das „Kandidaten-ärgere-dich-nicht-Spiel". Ein pfiffiges Würfelspiel auf Zeitungspapier mit leichtem Augenzwinkern. Die Redaktion baute in die „Ereignisfelder" des Spiels lokale Besonderheiten ein, wie etwa schlechte Internetseiten der Kandidaten oder die Kitzinger Hundekotverordnung.

Dazu die Aktion Wahl-Köpfe: 30 Menschen wie du und ich halten in prägnanten Statements ihr Plädoyer gegen Politikverdrossenheit: „Ich gehe zur Wahl, weil ..." Darüber hinaus fühlten die Kitzinger Journalistinnen und Journalisten ihren Kandidaten im Frage- und Antwortspiel „kurz und knackig" auf den Zahn.

Maximilian Czysz, Susanne Sasse und Andreas Steppan vom Tölzer Kurier schickten die Kandidatinnen und Kandidaten zur Bundestagswahl zuerst ins PISA-Test-Labor (siehe dazu das Kapitel: PISA-Test für Bundestagskandidaten). Dann erprobten sie beim Krisenmanager-Spiel, ob die Politiker Kreativität und Improvisationstalent beim Lösen von Problemen besitzen. Die Kandidaten würfelten sich auf einem von der Redaktion entworfenen Spielplan durch „Krisenherde" aus dem Wahlkreis. An jedem Punkt hatten sie zwei Minuten Zeit, das Problem zu lösen.

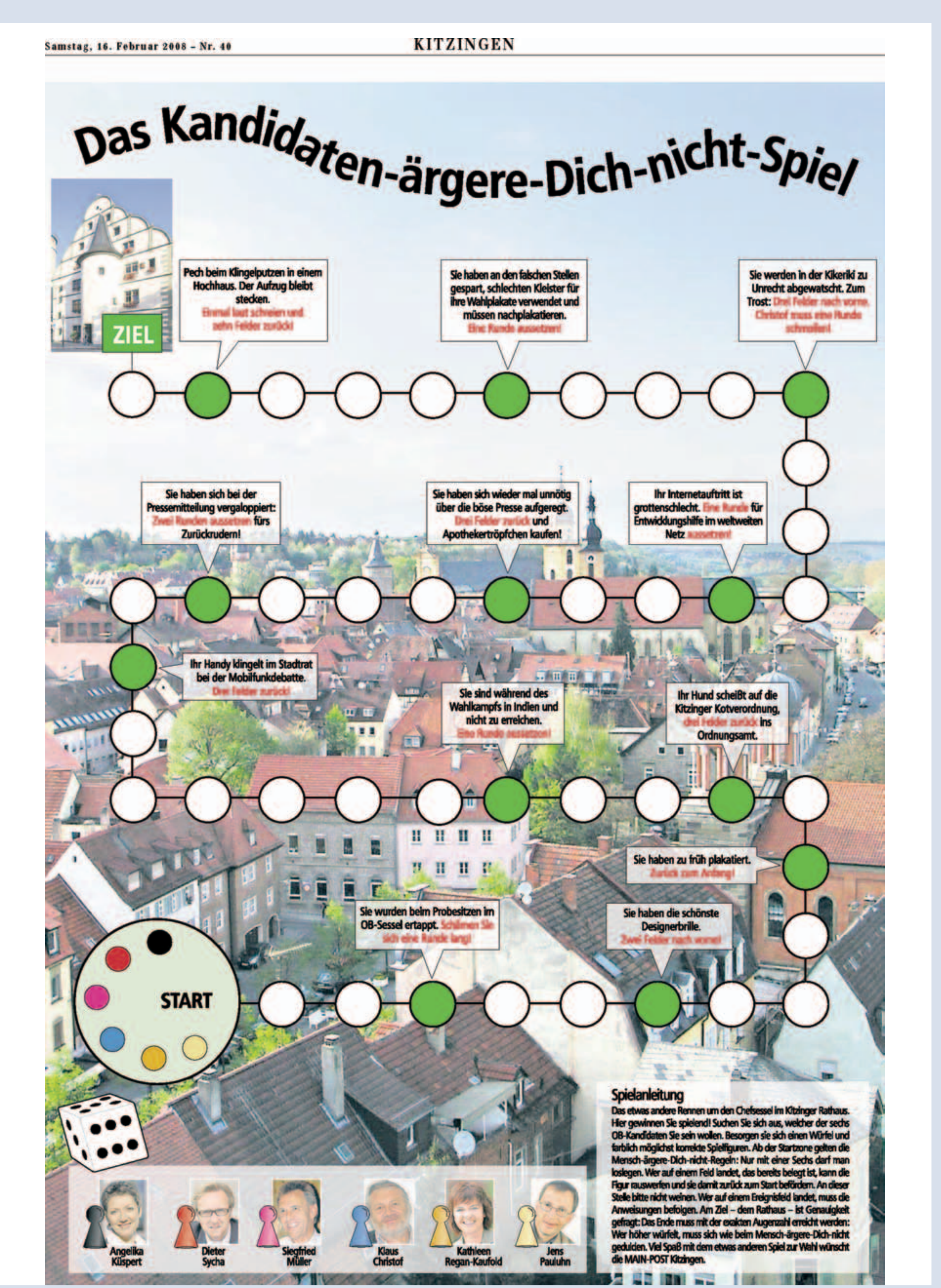
Doch nicht nur bei Bundestagswahlen sind die beiden bayerischen Redaktionen kreativ. So lud eine Kollegin des Tölzer Kuriers die drei Bürgermeister-Kandidaten zum Spaziergang durch den Ort, für den sie sich bewarben. Und die Kitzinger Redaktion schrieb einen Poeten-Wettbewerb aus, in dem sie die Leser aufforderte, Gedichte zum Thema „Kommunalwahl 2008" zu verfassen.

Nachfolgend stellen wir Ihnen einige preisgekrönte Beispiele aus den beiden Redaktionen vor.

Kontakt

Wolfgang Oechsner
Redaktionsleiter Main-Post Kitzingen
Telefon: 09321 1324-36
E-Mail: wolfgang.oechsner@mainpost.de

Joachim Braun
Lokalchef Tölzer Kurier
Telefon: 08041 767946
E-Mail: joachim.braun@merkur-online.de



Samstag, 16. Februar 2008 – Nr. 40 KITZINGEN

Das Kandidaten-ärgere-Dich-nicht-Spiel

ZIEL

Pech beim Klingelputzen in einem Hochhaus. Der Aufzug bleibt stecken. Einmal laut schreien und zehn Felder zurück!

Sie haben an den falschen Stellen gespart, schlechten Kleister für ihre Wahlplakate verwendet und müssen nachplakatieren. Eine Runde aussetzen!

Sie werden in der Kikeriki zu Unrecht abgewatscht. Zum Trost: Drei Felder nach vorne. Christof muss eine Runde schmollen!

Sie haben sich bei der Pressemitteilung vergaloppiert: Zwei Runden aussetzen fürs Zurückrudern!

Sie haben sich wieder mal unnötig über die böse Presse aufgeregt. Drei Felder zurück und Apothekertröpfchen kaufen!

Ihr Internetauftritt ist grottenschlecht. Eine Runde für Entwicklungshilfe im weltweiten Netz aussetzen!

Ihr Handy klingelt im Stadtrat bei der Mobilfunkdebatte. Drei Felder zurück!

Sie sind während des Wahlkampfs in Indien und nicht zu erreichen. Eine Runde aussetzen!

Ihr Hund scheißt auf die Kitzinger Kotverordnung, drei Felder zurück ins Ordnungsamt.

Sie haben zu früh plakatiert. Zurück zum Anfang!

Sie wurden beim Probesitzen im OB-Sessel ertappt. Schämen Sie sich eine Runde lang!

Sie haben die schönste Designerbrille. Zwei Felder nach vorne!

START

Angelika Küspert · Dieter Sycha · Siegfried Müller · Klaus Christof · Kathleen Regan-Kaufold · Jens Pauluhn

Spielanleitung

Das etwas andere Rennen um den Chefsessel im Kitzinger Rathaus. Hier gewinnen Sie spielend! Suchen Sie sich aus, welcher der sechs OB-Kandidaten Sie sein wollen. Besorgen sie sich einen Würfel und farblich möglichst korrekte Spielfiguren. Ab der Startzone gelten die Mensch-ärgere-Dich-nicht-Regeln: Nur mit einer Sechs darf man loslegen. Wer auf einem Feld landet, das bereits belegt ist, kann die Figur rauswerfen und sie damit zurück zum Start befördern. An dieser Stelle bitte nicht weinen. Wer auf einem Ereignisfeld landet, muss die Anweisungen befolgen. Am Ziel – dem Rathaus – ist Genauigkeit gefragt: Das Ende muss mit der exakten Augenzahl erreicht werden: Wer höher würfelt, muss sich wie beim Mensch-ärgere-Dich-nicht gedulden. Viel Spaß mit dem etwas anderen Spiel zur Wahl wünscht die MAIN-POST Kitzingen.

Beispiel 1, Main-Post Kitzingen

„Das Kandidaten-ärgere-dich-nicht-Spiel“

Mittwoch, 14. September 2005 — **KITZINGER LAND** — KIT – Seite 40

Ich gehe zur Wahl, weil ...

LANDKREIS KITZINGEN (FW) Die Demokratie lebt vom Mitmachen. Um so schlimmer, dass die Zahl der Nicht-Wähler seit einigen Jahren scheinbar kontinuierlich steigt. Worte wie „Politikverdrossenheit“ machen die Runde. Und dann hört man immer wieder, dass „die da oben sowieso machen, was sie wollen“. Vielleicht lässt sich dieser Trend am kommenden Sonntag durchbrechen: Bei der Bundestagswahl am 18. September geht es – zumindest sagen das die Parteien – um eine „Richtungswahl“. Jeder ist also aufgerufen, die Richtung mit vorzugeben. Wir haben vorab nachgefragt, warum sich die Bürger im Landkreis Kitzingen auf die Wahl freuen. Robert Haass, Jochen Jörg, Simon Raab hörten sich um und gaben dabei immer den gleichen Satzanfang vor: „Ich wähle, weil...“



... ich möchte, dass die Partei, deren Programm mir am ehesten zusagt, in Deutschland entscheiden kann. Holger Sauerbrei (Versicherungskaufmann)



... ich mitentscheiden möchte. Würde ich nicht zur Wahl gehen, hätte ich nicht das Recht, mich danach über die Situation zu beschweren. Ralph Müller (Lehrer)



... ich den Gang zur Urne mit der Hoffnung verbinde, dass alles besser wird. Klaus Gassner (Gebäudereiniger)



... ich hoffe, dass die gewählten Politiker etwas tun, damit es dem Volk in Zukunft wieder besser geht. Stefan Beigel (Soldat)



... es so nicht mehr weitergehen kann und endlich einmal jemand den Karren aus dem Dreck ziehen muss. Jürgen Sterner (Lagerist)





... es selbstverständlich ist, mein Wahlrecht auszuüben; andere Länder müssen für demokratische Verhältnisse kämpfen. Petra Wirth (Hausfrau)



... ich hoffe, dass meine Partei vorne liegt. Dieter Heine (Bankkaufmann)



... wir in Deutschland in einer Demokratie leben. Robert Meindl (Rettungsassistent)



... ich meinen Beitrag zu Veränderungen leisten möchte. Stefan Schneider (Student)



... es Zeit ist, dass in Deutschland andere Politiker das Sagen haben. Luitgard Luckert (Hausfrau)



... ich gerne mein demokratisches Wahlrecht nutze. Renate Zirndt (Beamtin)



... ich mir die politische Mitwirkung nicht entgehen lasse. Michael Iglhaut (Unternehmer)



... ich Wählerin bin. Anita Hof (Hausfrau)



... ich mein Wahlrecht nutze. Ute Neuer (Angestellte)



... ich meine Partei unterstützen möchte. Lissi Saum (Hausfrau)



... ich etwas verändern möchte. Alfred Kümmel (Ingenieur)



... es sich so gehört. Heike Rickel (Hausfrau)



... ich für den Wechsel bin. Christof Neuer (Auszubildender)



... jede Stimme zählt. Judith Kleisinger (Hausfrau)



... Wählen Bürgerpflicht ist. Ralf Weinkirn (Elektromeister)



... ich eine andere Regierung will. Anni Schad (Hausfrau)



... es meine Bürgerpflicht ist. Heike Sterk (Notariats-Amtfrau)



... es meine Bürgerpflicht ist. Karola Böhm (Krankenschwester)



... ich überzeugter Demokrat bin. Norbert Hufnagel (Architekt)



... ich aktiv die Zukunft Deutschlands mitgestalten möchte. Thomas Vogel (Vertriebsdirektor)



... die Wirtschaft einen Wechsel braucht. Thomas Eitelwein (Malermeister)



... ich für Deutschland eine bessere Zukunft möchte. Elisabeth Wehr (Hausfrau)



... ich meiner Bürgerpflicht nachkommen will. Martina Schneider (Rechtsanwaltsgehilfin)



... die Grünen als einzige Partei gegen Gen-Food sind. Gisela Ziehr (Naturkosthändlerin)



... meine Partei eine Siegerpartei ist. Conny Stänicke (Medizinisch-technische Assistentin)

Beispiel 2, Main-Post Kitzingen

„Ich gehe zur Wahl, weil ...“

Dienstag, 30. Oktober 2007 – Nr. 250

KITZINGEN

Dienstags-Dischli

Die Rückkehr des Klassenbuchs

Von SIEGFRIED SEBELKA
siegfried.sebelka@mainpost.de

Sie haben es mitbekommen. Der Kitzinger Stadtrat ist derzeit obdachlos. Das kann man bedauern, muss es aber nicht. Denn: Der Rat ist selbst schuld. Weil er die Obdachlosigkeit selbst beschlossen hat. Der neue Sitzungssaal, in dem er seit Jahr und Tag tagte, war ihm nicht mehr neu genug.

Also wird er generalsaniert. Alles muss raus. Tische und Stühle sowieso, aber auch die Decke und die Wände und und und. Und das dauert. Weil aber die Zeit nicht stehen bleibt, muss weiter getagt und entschieden werden. Das passiert derzeit an verschiedenen Orten. Tritt der Stadtrat in kleiner Besetzung an, treffen sich die Ausschüsse im historischen Sitzungssaal.

Wenn alle 30 Räte mit dem Oberbürgermeister an der Entwicklung der Stadt arbeiten, reicht der aber nicht aus. Also gibt es Ausweichquartiere. Der Sitzungssaal im Landratsamt ist einer davon. Auf den Plätzen der Kreisräte hat der Stadtrat schon mehrfach Platz genommen. Das klappt problemlos. Nur der Hausmeister im Rathaus hat ein bisschen mehr Arbeit, weil der die Wasserflaschen über die Kaiserstraße schleppen muss. Weil, die kleinen Fläschli, gefüllt mit edlen Säften und Wasser, mit denen sich die Kreisräte stärken, bekommen die Stadträte nicht. Die kriegen wie gewohnt ihre 0,7-Liter-Flaschen Wasser der Marke sehr günstig.

Neulich war der Saal besetzt und der Stadtrat wollte dennoch tagen. Also zog er in die Aula der Wirtschaftsschule um. Ein völlig neues Gefühl. Stadträte und Verwaltung mit dem OB an der Spitze drücken die Schulbank. Schönes Bild. Noch schöner war die Idee von Siegfried Müller, der ja auch mal OB werden will. Als Heidemarie Gold und Andrea Schmidt wieder mal schwätzten und ein Ordnungsruf von Moser nicht gleich Wirkung zeigt, schlug er vor: Tragen Sie's doch ins Klassenbuch ein.

Nach Unfall weggelaufen

Polizeihund verlor Fährte

KITZINGEN (gina) Nach einem Unfall auf der A 7 in Höhe Kitzingen sind am Sonntag gegen 1.30 Uhr Fahrer und Beifahrer weggelaufen. Einen Verletzten auf dem Rücksitz ließen sie zurück. Ein Diensthund der Polizei konnte eine Fährte aufnehmen, verlor die Spur jedoch nach zwei Kilometern in einem Waldstück.

Der Mercedes mit NEA-Kennzeichen war laut Autobahnpolizei gegen das Heck eines österreichischen Lastwagens gefahren. Das Auto mit den drei Männern kam nach dem Unfall mit Totalschaden auf dem Dach im Straßengraben zum Liegen. Der Lkw-Fahrer fuhr noch wenige Meter weiter und hielt an einem Rastplatz an. Nach den Angaben von Ersthelfern, die an der Unfallstelle waren und sich um den Verletzten auf dem Rücksitz kümmerten, flüchteten der Fahrer und sein Beifahrer.

Die Mercedes-Insassen und die Ersthelfer waren Gäste einer größeren Hochzeitsgesellschaft, die in der Rhön gefeiert hatte. Da es hieß, dass einer der Männer orientierungslos umhergelaufen und möglicherweise hilflos ist, wurde die Umgebung großräumig abgesucht.

Bei einer Suche, an der die bereits anwesenden Rettungskräfte des BRK und Einsatzkräfte der Feuerwehren aus Schwarzach, Marktbreit und Ochsenfurt beteiligt waren, konnten die beiden Männer nicht gefunden werden. Nach den bisherigen Ermittlungen handelt es sich bei dem Mercedes Fahrer um den 31-jährigen Fahrzeugbesitzer. Die Schadenshöhe bei dem Unfall wird auf 20 000 Euro geschätzt.



Herausforderung für alle Lyriker, die eine spitze und elegante Feder führen, ist der vierte Dichterwettstreit der MAIN-POST – vor allem, weil es diesmal nicht um fünf vorgegebene Worte geht, sondern um die anstehende Kommunalwahl. KARIKATUR EO

Der Reim-Reflex und Qual der Wahl

Der vierte Dichterwettstreit der MAIN-POST: Drei Preise für Top-Reimeschmiede

Von unserem Redaktionsmitglied
HARALD MEYER

LANDKREIS KITZINGEN Wenn im Herbst die bunten Blätter fallen und die Natur viele romantische Momente bietet, pocht die lyrische Ader besonders heftig, um dieser Regung in Poeten-Herzen eine sinnvolle Richtung zu geben, hat sich die MAIN-POST-Lokalredaktion was Passendes ausgedacht – ihren Dichter-Wettstreit. Den gibt's zum vierten Mal, erstmals ohne die Fünf-Wörter-Hürde, dafür mit der Qual der Wahl.

Die Älteren unter uns erinnern sich noch: 2003 erblickte er das Licht der Welt, der Poeten-Wettstreit. Der entbrannte um die Worte „Tütensuppe, Schwanberg, Fliegendreck, Kindergarten, Gummibärchen", löste den Reime-Reflex bei etwa 60 Dichtern aus, die rund um die fünf Worte 80 Gedichte der originellen Art strickten.

Zwei weitere Wettbewerbe lockten die besten Wortschmiede im Landkreis aus ihren Stübchen ins Licht der Zeitungs-Öffentlichkeit. Zuletzt gossen 63 Poeten ihre lyrischen Gedanken in Versform, formten originelle Gedanken rund um die Begriffe „Düne, Lakritz, Hundehaufen, Nacktschnecke, Merkel." 76 Gedichte waren das Ergebnis, die Auswahl der Sieger angesichts hoher Qualität eine harte Arbeit für die Redaktions-Jury.

Fünf-Worte-Gerüst

Gedankliches Schwitzen über möglichst viel inspirierender Lyrik erhofft sich die Redaktion auch vom Dichter-Wettstreit Nummer vier. Der verzichtet diesmal auf das Fünf-Worte-Gerüst. Stattdessen heißt das Generalthema „Kommunalwahl 2008".

Das hört sich im ersten Moment arg trocken und langweilig an, ist aber gerade die Herausforderung – für lyrische Kunstschmiede ebenso wie für Wort-Akrobaten und reimende Satiriker. Was sich die Redaktion vorstellt, sind locker-leichte Mehrzeiler, die einen Funken oder auch ein Feuerwerk an Witz enthalten, mit Ironie oder Satire jonglieren. Kurz: Dem Thema Wahl sollen die feinsinnigen Seiten entlockt werden.

Mit dem Florett

Weil's um feinsinnig geht: Kritische, kabarettistisch geschärfte Beiträge sind natürlich möglich (und erwünscht), aber ganz sicher keine Polit-Schelte unter der Gürtellinie. Unsere Poeten führen in ihren Werken keinen Wahlkampf, sie holzen nicht mit der Keule gegen Parteien oder Kandidaten. Wer allerdings mit dem Florett den einen oder anderen Seitenhieb an Wahlkämpfer verteilt oder sich mit dem Wahlk(r)ampf befasst, hat im Wettbewerb alle dichterischen Freiheiten.

Jetzt fehlt nur noch eines, die „Gebrauchsanweisung": Die Gedichte können gereimt sein oder dem freien Spiel der Worte folgen. Hauptsache: Fröhlich, satirisch und/oder beschwingt. Ganz wichtig: Bei 40 Zeilen mit maximal 40 Anschlägen, muss Schluss sein mit poetisch.

Es gibt was zu gewinnen

Ganz brotlos soll die Kunst des Reimeschmiedens – zumindest für die drei Top-Dichter – nicht sein. Auf die warten Preise: Gutscheine über 150, 100 und 50 Euro, einzulösen im MAIN-POST-Geschäftsstellen-Shop. Wer die Krone der Dichtkunst aufs Haupt gesetzt bekommt, den Preis einstreicht, samt Gedicht und Foto in die Zeitung kommt, darüber entscheidet eine inzwischen erfahrene Jury. Übrigens: Einsendeschluss ist der 14. Dezember.

Wer sich dem Dichter-Wettstreit stellen will, schickt sein(e) Werk(e) an die MAIN-POST-Lokalredaktion Kitzingen: Stichwort „Poeten-Wettstreit", Luitpoldstraße 1, 97318 Kitzingen. Fax: (0 93 21) 13 24 21; E-mail: red.kitzingen@mainpost.de

Kamikaze-Fahrt durch Kitzingen

Aus dem Gericht: Bewährungsstrafe

Von unserem Redaktionsmitglied
FRANK WEICHHAN

KITZINGEN Es gibt Dinge, die möchte man sich lieber nicht so genau vorstellen. Zum Beispiel, dass einer ein paar Bier trinkt, dazu einen Joint raucht und sich anschließend hinter das Steuer eines Lasters klemmt, um eine Spritztour durch Kitzingen zu machen. Das Ganze – sozusagen als Krönung – ohne Führerschein. Mitte Februar vergangenen Jahres wurde diese Schreckensvision Wirklichkeit.

Es war kurz vor 21 Uhr, als die Kamikaze-Fahrt ihren Anfang nimmt. Mit 0,88 Promille und von Betäubungsmitteln benebelt, erklimmt der 28-Jährige mit einem Kumpel den Laster. Der Lkw hat seine besten Tage hinter sich und stammt von einem Bekannten. Der 28-Jährige will an dem Fahrzeug so lange herumzuschrauben, bis es noch mal durch den TÜV kommt, um anschließend in die Schrotthandel-Branche einzusteigen.

An diesem Februar-Abend ist der Laster vor allem eines: ein Spielzeug für echte Männer. Und so geht es mit Schwung auf der B 8 von der Siedlung Richtung Innenstadt. Auf Höhe der E-Center-Kreuzung wird eine Warnbake mitgenommen – ans Anhalten jedoch denken die Kitzinger nicht. Am Rosengarten drehen sie, fahren seelenruhig an der Unfallstelle vorbei und kurven schließlich in der Siedlung umher, wo sie einen geparkten Opel schrammen und 900 Euro Schaden anrichten.

Verfolgung aufgenommen

Endlich stoppt der 28-Jährige. Was einem Verfolger die Chance gibt, das Duo zur Rede zu stellen. Der aufmerksame Zeuge hatte den Warnbake-Unfall gesehen und die Verfolgung aufgenommen. Eine 61-jährige Autofahrerin, die sich sorgte und an einen Herzinfarkt des Fahrers glaubte, verständigte die Polizei.

Vor dem Kitzinger Strafrichter Thorsten Seebach zeigt sich, dass der Angeklagte scheinbar zu der Kategorie unbelehrbar gehört. Er bringt es auf zehn Vorstrafen. Dazu hatte er sich zwei Wochen vorher an selber Stelle eine Geldstrafe wegen Körperverletzung eingefangen.

Weshalb die Gangart diesmal härter wird: Vier Monate Freiheitsstrafe, ausgesetzt zu drei Jahren Bewährung. Außerdem muss der Hartz-IV-Empfänger 200 Stunden soziale Dienste leisten und der Führerschein bleibt weitere 18 Monate gesperrt.

Die letzte Oktobersonne genießen



KITZINGEN (lsl) Ein Wochenende wie aus dem Bilderbuch brachte der Oktober 2007. Dem Nebel am Morgen folgte strahlender Sonnenschein, die nicht nur die zahlreichen Besucher des Schwanbergs genossen haben. FOTO SIEGFRIED SEBELKA

23-jähriger Schläger sitzt in Haft

Opfer ist auf dem Weg der Besserung

KITZINGEN (gina) Nach dem Überfall eines Räubertrios auf einen 55-Jährigen am frühen Donnerstagmorgen ist gegen den ältesten Täter Haftbefehl ergangen. Wie es am Montag aus dem Polizeipräsidium Unterfranken weiter hieß, „befindet sich das Opfer inzwischen glücklicherweise auf dem Weg der Besserung".

Wie berichtet, hatten die Räuber gegen 3 Uhr einen Spaziergänger in der Kitzinger Luitpoldstraße überfallen. Sie schlugen ihn nieder und raubten ihm seine Geldbörse. Nach kurzer Flucht konnten Polizeibeamte die jungen Leute festnehmen und ihre Beute im Wert von 200 Euro sicherstellen.

Während die beiden 15-Jährigen nach den polizeilichen Maßnahmen zu ihren Eltern gebracht wurden, war der 23-jährige Kitzinger auf Anordnung der Staatsanwaltschaft Würzburg am Freitagmorgen der zuständigen Ermittlungsrichterin vorgeführt worden. Sie erließ Haftbefehl gegen den Mann.

Der 55-jährige Thüringer hatte bei dem Überfall eine Platzwunde am Kopf sowie diverse Schürfwunden an Armen und Beinen erlitten und konnte im Lauf des Freitags das Krankenhaus wieder verlassen. Die Ermittlungen dauern an.

Besitzerwechsel im Café Stein

KITZINGEN (lsl) Steffen Schuster, Hotelmeister aus Buchbrunn, wird ab dem 2. Dezember 2007 das Café Stein in Kitzingen führen. Wie Schuster sagte, wird er das Café am Königsplatz in Kitzingen von Ursula Herbolsheimer-Stein übernehmen. Die Herbolsheimer Backwaren GmbH, deren Geschäftsführerin Ursula Herbolsheimer-Stein ist, wird weiterhin die Waren liefern. Schuster wird das Café zusammen mit seiner Frau Heike führen, die seit 15 Jahren in dem Lokal tätig ist.

Wie Schuster weiter sagte, wird das Café am 31. Oktober für gut vier Wochen schließen. Nach der Renovierung soll das Lokal mit dem gleichen Konzept weiter geführt werden.

Angeklickt!

Rechte Gewalt



Die Ausstellung „Opfer rechter Gewalt", die am Sonntagvormittag in der Rathaushalle in Kitzingen eröffnet wurde, hat die Nutzer des Kitzinger Online-Angebots gestern am meisten interessiert. Platz zwei: der Mantelsonntag und das offizielle Ende der Tourismussaison 2007 in Kitzingen.

Online-Tipp:
www.mainpost.de/mainfranken/kitzingen

Tropfen für Tropfen

VOLKACH Es tröpfelt bald für edle Tropfen vom Volkacher Kirchberg: Runde zwei Millionen Euro investiert die Fernwasserversorgung Franken 2008 in eine Tropfbewässerungsanlage, mit der runde 30 Hektar Weinberg beregnet werden können.

→ Lokales Seite 29

Beispiel 3, Main-Post Kitzingen

„OB-Wahl Poetenwettbewerb"

Donnerstag, 28. Februar 2008 | Nr. 50 **ISARWINKEL** Lokales 5

KOMMUNALWAHL IN LENGGRIES: GUTE SEITEN, SCHLECHTE SEITEN

Drei Kandidaten bewerben sich in Lenggries am kommenden Sonntag um das Bürgermeisteramt: Amtsinhaber Werner Weindl (CSU) und seine beiden Herausforderer Günter Haubner (Freie Wähler) und Luise Gams (SPD). Mit allen drei hat der Tölzer Kurier einen Spaziergang durchs Dorf gemacht – auf der Suche nach den aus Sicht der Kandidaten guten und schlechten Seiten der Gemeinde. Texte: Veronika Wenzel/Fotos: A. Pröhl.

Von der Post bis zur Lücke im Wegenetz

Lenggries – Die leeren Fenster des Supermarkts an der Marktstraße sorgen Rathauschef Werner Weindl. „Gottseidank" sei das der erste Leerstand, das müsse aber nicht so bleiben. „Wir dürfen uns nicht zurücklehnen, wir müssen gegensteuern." Die Gründung eines Wirtschaftsrates schwebt ihm vor. Vom Gewerbeverein über die Werbegemeinschaft bis hin zum Gaststättenverband sollen sich alle an einem Tisch Gedanken machen, welche Versorgungslücken es gibt und wie man sie schließen kann.

Während der Wirtschaftsrat noch im Entstehen ist, hat sich der Jugendtreff im Pfarrheim etabliert. „Der läuft hervorragend", sagt Weindl. Anders als seine Herausforderin von der SPD glaubt der CSU-Mann nicht, dass öfter ein Pädagoge vor Ort sein müsse. Das Projekt „Öffnung ohne Leitung", bei der die Jugendlichen selbst die Verantwortung tragen, laufe gut. „Das ist eine tolle Truppe."

Ein bisschen sorgenvoll blickt Weindl dagegen auf die Hauptschule. „Die wird von vielen zur Restschule abgestempelt", sagt er. Lehrer, Eltern und Gemeinde müssten gemeinsam versuchen, das Image dieses Schulzweigs wieder zu verbessern. „Und wenn wir dafür ein Ganztagsangebot benötigen, bin ich der Letzte, der sagt: Das brauchen wir nicht."



Der LSC-Bau ist für Weindl ein Beispiel für das große Engagement der Vereine.

Nur Gutes kann Weindl über die Leistung der Vereine sagen. Als Symbol dafür dient ihm das Sportheim am Isarstadion. „Da hat der LSC alles alleine gemacht. Die Gemeinde hat 50 000 Euro dazugegeben und Material." Ein weiteres Beispiel sei der Skiclub, der 300 000 Euro in die Beschneiung investierte. „Wenn wir dieses Engagement der Vereine nicht hätten, würde Lenggries viel abgehen."

Haus der Senioren ist ein Pluspunkt

Den Vereinen könnte auch die jüngste Neuerwerbung zugute kommen: das alte Postgebäude. Dessen Kauf findet Weindl gut. „Wir brauchen immer Räume für Vereine." Auch wäre die Verlagerung der Bücherei dorthin denkbar. Das würde im Kindergarten Platz für eine Krippe schaffen. Momentan decke aber die private Großtagespflege den Bedarf. „Und der wollen wir keine Konkurrenz machen", so der 47-Jährige.

Weiterer Positivpunkt ist für Weindl das Haus der Senioren. Durch die Umwandlung des ehemaligen Altenheims in ein Betreutes Wohnen habe die Einrichtung erhalten werden können. „Darüber bin ich froh. Es wird gut angenommen."

Weniger erfreut sieht Weindl die Entwicklung in Sachen Kaserne. „Ich finde es immer noch ärgerlich, dass der Standort geschlossen wurde. Und jetzt geht nichts voran." Skeptisch betrachtet er auch die geplante Ausweisung des Wasserschutzgebietes für die Gaißacher Brunnen, das zum Teil auf Lenggrieser Flur liegt. „Für die Grundbesitzer dürfen sich keine Nachteile ergeben."

Letzter Punkt auf der Negativliste ist für Weindl eine fehlende Wanderwegverbindung. Östlich der B 13 schafft man es nur bis zu einem Parkplatz kurz vor Lenggries. Dort müsste man dann die Straße queren, um auf den Isarwanderweg zu kommen. „Eine Unterführung an dieser Stelle wäre eine sinnvolle Ergänzung des Wegenetzes."



Leer stehende Läden wie den ehemaligen Supermarkt will Bürgermeister Werner Weindl verhindern. Ein Wirtschaftsrat soll Gegenstrategien entwickeln.



Zwei schlechte Seiten von Lenggries: Haubner kritisiert den Zustand der Waldfriedhofstraße und das Schilder-Durcheinander im Ortszentrum.

Zwischen Bausünden und Dorf-Idylle

Lenggries – Grün, gelb, lackiert, aus Holz, größer, kleiner: Wenn Freie-Wähler-Kandidat Günter Haubner die vielen verschiedenen Hinweisschilder im Ort betrachtet, ärgert er sich. Natürlich sei das nur eine Kleinigkeit, aber in einem Fremdenverkehrsort müsse es doch möglich sein, eine einheitliche Beschilderung zu realisieren. Überhaupt seien es oft die Kleinigkeiten, die einen Ort attraktiv machen. Haubner hat da einige auf seiner Liste: „Der Isarwanderweg ist toll. Aber von den 24 Bänken sind 13 defekt." Dabei koste die Pflege keine Unsummen.

„Man darf aber als Gemeinde nicht immer sagen, das ist Aufgabe des Fremdenverkehrsvereins." Die Kommune müsse sich im Bereich Tourismus mehr einbringen, fordert er. Ärgerlich findet es Haubner auch, dass es im ganzen Dorf keine Mülleimer mehr gebe. Die seien entfernt worden, um sich das Leeren zu sparen. Dafür müsse nun regelmäßig der Abfall aus der Botanik geklaubt werden, kritisiert der Gemeinderat.

Keine gute Visitenkarte seien auch leere Schaufenster in der Innenstadt – beispielsweise am ehemaligen Edeka oder um die Ecke in der Ladenpassage. Natürlich habe die Gemeinde hier nicht viele Möglichkeiten, außer die, ein attraktives Umfeld zu schaffen. „Und es bleibt der Appell, das, was man im Ort kaufen kann, auch hier zu kaufen."



Die schöne Landschaft in und um Lenggries ist für Günter Haubner ein klarer Pluspunkt.

Auf dem Spaziergang durchs Dorf wird der Kandidat immer wieder von Vorbeikommenden begrüßt. „Die Bevölkerung ist ganz klar ein positiver Punkt auf meiner Liste." Im Dorf und den Viertelsgemeinden gebe es noch echten Zusammenhalt. Der werde auch in den Vereinen gepflegt. Alle seien „unheimlich engagiert", lobt Haubner.

Ins Schwärmen gerät der 51-Jährige, wenn er über die schöne Landschaft in und um Lenggries spricht und von der „intakten Landwirtschaft", die für deren Erhalt auch auf den Almen sorge.

Natürlich hat Haubner auch Negativpunkte, die den positiven Gesamteindruck stören: beispielsweise die seit vier Jahren leer stehende Kaserne. „Die Gebäude verfallen. Und wir sind weit von den Abrissbaggern entfernt." Auch einige Bausünden stören für den Kandidaten das Dorfbild – beispielsweise die Wohnblöcke am Urtlmühlweg. Denen kann Haubner zumindest noch einen positiven Aspekt abgewinnen: „Die erinnern uns daran, was wir in Zukunft vermeiden sollten."

Zu den guten Seiten von Lenggries zählen für den Freien Wähler noch das „in seiner Art fast einzigartige" Naturfreibad, die BOB, für deren Erhalt man sich einsetzen müsse, und das neue Blockheizkraftwerk an der Schule. „Der Anstoß dazu kam von uns", sagt der 51-Jährige. Er wünscht sich nun noch, dass die Anlage statt mit Gas mit Hackschnitzeln läuft. „Das ist ein heimisches Produkt."

Und auf der negativen Seite? Das fällt ihm die Waldfriedhofstraße ein, die durch die vielen Schlaglöcher eigentlich schon nicht mehr als Straße durchgehe – und das Rathaus. Dort hat Haubner allerdings nichts am Bauzustand auszusetzen. „Mich stören die Mehrheitsverhältnisse im Gemeinderat."

REDAKTION
ISARWINKEL

Veronika Wenzel
Tel. (0 80 41) 76 79 41
René Seebacher
Tel. (0 80 41) 76 79 31

Fax (0 80 41) 76 79 28
isarwinkel@merkur-online.de

AKTUELLES IN KÜRZE

GREILING
Obstbaumschnittkurs

Einen Obstbaumschnittkurs mit Lenz Mittermair veranstaltet der Greilinger Obst- und Gartenbauverein am Samstag, 1. März. Treffpunkt ist um 13.30 Uhr das Anwesen von Thomas Haslinger am Schererweg 3. Eingeladen sind alle Interessierten, auch Nicht-Mitglieder. Ursprünglich war der Kurs für den 8. März geplant. Wegen der hohen Temperaturen muss er aber vorverlegt werden. vm

LENGGRIES
Gymnasium lädt ein

Zu einem Tag der offenen Tür lädt das St.-Ursula-Gymnasium Hohenburg am Samstag, 1. März, ein. Von 9 bis 12 Uhr gibt es Ausstellungen, Theater-Szenen, musikalische und tänzerische Darbietungen, naturwissenschaftliche Experimente und vieles mehr. Auch kulinarisch ist bis 13.30 Uhr einiges geboten. Außerdem stehen SMV, Elternbeirat und Direktorat den ganzen Tag über für persönliche Gespräche bereit. va

CSU informiert

Mit einem Infostand am morgigen Freitag beschließt die Lenggrieser CSU ihren Wahlkampf. Ab 15 Uhr kann man in der Marktstraße den Kandidaten nochmal auf den Zahn fühlen. va

„Rettet die Isar jetzt"

Zur Jahresversammlung lädt die Notgemeinschaft „Rettet die Isar jetzt" am kommenden Donnerstag, 6. März, ein. Unter anderem geht es um einen historischen Rückblick. Die Versammlung beginnt um 19 Uhr im Gasthaus Wieserwirt. va

Ohne Satzung wär's noch schöner

Lenggries – Das Rathaus steht auf Luise Gams' Liste auf der negativen und auf der positiven Seite. „Super" findet sie die Umbaumaßnahmen und die damit verbundene Verlagerung der stark frequentierten Ämter ins Erdgeschoß. „Dass gerade die Senioren nicht mehr in den ersten Stock müssen, ist wirklich positiv", meint die Bürgermeisterkandidatin der SPD. Das Rathaus steht für Gams aber auch für eine schlechte Seite: für mangelnde Transparenz in der politischen Arbeit. Zu oft werde hinter verschlossenen Türen beraten, zu oft seien die Informationen, die die SPD-Fraktion vor Sitzungen erreichen, spärlich.

Gar nichts auszusetzen hat Gams am neuen Gewerbegebiet auf dem alten Bahngelände. „Das ist schön geworden, liegt nah am Ortskern, ist aber auch verkehrsmäßig gut angebunden." Dass sich die Gemeinde vor einigen Jahren dazu entschlossen habe, den Grund zu kaufen, bezeichnet Gams als „Glücksfall".

Weniger glücklich ist sie über die Kaserne. Anders als andere Parteien verfolge die SPD nicht rigoros die Forderung nach der „Grünen Wiese". Vielmehr könne man sich in einem kleinen Bereich eine ortsverträgliche Nutzung – beispielsweise aus dem touristischen oder dem Bildungsbereich – vorstellen.



Den Kauf der Post und die Energiesparmaßnahmen am Alpenfestsaal (im Hintergrund) findet Luise Gams positiv. Für den Jugendtreff (Bild re.) im Pfarrheim wünscht sie sich mehr Unterstützung.

Schule, Kindergarten und Alpenfestsaal stehen auf der Plusseite – wegen der Energiespar-Maßnahmen, die umgesetzt wurden. Die SPD habe dieses Thema immer konsequent verfolgt – „nicht so wie andere, die das nur kurz vor den Wahlen aufgreifen". Jetzt müsse man am Ball bleiben: „Es gibt noch mehr gemeindliche Gebäude, bei denen Energie verblasen wird."

Positiv bewertet Gams die Verbesserung der Schulwegsicherheit, beispielsweise durch den Gehwegbau in Wegscheid und an der Gebhardtgasse. „Dringend notwendig wäre jetzt aber noch in Schlegldorf der Gehweg entlang der Staatsstraße."

Ein weiterer positiver Punkt ist das alte Postgebäude, das die Gemeinde gekauft hat. Hier möchte Gams die Planungen, die Bücherei dorthin zu verlagern, zügig vorantreiben. Dadurch würden Räume im Kindergarten frei, die für eine gemeindliche Krippe genutzt werden könnten. Die 52-Jährige ist überzeugt, dass es einen Bedarf für weitere Betreuungsangebote gibt – ohne dadurch die privat betriebene Großtagespflege zu gefährden.

Der Gemeinderätin liegen auch die Jugendlichen am Herzen. Den Jugendtreff, für dessen Schaffung sie sich seinerzeit eingesetzt habe, findet sie daher positiv – trotzdem taucht er auf der Negativseite auf: „Der benötigt mehr Unterstützung", sagt sie. Es brauche längere Öffnungszeiten und mehr als eine pädagogische Halbtagskraft.

Auf der Negativseite taucht der Lahnerbach auf. „Beim Hochwasserschutz geht einfach nichts weiter, dabei müsste das dringend gemacht werden", sagt sie.

Positive Seiten von Lenggries fallen Gams noch viele ein. Und vielleicht wären es noch mehr, gäbe es da nicht die Ortsgestaltungssatzung. Die ist Gams schon lange ein Dorn im Auge: Man dürfe die Bauherrn nicht so gängeln, dürfe ihnen nicht auch noch vorschreiben wie groß das letzte Dachfenster zu sein habe. Gams: „Natürlich will ich auch nicht, dass das eine Haus rosa und das andere himmelblau ist. Aber wenn wir so weitermachen, schaut irgendwann alles gleich aus."

Beispiel 4, Tölzer Kurier

„Gute Seiten, schlechte Seiten"



Wochenende, 3./4. September 2005 — KANDIDATEN AM ZUG — Nummer 203 | TÖL 19

Kühle Köpfe in der Krise

VON MAXIMILIAN CZYSZ

Bad Tölz – Einen kühlen Kopf bewahren und mit gesundem Menschenverstand Entscheidungen treffen: Die Bundestagskandidaten aus dem Wahlkreis 225 mussten beim Krisenmanager-Spiel in der Redakion des Tölzer Kurier Kreativität und Improvisationstalent beweisen. Auf 13 Spielfeldern wurden sie mit unterschiedlichen lokalen Problemen konfrontiert und mussten sie in aller Kürze lösen.

Der Zufall oder besser gesagt der Würfel war es, der die Bundestagsabgeordneten Ilse Aigner (CSU), Klaus Barthel (SPD), Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) sowie die Kandidaten Anne Franke (Grüne) und Werner Bäumler (Linkspartei) zu verschiedenen Tölzer „Krisenherde“ brachte. Diese wurden freilich etwas überspitzt dargestellt. Vollkommen aus der Luft gegriffen sind sie aber nicht – die Diskussion um die Fehlstunden der Männer und Frauen der Freiwilligen Feuerwehren bei ihren Arbeitgebern etwa dürfte nach der Hochwasser-Katastrophe wieder Aktualität bekommen. Auch die Verwaltungsreform im Freistaat, die Etats und das Personal in den Amtsstuben schmelzen lässt, ist nicht frei erfunden. Mit den Folgen müssen die Steuerzahler bereits leben. Zugegeben: Ob die Polizeidienststellen nachts ausreichend besetzt sind, ist Ländersache. Und nicht der Bundestag, sondern die Europäische Union ist gefordert, wenn es um die Subventionierung der Milch und die Einfuhr von billigeren Produkten aus den östlichen Nachbarstaaten geht. Was die Politiker aller Gremien jedoch vereint: Um Missstände zur Zufriedenheit der Bürger auszuräumen, ist Kreativität gefordert.

Start — Krisen Manager — Ziel

Öl-Alarm auf der Isar:
Die Arbeitgeber lassen die Feuerwehrmänner nicht zum Einsatz, um keine Geschäftseinbußen zu erleiden.
Außerdem ist die veraltete Ausrüstung für einen Unfall dieser Größenordnung nicht ausreichend.
Was tun?

Der Schuldenberg der DTK häuft sich weiter an.
Ein neuer Geschäftsführer muss her.
Wen wählen Sie aus und was würden Sie an seiner Stelle tun?
Noch mehr Behörden-Zentralismus?

Baustopp bei der Erweiterung des Gymnasiums:
Schadstoffe wurden im Boden entdeckt.
Die Schüler des G8 brauchen aber endlich eine Mensa.
Was tun?

Die Renovierung der Kalvarienbergkirche kostet mehr als angenommen:
Wo starten Sie Ihre Spendensammlung?

Im Tölzer Badeteil regt sich trotz SO-Aufhebung nichts.
Wie schaffen Sie Anreize, um neue Investoren anzulocken?

Der Tölzer Knabenchor pfeift aus dem letzten Loch, der finanzielle Kollaps steht bevor.
Wen bitten Sie aus der Musikbranche um Hilfe?

Die Milchbauern des Isarwinkels blockieren die Umgehungsstraße.
Sie fordern 50 Cent/Liter Milch, die die Molkereien aber nicht zahlen wollen.
Die Bauern argumentieren mit dem Aussterben ihrer Hofe.
Was soll aus der Milchwirtschaft werden?
Billige Milchprodukte aus dem Osten und lila Kühe auf den Weiden?

Rücken Sie 2 Felder zurück

Sie stehen am Tölzer Bahnhof und müssen dringend auf die Toilette.
Die Bahnhofsgaststätte hat geschlossen.
Was machen Sie?
Schnell hinter die Büsche, bei den Anwohnern klingeln oder warten, bis der Stadtrat eine Entscheidung über eine öffentliche Toilette getroffen hat?

Rücken Sie 4 Felder zurück

Eine rauschende Party an der Eichmühle:
Es kommt zur Schlägerei, es gibt Verletzte;
zur selben Zeit wird eine Tankstelle in Tölz überfallen; außerdem kracht es am Tölzer Friedhofsberg.
Die Polizei hat wegen der Verwaltungsreform 21 nur eine Streife zur Verfügung.
Wohin schicken Sie diese zuerst?

Rücken Sie 6 Felder zurück

Kormorane an der Tölzer Fischtreppe:
Zum Abschuss freigeben, schonend vertreiben oder der Natur freien Lauf lassen?

Stau nach einem Eishockeyspiel der Tölzer Löwen:
Welchen Radiosender schalten Sie im Auto ein? Wie verbringen Sie die Wartezeit?

Die Wandelhalle der Tölzer Jod AG verfällt zusehends.
Soll sie die Stadt kaufen? Was könnte sie daraus machen?

Der Jugend-Vandalismus nimmt zu:
Mehr Geld für die Jugendförderung und Sozialpädagogen, mehr Kontrollen oder härtere Strafen?

Beispiel 5, Tölzer Kurier

„Krisen-Manager“

Wochenende, 3./4. September 2005 — **KANDIDATEN AM ZUG** — Nummer 203 | TÖL 18

Bauern bei alternativen Einkommen helfen

Barthel (SPD) setzt auf Gesundheitstourismus

Bad Tölz – Ein Ex-Gewerkschafter zeigt ein Herz für Arbeitgeber – wenn es dem Ziel dient, dass ehrenamtliche Feuerwehrleute uneingeschränkt einsatzbereit sind. „Man sollte eine Regelung finden, dass es aus öffentlichen Kassen einen Lohnersatz gibt, falls die Freistellung von Arbeitskräften die Belastbarkeit eines Unternehmens übersteigt", lautet sein Vorschlag. Als einziger startet der SPD-Kandidat aus Kochel am See mit einer Eins ins Spiel und muss sich daher auch mit der Frage der Ausrüstung der Floriansjünger auseinander setzen. Hier setzt er darauf, dass sich benachbarte Feuerwehren ergänzen und mit Gerätschaften aushelfen: „Es muss ja nicht jeder alles haben."



Der nächste Zug führt ihn hinauf zur Kalvarienbergkirche. „Wo kann man noch was holen? Gute Frage", stellt Barthel fest. Spender zur Kasse zu bitten, widerstrebt ihm etwas. „Es gibt diese Tendenz, überall, wo die öffentliche Hand oder die Kirche ihre Aufgaben nicht mehr erfüllen können, von vorneherein stattdessen auf private Initiative zu bauen. Das nimmt ein Maß an, das ich nicht in Ordnung finde." Auf die Dauer könne die Lösung nur sein, die öffentlichen Haushalte besser auszustatten.

„Im steuerlichen Bereich haben wir nichts zu verschenken." Anschließend bleibt Barthel bei der Bauern-Demo hängen. Einsatz für mehr EU-Gelder dürfen die Landwirte von dem Kochler aber nicht erwarten. „Wir können nicht mit staatlichen Subventionen bestehende Strukturen auf alle Ewigkeit erhalten." Stattdessen will Barthel die Bauern dabei unterstützen, alternative Einkommensarten zu erschließen, zum Beispiel durch die Förderung von Biomasse-Einspeisungen.

Von der Umgehung geht's zurück ins Badeteil, das nach Barthels Ansicht „kein Stadtteil wie jeder andere" werden darf. Für neue Investoren könne die Politik allenfalls attraktive Rahmenbedingungen schaffen.



Hasst den Stau, und will die öffentlichen Haushalte besser ausstatten: SPD-Bundestagsabgeordneter Klaus Barthel. arp

Ein konsequentes Profil als Ort für Gesundheitstourismus („eine ziemlich sichere Wachstumsbranche") könne weitere einschlägige Betriebe anziehen. Nachdem Barthel dank eines Sechsers endlich so richtig beschleunigt, steht er auch schon wieder am Eisstadion im Stau. Für ihn eine verhasste Situation: „Da bin ich ungeduldig, denn mit dieser Zeit kann man nichts anderes anfangen." Deswegen will er versuchen, den Stau großräumig zu umfahren – und gelangt so doch noch sicher ans Ziel. ■ ast



Brandbrief an Beckstein

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) teilt kräftig aus



Bad Tölz – Ist der Würfel gefallen, ist sie nicht mehr zu stoppen: Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) redet als Krisenmanagerin, als gelte es keine Zeit zu verlieren. Ganz nach dem Geschmack der früheren Justizministerin ist die Mensa: Zuerst sollte ein Container für die Schüler aufgestellt werden, danach müsse der Boden ausgetauscht und drittens ein Gutachten erstellt werden, um Schadensersatzforderungen zu prüfen. Nebenbei merkt sie an, dass sie das G 8 für ein gutes Projekt mit dilettantischer Umsetzung halte.

Um in der bayerischen Politik zu bleiben: Sie würde auch einen Brandbrief an Beckstein schreiben, um die Unterbesetzung der Polizei anzumahnen, die sechs Felder weiter zum Problem wird. Auf jeden Fall würde sie die Streife zuerst zur Party wegen der Verletzten, dann zum Unfall und zuletzt zum Banküberfall schicken – „da ist ja alles schon geschehen und das Geld ist weg. Aber das ist es ja ohnehin schon durch die hohen Spritpreise." Keine kleine Spitze gibt es sechs Felder zurück beim Knabenchor, der Geld benötigt. Leutheusser-Schnarrenberger würde bei Gotthilf Fischer anklopfen, und um ein Benefizkonzert bitten – kennen gelernt hat sie ihn als Ministerin in Lübeck. Ob der Chor und der Vater aller Chöre zusammenpassen?



Eifrige Spielerin, die Eier auf dem Bauernhof kauft: Sabine Leutheusser-Schnarrenberger.

Das ist wohl eher bei den Bauern und den Milchpreisen der Fall. Die 54-Jährige hat Verständnis für die friedlichen Proteste, betont aber gleichzeitig: Sie müssen sich auf den Stichtag der Milchförderung 2013 durch die EU einstellen – und unternehmerischer denken. Der Verbraucher habe es in der Hand, seine Umwelt und damit auch die Landwirtschaft zu gestalten: Er müsse auf Qualitätsprodukte setzen. Leutheusser-Schnarrenberger selbst kauft ihre Eier auf dem Bauernhof und nimmt sie sogar an den Gardasee mit. Bis es jedoch zum nächsten Badeurlaub kommt, geht es zunächst ins Badeteil: Keine Maschinenfabriken, sondern dem Charakter angepasst Unternehmen aus der Bioheilkunde oder der Pharmazie müssten dort angesiedelt werden. An Seehofers Gesundheitsreform seien Union und FDP damals trotz der schmerzenden Einschnitte nicht vorbeigekommen. So wie am Stau am Eisstadion – die Feldafingerin hört in der Heimat Radio Alpenwelle. ■ mcz



WAHL zum BUNDESTAG

Spielregeln

Die Spielregeln für den Krisen-Manager sind schnell erklärt: Der Würfel bestimmt, wieviele Felder der Spieler im Uhrzeigersinn vorrücken darf. Um eine Krise zu meistern, bleiben zwei Minuten, die eine Sanduhr anzeigt. Wer gewonnen hat, entscheiden die Leser bei der Bundestagswahl. ■ mcz



Zählt auf die spendenfreudigen Tölz, wenn es um gemeinsame Hilfe geht: Ilse Aigner (CSU).

Den Kormoranen an die Nester gehen

Ilse Aigner (CSU) will Fische und Fischer schützen

Bad Tölz – Krisenmanagerin sein, damit hat Ilse Aigner kein Problem. „Das Spiel haben Sie ja nett gemacht", lacht sie in die Runde und würfelt eine Drei. Baustopp am Tölzer Gymnasium: „Ich würde vorschlagen, einen Container aufzustellen, Schüler und Elternbeirat sollen ihn ausschmücken", sagt Aigner spontan. Das G 8 einzuführen, sei richtig gewesen, „es ist zum Wohl der Kinder: Hätten wir es nicht gemacht, sähen wir uns mit Vorwürfen konfrontiert, warum unsere Kinder ein Jahr länger zur Schule gehen müssen als in anderen Bundesländern". Sie hätte die Einführung des G 8 aber länger vorbereitet.

Danach würfelt Aigner eine Zwei und landet im Badeteil. Zur Aufhebung des Bebauungsplans Sondergebiet Badeteil aber will sie nichts sagen: „Das ist ein kommunalpolitisches Thema, das die Stadträte selbst erledigen müssen." Nach dem nächsten Würfeln steht Aigner am Bahnhof. Ihre Lösung des dringenden Problems: „Einen Kaffee in einem benachbarten Café trinken und dort auf die Toilette gehen. Nun muss Aigner warten – also vier Spielfelder zurück, wo sie auf dem Kalvarienberg landet. Eine Spendensammlung für die Kirche würde sie auf jeden Fall bei den Tölzer Bürgern beginnen: „Ich bin mir sicher, dass hier einiges zusammenkommt. Auch ein Mäzen wäre gut, wie beispielsweise Otto Beisheim, der am Tegernsee eine Stiftung für das Gymnasium gegründet hat." Als sie danach eine Eins würfelt, landet Aigner wieder im Badeteil.

Dann würfelt sie eine Fünf und rückt vor zu den Kormoranen an der neuen Fischtreppe: „Das habe ich gewusst, dass ich dazu etwas sagen muss. Zwar bin ich nicht für die finale Radikal-Lösung, aber ich glaube, der Kormoran nimmt überhand und plündert die Fischbestände. Meiner Meinung nach sollte man bei den Nestern anfangen." Als nächstes würfelt Aigner eine Eins und steht nach einem Eishockeyspiel im Stau. „Ich schalte Radio Alpenwelle ein oder höre schöne CDs, Zeitunglesen darf ich ja nicht während dem Autofahren." ■ svs

Mehr für die Kleinen, zurück zum Kurwesen

Werner Bäumler (Linkspartei) will Bergbauern unterstützen



Bad Tölz – „Es geht nicht ohne Zuschüsse", sagt Werner Bäumler, nachdem er eine Sechs gewürfelt hat und überlegen muss, wie der Knabenchor auf Dauer gerettet werden kann. Freilich ist das Beispiel aus der Luft gegriffen, steht aber stellvertretend für alle kostspieligen Kunst- und Kultureinrichtungen, die sich selbst finanzieren müssen. Bäumler rät, beim Kultusministerium anzuklopfen, obwohl „dort Kultur klein geschrieben wird". Außer bei großen Veranstaltungen wie den Festspielen in Bayreuth werde alles gekürzt. Und für dort eine Eintrittskarte zu bekommen, sei einem „normalen Arbeitnehmer" verwehrt.

Bäumler würfelt und rückt ein Feld weiter: Die Milchbauern blockieren die Umgehungsstraße und protestieren für 50 Cent pro Liter. Ohne zu zögern, sagt der Gewerkschafter, dass er für die Almbauer kämpfe – die hätten es nämlich am schwersten. Dass die großen Ketten mittlerweile Milch aus dem Osten importieren, sei traurig. Diese als Konsequenz zu boykottieren, hält er für kaum möglich. Stattdessen sollte die Politik eingreifen – Bäumler führt Garantie-Preise ins Feld.

Es geht zwei Felder zurück: Im Badeteil rührt sich trotz Sondergebiets-Aufhebung nichts. Bäumlers Idee: Man müsste die Kur wieder beleben und dem Viertel das zurückgeben, was es charakterisiert hat. Die Gesundheitsreform hält er ohnehin für den falschen Weg, schließlich seien die Kosten des Gesundheitssystems „gemessen am Bruttoinlandsprodukt von sechs Prozent nicht explodiert". Wer anderes behauptet, betreibe „Volksverdummung". Bäumler würfelt eine Zwei, landet wieder auf dem Milchbauern-Feld – nochmal



muss der Zufall entscheiden. Beim nächsten Wurf ist seine Meinung nach Jugend-Vandalismus gefragt. Keine Frage, sagt Bäumler, dass die Jugend gefördert werden müsse. Vandalismus hänge schließlich mit dem sozialen Umfeld zusammen. ■ mcz



Garantie-Preise bei der Milch, mehr Förderung der Jugend: Das wünscht sich Werner Bäumler.

Badeteil wird zum Ökologie-Standort

Franke (Grüne) für Photovoltaikanlagen

Bad Tölz – Jung, dynamisch, erfahren im Umgang mit Firmen und aus der Region: Das ist Christoph Winkelkötter von der Gesellschaft zur Förderung der Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung im Landkreis Starnberg. Er wäre für Anne Franke der ideale Kandidat für den Geschäftsführer-Posten der DTK. Die Sanierung des Landkreis-Krisenunternehmens, das dem Steuerzahler rund 16 Millionen Euro Schulden einbrachte, ist die erste Aufgabe für die Grünen-Kreisvorsitzende aus Stockdorf. Eine Lösung für die Misere mit der zugegeben äußerst komplizierten Vorgeschichte mag ihr spontan nicht einfallen. Deshalb wird weiter gewürfelt: Franke rückt sechs Felder vor. Die Bahnhofstoilette. „Da müsste der Stadtrat Druck machen, das ist eine fürchterliche Situation", kann sich die Bundestagskandidatin in die Lage der Bahnhofsgäste versetzen. Eine öffentliche Anlage, wie sie der Stadtrat unlängst beschlossen hat, und derzeit noch nach einer konkreten Umsetzung sucht, „macht es besser und erhöht die Attraktivität der Stadt".

Franke muss vier Felder zurück und sich beim Spendensammeln beweisen. Geld für die Renovierung der Kalvarienbergkirche würde sie zunächst nach dem Klingelbeutelprinzip bei den Kirchgängern erbitten. Vielleicht könnte aber auch bei Firmen – freilich gegen einen gewissen Werbeeffekt wie bei Kunstveranstaltungen – angeklopft werden.

Langsam geht es weiter: Franke würfelt eine Eins. Ideen fürs Badeteil sind gefragt. Ökologie und Ökonomie verbinden, ganz nach dem Wahlprogramm der Grünen, wäre doch denkbar, findet Franke. Die Dächer im Badeteil könnte mit Photovoltaikanlagen ausgestattet werden und die Sanatorien, Hotels und Pensionen sollten sich erkennbar auf die Bereiche Fitness und Wellness konzentrieren.



Gesundheitstourismus mit naturkundlichen Elementen im Tölzer Badeteil, mehr Photovoltaik: Anne Franke (Grüne).

Frankes Idee: „Mehr Gesundheitstourismus mit naturkundlichen Elementen." Weiter geht es im Sauseschritt: Franke rückt fünf Felder vor zu den Kormoranen an der Fischtreppe. Dort müsse eine Balance gefunden werden, mit der Tierschützer und Fischer leben können. Wie das konkret umgesetzt wird, lässt die Grünen-Kandidatin jedoch offen. ■ mcz



Beispiel 6, Tölzer Kurier

„Krisen-Manager" Teil 2

Dr. Andreas Emmerich ist Redakteur des Gießener Anzeigers



Bürgerabstimmungen nicht nur an der Wahlurne

Methoden-Bausatz für Journalisten zum Einholen von Bevölkerungsvoten

Wie kann eine Tageszeitung ein realistisches Meinungsbild der Bevölkerung in der Region ermitteln? Dafür hat Dr. Andreas Emmerich, Redakteur beim Gießener Anzeiger, bereits seit den 90er-Jahren Modelle entwickelt. Diese Umfragen sind, richtig angewandt, nicht weniger aussagekräftig als bundesweite Erhebungen großer Institute. Vor allem sind sie auch in kleinen Lokalredaktionen anwendbar und bleiben vom Aufwand und den Kosten her im Rahmen. Dr. Emmerich stellt drei Modelle aus seinem Methoden-Werkzeugkasten vor.

Unter „Umfrage" verstehen viele Regional- und Lokalredaktionen von Tageszeitungen vielfach noch immer, einen Mitarbeiter auf den Marktplatz zu schicken, der mit dem Fotoapparat 5 oder 15 Bürger porträtiert und zu einem Thema befragt. Speziell in Wahlkampfzeiten erfreut sich dieses Instrument großer Beliebtheit. Der Haken: Aus einer ein- oder knapp zweistelligen Zahl von Einschätzungen kann nie und nimmer auf die Einstellung der ganzen Bevölkerung geschlossen werden. Dieses Problem haben übrigens Zeitungen mit Politikern gemeinsam: Ein Oberbürgermeister einer großen hessischen Stadt sagte einmal, wenn er wissen wolle, was „die Leute" denken, setze er sich einfach in einen Stadtbus und höre zu. Wenigstens wurde er auf den Hinweis hin nachdenklich, dass er für ein realistisches Bild seine gesamte Dienstzeit im Bus verbringen müsse. Es gibt aber durchaus auch für kleinere Tageszeitungen Möglichkeiten, zu realistischen Meinungsbildern zu kommen. Die beim Gießener Anzeiger erprobten Modelle liefern preiswert Aussagekräftigeres als die „Umfrage" vom Marktplatz. Der Leseanreiz, den das Bild des Nachbarn in der Zeitung mit dessen Meinung zur politischen Lage darstellt, wird dadurch aber durchaus nicht in Abrede gestellt.

Die hier beschriebenen Verfahren heißen standardisierte und nicht standardisierte Phone-in-Aktion sowie vereinfachte Form der repräsentativen Telefonumfrage. Alle haben sich journalistisch bereits in vieljähriger Anwendung bewährt, so dass die sozialwissenschaftlichen Namen niemanden abschrecken müssen. Die Erläuterung wird jeweils sehr kurz gehalten (was nicht heißt, dass dies kein abendfüllendes Thema wäre). Hier aber soll es bei Beispielen bleiben und bei einfachen Check-Listen für Praktiker.



Nicht standardisierte Phone-in-Aktion

„Nicht standardisiert" heißt: Es gibt nichts anzukreuzen oder Vorformuliertes zu beantworten. Es wird ganz einfach den Lesern ein Telefonanschluss (oder auch mehrere) in der Redaktion für einen definierten Zeitraum und zu einem definierten Thema zur Verfügung gestellt. Die eingehenden Anrufe werden protokolliert – und falls es gelingt, die Leser zu knappen Aussagen zu bewegen – am besten im Wortlaut am Tag darauf gedruckt.

Aufwand

Zeit und Personal: Um dem Publikum das nervige Erlebnis des Nichtdurchkommens zu ersparen, sollte die Anrufzeit nicht weniger als einen halben Tag betragen, besser einen ganzen. Während dieser Zeit sind die für die Aktion bereitgestellten Leitungen für die Redaktion nicht benutzbar. Die Telefone müssen ständig besetzt sein. Der Aufwand beträgt also Anrufzeit in Mitarbeiter-Stunden mal Zahl der für die Aktion abgestellten Apparate. Das heißt bei einer Ja-Nein-Frage: Zwei Telefone werden acht Stunden lang geschaltet; zwei Kollegen sind je einen Tag beschäftigt. Wer den Platz für den Wortlaut der Leseranrufe nicht hat, kann das Ergebnis in einem Bericht zusammenfassen.

Keine Kosten für den Verlag. Die Telefongebühren tragen die Anrufer.

Erfahrungen

Die nicht standardisierte Phone-in-Aktion wird hier aufgeführt, weil wir in Gießen damit insbesondere in den 90er-Jahren gute Erfahrungen in der Anwendung gemacht haben: Dabei heraus kommt praktische Hilfe für ratsuchende Bürger von Journalisten, die Strukturen unterschiedlichster lokaler Behörden und Organisationen ja ohnehin im Kopf haben müssen. Was den Bürgern wiederum mit ihren Anliegen bisher so zugestoßen ist und zu dem Anruf bei der Zeitung führte, das wiederum kann schnell eine Zeitungsgeschichte werden.

Das Instrument bewährt sich besonders in Situationen, in denen Politiker Unzutreffendes über die Bevölkerung verbreiten. Ein Beispiel aus den 90er-Jahren: Am Tag nach der Kommunalwahl 1993, die der SPD im Gießener Stadtparlament 12 Prozent Verlust eintrug und 10 Prozent für die „Republikaner“ brachte, gab die Zeitung den Politikern die übliche Gelegenheit zur Stellungnahme. Die Erklärungen liefen auf „Politikverdrossenheit“ und eine angenommene allgemeine „Bürgerferne“ kommunaler Politik hinaus. Gleichzeitig wurde ein „Nichtwähler-Telefon“ geschaltet, bei dem die Bürgerinnen und Bürger ihre Motive erklären konnten. Die Anrufer (eine dreistellige Zahl) vermittelten das Bild, dass massive Überfremdungsängste und ein Denkzettel-Wahlverhalten vor dem Hintergrund der zu jener Zeit sehr hohen Asylbewerberzahlen in der Region als Ursache zu sehen sei.

Der Reiz solcher nicht standardisierter Phone-in-Aktionen nach Wahlen liegt darin, den vagen Erklärungen der Politiker, die immer den Anspruch beinhalten, das Verhalten des Wahlvolks zu verstehen, die konkreten Einschätzungen einer recht großen Zahl von Bürgerinnen und Bürgern gegenüberzustellen. Man kann also belegen, warum Wahlverzicht in Wirklichkeit ein Protestverhalten ist. Politiker-Erklärungen werden so oftmals relativiert oder widerlegt.

Vorteile des Instruments

Mitarbeiter und Telefonleitungen hat eine Redaktion immer. Geld hat sie selten, und das braucht sie hier auch nicht. Das Instrument ist denkbar einfach und sorgt dafür, dass sich erheblich mehr Bürgerinnen und Bürger im Blatt wiederfinden als bei den allgemein üblichen 5 oder 15 Interviews auf dem Marktplatz. Die Bürger entscheiden selbst, ob sie anrufen wollen. Sie müssen nicht zum Interview motiviert werden. Wenn sie nichts zu sagen hätten, würden sie nicht anrufen.

Nachteile des Instruments

Eine nicht standardisierte Phone-in-Aktion gibt den Bürgern im Gegensatz zur standardisierten zwar die Möglichkeit, mit einem oder zwei Sätzen in der Zeitung vertreten zu sein, statt nur ihre Stimme zählen zu lassen. Doch geht das auf Kosten der Menge. Bei einer ganztägigen Aktion sollten pro Telefonapparat nicht mehr als knapp dreistellige Anrufzahlen erwartet werden. Das ist viel im Vergleich zu den Interviews vom Marktplatz oder den vielleicht 20 Anrufern, die Spezialisten bei Beratungen von Lesern in Telefonaktionen mit Experten zu bestimmten Ratgeber- und Service-Themen pro Stunde schaffen. Aber es ist viel weniger, als standardisierte Aktionen erreichen können.

Repräsentativ sind nicht standardisierte Phone-in-Aktionen übrigens nie, weil nämlich keine Stichprobe gezogen wird, die die Meinungsverhältnisse im gesamten Publikum wiedergeben könnte. Es ist ganz in das Ermessen der Bürger gestellt, anzurufen oder dies zu lassen. Damit erfasst man eine Meinungsverteilung von ihren (zur Äußerung motivierten) Rändern her, statt aus der schwächer motivierten breiten Mitte heraus. Wissenstheoretisch können damit in der Praxis allgemeine Wahrheitsansprüche – im Falle des „Nichtwähler-Telefons" die von Politikern – durch eine große Summe von Gegenbeispielen widerlegt werden. Thesen über Meinungsverteilungen im Volk lassen sich mit diesem Instrument hingegen nicht darstellen.

Fehler vermeiden

Druckfehler sind bei Telefonnummern immer besonders unangenehm. Es ist schon schlimm genug, wenn sich Leserinnen und Leser bei einer ahnungslosen Rentnerin für Volkshochschulkurse anmelden wollen. Für eine Telefonaktion ist ein Druckfehler in den Nummern jedoch eine Katastrophe. Die Aktion wird dadurch völlig ruiniert.

Phone-in-Aktionen dürfen – insbesondere in Wahlkampfzeiten – nie lange vorher angekündigt werden! Das provoziert sonst Kampagnen der politischen Parteien. Am Aktionstag selbst empfiehlt sich jedoch ein Hinweis auf der Titelseite.

Die Ankündigung der Aktion muss klar und exakt sein. Aus der Aufforderung, sich zu beteiligen, muss genau hervorgehen, wann man dies tun kann und unter welchen Bedingungen. Das heißt: Den Bürgern muss klar sein, ob ihre Mitteilung mit ihrem Namen und der Adresse oder aber anonymisiert oder gar nur als indirektes Zitat abgedruckt wird. Alles andere vergrätzt Leser. Nummer und Anrufzeiten gehören mindestens in die Überschrift, am besten aber in eine Vignette.

Zum Hörer greifen nicht selten auch Menschen, die kontaktarm sind und viel Zeit haben, einem ihr Leben zu erzählen. Ans Telefon gehören daher erfahrene Mitarbeiter, die Menschen ohne Druck im Gespräch auf den Punkt bringen können. Wer der Versuchung erliegt, abkömmlich erscheinende Berufsanfänger für diese Aufgabe abzustellen, kann Abonnenten verlieren.



Die standardisierte Phone-in-Aktion

Dieses Instrument eignet sich zum Beispiel als Popularitäts-Nagelprobe für politische Ankündigungen in Wahlkämpfen. Standardisierte Phone-in-Aktionen kennt man in Deutschland traditionell unter dem Begriff TED, der einmal für „Teledialogsystem der Deutschen Bundespost" stand. Die Post stellte bis in die 90er-Jahre lediglich öffentlich-rechtlichen Sendern Nummern zur Verfügung, unter denen dann Anrufe für oder gegen zur Wahl gestellte Alternativen gezählt werden konnten. Bei Rundfunksendern ist der TED bei nicht politischen Themen immer noch sehr beliebt. Das berühmteste Beispiel ist der Musikwettbewerb Grand Prix d'Eurovision.

Mitte der 90er-Jahre stellte die zur Telekom gewandelte Post das System unter dem Namen Televotum für alle Medien bereit. Leisten konnten es sich da aber nur Redaktionen, für die Ausgaben in vierstelliger D-Mark-Höhe kein Problem waren. Eine einfachere Lösung lag schon immer in der Haustelefon-Anlage eines Verlages, die normalerweise eine gewisse Anschlussreserve umfasst. Aus dieser Reserve können die Hauselektriker oder der Vertragspartner für die Anlage eine zu vereinbarende Zahl freier Nummern (am besten mindestens drei) in Telefonanschlussdosen legen, die irgendwo

in der Redaktion zusätzlich anzubringen sind. An diese Dosen steckt man Telefonanrufbeantworter mit mindestens dreistelligem Anruf-Zählwerk. Diese tun ihren Dienst auch, wenn man sie nicht mit einem Telefon koppelt, sondern nur in der Bandansage mit einem Text bespricht. Zum Beispiel: „Hier ist die Redaktion des/der ... Ihr Anruf wurde gezählt. Vielen Dank. Bitte legen Sie auf!“

Und schon hat man die Volksausgabe eines klassischen TED zur Hand! Etwas eleganter geht es inzwischen auch mit Mailbox-Lösungen in der Haustelefonanlage, soweit die Impulszählung es möglich macht, die Zahl der Anrufe unter einer Nummer zu belegen.

Positiver Nebeneffekt: Dieselben Nummern können genutzt werden, wenn die Redaktion nicht standardisierte Phone-in-Aktionen machen will oder Expertengespräche für das Publikum anbieten möchte. Sie kann dann, ohne die Telefonkapazität der Redaktion einzuschränken, einfach statt der Anrufbeantworter oder Mailbox-Schaltungen Telefonapparate an die Leitungen schalten.

In vielen Verlagen hat inzwischen das Tele-Voting Einzug gehalten, ein TED, der über eine teure Service-Nummer erreichbar ist (0137-, 0180- oder 0900-Nummern). Die Vergütungen der Rufnummern-Betreiber werden für die Zeitungshäuser zur zusätzlichen Einnahmequelle. Allerdings ist das eine Richtung, die wir beim Gießener Anzeiger weder meinen noch gehen.

Aufwand

Zeit und Personal: nahezu null, weil eine einmal installierte Anlage eben automatisch arbeitet. Man stellt in einer Ausgabe eine Frage, gibt an, welche Antwort welche Rufnummer bedeutet, und wartet das Votum der Leserinnen und Leser ab. Das Ergebnis als Zahlenverteilung für die verschiedenen Rufnummern steht für die Ausgabe des folgenden Tages zur Verfügung. Ein Mitarbeiter muss für das Ablesen der Anrufzahlen und das Schreiben der Geschichte abgestellt werden.

Diesen TED für die Zeitung haben wir beim Gießener Anzeiger schon im Jahr 1989 erarbeitet. 1990 begann die systematische Ergebnisdokumentation. Der dokumentierte Schnitt pro Aktion pendelte sich bei rund 500 Anrufen ein. Die anfänglichen drei Stunden Anrufzeit wurden auf acht ausgeweitet, um möglichst vielen Bürgern besetzte Leitungen zu ersparen. Vierstellige Anrufergebnisse waren schon bald keine Ausnahme mehr. Die örtlichen Politiker haben sich an das Instrument gewöhnt. In einigen konkret nachweisbaren Fällen ist es schon zu Verwaltungsentscheidungen aufgrund solcher Phone-in-Ergebnisse gekommen. Das Instrument gewinnt seinen Wert gerade dadurch, dass es – einmal bezahlt – ständig zur Verfügung steht.

Demonstration am Telefon

Und an dieser Stelle wird es wieder wissenschaftlich: Denn wie auch bei der nicht standardisierten Phone-in-Aktion darf leider für die Resultate keine Repräsentativität behauptet werden, weil keine Stichprobe gezogen wird, sondern die Bürger selbst entscheiden, ob sie zu dem angebotenen Thema anrufen wollen. Also hat man wieder kein verkleinertes Modell der Gesamtbevölkerung und kann nur angeblich allgemeingültige Aussagen der Politiker falsifizieren, statt eigene Thesen zu verifizieren. Man darf das Instrument also nicht mit einer Repräsentativumfrage verwechseln und muss dies erklären, wenn man jemanden zu einem Ergebnis um Stellungnahme bittet. Am anschaulichsten ist, wenn man darlegt, eine standardisierte Phone-in-Aktion sei so etwas wie eine Demonstration am Telefon. Je nachdem, wie machtvoll eine reale Demonstration ausfällt, sagen Politiker den Demonstrationsteilnehmern vor ihrem Rathaus- oder Ministeriumsfenster ja auch nicht, sie sollen einfach nur nach Hause gehen, weil sie für die Gesamtbevölkerung nicht repräsentativ sind.

Aber, und das ist ganz wichtig: Gerade weil das Instrument die Meinung der Bevölkerung von den Extremen her misst, ist zwar der Allgemeingültigkeit der Verteilung pro Anwendung wenig zu trauen, wohl aber der Gesamtzahl der Anrufe pro The-

Kreis Gießen

Heute ist Tag der Nichtwähler

Wer seine Stimme nicht abgegeben hat, kann sie heute beim Anzeiger erheben

KREIS GIESSEN (dr). Der Tag nach der Wahl: Etliche Gemeinden haben bereits komplett ausgezählt. Die Ergebnisse finden Sie in unserer heutigen Ausgabe. Andere rechnen noch. Auch die Parteien. Wir dagegen haben gestern beschlossen, den heutigen Dienstag zum Tag der Nichtwähler zu erklären. Wir fragen Sie: Warum sind Sie am Sonntag nicht zur Wahl gegangen?

Sie können uns Ihre persönlichen Gründe per Fax (0641-9504-3411), E-Mail (dlemmer@giessener-anzeiger.de) oder auch telefonisch zwischen 11 und 14 Uhr (**Tel. 0641-9504-3470**) übermitteln. Sie können Ihrem Ärger Luft machen und auch frei von der Leber weg reden, denn – wenn Sie das möchten – werden wir Ihre Namen dann am Mittwoch nicht veröffentlichen. Aber Ihre Stellungnahme, denn daran sollte auch den Politikern gelegen sein. Warum hat in vielen Gemeinden noch nicht einmal jeder zweite Wähler seine Stimme abgegeben? Liegt es am komplizierten Wahlsystem? Ist es der Frust über Politik oder Parteien? Sind Sie aus Protest bewusst nicht zur Wahl gegangen? Oder bereuen Sie inzwischen angesichts der Ergebnisse vielleicht, dass Sie am Sonntag ihre Stimme nicht abgegeben haben?

Gießener Anzeiger

Wir sind dabei

Politiker aller Parteien haben am Wahlabend bedauert, dass die Beteiligung so gering ausgefallen ist. Aber letztlich werden die politischen Gremien auch rasch zur Tagesordnung übergehen. Gewählt ist schließlich gewählt. Dabei möchten wir den Politikern allerdings gerne die Meinungen und Stimmungen derjenigen mit auf den Weg geben, die am Sonntag einen großen Bogen um die Wahllokale gegangen sind. Rufen Sie uns an!



Das sieht – so wie hier in Großen-Linden – nach einer guten Wahlbeteiligung aus. Tatsächlich aber hat in vielen Gemeinden noch nicht einmal jeder zweite Wahlberechtigte seine Stimme abgegeben. Bild: Möller

„Heute ist Tag der Nichtwähler“

Warum sind so viele Bürgerinnen und Bürger nicht zur Wahl gegangen? Dieser Frage ging die Redaktion des Gießener Anzeigers in einer Telefon-Aktion auf den Grund. Die Meinungen und Stimmungen aus dem großen Lager der Nichtwähler wurden schließlich in einem großen Bericht verarbeitet.

ma. Dasselbe Instrument, immer dem gleichen Publikum dargeboten, produziert mit der Zeit gültige Ergebnisse darüber, wie wichtig ein Thema der Bevölkerung im Vergleich zu anderen Themen ist. Es eignet sich deshalb in einem Wahljahr auch (aber natürlich nicht nur) zum Popularitätstest für politische Ankündigungen. Seit 1990 verwenden wir es in Gießen vor allem in diesem Sinne. Der Politik gegenüber lässt sich so anschaulich belegen, in welchem Umfang die von ihr „gesetzten" oder „besetzten" Themen die Menschen überhaupt interessieren. Zum Beispiel kann man dokumentieren, dass eine standardisierte Phone-in-Aktion über die Ausweitung oder Einschränkung des Theaterangebotes in einer Stadt nur so viele Bürger an die Hörer gelockt hat wie eine Aktion zur Notwendigkeit von Miss-Wahlen, oder dass die Einführung einer Leinenpflicht für Hunde den Bürgern vielleicht wichtiger war als die von Politikern möglicherweise gerade als bedeutend gewertete Ausweisung neuer Gewerbegebiete. Es muss aber nicht immer um Lokalpolitik gehen.

In der Internet-Version der Zeitung heißt diese häufigste Form der standardisierten Phone-in-Aktion „Poll". Beim Gießener Anzeiger als Rubrik „Frage des Tages" seit 2004 etabliert, wird Nutzern via Internet täglich eine aktuelle – meist politische – Frage zum persönlichen Beantworten mit „Ja" oder „Nein" per Mausklick angeboten. Das Ergebnis kann man dann auch in der aktuellen gedruckten Version der Zeitung lesen. „Polls" sind in Internet-Redaktionen vielerorts Alltag. Aufwand entsteht nur einmal beim Einrichten im Internet-Auftritt der Zeitung. Die entsprechenden Felder werden dann einfach täglich mit einer anderen Frage überschrieben.

Beliebtes Instrument

Auch kleinen Redaktionen ist es mit dieser Technik möglich, von heute auf morgen vierstellige Bevölkerungsvoten zu bekommen. Erfahrungsgemäß beeindruckt das Instrument die Politik und hat auch Wirkung, solange man in der Interpretation der Daten nicht übermütig wird. Die Bürger genießen die Anonymität der Meinungsäußerung im Vergleich zur nicht standardisierten Phone-in-Aktion und greifen nach einer Eingewöhnungsphase meist äußerst gerne zum Hörer. Wegen der vergleichsweise hohen Zahl der Bürgervoten kann man sich nach hinreichender Erfahrung (fallabhängig) auch schon mal zu kommentieren trauen, dass ein Ergebnis mit 80- oder 90-prozentigem Ausgang und vierstelliger Beteiligung wahrscheinlich nicht mehrheitsmäßig ins Gegenteil umschlagen würde, wenn man es repräsentativ erhöbe.

Für Redaktionen ist wichtig, dass Ergebnisse dieses Instruments im Gegensatz zu denen repräsentativer Umfragen tatsächlich am Folgetag der Fragestellung in der Zeitung vorliegen und nicht erst nach Wochen oder Monaten wie bei Repräsentativerhebungen. Daher lassen sich die Politiker damit auch sofort konfrontieren.

Nachteile des Instruments

Das Ergebnis ist immer eine abstrakte Zahl, nämlich die numerische Verteilung der Bürgervoten zur gestellten Frage. Die Aussagefähigkeit dieser Zahl hängt wiederum von der Gesamtbeteiligung ab. Traditionelle Interviews vom Marktplatz als Ergänzung machen das Ergebnis anschaulicher. Repräsentativität darf nicht behauptet werden. Erfahrungsgemäß beträgt die Anruf-Zählzeit eines Anrufbeantworters 10 bis 15 Sekunden. Die Menge der in acht Stunden möglichen Anrufe ist damit notwendigerweise geringer als beim Instrumentarium der Telekom.

Anwendungen testen

Auch hier muss erwähnt werden, dass Druckfehler in den Telefonnummern bei solchen Aktionen allen Aufwand zunichte machen, ebenso wie Verwechslungen der Nummern der Alternativen beispielsweise zwischen Text und Überschrift. In einem Verlag sollte immer die Redaktion, die Erfahrung mit dem Instrument gewonnen hat, federführend beim „Ausleihen" an andere bleiben. Vor jeder Anwendung sind die Anrufbeantworter (oder Mailboxen)

einzeln zu testen. Leser, die auf eine nicht funktionierende Anlage stoßen, wittern Schiebung und reagieren mit Recht verärgert.

Bei Anrufbeantwortern kann ein Stromausfall oder die Abnahme vom Netz die Bandansage löschen. Der systematische Check vor einer Anwendung empfiehlt sich also auch dann, wenn niemand außer dem zuständigen Mitarbeiter die Anlage zwischen zwei Anwendungen zu Gesicht bekommen hat.

Wegen der Anonymität des Votums ist es noch wichtiger als bei der nicht standardisierten Phone-in-Aktion, dass Ankündigungen der Aktion vor der Veröffentlichung der Nummern am Tag der Aktion unterbleiben. Die Verführung der politischen Parteien zu Anrufkampagnen wäre zu groß. Sie ist am Tage der Veröffentlichung hingegen nicht mehr gegeben, weil auch „beauftragte“ Anrufer nicht häufiger durchkommen als Normalbürger, egal welche Alternativen sie bevorzugen. Dies wurde in Gießen getestet. Es ist für die Interpretation der Daten unbedingt zu beachten, dass Ergebnisse verschiedener Aktionen nur dann vergleichbar sind, wenn sie sich immer auf die Gesamtausgabe oder die immer gleiche Teilausgabe der Zeitung beziehen.



Repräsentativumfrage per Telefon

Wie die Beschäftigung mit den Telefonaktionen zeigt, führt an der Ziehung einer Stichprobe kein Weg vorbei, wenn man repräsentativ – und das heißt gültig für die Bevölkerung eines bestimmten Gebietes innerhalb angebbarer Irrtumswahrscheinlichkeiten – Aussagen treffen will. In den Redaktionen sind oft Soziologen, Psychologen, Politikwissenschaftler oder ehemalige Studenten anderer Disziplinen zu finden, die mit Repräsentativumfragen schon zu tun gehabt haben. Ist so jemand nicht verfügbar, muss von der eigenen Umfrage wohl auch heute noch eher abgeraten werden.

Das bedeutet aber keineswegs Verzicht auf derartige Schmuckstücke im Blatt. Umfragen bei Meinungsforschungs- oder Marketing-Instituten in Auftrag zu geben, gilt zwar weiterhin als redaktionell kaum bezahlbar. Oft genügt jedoch ein Anruf bei der Pressestelle der nächstgelegenen Universität, um zu klären, wer sich dort mit Umfragen befasst. Und dann wirkt sich günstig aus, dass Redaktionen meist nicht an kompletten „Politbarometern“ zu den unterschiedlichsten Themen interessiert sind, sondern zum Beispiel an der „Sonntagsfrage“ nach dem aktuellen Wahlverhalten oder an einem repräsentativen Vergleich der Aussichten verschiedener Wahlkandidaten. Das Zauberwort für die Zusammenarbeit mit den Uni-Spezialisten heißt im Jargon der Sozialwissenschaftler in diesem Falle „Omnibus-Prinzip“. Die Frage oder die Fragen der Redaktion hängt man einfach an die nächsterreichbare Umfrage an, die ohnehin ansteht. Man muss dabei lediglich aufpassen, dass das Feld dieser Befragung identisch ist mit dem, über das die Zeitung Aussagen treffen möchte (zum Beispiel Verbreitungsgebiet oder Wahlkreis).

Es führen aber nicht alle Recherchen an eine Uni. Ein weiterer diskreter Tipp nämlich wäre die Frage an den eigenen Verlag, wann eigentlich die nächste „Reichweitenstudie“ ansteht, mit der das Haus seine Anzeigenpreise begründet.

„Bausatz“ für Mutige: Beschreibung der Anordnung

Um den Aufwand einigermaßen in Grenzen zu halten, sollte mit den Befragten telefoniert werden, statt deren Adressen zu Hausbesuchen anzufahren. Telefonumfragen sind methodisch schon

längst kein Problem mehr, da nahezu jeder Haushalt ein Telefon hat. Die Stichprobe kann dann aus dem Telefonbuch gezogen werden. Der eleganteste Weg ist, einen Zufallsgenerator entscheiden zu lassen, welche Nummer jeweils angerufen wird. Den gibt es als Software für Computer und das Telefonbuch als elektronische Version auf CD.

Zur Not tut es aber auch die systematische Auswahl (zum Beispiel: erste Nummer links oben auf einer Seite des gedruckten Telefonbuchs und letzte Nummer rechts unten). Eine eigene Wissenschaft ist die Frage, wie viele solcher Telefonnummern für die angepeilte Zufallsstichprobe (es gibt auch andere) denn gezogen werden müssen. Das hängt auf jeden Fall davon ab, wie genau man es wissen will. Und die jeweils noch in Kauf genommene Restabweichung von den tatsächlichen Verhältnissen in der Bevölkerung ist eigentlich nur mit einem komplizierten mehrstufigen mathematischen Verfahren hinsichtlich der Zahl der Befragten zu errechnen.

Grunddaten der Stadt

Wir gehen der Einfachheit halber davon aus, dass zum Beispiel Aussagen über das Wahlverhalten von „Unterstichproben“, wie etwa „katholischen ledigen Rentnern über 65 Jahre ohne Abitur“, erst gar nicht getroffen werden sollen, so dass es lediglich um das Wahlergebnis geht, wenn nächsten Sonntag gewählt werden würde. Wir haben in Gießen 20 Jahre hindurch gute Erfahrungen damit gemacht. Man sollte sich von der Stadt (oder wenn sich die Ergebnisse darauf beziehen sollen: vom Landkreis oder dem Regierungsbezirk) aus dem dortigen statistischen Amt die jüngsten Grunddaten der Bevölkerung kommen lassen (Altersverteilung, Konfession, Zahlenverhältnis männlich/weiblich, Familienstand etc.). Diese Grunddaten gehören dann sämtlich ans Ende des Fragebogens.

Man telefoniert danach in der beschriebenen Weise anhand des Telefonbuchs so viele Interviews zusammen, bis alle Grunddaten in der Stichprobe von den aus dem Amt gelieferten um nicht mehr als einen vorher festgelegten Prozentsatz abweichen. Dieser Prozentsatz will gut überlegt sein: Entscheidet man sich für 5 Prozent, so heißen beispielsweise 6 Prozent für die FDP in der „Sonntagsfrage“, dass dies bei wirklichen Wahlen auch 1 Prozent sein könnte – oder eben 11 Prozent. Ist man strenger und definiert nur 1 Prozent als tolerierbare Abweichung, bedeuten 6 FDP-Prozent in der Stichprobe zwar nur noch 7 oder 5 in der Realität, doch wird die Zahl der benötigten Interviews von einigen hundert Bögen auf einige tausend wachsen. Man muss also wissen, was man will und was man vom Aufwand her machen kann.

Damit ein Ergebnis entsteht, muss selbstverständlich vorher ein Fragebogen entworfen und dann während des Telefonats vom Interviewer ausgefüllt werden. Im journalistischen Interview wäre kein Ergebnis mit dem anderen vergleichbar. Beim Befragungsinterview können die Angerufenen nur unter vorher festgelegten Antwortalternativen (bei der Sonntagsfrage Parteinamen) wählen, nachdem ihnen die Fragebogenfrage im Wortlaut vorgelesen worden ist.

Noch-nicht-Experten sollten beim Fragebogenerstellen beherzigen: je weniger Fragen, desto geringer die aufzuwendende Befragungszeit. Pro Frage immer nur eine Sache klären (zum Beispiel Wahlverhalten, nie zum Beispiel zugleich Wahlverhalten und Empfindungen beim Wählen), beim Frageformulieren die Antworten in jedem Fall als Ankreuz-Alternativen festlegen; Antworten jenseits des einfach Ankreuzbaren sind nachher schwer auszuwerten.

Für den Anfang sollte man nur einfache Alternativen (ja/nein oder a, b, c ...) verwenden. Skalen (zum Beispiel „Schulnoten“ für zur Wahl gestellte Alternativen) bergen Formulierungs- und Auswertungsprobleme.

Wo immer man selbst – oder ein Experte in der Redaktion – so einen Fragebogen gleich auf den Bildschirm des Textverarbeitungssystems am Re-

Hälfte der Bürger für Landtagsneuwahl

Bei Einschätzung der Partei Die Linke dominiert Misstrauen

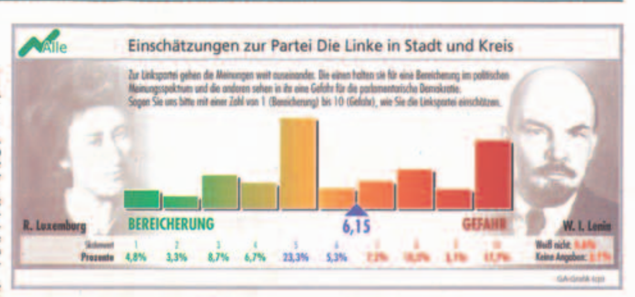
50,4 Prozent der 1000 im „Gießener Politbarometer" in der letzten Märzwoche telefonisch befragten Bürger sehen in Neuwahlen den besten Weg, um aus der Patt-Situation heraus zu kommen, die die Landtagswahl im Januar schuf. Eine Mehrheit gäbe es im Landtag nur, wenn Parteien ihre Versprechen vor der Wahl brächen. Dass solches „Einigen" besser wäre als Neuwahlen fanden im Telefon-Interview 41 Prozent der Befragten.

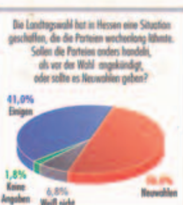
„Weiß nicht", antworteten 6,8 Prozent. 1,8 Prozent machten keine Angaben. Die auch von Gießener Landtagsabgeordneten vertretene Position, man könne nicht einfach so lange wählen lassen, „bis uns das Ergebnis gefällt", wird also von den Bürgern mitnichten mehrheitlich geteilt.

Der Neigung zu Neuwahlen entspricht die Verteilung der Antworten, auf die Frage, welche Koalition sich die Befragten denn im Landtag wünschen. 24,8 Prozent sagten „Jamaika": CDU/FDP/Bündnis90/Die Grünen. 19 Prozent sind für eine „Ampel" (SPD/FDP/Bündnis90/Die Grünen), 18,5 Prozent sind für Rotgrün plus Die Linke (bei 8,4 für „Tolerierung" und 10,5 Prozent für eine Koalition. Ebenso rund ein Fünftel (21,4 Prozent) antwortet mit „Egal", „Weiß nicht" oder sagt gar nichts. 15,9 Prozent votieren für eine große Koalition aus CDU und SPD.

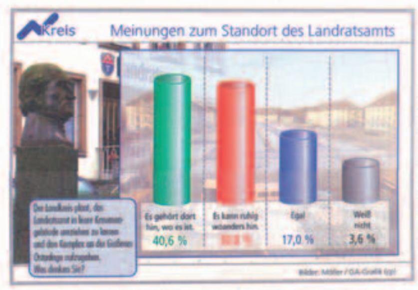
Ob der SPD bei den Bürgern in Stadt und Kreis Gießen die so genannte „Wortbruch"-Debatte geschadet hat, als sie entgegen ihren Ankündigungen ins Auge fasste, Andrea Ypsilanti mit den Stimmen der Partei Die Linke zur Ministerpräsidentin wählen zu lassen, bleibt hier offen.

Aus methodischen Gründen haben wir eine „Sonntagsfrage" nach dem aktuellen Wahlverhalten nicht gestellt. Fest steht daher nur, dass 8,4 Prozent bei den Koalitionswünschen eine „Tolerierung" befürworten. Und es gibt ein Indiz dafür, dass die Bürger bei dem „Wortbruch" vor allem die Kooperation mit der Partei Die Linke übel nehmen, um die es dabei ging: Auf einer Skala von 1 bis 10 mit den Polen 1 „Bereicherung im politischen Meinungsspektrum" und 10 „Gefahr für die parlamentarische Demokratie" wurde um eine Einschätzung dieser Partei gebeten. Mit glatt 1 antworteten 4,8 Prozent, mit glatt 10 aber 17,7 Prozent. Daher liegt die Einschätzung zwischen 1 und 10 im Schnitt bei 6,15, auch wenn sich 23,3 Prozent für den Wert 5 entschieden.









Landratsamt-Umzug für 17 Prozent Befragte „egal"

40,6 Prozent für bisherigen Standort – 38,8 Prozent offen

Gehört das Landratsamt genau dahin, wo es jetzt ist: in die Gießener Ostanlage? Oder ist ein Umzug in die leere Waldkaserne („Rivers Barracks") in Ordnung. Bei Kreispolitikern und Bediensteten der Kreisverwaltung ist das natürlich ein großes Thema. Bei den Bürgern im Landkreis antworten hingegen 17 Prozent mit einem „Egal", wenn man sie danach fragt. Weitere 3,6 Prozent sagen: „Weiß nicht". An zusammen rund 20 Prozent geht das Thema also vorbei.

Der große Rest ist in zwei fast gleich große Lager gespalten: 40,6 Prozent der Befragten sagen: „Das Landratsamt gehört dorthin, wo es ist." 38,8 Prozent, also fast genau so viele meinen: „Das Landratsamt kann ruhig auch woanders sein." Es gibt also nicht „die" eindeutige Haltung „der" Bürger, auf deren Seite man sich in der Diskussion schlagen könnte, wenn der Kreistag sich am 28. April der Sache annimmt und über Umzug oder Nicht-Umzug in die Kasernengebäude am Stadtrand Richtung Lich entscheidet. Das kann daran liegen, dass der Fall für publikumsintensive Bereich längst klar ist: Die Sozialverwaltung zieht schon in die „Rivers" und die Kraftfahrzeugzulassung bleibt, wo sie ist: im Gießener Bachweg.

Innenminister Bouffier am prominentesten

Effekt der Landtagswahl noch deutlich spürbar im Feld der oft genannten Persönlichkeiten

144 Interviewten ist der Name von Innenminister Volker Bouffier (CDU) auf die Frage hin eingefallen, wer ihnen in den vergangenen zwölf Monaten besonders aufgefallen ist. Bewertet worden ist er mit der Durchschnittsnote 3,2. Auf Platz zwei kommt mit 112 Nennungen Heinz-Peter Haumann (CDU), der Gießener Oberbürgermeister (Note 2,8), und auf Platz 3 mit 86 Nennungen der Gießener Stadtbaurat Thomas Rausch (CDU). Seine Durchnittsnote: 4,5. Ähnlich schlecht bewertet werden die Wahlkampfkontrahenten Roland Koch (CDU) mit 69 Nennungen bei Note 4,4 und Andrea Ypsilanti (SPD), 42 Nennungen mit Note 4,2. Besser bei ähnlicher Bekanntheit (44 Nennungen) liegt der Abgeordnete Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Note 3,0. Platz acht teilen sich mit 23 Nennungen die Abgeordneten Klaus-Peter Möller (CDU) und Gerhard Merz (SPD). Unterschiedlich ist aber die Bewertung: Für Möller Note 3,6 und für Merz Note 2,8. Vor beiden auf Platz sieben findet sich Landrat Willi Marx (SPD) mit der Bestnote im Spitzenfeld: 2,4.



Zur Repräsentativität dieser Umfrage

Vom 25. bis zum 31. März 2008 wurden für diese Ausgabe des Gießener Politbarometers durchgehend zwischen 10 und 20 Uhr 1000 Bürger aus Stadt und Kreis Gießen telefonisch im standardisierten Interview befragt. Die Stichprobe ist gültig (signifikant) für Stadt- und Kreisbürger über 18 Jahren. Die Abweichung innerhalb der Toleranzgrenzen von den demographischen Verteilungen in der Grundgesamtheit (Einwohner von Stadt und Kreis Gießen über 18 Jahren) wurde anhand der amtlichen Bevölkerungsstatistik zur Einwohnerstruktur durch Abgleich mit den Vergleichszahlen der Stichprobe bestimmt. Die Rufnummern der Interviewten wurden mit dem Zufallsgenerator aus der elektronischen Version des Telefonbuchs ermittelt.



47 Prozent geht es wirtschaftlich schlechter als 2007

Einschätzungen deutlich düsterer als im Vorjahres-Politbarometer – 6,5 Prozent erleben persönlich den Aufschwung

Den Bürgern geht es mehrheitlich „genauso" (46,3 Prozent) oder „schlechter" (47,1 Prozent) als vor einem Jahr. „Besser" sagen mit Blick auf das eigene Portemonnaie nur 6,5 Prozent der Befragten, wenn man nach ihrer „persönlichen" wirtschaftlichen Lage im Vergleich zum Vorjahr fragt.

Nur eine kleine Minderheit erlebt also, dass der in der Politik beklatschte wirtschaftliche Aufschwung bei ihr angekommen ist. Damit fallen die Werte noch etwas schlechter aus als 2007. Im Vorjahres-Politbarometer sagten 59,9 Prozent, ihre wirtschaftliche Lage sei genauso wie ein Jahr zuvor und 28,4 Prozent antworteten mit „schlechter".

Richtig deutlich wird die mindestens gefühlte Nichtbeteiligung der Bürger am Aufwärtstrend der Realwirtschaft, wenn man Daten nimmt, die einige Zeit zurückliegen. Im Politbarometer vom Februar 1999 gaben 12,3 Prozent an, es gehe ihnen besser als vor einem Jahr, 65,6 Prozent sagten „genauso" und 22,1 Prozent „schlechter".

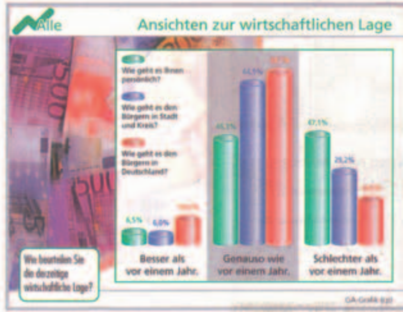
Ein Klassiker unter den Umfrage-Ergebnissen ist der Effekt, dass die wirtschaftliche Lage durch Befragte schlechter eingeschätzt wird, wo sie sie nicht mehr selbst erleben, sondern durch die Medien vermittelt bekommen. Das lässt sich auch dieses Jahr wieder nachweisen: Nach Einschätzung von sechs Prozent der Befragten geht es „den Bürgern in Stadt und Kreis" Gießen „besser" als vor einem Jahr. 64,9 Prozent sagen „schlechter" und 29,2 Prozent „genauso".

10,7 Prozent finden, es gehe „den Bürgern in Deutschland" jetzt „besser" als vor einem Jahr. „Genauso" glauben 20,6 Prozent und 68,7 Prozent sagen derzeit „schlechter".

Diese Werte bedeuten ebenso wie beim Blick auf die „persönliche" Situation gegenüber dem Politbarometer 2007 eine deutliche Verschlechterung in der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage. Nun könnte man glauben, dass die Gesamtsituation von den Bürgern deshalb so pessimistisch gesehen wird, weil eben die Medien ein düsteres Bild vermitteln.

Zweifel daran sind gegenwärtig jedoch besonders berechtigt, weil ja der anhaltende wirtschaftliche Aufwärtstrend ständig Berichterstattungsthema ist.

Vielmehr gibt es gegenwärtig objektive Effekte wie die Mehrwertsteuererhöhung des vergangenen Jahres oder die Lohn- und Rentenentwicklung gegenüber der aktuellen Inflationsrate, die geeignet sind, die Stimmung zu verdüstern.



Umfrage-Impressum

Stichprobenziehung, Erhebungsorganisation, Bogenauswertung, Dateneingabe und -aufbereitung: Nina Höhle und Stephan Hellwig (Uni Gießen).

Fragen, Dateninterpretation, Organisation, Gesamtverantwortung: Dr. Andreas Emmerich (Gießener Anzeiger).

Graphiken: Christian Platt.

Eingabeunterstützung: Raphael Goriya. Interviews: Christian Eckhardt, Nathalie Knors, Natalie Bohnacker, Samrawit Asmelash, Bea Knippenberg, „Bibi" Brhan Marcos, Caroline Vandeweyer, Kathrin Saskia Pirr, Kathrin Peifer, Viktoria Trofimow, Simon Arnold, Sebastian Baier, Mara Hähle.

Herzlichen Dank

Möglich wurde auch diese Ausgabe des Gießener Politbarometers erst wieder durch die Bereitschaft der 1000 dafür erforderlichen Bürger, sich telefonisch vom Umfrage-Team interviewen zu lassen.

In einer Zeit zunehmend weiter um sich greifender telefonischer kommerzieller Werbung ist das auch ein stückweit eine Vertrauenfrage. Für diese Bereitschaft herzlichen Dank an alle, die sich die erforderliche Zeit genommen haben!

Gießener Politbarometer

Seit 1987 macht der Gießener Anzeiger repräsentative Umfragen. Regelmäßig werden mit dem „Gießener Politbarometer" nicht nur politische Trends bestimmt, sondern auch Meinungen und Stimmungen zu lokalen Themen eingeholt.

Freitag, 18. April 2008 — **Gießener Politbarometer für April 2008** — Gießener Anzeiger 35

56 Prozent zufrieden mit Nichtraucherschutzgesetz

Aktuell 38,3 Prozent der Befragten dagegen: 61 Prozent der Kritiker würden in Gaststätten Entscheidung Wirten überlassen

Zum Nichtraucherschutzgesetz, das nun seit einem halben Jahr gilt, haben die meisten Bürger eine Meinung: 56,1 Prozent unserer 1000 Befragten sind dafür und 38,3 Prozent dagegen. Nur rund fünf Prozent fällt dazu wenig ein: 3,7 Prozent antworten mit „Ist mir egal", 1,4 Prozent mit „Weiß nicht" und von 0,6 Prozent kamen gar keine Angaben.

Die 38,3 Prozent, die sich negativ zum Gesetz äußerten, haben wir inhaltlich tiefer befragt, nämlich danach, was sie denn ändern würden. Das Gesetz „ganz abschaffen" wollen dabei 9,2 Prozent dieser Kritiker. Mit 61,3 Prozent am weitaus meisten gewählt worden ist die Antwort: „Entscheidung über Raucherlaubnis in Gaststätten den Wirten überlassen". Für eine generelle Raucherlaubnis dort, wo in Restaurants nicht gegessen wird, sondern vor allem getrunken wird, wie in Kneipen oder Discotheken, plädieren 15 Prozent und 12,5 Prozent sind für eine generelle Raucherlaubnis in kleinen Ein-Raum-Gaststätten. Zwei Prozent sind für Raucherlaubnis bei geschlossenen Gesellschaften.

Es hat sich also nicht viel geändert gegenüber 2007. Das Gießener Politbarometer hatte zu den damals noch nicht umgesetzten hessischen Rauchverbotsplänen ergeben, dass die Lager von Befürwortern und Gegnern des Rauchens in Kneipen in etwa gleich groß sind. Nur bei Speiserestaurants war das Votum im Frühjahr 2007 eindeutig: 70 Prozent für ein Rauchverbot. Das gibt es jetzt und nicht nur dort. Inzwischen gibt es durch oberste Länder-Gerichte wie in Sachsen oder Rheinland-Pfalz wieder Lockerungen. In Hessen spricht sich die FDP für jene Lösung aus, die 61,3 Prozent der Gesetzeskritiker in der Umfrage (Nur eine Antwort war möglich) befürwortet: Es soll den Wirten überlassen werden, ob sie eine Raucher- oder Nichtraucher-Gaststätte betreiben möchten. Bei der Frage, was geändert werden soll, wurden übrigens zehn Vorschläge mehr notiert, als es Gegner des Gesetzes in der Stichprobe gab.

Denn es geschah, was im Fragebogen eigentlich gar nicht vorgesehen war: Auch Gesetzesbefürworter sprachen sich ungefragt für Änderungen aus, registrierten die Interviewer. Und die wurden dann auch notiert. Als Motiv hielten die Interviewer fest, viele Nichtraucher seien sehr für das Gesetz, insbesondere was das Rauchen in öffentlichen Gebäuden betrifft. Die Regelungen in Kneipen hielten manche jedoch für „zu hart" für Raucher. Manche Raucher wiederum würden Nichtraucher-Gaststätten durchaus akzeptieren, sähen aber bei der gegenwärtigen Gesetzeslage für sich keine Alternative mehr.

Alle — Haltungen zum Nichtraucherschutzgesetz

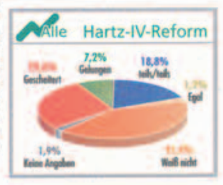
56,1% Dafür
38,3% Dagegen
Was sollte an diesem Gesetz geändert werden?
Den Wirten überlassen 61,3%
Seit Oktober gilt in Hessen ein Nichtraucherschutzgesetz mit einer Reihe an Rauchverboten. Sind Sie für oder gegen die Regelungen dieses Gesetzes?

Ratlosigkeit zum Thema Hartz IV

„Weiß nicht" ist die Antwort von nicht weniger als 41,9 Prozent der Interviewten auf die Frage, ob in Stadt und Kreis Gießen die Umsetzung der Hartz-IV-Reform mit dem Fördern und Fordern von Langzeitarbeitslosen „eher gelungen" oder „eher gescheitert" ist. Von weiteren 1,9 Prozent kommt gar keine Antwort. 1,2 Prozent antworten mit „egal".

Und außerdem wählen 18,8 Prozent die Antwortkategorie „teils/teils". Augenscheinlich herrscht eine gewisse Ratlosigkeit unter den Bürgern bei diesem Thema, obwohl die Zeitungsberichterstattung über die mit der örtlichen Umsetzung beauftragten Institutionen vergleichsweise intensiv ist.

Eine wirklich inhaltliche Antwort kommt nur von etwas mehr als einem Drittel der Befragten in Stadt und Kreis. „Eher gelungen" sagen 7,2 Prozent, und „eher gescheitert" 29 Prozent.





Am liebsten „Gesundheits- und Wissensregion" Gießen

Jüngste Idee zur Profilierung hat weiter höchste Akzeptanz

Es ist still geworden um die CDU-Initiative, den Kreis als „Gesundheits- und Wissensregion" zu profilieren. Das liegt daran, dass bisher niemand hauptberuflich damit befasst ist. Weiterhin aber ist den Bürgern dieses Etikett am sympathischsten. Note 2,8 (bei einer Notenskala von 1 bis 6) geben ihm die Kreisbürger im Politbarometer. Fast soviel wie 2007 mit 2,7. Auch als „Freizeitregion" Gießener Land kommt den Kreisbürgern ihr Landkreis noch sympathisch vor. Note 3,1 vergeben sie dafür (2007: 3,0). Etwas aufgeholt hat „Wirtschaftsregion" mit 3,2 (2007: 3,4). Zurückgefallen ist die Profilierung als „Modellregion für erneuerbare Energien". Hier gibt es die Durchschnittsnote 3,7. Im Jahr 2007 war es eine 2,8.

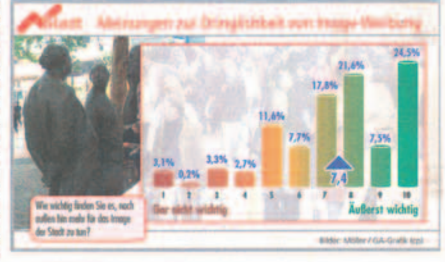
Gießener Politbarometer
Erhoben vom Gießener Anzeiger und dem Institut für empirische und angewandte Sozialforschung an der Justus-Liebig-Universität Gießen.

Für fast zwei Drittel besseres Image wichtig

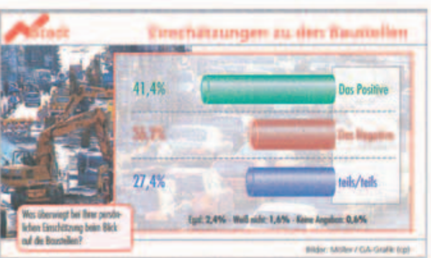
Gießen soll etwas für sich tun – In den vielen Baustellen wird eher „das Positive" gesehen

Ein Viertel der Befragten in der Stadt Gießen findet es „äußerst wichtig", dass Gießen etwas für die Verbesserung seines Images tut: 24,5 Prozent nennen auf einer Skala von 1 (gar nicht wichtig) bis 10 (äußerst wichtig) den Höchstwert. Auf Handlungsbedarf deuten weitere hohe Werte: 21,6 Prozent antworten mit der 8 und 17,8 Prozent mit der 7. Mit der 1 (gar nicht wichtig als Antwort) reagieren hingegen 3,1 Prozent. Als Mittelwert aller Urteile zwischen 1 und 10 kommt am Ende eine 7,38 heraus. Es ist den Bürgern demnach ein echtes Anliegen, dass ihre Stadt in ein positiveres Licht gestellt wird. Und es ist ein altes Problem in der durch die Bombardierungen im Zweiten Weltkrieg schwer gezeichneten Stadt. Berühmte Negativurteile gab es aber schon weit vorher. Georg Büchner fand zum Beispiel im frühen 19. Jahrhundert in Gießen „eine hohle Mittelmäßigkeit in allem".

Was man erlebt, ist eben oft weniger wichtig als die Frage, wie man das Erlebte bewertet. Baustellen zum Beispiel können Menschen wegen Lärm, Dreck und Verkehrsbehinderung nerven. Oder man kann stolz auf sie sein, weil sie Beleg dafür sind, dass sich etwas tut in der Stadt, in der man lebt. Und weil es in Gießen gerade viele Baustellen gibt, haben wir im Gießener Politbarometer einmal danach gefragt. Das Resultat: 41,4 Prozent der Gießener Befragten sehen in den Baustellen „das Positive" und 26,2 Prozent „das Negative". Also ein klares Urteil. Allerdings: 27,4 Prozent antworten mit „teils/teils". 2,4 Prozent ist es „egal", 1,6 Prozent sagen „Weiß nicht" und von 0,6 Prozent kommen gar keine Angaben.



Bilder: Möller / GA-Grafik (cp)



Bilder: Möller / GA-Grafik (cp)

47 Prozent für die Verdunkelung

„Gut" finden es 37,6 Prozent der Befragten im Kreis, wenn bei ihnen nachts die Straßenbeleuchtung weniger hell ist oder durch die Gemeinde ganz abgeschaltet wird. Weitere 9,7 Prozent halten diese Sparidee sogar für „sehr gut". Macht zusammen 47,3 Proznet. Es gibt dafür also durchaus eine Akzeptanz, denn das Lager der Skeptiker in dieser Frage ist deutlich schwächer: „Schlecht" finden diese Form des Stromsparens 22,9 Prozent und „sehr schlecht" weitere 11,9 Prozent. Mit „teils/teils" antworten bei dieser Frage 16,9 Prozent. Und einem Prozent ist die Sache „egal".

Ganz abgeschaltet wird im Kreisgebiet schon in Allendorf/Lda. Eine Ausnahme bilden dabei allerdings Kreuzungsbereiche, an denen Dunkelheit zur Unfallgefahr werden kann. In Rabenau ist ein Versuch von zwei Monaten Sparen am nächtlichen Licht gemacht worden. Momentan wird ausgewertet. Insbesondere geht es um die Frage, wie viel Geld der Beleuchtungsverzicht eigentlich der Gemeinde erspart. Eine Entscheidung darüber, wie es nun künftig werden soll, steht an. Zahlreiche andere Kreiskommunen schauen nach Rabenau und wollen sich am dortigen Beispiel orientieren.



Bilder: Möller / GA-Grafik (cp)

65 Prozent: Stadtverwaltung in leere Bauten

Weniger als ein Drittel für das neue Rathaus am Berliner Platz zum gegenwärtigen Preis

Das überrascht: Fast zwei Drittel der Gießener stehen nicht hinter dem Projekt, das am Berliner Platz gerade seiner Vollendung entgegenstrebt. 65,4 Prozent der städtischen Befragten finden, dass die Stadtverwaltung lieber in leere Gebäude ziehen sollte, wie es der Landkreis Gießen mit der geplanten Verlegung in die Waldkaserne („Rivers Barracks") an der Gießener Automeile gerade vormacht. 28,8 Prozent sagen zum neuen Rathaus hingegen: „Gießen braucht es". Und es gibt wenige Bürger ohne eine Meinung zu diesem Thema. Ausdrücklich „Ist mir egal" sagen 1,4 Prozent der Befragten. Mit „Weiß nicht" antworten 3,8 Prozent. Gar keine Angaben kommen von 0,6 Prozent.

Eine der Ursachen für die Ablehnung dürften die Konditionen, zu denen der Bau entsteht, sein. Zumindest haben die Interviewer notiert, dass dies Befragte vielfach gesagt haben, auch wenn nach Gründen nicht explizit gefragt wurde. Schließlich war die mehrheitliche Ablehnung ja nicht vorherzusehen. Die Konditionen waren den Befragten auch in der Frage mit genannt wurden: Fast 70 Millionen Euro sind der gegenwärtige Stand dessen, was für den Neubau ausgegeben werden muss. Und den Bürgern entgeht natürlich auch nicht, dass durch den Truppenabzug aus der Stadt an anderer Stelle reichlich Raum für städtische Bedienstete wäre. Fairerweise ist hier allerdings anzufügen, dass es für den Neubau zum Zeitpunkt seiner Planung auch noch andere Gründe gab. Die Gaswerk-Altlast im Boden darunter musste saniert werden. Und es war nicht garantiert, dass es die hohen Landeszuschüsse für diese Sanierung aus einem speziellen Programm ewig geben würde. Boden ohne anschließenden Bau viele Meter tief abzutragen, ergab wenig Sinn.

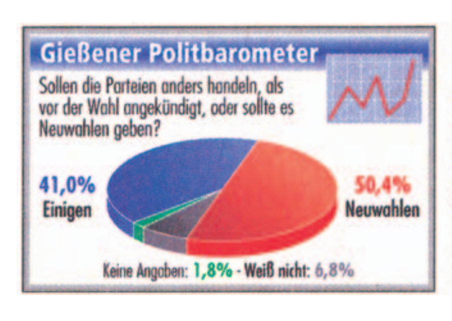


Bilder: Möller / GA-Grafik (cp)

dakteursarbeitsplatz zaubern kann, sollte dies geschehen. Sonst wird für die Auswertung der Stichprobenergebnisse aufwendiges Zusammenzählen von Hand oder die Eingabe in den Computer zusätzlich erforderlich. Für die Auswertung selbst können hier wenig Tipps gegeben werden. Dies können die jeweiligen Computer-Experten in den Verlagen besser. Sozialwissenschaftler kennen dafür eine spezielle Software mit dem Namen SPSS (Statistical Package for the Social Sciences).

Aufwand

Zeit und Personal: Nimmt man einmal einen sehr kurzen Fragebogen (eine bis zehn Fragen) und eine Interviewzeit von rund zehn Minuten an, dann ergeben sich unter Berücksichtigung von Stichprobenausfällen und Pausen für die Interviewer bei 1 000 Interviews (das ist der Gießener Erfahrungswert für ein Fünf-Prozent-Niveau der Ergebnisse) rund 250 Mann-Stunden reine Befragungszeit. Für alle Phasen eines solchen Projekts zusammen (Fragebogen-Entwicklung bis Auswertung) muss man gut das Doppelte rechnen. Hinzu kommt die Ergebnisaufbereitung für die Zeitung. Unter gleichen Bedingungen käme man bei einer Befragung auf dem Ein-Prozent-Niveau vielleicht auf 1 300 Mann-Stunden reine Befragungszeit, zuzüglich aller anderen Aufwendungen.



Kosten: In Anbetracht der erforderlichen Mann-Stunden muss die Zeitung überlegen, ob sie nicht zum Beispiel studentische Interviewer der einschlägigen Studienfächer anwerben kann. Zu deren Entlohnung hinzuzurechnen sind die anfallenden Telefongebühren bei den Interviews und die Druck- oder Kopierkosten für die Fragebögen. Bei der Auswertung ist die erforderliche Rechenzeit zu kalkulieren. Die Kosten werden sich vermutlich aber immer vierstellig halten lassen und damit deutlich unter dem Niveau liegen, das bei in Auftrag gegebenen Umfragen in der Marktforschung üblich ist.

Erfahrungen

Repräsentativumfragen mit umfänglichen Datensätzen gibt es als „Gießener Politbarometer“ zu lokalen Themen beim Gießener Anzeiger seit 1987. Auf dem Niveau 5 Prozent Abweichung von den Daten der Gesamtbevölkerung konnten über mehr als 20 Jahre hinweg politische Trends in der Bevölkerung richtig bestimmt werden, wie Wahlergebnisse zwischen den Umfragen belegen. Vor diesem Hintergrund sind Kritiken der jeweils nicht so gut abschneidenden Politiker und Parteien schon seit langer Zeit verstummt.

Hälfte für Neuwahl

50,4 Prozent der Befragten in der Repräsentativumfrage Gießener Politbarometer sprechen sich angesichts der Lage in Wiesbaden für eine Landtagsneuwahl aus.

Stadt und Kreis Seite 13/25/34/35

Verwendet worden ist das Instrument in den 90er-Jahren übrigens auch, um die standardisierten Phone-in-Aktionen der Zeitung zu „eichen“: Durch Erhebung in der Repräsentativumfrage mit gleichem Wortlaut wurde ermittelt, wie genau jene die Phone-in-Aktionen Meinungsverteilungen messen, was aus diesen Aktionen selbst heraus ja nicht errechnet werden kann, weil eine Stichprobenziehung fehlt. Die Ergebnisse dabei sind ermutigend. Sozialwissenschaftler kennen die unterschiedlichen Effekte, die veröffentlichte Daten aus Erhebungen auf das tatsächliche Verhalten einer Bevölkerung haben können. Aus unserer Erfahrung beim Gießener Anzeiger wäre zu empfehlen, Umfrageergebnisse zeitlich nur im Abstand von mindestens zehn Wochen zu einem Wahltermin zu veröffentlichen. Alles andere kann als Wahlbeeinflussung ausgelegt werden.

Vorteile des Instruments

Mit eigenen repräsentativen Daten gewinnt eine Zeitung in der öffentlichen Diskussion viel an Einfluss. Das ist insbesondere deshalb so, weil derartigen Daten in der Regel lokal nichts Vergleichbares von dritter Seite (zum Beispiel aus der Politik) gegenübersteht. Der Nachrichtenwert braucht also nicht erläutert zu werden. Und obendrein kommt die Zeitung außerhalb des eigenen Publikums in Kontakt mit den Bürgern (das Telefonbuch unterscheidet nicht zwischen Abonnenten und Nichtabonnenten). Befragt zu werden, macht neugierig auf die Umfrageergebnisse.

Der enorme Aufwand für diese Art von Umfragen dürfte in der Erörterung der einzelnen Schritte einigermaßen deutlich geworden sein. Leider kommt hinzu, dass Repräsentativerhebungen Zeit brauchen. Zwischen den Fragen an die Bevölkerung und dem Vorliegen der Ergebnisse in der Redaktion liegen kaum jemals weniger als drei oder vier Wochen. So schnell wie bei den Phone-in-Aktionen geht es nicht. Und erst recht nicht, wenn man auf den nächsten Umfrage-„Omnibus“ eines universitären Kooperationspartners warten muss. Vor tagesaktuellen Fragen in der Repräsentativumfrage wäre also im Zweifelsfall zu warnen.

Nachteile des Instruments

Die Probleme bei repräsentativen Umfragen sind so umfänglich, dass eine weitgehend vollständige Auflistung hier erst gar nicht probiert werden soll. Man kann nur versuchen, vorher so viele Fehlerquellen wie möglich auszuschließen. Zum Beispiel sollte man Interviewer anweisen, die jeweils nächste Telefonnummer zu nehmen, wenn das zentrale Thema einer Umfrage die „Sonntagsfrage“ ist und sich am anderen Ende der Leitung ein Kind, ein Ausländer oder eine Firma meldet. Denn sie alle können ja gar nicht wählen. Probleme bekommt auch, wer immer nur werktags von 8 bis 16 Uhr telefoniert. Innerhalb der normalen Dienstzeiten ist nämlich ein Großteil der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter auch im Dienst und deshalb in der Umfrage unterrepräsentiert, weil nicht zu Hause.

Auf keinen Fall sollte man darauf verzichten, den Fragebogen vorab in 10 oder 20 Interviews zu testen. Was nämlich 20 Menschen nicht verstehen, kapieren mehrere hundert ebensowenig. Und hilflos stünden die Interviewer zum Beispiel da, wenn die Befragten nicht wissen, was sie am nächsten Sonntag wählen würden, der Chef des Umfrage-Projektes in der Redaktion aber vergessen hat, im Fragebogen die Antwortkategorie „weiß nicht“ oder „keine Angaben“ neben den Parteienkürzeln mit aufzuführen.

Über die Jahre hat sich übrigens gezeigt, dass der Anteil derer, die ihre Wahlentscheidung erst wenige Tage vor einer Wahl oder gar am Wahltag selbst treffen, stetig steigt. Beim gebotenen mehrwöchigen Abstand zu einer tatsächlichen Wahl verliert speziell die „Sonntagsfrage“ also zunehmend an Aussagekraft. Und Korrekturformeln gelten immer noch nicht als uneingeschränkt vertrauenswürdig. In Gießen hatten wir es zuletzt mehrfach mit rund einem Drittel Unentschlossener zu tun. Inzwischen warten wir die Wahl lieber ab und erheben dann repräsentativ, wie zufrieden die Bürger mit dem Ergebnis sind.

Kontakt
Dr. Andreas Emmerich
Gießener Anzeiger
Telefon: 0641 9504-3472
E-Mail: aemmerich@giessener-anzeiger.de

Stichprobe

Da Meinungsforscher nicht das ganze Land, die Region oder Stadt befragen können, verwenden sie eine Stichprobe. Darin wird nach statistischen Kriterien eine repräsentative Auswahl festgelegt. Die Ergebnisse werden dann auf die Gesamtheit hochgerechnet. Die Genauigkeit der Ergebnisse hängt unter anderem von der Auswahl und Größe der Stichprobe und von anderen statistischen Faktoren ab und kann berechnet werden. Größere Stichproben liefern in der Regel genauere Ergebnisse. Normalerweise werden in Stichproben 1 000 bis 3 000 Befragte ausgewählt, um repräsentative Ergebnisse zu erhalten.

Die Sozialforschung unterscheidet grundsätzlich zwei Auswahlverfahren für Stichproben: die zufällige und die bewusste Auswahl. Bei der einfachen Zufallsstichprobe wird aus der Gesamtheit nach dem Zufallsprinzip eine Anzahl von Personen ausgewählt. Dabei muss die Chance, in die Stichprobe zu gelangen, für jede Person gleich groß sein.

Beim Quotenverfahren wird die Grundgesamtheit in Gruppen aufgeteilt, um ein verkleinertes Abbild der Gesamtgruppe (etwa aller Wähler in Deutschland) zu erhalten. Aufteilungsmerkmale können dabei Geschlecht, Alter, Bildungsgrad etc. sein. Für jede dieser Gruppen wird eine Quote ermittelt, die festlegt, wie viele Personen mit welchen Merkmalen befragt werden sollen. Die Quoten werden häufig anhand statistischer Unterlagen bestimmt. Das Quotenverfahren ist in der Markt- und Meinungsforschung stark verbreitet.



Ralf Leineweber ist Chefredakteur der Celleschen Zeitung



Selbst die Themen setzen

Die Cellesche Zeitung nahm das Heft in die Hand – die Bürger machten mit

Mit einem enormen Arbeits- und Organisationsaufwand ging die Cellesche Zeitung (CZ) an die Kommunalwahlen 2006 heran. Auf nahezu 100 Seiten wurde die Wahl vorbereitet und anschließend analysiert. Schon Monate vorher fragte die Redaktion bei den Lesern, welche Erwartungen und Forderungen sie an die Politik in ihrem Lebensumfeld haben. Knapp 3000 ausgefüllte Fragebögen kamen in der Redaktion an. Die Auswertung bestimmte schließlich die Themen der Wahl-Berichterstattung. Chefredakteur Ralf Leineweber ist überzeugt, dass sich der Aufwand gelohnt hat: „Die Reaktionen der Leser, die wir mit einer Umfrage direkt eingebunden haben, waren äußerst positiv.“ Leineweber erläutert das Konzept und die Umsetzung:

Grundidee unserer Berichterstattung zur Kommunalwahl 2006 war es, nicht von der Politik „deren“ Themen vorgegeben zu bekommen, wie dies früher häufig der Fall war, sondern die Politik mit „unseren“ Themen zu konfrontieren. Dazu erstellten wir zu Beginn des Jahres eine Art Produktionsplan und entwickelten ein Drehbuch. Ziel war es, dem Leser in Zeiten immer stärkerer Wahlmüdigkeit vor Augen zu führen, warum es wichtig ist, diesmal wählen zu gehen.

Das Konzept

Im Juni 2006 haben wir die Leser dazu aufgerufen, uns Auskunft über positive und negative Entwicklungen in ihrer Gemeinde zu geben. Für jede Kommune im Kreisgebiet wurden entsprechende Fragebögen individuell ausgearbeitet und veröffentlicht. Das Celler Stadtgebiet wurde in acht Bereiche unterteilt und ebenso themenspezifisch in die Fragebogenaktion einbezogen. Dabei haben wir darauf geachtet, dass auch stadt- und kreisübergreifende Themen in den Fragebögen auftauchten, um später generelle Einschätzungen zu ermöglichen. Als Anreiz mitzumachen gab es drei attraktive Preise zu gewinnen.

Der Rücklauf übertraf alle Erwartungen. So hatten wir im Juni knapp 3000 Einsendungen zu sichten, zu sortieren und auszuwerten. Gut 2000 kamen nach Abzug von Dopplern oder Adressats-Fehlern schließlich in die Auswertung. Berücksichtigt wurden dabei allein Antworten von jenen Bürgern, die auch tatsächlich in dem „abgefragten“ Gebiet wohnen.

Nun wurden Themenlisten erstellt, gezielt interessante Bürgermeinungen als Sonderaspekte herausgefiltert und vor allem auch Grafiken produziert, die die Bürgermeinung visuell wiedergeben sollten, sowie Karikaturen zu den Themen in Auftrag gegeben. Die ersten grafischen Ergebnisse wurden den Gästen unseres Pressefestes im Juli kommentarlos in Form von Aushängen gezeigt. Das Interesse hieran war groß.

Ebenfalls im Juli teilten wir den Parteien mit, wie wir unsere Berichterstattung zur Wahl planten. Dem Anschreiben war eine Themenliste einschließlich der geplanten Erscheinungstermine beigefügt. Die Parteien sollten jeweils Ansprechpartner für die Themen benennen und darauf achten, dass auch politische Neulinge und „Hinterbänkler“ zum Zuge kommen. Dies klappte sehr gut.

Die CZ hatte somit rechtzeitig im Vorfeld der Kommunalwahl die Themen gesetzt und sichergestellt, dass die Politik trotz der anstehenden Sommerferien „Gewehr bei Fuß“ stand. Und weil wir die Bürgerbefragung vorgeschaltet hatten und viele der Themen damit basisorientiert legitimiert waren, zog die Politik vor Ort auch wohlwollend mit.

Umsetzung

33 Tage vor dem Wahltermin sowie eine Woche danach gab es täglich mindestens drei Seiten „Wahlstoff“, die prominent als die ersten Seiten des dritten Buches verkauft und auf der Titelseite mit Logo („Countdown“) und Inhaltsangabe angekündigt wurden. Sie waren gekennzeichnet durch einen speziellen Seitenkopf, ein Wahllogo sowie ein festgelegtes Layout, was den Wiedererkennungswert steigern sollte.

Die Aufschlagseite befasste sich jeweils mit einem stadt- und/oder kreisübergreifenden Thema. Inhaltlich wurden Ausgangsproblematik und politische Lösungsansätze im Haupttext zusammengeführt. Hinzu kam jeweils eine ausgewiesene Expertenmeinung, die als Außensicht diente. Garniert wurde die Themenseite mit einer speziell angefertigten Karikatur zum Thema sowie einem kurzen politischen Frage- und Antwortblock, der dem Leser auf einen Blick die parteiliche Meinungsbildung zeigen sollte. Dazu stellten wir Bildporträts von Politikern, die sich mit diesem Thema befassen.

Zur Wirtschaftspolitik zum Beispiel sah die Seite so aus: Ein längerer Bericht fasste die Sachlage und die strittigen politischen Meinungen zusammen, der Präsident der Wirtschafts-FH Hannover erläuterte Probleme der Wirtschaftsförderung, die Wirtschaftsexperten der Parteien waren mit Bild und einem knackigen Zitat auf der Seite. Dazu gab es eine Grafik über die Gewerbeflächen im Landkreis, eine Karikatur und einen Kasten, im dem die Antworten der Parteien auf Wirtschaftsfragen zusammengefasst wurden.

Die zwei Seiten nach der Aufschlagseite befassten sich mit der konkreten Situation in einem Stadtteil oder einer Kommune. Hier waren die Anregungen, die sich aus der Bürgerbefragung ergaben, eingearbeitet. Grafisches Leitelement waren Wappen und geografische Lageskizze samt Infrastruktur-Daten plus Nennung aller Kandidaten sortiert nach Parteien. Hinzu kamen jeweils die führenden Politiker vor Ort in Kurzporträts. Einen weiteren festen Block bildete die grafische Aufarbeitung der lokalen Aspekte unserer Bürgerbefragung.

Bürgermeister-Wahlen

Neben der Kommunalwahl galt es sechs Bürgermeister-Wahlen und eine Landrats-Wahl vorzubereiten. Dies geschah über Sonderseiten, auf denen Porträts der Kandidaten erschienen. Außerdem nahmen die zuständigen Redakteure gemeinsam mit der Chefredaktion die Kandidaten in den jeweiligen Orten bei Podiumsdiskussionen unter die Lupe. Auch in der größten Behinderteneinrichtung unseres Verbreitungsgebietes stellten sich die Kandidaten den Fragen der Bewohner.

Diese Veranstaltungen wurden redaktionell und per Anzeigen angekündigt und im Anschluss ausführlich redaktionell verarbeitet. Die Resonanz war beeindruckend: Bis zu 500 Zuhörer füllten die Diskussionssäle.

Nach der Wahl

In der Woche nach der Wahl wurden selbstverständlich die Ergebnisse dargestellt und analysiert, nicht zuletzt auch mit Blick auf unsere Vorberichterstattung. Für die Wahlanalyse stellte die CZ täglich ein komplettes Buch (6–10 Seiten) bereit. Zum Abschluss schoben wir noch eine ganz besondere Analyse nach: Unter dem Titel „Urnengang entscheidet nicht immer“ listeten wir auf, wie viele Direktstimmen einzelne Ratsmitglieder und Bürgermeister im Verhältnis zu den abgegebenen gültigen Stimmen holten. Das Ergebnis förderte Überraschendes zutage: So kam ein Gemeindebürgermeister auf gerade einmal 3,3 Prozent der gültigen Direktstimmen, während sein Vorgänger trotz eines Anteils von 24,8 Prozent der Stimmen sein Amt abgeben musste. Grund waren die neuen Mehrheitsverhältnisse und eine veränderte Koalitionsbildung im Rat.

Arbeitsbelastung der Redaktion

Die fast 100 produzierten Seiten wurden ausnahmslos von Redakteuren und Volontären der CZ erarbeitet. Nur so glaubten wir unseren qualitativen Anspruch an dieses ehrgeizige Projekt erfüllen zu können. Angesichts der Sommerferien und der kurz zuvor gelaufenen Fußball-Weltmeisterschaft mit Celle als Teamstandort für Angola bedeutete dies für die acht beteiligten Redakteure und drei Volontäre eine wahre Herkules-Leistung, die unseres Erachtens mit Bravour gemeistert wurde.

Reaktionen

Bei Lesern und Politikern ist unser Konzept gleichermaßen sehr gut angekommen. In Leserbriefen und selbst in Schreiben der Parteien wurden wir durchgehend gelobt. Kritik gab es – mit Ausnahme einiger anfangs irritierter Politiker – überhaupt nicht. Dies ist erfahrungsgemäß ungewöhnlich, hängt bei den Politikern aber sicher auch damit zusammen, dass sie um die starke Beteiligung aus der Leserschaft wussten.

Wir glauben, dass es sich bei diesem Projekt um eine lesernahe und beispielhafte Konzeption einer Lokalzeitung zur Wahlberichterstattung handelt. Dabei haben wir von Anfang an auch versucht, unsere Anzeigenabteilung mit einzubinden. Deshalb war jeweils auf der dritten Seite eine Anzeige freigeschlagen (allerdings nicht für Parteiwerbung), die aber entgegen ursprünglicher Erwartungen der Anzeigenabteilung leider nicht verkauft werden konnte.

Fazit

Wichtig war für uns die Erfahrung, dass die Leser trotz aller Wahlmüdigkeit und trotz manch unschöner, für den Bürger bei sachlicher Betrachtung schwer nachvollziehbarer Diskussionen offenbar doch Interesse für die Politik vor Ort zeigen.

Wir waren mit der Aktion sehr zufrieden, sind aber andererseits auch an Grenzen gestoßen, sowohl personell wie auch vom Umfang her. Außerdem glaube ich, dass man den Leser gerade bei politischen Themen auch nicht überfordern darf.

Inhaltlich hätte man das eine oder andere Thema vielleicht noch etwas anders aufarbeiten können, aber dazu fehlte am Ende die Zeit. Schließlich haben wir „nebenher“ ja auch noch den übrigen Lokalteil produziert.

Kontakt
Ralf Leineweber
Chefredakteur Cellesche Zeitung
Telefon: 05141 990-101
E-Mail: r.leineweber@cellesche-zeitung.de

Cellesche Zeitung — LOKALES — Freitag, 26. Mai 2006 — 13

Nicht darauf warten, was Politik verspricht: CZ-Leser setzen Wahlkampf-Akzente selbst

Cellesche Zeitung will wissen, was Menschen in den Gemeinden unter den Nägeln brennt

Am 10. September entscheiden die Menschen im Celler Land, wer für die kommenden fünf Jahre ihre Interessen vertreten soll. Doch was genau sind ihre Interessen? Die politischen Parteien dürften in ihren Wahlkampfprogrammen versprechen, sämtliche Probleme in einem – theoretischen – Rundumschlag zu lösen. Was den Cellern wirklich unter den Nägeln brennt, was sie von der Politik erwarten, möchte die Cellesche Zeitung mit einer Fragebogenaktion herausfinden: Welche Aufträge erteilen unsere Leser den Politikern? Wer sich an der Umfrage beteiligt, kann tolle Preise gewinnen – von Fernreisen bis hin zu kulinarischen Expeditionen.

Von Michael Ende

CELLE. Vor dieser Kommunalwahl läuft's mal anders herum: Nicht die Bürger warten, was ihnen die Politik an Appetithäppchen auftischt, sondern die Wähler sagen ihren Vertretern in spe, was sie auf dem Menü haben wollen. Das schafft Klarheit für alle – auch für die Parteien, die sich fragen, wie sie bei Wähler punkten können.

Die Antwort liegt auf der Hand: Indem die Politik Themen anpackt, die die Bürger auch wirklich angehen. Die CZ wird ab sofort Bürger in allen Orten des Landkreises auffordern, zu benennen, wo in ihrem Lebensumfeld aus ihrer Sicht Veränderungen herbeigeführt werden müssen, wo Bewährtes erhalten und weiterentwickelt werden soll. Sich zu äußern ist ganz einfach: Wer den Bürger-Fragebogen der CZ ausfüllt, kann sicher sein, dass seine Meinung gehört wird, denn die Umfrage liefert wichtige Anhaltspunkte für die Fragen, mit denen die Politik wirklich konfrontiert werden muss. Dabei muss sich das Deutlichmachen Ihres Standpunkts nicht wie bei der echten Wahl im Ankreuzen einiger Kästchen erschöpfen: Wer Hinweise hat, die im Fragebogen nicht vorkommen, kann sie der Redaktion selbstverständlich auch schriftlich mitteilen.

Celler Wähler haben das Wort

Gewinnspiel als Belohnung

Ob es nach der richtigen Wahl echte Gewinner gibt – und vor allem, ob auch die Bürger dazu zählen, ist noch offen. Bei der CZ-Umfrage gibt es garantiert Sieger: Wer daran teilnimmt, landet automatisch in einem Topf, aus dem Gewinner gezogen werden, die auf Reisen gehen können – nach Ägypten, an den Timmendorfer Strand oder durch die kulinarische Welt der Küche des Restaurants Palio im Celler Fürstenhof.

- **Tageskochkurs:** Palio-Küchenchef Helmut Griebl verrät dem Gewinner des dritten Platzes die Geheimnisse der einfachen, grundsoliden aber raffinierten und variationsreichen Küche der italienischen Hausfrau: traditionelle Spezialitäten der regionalen Alltagsküche nach Originalrezepten. Dem Gewinner steht es frei, ob er neben den Koch-Profis selbst Kochlöffel und Kelle schwingen oder nur zuschauen und das Drei-Gänge-Menü genießen möchte.

Helmut Griebl

- **Wochenende im Vier-Sterne-Hotel an der Ostsee:** Auf den Gewinner des zweiten Preises wartet ein Wochenende von Freitag bis Sonntag für zwei Personen im Sonnenhotel „Prinzess" am Timmendorfer Strand. Das Vier-Sterne-Haus bietet alle Voraussetzungen für einen luxuriösen Aufenthalt: Gediegen ausgestattete Zimmer, Schwimmbad und Sauna, ein Restaurant mit Fischspezialitäten, eine Bar mit spanischen Tapas. Im Gewinn enthalten ist außerdem ein opulentes Frühstücksbuffet und ein Abendessen mit Menü oder Themenbuffet. Das Hotel liegt direkt an der Strandallee – ideal für Spaziergänge an der Lübecker Bucht oder zum nahen, neu gestalteten Fischerhafen.

Die beiden Hauptpreise für Teilnehmer an der CZ-Bürger-Wahlumfrage sind ein Aufenthalt am Timmendorfer Strand (Bilder unten) sowie eine All-inclusive-Reise nach Ägypten – beide Reisen jeweils für zwei Personen.

- **Reise nach Ägypten:** Ins Land der Pharaonen reist der Gewinner des ersten Preises. Auf ihn wartet ein einwöchiger Aufenthalt in einem attraktiven Hotel für zwei Personen, bei dem man sich fast so wie die antiken Herrscher des Reichs am Nil fühlen könnte: Das Zauberwort lautet „all inclusive."

Bürgerbefragung zur Kommunalwahl in der Stadt Celle (Altstadt/Altencelle – Wahlbereich I)



Wo drückt der Schuh in der Stadt Celle? Welche Probleme sollten die Politiker nach der Kommunalwahl (10. September) schnellstens angehen? Durch diesen Fragebogen haben CZ-Leser die Gelegenheit, „denen da oben" zu sagen, was ihnen wichtig ist – mal mit einer Ja-oder-Nein-Antwort, mal mit Schulnoten (1 = sehr gut – 6 = ungenügend). Die Idee: Bürger sollen im bevorstehenden Wahlkampf eigene Akzente setzen. Die Cellesche Zeitung wird die Anregungen aufnehmen und die Politiker mit dem Bürgerwillen und den Bürgerwünschen konfrontieren – vor dem Wahltag. Bitte entsprechende Antwort ankreuzen.

1. Braucht die Region Celle ein Mega-Einkaufscenter ECE? JA NEIN
2. Wie attraktiv ist das Wohnen in der Altstadt? 1 2 3 4 5 6
3. Der Innere City-Ring ist eingerichtet. Wie gut funktioniert diese Lösung? 1 2 3 4 5 6
4. Sind Sie für die angedachte Überdachung des Schloss-Innenhofes? JA NEIN
5. Die Gestaltung der Allerinsel steht noch aus. Sind Sie dafür, den Hafen zu einer modernen Marina mit Restaurants und Freizeit-Angeboten aufzuwerten? JA NEIN
6. Wie beurteilen Sie das derzeitige Angebot an Veranstaltungen in der Celler Innenstadt? 1 2 3 4 5 6
7. Wie beurteilen Sie die Familienfreundlichkeit der Stadt Celle? 1 2 3 4 5 6
8. Braucht Celle die Ostumgehung? JA NEIN
9. Wie soll die Fassade des Alten Rathauses wieder bemalt werden? Quader Gelb
10. Wie beurteilen Sie das Angebot des öffentlichen Personennahverkehrs in der Stadt Celle? 1 2 3 4 5 6
11. Wie beurteilen Sie die Angebote für alte Menschen in der Stadt Celle? 1 2 3 4 5 6
12. Sollten wir uns künftig Einrichtungen wie das Schlosstheater oder die Kreismusikschule über Steuergelder noch leisten? JA NEIN
13. Sollte das herzögliche Schloss für Besucher von allen Seiten sichtbar sein? JA NEIN
14. Wie funktioniert das Zusammenleben der verschiedenen Volksgruppen in Celle? 1 2 3 4 5 6
15. Wie beurteilen Sie die Lebensqualität in der Stadt Celle? 1 2 3 4 5 6

Was sollte man in der Stadt Celle im Auge behalten? Hier bitte nur Stichworte eintragen. Ausführliche Anregungen per Post oder per E-Mail an redaktion@cellesche-zeitung.de

Sie können sich den Fragebogen auch als Pdf-Datei herunterladen. Sie finden ihn unter **www.cellesche-zeitung.de**



PREISAUSSCHREIBEN

Unter allen Einsendern verlosen wir eine Urlaubswoche all inclusive in Ägypten – für zwei Personen, ein Wochenende am Timmendorfer Strand und einen Kochkurs im Fürstenhof-Restaurant „Palio".

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Alles, was Sie zu tun haben, um an dem Gewinnspiel teilzunehmen, ist, die nebenstehenden Fragen zu beantworten und uns den Abschnitt postalisch oder per Fax bzw. gescannt als E-Mail zukommen zu lassen.

WICHTIG ist ihre Anschrift:

Name, Vorname

Straße/Nr.

PLZ, Ort

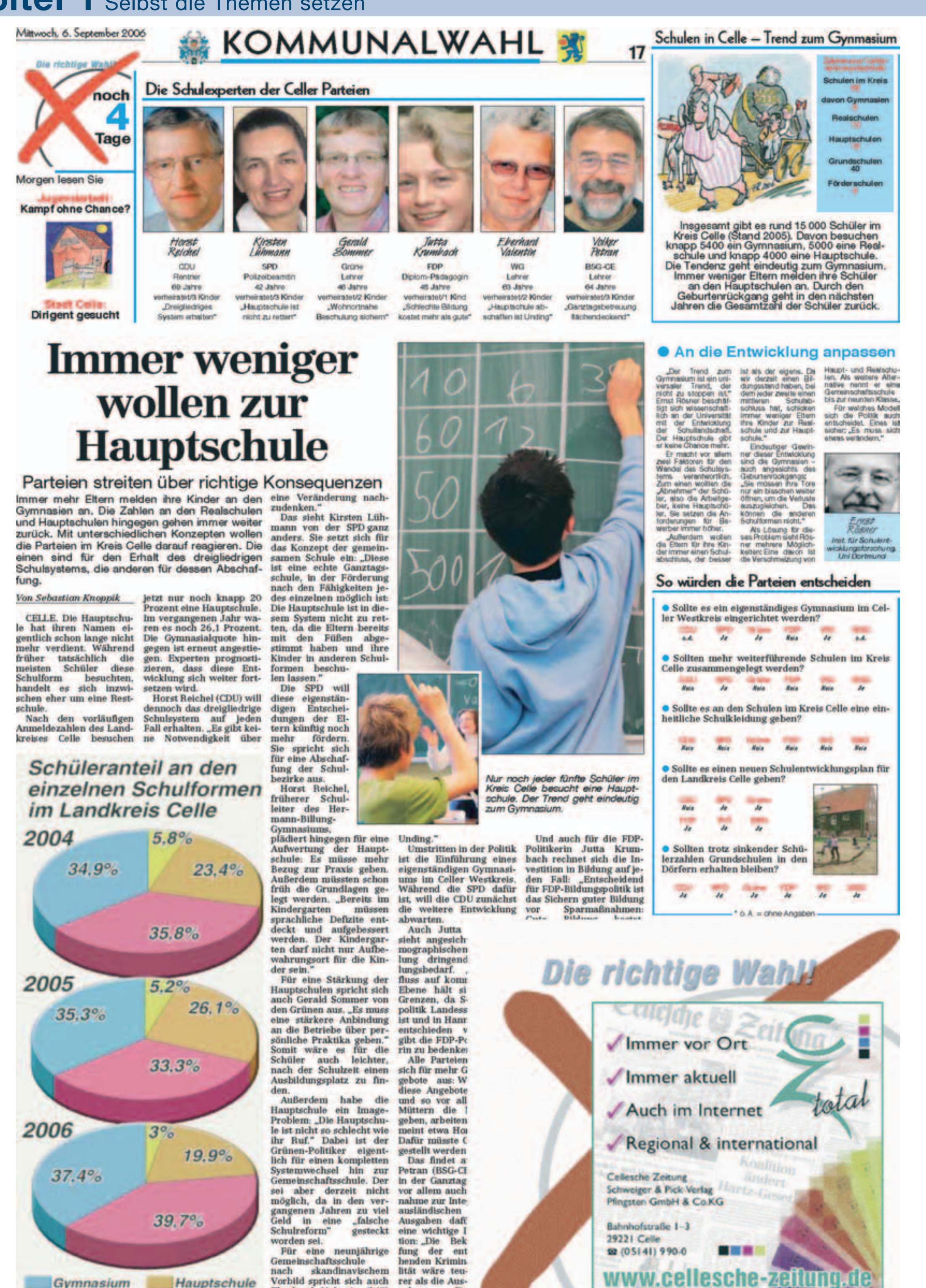
Telefon

E-Mail

Senden Sie den Fragebogen bis zum [illegible] an die Cellesche Zeitung, Bahnhofstraße 1–3, 29221 Celle, Fax (051 41) 99 01 12, ☎ (0 51 41) 99 01 10, *redaktion@cellesche-zeitung.de*

Leser setzen Wahlkampf-Akzente selbst

Nicht die Politiker, sondern die Bürger sollten die Themen des Wahlkampfs bestimmen. Darauf setzte die Cellesche Zeitung mit ihrer Bürgerbefragung vor der Kommunalwahl 2006. Fast 3 000 ausgefüllte Fragebögen kamen in der Redaktion an und wurden in einer großen Zahl von Themenseiten redaktionell aufbereitet.



Mittwoch, 6. September 2006

KOMMUNALWAHL 17

Die richtige Wahl!
noch 4 Tage

Morgen lesen Sie
Kampf ohne Chance?
Dirigent gesucht

Die Schulexperten der Celler Parteien

Horst Reichel	Kirsten Lühmann	Gerald Sommer	Jutta Krumbach	Eberhard Valentin	Volker Petran
CDU	SPD	Grüne	FDP	WG	BSG-CE
Rentner	Polizeibeamtin	Lehrer	Diplom-Pädagogin	Lehrer	Lehrer
69 Jahre	42 Jahre	46 Jahre	45 Jahre	63 Jahre	64 Jahre
verheiratet/3 Kinder	verheiratet/3 Kinder	verheiratet/2 Kinder	verheiratet/1 Kind	verheiratet/2 Kinder	verheiratet/3 Kinder
„Dreigliedriges System erhalten"	„Hauptschule ist nicht zu retten"	„Wohnortnahe Beschulung sichern"	„Schlechte Bildung kostet mehr als gute"	„Hauptschule abschaffen ist Unding"	„Ganztagsbetreuung flächendeckend"

Schulen in Celle – Trend zum Gymnasium

Schulen im Kreis
davon Gymnasien
Realschulen
Hauptschulen
Grundschulen 40
Förderschulen

Insgesamt gibt es rund 15 000 Schüler im Kreis Celle (Stand 2005). Davon besuchen knapp 5400 ein Gymnasium, 5000 eine Realschule und knapp 4000 eine Hauptschule. Die Tendenz geht eindeutig zum Gymnasium. Immer weniger Eltern melden ihre Schüler an den Hauptschulen an. Durch den Geburtenrückgang geht in den nächsten Jahren die Gesamtzahl der Schüler zurück.

Immer weniger wollen zur Hauptschule

Parteien streiten über richtige Konsequenzen

Immer mehr Eltern melden ihre Kinder an den Gymnasien an. Die Zahlen an den Realschulen und Hauptschulen hingegen gehen immer weiter zurück. Mit unterschiedlichen Konzepten wollen die Parteien im Kreis Celle darauf reagieren. Die einen sind für den Erhalt des dreigliedrigen Schulsystems, die anderen für dessen Abschaffung.

Von Sebastian Knoppik

CELLE. Die Hauptschule hat ihren Namen eigentlich schon lange nicht mehr verdient. Während früher tatsächlich die meisten Schüler diese Schulform besuchten, handelt es sich inzwischen eher um eine Restschule.

Nach den vorläufigen Anmeldezahlen des Landkreises Celle besuchen jetzt nur noch knapp 20 Prozent eine Hauptschule. Im vergangenen Jahr waren es noch 26,1 Prozent. Die Gymnasialquote hingegen ist erneut angestiegen. Experten prognostizieren, dass diese Entwicklung sich weiter fortsetzen wird.

Horst Reichel (CDU) will dennoch das dreigliedrige Schulsystem auf jeden Fall erhalten. „Es gibt keine Notwendigkeit über eine Veränderung nachzudenken."

Das sieht Kirsten Lühmann von der SPD ganz anders. Sie setzt sich für das Konzept der gemeinsamen Schule ein: „Diese ist eine echte Ganztagsschule, in der Förderung nach den Fähigkeiten jedes einzelnen möglich ist: Die Hauptschule ist in diesem System nicht zu retten, da die Eltern bereits mit den Füßen abgestimmt haben und ihre Kinder in anderen Schulformen beschulen lassen."

Die SPD will diese eigenständigen Entscheidungen der Eltern künftig noch mehr fördern. Sie spricht sich für eine Abschaffung der Schulbezirke aus.

Horst Reichel, früherer Schulleiter des Hermann-Billung-Gymnasiums, plädiert hingegen für eine Aufwertung der Hauptschule: Es müsse mehr Bezug zur Praxis geben. Außerdem müssten schon früh die Grundlagen gelegt werden. „Bereits im Kindergarten müssen sprachliche Defizite entdeckt und aufgebessert werden. Der Kindergarten darf nicht nur Aufbewahrungsort für die Kinder sein."

Für eine Stärkung der Hauptschulen spricht sich auch Gerald Sommer von den Grünen aus. „Es muss eine stärkere Anbindung an die Betriebe über persönliche Praktika geben." Somit wäre es für die Schüler auch leichter, nach der Schulzeit einen Ausbildungsplatz zu finden.

Außerdem habe die Hauptschule ein Image-Problem: „Die Hauptschule ist nicht so schlecht wie ihr Ruf." Dabei ist der Grünen-Politiker eigentlich für einen kompletten Systemwechsel hin zur Gemeinschaftsschule. Der sei aber derzeit nicht möglich, da in den vergangenen Jahren zu viel Geld in eine „falsche Schulreform" gesteckt worden sei.

Für eine neunjährige Gemeinschaftsschule nach skandinavischem Vorbild spricht sich auch Eberhard Valentin (WG) aus. „Allein die Hauptschule abschaffen ist ein Unding."

Umstritten in der Politik ist die Einführung eines eigenständigen Gymnasiums im Celler Westkreis. Während die SPD dafür ist, will die CDU zunächst die weitere Entwicklung abwarten.

Auch Jutta [...] sieht angesich[...] mographischen [...] lung dringend [...] lungsbedarf. [...] fluss auf komm[...] Ebene hält si[...] Grenzen, da S[...] politik Landess[...] ist und in Hann[...] entschieden w[...] gibt die FDP-Po[...] rin zu bedenke[...]

Alle Parteien [...] sich für mehr G[...] gebote aus: W[...] diese Angebote [...] und so vor all[...] Müttern die [...] geben, arbeiten [...] meint etwa Ho[...] Dafür müsste [...] gestellt werden [...]

Das findet a[...] Petran (BSG-C[...] in der Ganztag[...] vor allem auch [...] nahme zur Inte[...] ausländischen [...] Ausgaben daf[...] eine wichtige I[...] tion: „Die Bek[...] fung der ent[...] benden Krimin[...] lität wäre teurer als die Ausgaben für Ganztagsbetreuung."

Und auch für die FDP-Politikerin Jutta Krumbach rechnet sich die Investition in Bildung auf jeden Fall: „Entscheidend für FDP-Bildungspolitik ist das Sichern guter Bildung vor Sparmaßnahmen: [...]

Nur noch jeder fünfte Schüler im Kreis Celle besucht eine Hauptschule. Der Trend geht eindeutig zum Gymnasium.

Schüleranteil an den einzelnen Schulformen im Landkreis Celle

	Gymnasium	Realschule	Hauptschule	Förderschule
2004	34,9 %	35,8 %	23,4 %	5,8 %
2005	35,3 %	33,3 %	26,1 %	5,2 %
2006	37,4 %	39,7 %	19,9 %	3 %

An die Entwicklung anpassen

„Der Trend zum Gymnasium ist ein universaler Trend, der nicht zu stoppen ist." Ernst Rösner beschäftigt sich wissenschaftlich an der Universität mit der Entwicklung der Schullandschaft. Der Hauptschule gibt er keine Chance mehr.

Er macht vor allem zwei Faktoren für den Wandel des Schulsystems verantwortlich. Zum einen wollten die „Abnehmer" der Schüler, also die Arbeitgeber, keine Hauptschüler. Sie setzen die Anforderungen für Bewerber immer höher.

„Außerdem wollen die Eltern für ihre Kinder immer einen Schulabschluss, der besser ist als der eigene. Da wir derzeit einen Bildungsstand haben, bei dem jeder zweite einen mittleren Schulabschluss hat, schicken immer weniger Eltern ihre Kinder zur Realschule und zur Hauptschule."

Eindeutiger Gewinner dieser Entwicklung sind die Gymnasien – auch angesichts des Geburtenrückgangs: „Sie müssen ihre Tore nur ein bisschen weiter öffnen, um die Verluste auszugleichen. Das können die anderen Schulformen nicht."

Als Lösung für dieses Problem sieht Rösner mehrere Möglichkeiten: Eine davon ist die Verschmelzung von Haupt- und Realschulen. Als weitere Alternative nennt er eine Gemeinschaftsschule bis zur neunten Klasse.

Für welches Modell sich die Politik auch entscheidet. Eines ist sicher: „Es muss sich etwas verändern."

Ernst Rösner, Inst. für Schulentwicklungsforschung, Uni Dortmund

So würden die Parteien entscheiden

- Sollte es ein eigenständiges Gymnasium im Celler Westkreis eingerichtet werden?
  ö.A. – Ja – Ja – Nein – Ja – ö.A.
- Sollten mehr weiterführende Schulen im Kreis Celle zusammengelegt werden?
  Nein – Ja – Nein – Nein – Nein – Ja
- Sollte es an den Schulen im Kreis Celle eine einheitliche Schulkleidung geben?
  Nein – Nein – Nein – Nein – Nein – Nein
- Sollte es einen neuen Schulentwicklungsplan für den Landkreis Celle geben?
  Nein – Ja – Ja – Ja – Ja – Ja
- Sollten trotz sinkender Schülerzahlen Grundschulen in den Dörfern erhalten bleiben?
  Ja – Ja – Ja – Ja – Ja – Ja

* ö. A. = ohne Angaben

„Immer weniger wollen zur Hauptschule“

Die Themenseiten der Celleschen Zeitung – hier zum Thema Schule – haben stets dasselbe Konzept: Ein Haupttext erklärt die Ausgangsproblematik und politische Lösungsansätze. Experten der Parteien kommen mit einem kurzen Zitat zu Wort. Ein Experte liefert die Außensicht. Garniert wird die Themenseite mit einer Karikatur sowie mit Zahlen und Grafiken zum Thema.

Wie Wahlen und Schüler zueinander finden

Mit Sonderheften und Aktionen stellen Zeitungen vor Wahlterminen junge Menschen in den Mittelpunkt

Erstwähler, Bald-Wähler, Nichtwähler – bei Wahlkämpfen spielen sie zumeist nur eine Rolle am Rande. Politiker (und Zeitungen) richten selten ihren Fokus auf die Jugendlichen. Dabei lohnt es sich, junge Menschen in den Mittelpunkt zu stellen, nicht nur in der Berichterstattung, sondern auch als aktive Mitgestalter der Politik. Hier drei Konzepte, wie die Zeitungsgruppe Lahn-Dill aus Wetzlar, die Braunschweiger Zeitung und die Madsack Heimatzeitungen Kinder und Jugendliche erreichen – mit Sonderheften, Kinder-Pressekonferenzen, Jugendparlamenten und Schulaktionen.

Zeitungsgruppe Lahn-Dill

Für Schüler in Mittelhessen gibt es zwei bis drei Monate vor Europa-, Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen jeweils ein Extra-Angebot ihrer Regionalzeitung, so Chefredakteur Dirk Lübke. Die Zeitungsgruppe Lahn-Dill verteilt Wahl-Sonderhefte, mit denen Tausende Schüler im Unterricht arbeiten. Die Braunschweiger Zeitung organisierte zur niedersächsischen Landtagswahl 2008 Kinder-Pressekonferenzen, in denen Schülerinnen und Schüler den Kandidaten auf den Zahn fühlen konnten. Außerdem stellte die Zeitung im „Jugendparlament“ eine Landtagssitzung nach. Die Aktionen, so Projektredakteurin Denise von der Ahé, brachten die Zeitung mit spannenden Geschichten ins Gespräch.

Schon gut zwei Monate vor der hessischen Landtagswahl im Januar 2008 arbeiteten etwa 5 000 Schüler aus 170 Schulklassen im Unterricht mit einem Wahl-Sonderheft der Zeitungsgruppe Lahn-Dill/Wetzlarer Neue Zeitung – überall außer an Grundschulen. Die Abonnenten erhalten es als Zeitungsbeilage eine Woche vor dem Wahltermin. Lübke: „Das Beteiligen von Schulen durch die Wahl-Sonderhefte zwei bis drei Monate vor Wahlen ist Bestandteil des Gesamtkonzepts der Zeitungsgruppe Lahn-Dill zur Leser-/Nutzer-Nachwuchsförderung.“

Vorplanung und Konzept

Rund ein halbes Jahr vor Wahlterminen entwickeln Chefredaktion und ein Volontär das Extra-Heft für die jeweilige Wahl – 16 bis 20 Seiten stark, jugendgerecht aufbereitet, mit viel Grafik und Erklärung, Karikaturen, Gewinnspiel. Dieses wird den rund 80 weiterführenden Schulen im Verbreitungsgebiet angeboten; die Schulen bekommen das Extra auf Bestellung etwa zwei bis drei Monate vor dem Wahltermin geliefert.

Inhalte des Konzepts am Beispiel der hessischen Landtagswahl vom 27. Januar 2008: Erläuterung des Wahlmodus, Unterschied zwischen Erst- und Zweitstimme, Parteien und Politik im Internet, Vorstellen der bisherigen hessischen Regierungen, Diäten und Einkünfte von Abgeordneten, Beschreibung der Arbeiten von Wahlforschern, wie Landespolitik funktioniert und welche Aufgaben sie hat, tabellarisch-stichwortartige Aufzählung ausgesuchter Inhalte aus Parteiprogrammen, warum kurz nach 18 Uhr schon erste Hochrechnungen vorliegen.

Darüber hinaus werden auf einer grafisch aufbereiteten Panoramaseite die im Verbreitungsgebiet – hier in sechs Wahlkreisen – antretenden Kandidaten in Bild und kurzem Text vorgestellt, dazu die Zweitstimmen-Ergebnisse aus den zwei vorigen Landtagswahlen in Säulengrafiken gezeigt. Die Art



der Themenaufbereitung soll vor allem „Wahlkunde“ und „Wahlbeteiligungshilfe“ erfüllen, so Dirk Lübke.

Umsetzung mit Schulen

Etwa vier Monate vor den Wahlterminen werden die Schulleitungen weiterführender Schulen im Verbreitungsgebiet – hier in sechs Wahlkreisen bzw. drei Landkreisen etwa 80 Schulen – von der Chefredaktion angeschrieben und auf das Angebot aufmerksam gemacht. Beigelegt ist ein Bestellzettel mit Hinweis auf die einmalig kostenlose Zustellung bestellter Exemplare, dazu ist ein kurzer inhaltlicher Abriss formuliert. In einer 14-tägigen vorgegebenen Frist müssen Schulleiter oder Beauftragte die gewünschte Stückzahl beim Vertrieb des Verlags anmelden.

Redaktionelle Umsetzung

Im Abgleich mit dem Wahl-Berichterstattungskonzept für die gesamte Zeitung – dieses wird sechs Monate vor der Wahl von den Redaktionen entwickelt, formuliert und verbindlich festgezurrt – wird das Konzept für die Wahl-Beilage von einem Volontär, begleitet von der Nachrichtenredaktion und vom Chefredakteur, umgesetzt. Ideen optisch, grafisch, textlich realisieren, Fotos beschaffen, Interviewtermine vereinbaren, Grafiken entwickeln und in Auftrag geben, Themen mit Leben füllen etc. steht dann auf der Tagesordnung. Der Sonderheft-Macher, also der Volontär, bekommt etwa drei Wochen Zeit, um sich ausschließlich mit der Herstellung dieses Sonderheftes zu befassen. In der langfristigen Volontärsplanung werden diese Wahltermine und die Herstellung des Heftes berücksichtigt.

Fertiges Produkt

Die von den Schulen bestellten Exemplare – bei der hessischen Landtagswahl vom Januar 2008 wurden etwa 5000 Hefte geordert – werden Ende November 2007 gedruckt und entsprechend der Bestellungen in 50er-Paketen vom Verlag zugestellt. Außerdem entsteht ein Überdruck von etwa 10 Prozent, weil in aller Regel noch Produkte nachbestellt werden. In einigen Schulen wird offenbar intern das Angebot nicht kommuniziert bzw. bleibt bei den Schulleitern hängen. Lübke hat die Erfahrung gemacht: „Viele Lehrer lockern gern den Unterrichtsalltag mit dem Angebot zur politischen Bildung, gepaart mit lokalen und regionalen Bezügen, auf.“ Wenn die Schulen versorgt sind, wird das Heft auf Aktualität geprüft und, falls nötig, geänderte Kandidatennamen o. ä. verbessert.

Zwei Tage nachdem die Zeitungsabonnenten das Wahl-Sonderheft als Beilage erhalten haben, wandert es ins Netz mit einem Button auf der Startseite *www.mittelhessen.de* und ist von dort kostenlos einsehbar.

Berichterstattung

In den Lokalausgaben der Zeitungsgruppe Lahn-Dill wird während der Wochen vor den Wahlen ausführlich in Wort und Bild über Schulklassen, die das Heft im Unterricht einsetzen, berichtet. Das Angebot richtet sich an alle Schulen außer Grundschulen – also Real- und Hauptschulen sowie Gymnasien und gewerbliche Schulen/Berufsschulen.

Kontakt
Dirk Lübke
Chefredakteur Zeitungsgruppe Lahn-Dill
Telefon: 06441 959595
E-Mail: d.luebke@mittelhessen.de,



Kommunalwahl 2006

www.mittelhessen.de März 2006

Aufgaben, Rechte und Finanzen
Was die Parlamente tun
Seiten 2, 3 und 6

Alter, Berufe und Geschlecht
Wer die Politik macht
Seiten 9 bis 12

Kumulieren und Panaschieren
Wie die Wahl klappt
Seiten 4 und 5

Nassauer Tageblatt · Hinterländer Anzeiger · DILL-POST · Haigerer Zeitung

Wahlheft für Schüler

Vor jeder Wahl bringt die Zeitungsgruppe Lahn-Dill ein Sonderheft für Schüler heraus. Die Hefte werden in zahlreichen Klassen im Unterricht genutzt.

4 Kommunalwahl 2006 März 2006

Kumulieren und Panaschieren …

Das hessische Kommunalwahlrecht sieht komplizierter aus, als es ist

Von Birgit Heimrich (0 64 41) 95 95 95
b.heimrich@mittelhessen.de

Zum zweiten Mal stimmen die Hessen am 26. März mittels des neuen Wahlrechts darüber ab, wer in den kommenden fünf Jahren das Sagen in Städten, Gemeinden und Kreisen hat. „Verhältniswahl mit offenen Listen" (früher: geschlossene Listen) heißt das Verfahren, das der Hessische Landtag 1999 beschlossen hat. Es soll gewährleisten, dass Sie genau die Kandidaten – ungeachtet der Parteien- oder Listenzugehörigkeit – wählen können, die Sie für besonders geeignet halten, Ihre Interessen zu vertreten.

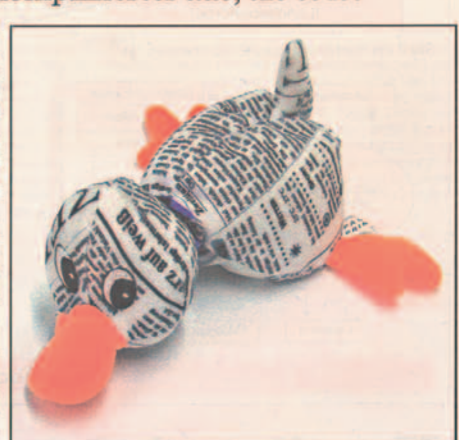
Dazu können Sie **kumulieren** (anhäufen) und **panaschieren** (verteilen), Kandidaten von der Wahlliste **streichen**, per Listenwahl ausschließlich **eine Partei** wählen oder alle Möglichkeiten **mischen**.

Außerdem wurde die **Sperrklausel** (Fünf-Prozent-Hürde) **abgeschafft**. Das heißt, wer Stimmen bekommt, hat auch große Chancen, in der Volksvertretung mitzuarbeiten. Allerdings: Viertel oder halbe Gemeindevertreter gibt es nicht. Ein Kandidat muss genügend Wählerstimmen für einen ganzen Sitz bekommen. Je nach Größe des Wahlkreises sind das zum Beispiel 70 Stimmen in der Gemeinde Rosenthal (Landkreis Marburg-Biedenkopf, entspricht 6,7 Prozent), 274 Stimmen in Limburg (2,2 Prozent) 304 Stimmen in Wetzlar und 470 Stimmen in Marburg (je 1,7 Prozent).

Gewählt wird für **fünf Jahre**.

Und so wird's gemacht: Jeder Wähler kann insgesamt **so viele Stimmen** vergeben **wie Plätze im Parlament** zu besetzen sind. In Mittelhessen sind das je nach Größe der Stadt, Gemeinde oder des Kreises **zwischen 15** (unter 3000 Einwohner) **und 81** (250 001 bis 500 000 Einwohner). Damit soll ein **direkterer** Einfluss auf die Zusammensetzung des Parlaments gewährleistet werden als mit nur einer Stimme nach dem alten System. Allerdings wächst die **Gefahr, ungültig** zu wählen, wenn Sie versehentlich **zu viele** Kreuze machen. **Wie viele** Stimmen Sie in Ihrem Wahlkreis vergeben können, steht auf dem **Stimmzettel**.

Damit **Ihre Wahl** auch klappt, erklärt Ihnen die Zeitungsente **Paula Print** die Möglichkeiten, die das neue kommunale Wahlrecht bietet.



1. Sie stimmen für einzelne Kandidaten

Wahlvorschlag 1 Partei A ○			
101 Kunze, Dieter			
102 Louisse, Claude	X		
103 Wölfel, Brigitte	X		
104 Müller, Ellen			
105 Klein, Karl-Heinz			
106 Algari, Fabio	X		
107 Neu, Rolf			
108 Lorenz, Peter	X		
109 Junak, Hans	X	X	
110 Baggio, Roberto			
111 Bender, Stephan			
112 Kappes, Günther			
113 Bongen, Hanno			
114 Seipelt, Helga			
115 Engel, Heidi			

Wahlvorschlag 2 Partei B ○			
201 Fischer, Barbara			
202 Kunze, Karl			
203 Faul, Angelika	X		
204 Schmitz, Paula	X		
205 Schulze, Konrad	X		
206 Knops, Anton			
207 Andrikaki, Sofia	X	X	X
208 Krause, Hermann			
209 Spruijt, Coby			
210 Leven, Gerhard	X		
211 Elmpt, Bruno			

Wahlvorschlag 3 Partei C ○			
301 Bremes, Peter			
302 Pütz, Margret	X		
303 Flach, Hubert	X		
304 Poensgen, Gerd			

Sie wählen unter allen Kandidaten diejenigen aus, die Sie im Parlament sehen wollen. Dazu können Sie **kumulieren**, das heißt **Stimmen anhäufen:** Sie dürfen einem einzelnen Kandidaten unabhängig von Partei und Listenplatz bis zu **drei Stimmen** geben. Damit erhöhen sich zum Beispiel die Chancen für Bewerber der hinteren Listenplätzen, ins Parlament zu kommen – sie können selbst Spitzenkandidaten überholen.

Außerdem haben Sie die Möglichkeit zu **panaschieren**, also Ihre Stimmen auf Ihre Wunschkandidaten aller aufgeführten Listen und Parteien zu **verteilen**.

Paula Print freut es, dass die Personenwahl im Vordergrund steht. Ihrer Meinung nach ist es bei der Kommunalwahl nicht so wichtig, zu welcher Partei ein Kandidat gehört, sondern wie intensiv er sich für den Ort einsetzt. Deshalb gibt sie Sofia Andrikaki drei Stimmen. Die wohnt im Nachbarhaus, engagiert sich in Vereinen und weiß, was die Menschen bewegt. Hans Junak gibt Paula Print zwei Stimmen, weil er tritt für den Bau des neuen Gewerbegebiets eintritt. Die Reststimmen verteilt sie auf Menschen, die sie kennt und schätzt. Sie achtet darauf, nur so viele Kreuze zu machen, wie auf dem Stimmzettel stehen.

2. Sie bevorzugen die Listenwahl

Das neue Wahlrecht zwingt nicht zur Personenwahl. Sie können auch **einer einzigen Liste** in der Zusammensetzung, die auf dem Stimmzettel abgedruckt ist, Ihr Vertrauen schenken. Wenn Sie Ihre Stimmen **komplett** einer Liste geben möchten, kreuzen Sie den **Kreis in der Kopfleiste** an. Alle (15 bis 81) Stimmen kommen dieser Partei oder Gruppe zu.

Bei der **Auszählung** werden Ihre Stimmen **von oben nach unten** auf alle Kandidaten verteilt. Übersteigt die Stimmenzahl die der Kandidaten, wird das so lange wiederholt, bis alle Stimmen vergeben sind. Dabei darf ein Bewerber höchstens **drei Stimmen** bekommen.

Der Onkel von Paula Print ist seit Jahren passives Mitglied der Partei B. Er ist überzeugt, dass seine Parteifreunde im Kreistag die beste Arbeit machen. Außerdem weiß er, dass die fleißigsten und versiertesten Kandidaten ganz vorne auf der Liste stehen. Die Partei B hat auch alle Wählergruppen aufgestellt: ganz vorne eine Frau, auf dem zweiten Platz einen Mann und direkt dahinter schon eine junge, 25-jährige Nachwuchspolitikerin.

„Mit der Listenwahl mache ich keinen Fehler", sagt sich Paula Prints Onkel. Denn eines will er auf keinen Fall: aus Versehen zu viele Kreuze machen und damit ungültig wählen.

Wahlvorschlag 1 Partei A ○			
101 Kunze, Dieter			
102 Louisse, Claude			
103 Wölfel, Brigitte			
104 Müller, Ellen			
105 Klein, Karl-Heinz			
106 Algari, Fabio			
107 Neu, Rolf			
108 Lorenz, Peter			
109 Junak, Hans			
110 Baggio, Roberto			
111 Bender, Stephan			
112 Kappes, Günther			
113 Bongen, Hanno			
114 Seipelt, Helga			
115 Engel, Heidi			

Wahlvorschlag 2 Partei B (X)			
201 Fischer, Barbara			
202 Kunze, Karl			
203 Faul, Angelika			
204 Schmitz, Paula			
205 Schulze, Konrad			
206 Knops, Anton			
207 Andrikaki, Sofia			
208 Krause, Hermann			
209 Spruijt, Coby			
210 Leven, Gerhard			
211 Elmpt, Bruno			

Wahlvorschlag 3 Partei C ○			
301 Bremes, Peter			
302 Pütz, Margret			
303 Flach, Hubert			
304 Poensgen, Gerd			

März 2006 — Kommunalwahl 2006 — 5

... so klappt die Wahl!

Zeitungsente Paula Print erklärt, wie die Stimmzettel richtig ausgefüllt werden

3. Sie vergeben einen Teil der Stimmen einzeln

Sie können die Vergabe einzelner Stimmen mit der Listenwahl **kombinieren**. In diesem Fall geben Sie nur **einen Teil** ihrer Stimmen einzelnen **Kandidaten**. Damit die restlichen Stimmen nicht verfallen, kreuzen Sie **zusätzlich eine Liste** in dem Kreis in der Kopfleiste an.

Welcher Partei Sie die Reststimmen geben, ist **beliebig**. Sie können Ihrer Partei treu bleiben, deren Liste und zusätzlich Bewerber darunter ankreuzen. Oder Sie kreuzen eine Liste an, in der Sie keine Einzelkandidaten markiert haben.

Auf diese Weise **verfallen keine Stimmen**, auch wenn Sie nicht alle auf einzelne Kandidaten verteilen möchten.

Paula Prints Mutter wählt bei Bundes- und Landtagswahlen schon immer Partei C. Allerdings kennt sie viele Bewerber aus Partei A persönlich. Besonders schätzt sie Fabio Algari, der sich seit Jahren für den Ortsteil engagiert, in dem sie wohnt. Trotzdem wollte sie sich nicht für die Partei A entscheiden, weil sie nicht mit deren grundsätzlicher Linie übereinstimmt.

Sie nutzt die Personenwahl und gibt einen Teil ihrer Stimmen an Kandidaten der Partei A. Hinter Fabio Algaris Namen macht sie gleich drei Kreuze. Mit ihren restlichen Stimmen wählt sie „ihre" Partei C durch ein Kreuz in der Kopfleiste.

Wahlvorschlag 1 Partei A	○		
101 Kunze, Dieter	X		
102 Louisse, Claude			
103 Wölfel, Brigitte			
104 Müller, Ellen			
105 Klein, Karl-Heinz			
106 Algari, Fabio	X	X	X
107 Neu, Rolf	X		
108 Lorenz, Peter			
109 Junak, Hans			
110 Baggio, Roberto		X	
111 Bender, Stephan			
112 Kappes, Günther		X	
113 Bongen, Hanno			
114 Seipelt, Helga			
115 Engel, Heidi	X		

Wahlvorschlag 2 Partei B	○		
201 Fischer, Barbara			
202 Kunze, Karl			
203 Faul, Angelika			
204 Schmitz, Paula			
205 Schulze, Konrad			
206 Knops, Anton			
207 Andrikaki, Sofia			
208 Krause, Hermann			
209 Spruijt, Coby			
210 Leven, Gerhard			
211 Elmpt, Bruno			

Wahlvorschlag 3 Partei C	(X)		
301 Bremes, Peter			
302 Pütz, Margret			
303 Flach, Hubert			
304 Poensgen, Gerd			

4. Sie streichen Kandidaten von einer Liste

Wahlvorschlag 1 Partei A	○		
101 Kunze, Dieter			
102 Louisse, Claude			
103 Wölfel, Brigitte			
104 Müller, Ellen			
105 Klein, Karl-Heinz			
106 Algari, Fabio			
107 Neu, Rolf			
108 Lorenz, Peter			
109 Junak, Hans			
110 Baggio, Roberto			
111 Bender, Stephan			
112 Kappes, Günther			
113 Bongen, Hanno			
114 Seipelt, Helga			
115 Engel, Heidi			

Wahlvorschlag 2 Partei B	(X)		
201 Fischer, Barbara			
202 Kunze, Karl			
~~203 Faul, Angelika~~			
204 Schmitz, Paula			
205 Schulze, Konrad			
206 Knops, Anton			
~~207 Andrikaki, Sofia~~			
208 Krause, Hermann			
209 Spruijt, Coby			
210 Leven, Gerhard			
~~211 Elmpt, Bruno~~			

Wahlvorschlag 3 Partei D	○		
301 Bremes, Peter			
302 Pütz, Margret			
303 Flach, Hubert			
304 Poensgen, Gerd			

Wenn Sie **verhindern** wollen, dass bestimmte Kandidaten der „Partei Ihres Vertrauens" Ihre Stimmen erhalten, können Sie deren **Namen durchstreichen**. Das geht allerdings nur innerhalb einer Liste, die Sie als ganze in der Kopfleiste angekreuzt haben. In dem Fall werden Ihre Stimmen ausschließlich auf die **übrigen Bewerber** – wiederum von oben nach unten – verteilt.

Nicht möglich ist es, missliebige Personen **anderer Parteien** abzustrafen, indem Sie deren Namen durchstreichen. Der Stimmzettel wird dadurch zwar **nicht ungültig**, die Streichung hat aber **keinen Einfluss** auf das Wahlergebnis.

Der Bruder von Paula Print ist wie sein Großvater treuer Wähler der Partei B, hält aber einige Kandidaten auf der Liste für ungeeignet. Angelika Faul hat seiner Meinung nach keine politische Erfahrung und Sofia Andrikaki zu wenig Ahnung von den Bedürfnissen Jugendlicher. „Bruno Elmpt steht auf der Liste, weil er sich gerne reden hört. Für den Ort hat er noch keinen Finger krumm gemacht", denkt der Jungwähler.

Er streicht die drei Namen durch, und seine Stimmen kommen nur den anderen Bewerbern zu Gute. Gerne würde er auch Kandidaten der Partei D streichen, weiß aber, dass das keine Wirkung hätte.

5. Sie mischen bei der Wahl alle möglichen Varianten

Wenn Sie genau wissen, was Sie wollen, können Sie **alle Varianten** des Wahlrechts gleichzeitig nutzen: Stimmen auf Einzel-Kandidaten häufen, Listen ankreuzen und Bewerber innerhalb derer streichen.

Dabei gilt wieder: **Personenstimmen** haben **Vorrang**. Bei der Auswertung werden zuerst alle Stimmen gewertet, die Sie Einzelbewerbern gegeben haben. Ihre Reststimmen werden – von oben nach unten – an die Kandidaten der angekreuzten Liste verteilt. Wer durchgestrichen ist, geht leer aus.

Ungültig ist Ihre Wahl nur, wenn Sie **mehr Stimmen** verteilen als es Sitze gibt oder wenn Sie **mehrere Listen** ankreuzen.

Paula Prints Freundin, als ehemalige Baden-Württembergerin bestens vertraut mit Kumulieren und Panaschieren, mischt alle Varianten. Als Stammwählerin gibt sie Partei A ihre Stimme. Hinter die Kandidaten, die sich in den vergangenen Jahren besonders eingesetzt haben, nämlich Dieter Kunze, Claude Louisse und Ellen Müller, macht sie je drei Kreuze. Brigitte Wölfel streicht sie durch, weil sie die für eine Polemikerin ohne konstruktives Engagement hält.

Drei Bewerbern der Partei B gibt sie jeweils eine Stimme – obwohl sie eigentlich der „falschen" Partei angehören – weil sie sie aus der Schulzeit kennt.

Wahlvorschlag 1 Partei A	(X)		
101 Kunze, Dieter	X	X	X
102 Louisse, Claude	X	X	
~~103 Wölfel, Brigitte~~			
104 Müller, Ellen	X	X	X
105 Klein, Karl-Heinz			
106 Algari, Fabio			
107 Neu, Rolf			
108 Lorenz, Peter			
109 Junak, Hans			
110 Baggio, Roberto			
111 Bender, Stephan			
112 Kappes, Günther			
113 Bongen, Hanno			
114 Seipelt, Helga			
115 Engel, Heidi			

Wahlvorschlag 2 Partei B	○		
201 Fischer, Barbara			
202 Kunze, Karl	X		
203 Faul, Angelika			
204 Schmitz, Paula			
205 Schulze, Konrad			
206 Knops, Anton	X		
207 Andrikaki, Sofia			
208 Krause, Hermann			
209 Spruijt, Coby			
210 Leven, Gerhard			
211 Elmpt, Bruno	X		

Wahlvorschlag 3 Partei E	○		
301 Bremes, Peter			
302 Pütz, Margret			
303 Flach, Hubert			
304 Poensgen, Gerd			

Wahlheft für Schüler

Wie füllt man einen Stimmzettel richtig aus? Und was bedeutet Kumulieren und Panaschieren? In den Wahlheften der Zeitungsgruppe Lahn-Dill werden die Grundlagen der Wahl erklärt. Nicht nur Schüler, sondern auch viele erwachsene Leser schätzen die gut aufbereiteten Informationen.



Kinder-Pressekonferenzen mit Spitzenkandidaten

Braunschweiger Zeitung

Wie stehen Politiker zur Gesamtschule? Was können sie gegen überfüllte Schulbusse tun? Und was wollen sie nach der Landtagswahl für Kinder und Jugendliche bewegen? Das sind einige der Fragen, die 100 Schülerinnen und Schüler bei vier Kinder-Pressekonferenzen der Braunschweiger Zeitung, Salzgitter Zeitung und den Wolfsburger Nachrichten den Spitzenkandidaten von CDU, SPD, FDP und Grünen stellten.

Die jungen Journalisten fühlten den Politikern vor der niedersächsischen Landtagswahl am 27. Januar 2008 auf den Zahn und notierten sich alle Antworten. Sie interviewten Ministerpräsident Christian Wulff (CDU), Wolfgang Jüttner (SPD), Philipp Rösler (FDP) und Ursula Helmhold (Grüne).

Über jede Pressekonferenz erschien in der Braunschweiger Zeitung, Salzgitter Zeitung und den Wolfsburger Nachrichten eine Panoramaseite. Außerdem schrieben die Schüler selbst Artikel über die Pressekonferenzen. Diese wurden in den Kindernachrichten der Zeitung veröffentlicht. Die Kindernachrichten gibt es in der Braunschweiger Zeitung seit Juni 2005. Täglich erscheinen auf der letzten Seite des Lokalteils Nachrichten für Kinder.

Eine weitere Aktion der Zeitung im Vorfeld der Landtagswahl war das Jugendparlament. Es fand im Ratssitzungssaal der Stadt Wolfsburg statt: 150 Schüler Braunschweiger und Wolfsburger Schulen spielten eine Sitzung des Landtags nach. Die Jugendlichen gründeten drei Parteien – die Pro-Partei, die Contra-Partei und die Partei der Wölfe. Sie wählten zunächst einen Parlamentspräsidenten und stimmten nach einer dreistündigen Debatte über zwei Gesetzesentwürfe ab. Die Themen waren das Rauchverbot in Gaststätten und Tempolimits auf niedersächsischen Autobahnen sowie Umweltzonen in Städten.

Die Sitzverteilung im Jugendparlament und die Themen besprach Projektredakteurin von der Ahé vorab mit den beteiligten Schulen. In der Vorbereitung sei es enorm wichtig, dass die Lehrer das Projekt mittragen und im Unterricht behandeln, so von der Ahé. Es habe sich bewährt, die Klassen direkt anzusprechen. „Wir machen das Jugendparlament mindestens einmal im Jahr und zusätzlich zu besonderen Anlässen, etwa bei Wahlen. Die Resonanz von Schülern und Lehrern ist sehr gut“, sagt die Redakteurin.

Bei der Veranstaltung selbst zieht sich die Zeitung in die Beobachterrolle zurück. Nach einleitenden Worten eines Lehrers übernimmt eine Schülerin oder ein Schüler den Vorsitz des Parlaments und moderiert die Sitzung. Von der Ahé: „Die Schüler sollen das unter sich machen, und das funktioniert hervorragend.“ Für die Jugendlichen sei es eine Selbsterfahrung in Sachen Parlamentarismus. Sie können den Stoff, den sie in der Schule gelernt haben, praktisch anwenden. Oft sagten sie hinterher: „Jetzt haben wir es wirklich mal verstanden.“

Für die Kinder-Pressekonferenzen ist der Aufwand ähnlich. Auch hier wurden die Lehrer direkt angesprochen. Die Schulklassen überlegten dann persönliche und politische Fragen für die Kandidaten. „Da kommt immer eine gute Mischung raus“, so von der Ahé. Vor allem seien viele Fragen dabei, die Zeitungsredakteure selten stellen: ob die Kandidaten viel fernsehen, welche Haustiere sie mögen, was sie von der Todesstrafe halten oder warum sie die NPD nicht verbieten.

Die Projektredakteurin moderiert die Veranstaltung, wobei sie sich jedoch sehr zurücknimmt. „Die Kinder wollen einfach viele Fragen loswerden. Und wichtig ist auch: Hinterher muss Zeit sein, sich Autogramme zu holen.“

Über die Jugendparlamente und Kinder-Pressekonferenzen berichtet die Braunschweiger Zeitung hinterher auf Panoramaseiten. Neben der offiziellen Berichterstattung kommen auch Texte der Kinder und Jugendlichen auf der Kindernachrichtenseite in die Zeitung.

Kontakt
Denise von der Ahé
Projektredakteurin
Braunschweiger Zeitung
Telefon: 0531 3900-315
E-Mail: vonderahe@bzv.de



BRAUNSCHWEIGER LAND

Jugendparlament Schüler machen in Wolfsburg Politik

„Rauchen ist krebserregend. Jährlich sterben bis zu 5000 Menschen am Passivrauchen."

„Ein Tempolimit schützt die Umwelt. Menschen werden mehr öffentliche Verkehrsmittel nutzen."

„Umweltzonen sind wichtig. Sollen wir etwa wie in China in einer Smogwolke leben?"

„Wir meinen kein generelles Rauchverbot. Es geht um abgetrennte Raucherräume."

Die Abgeordneten der Contra-Partei waren sich einig: Tempolimit und Umweltzonen wollten sie nicht

Unterstützung aus dem Publikum: Ja zur Umweltzone!

So funktioniert das Jugendparlament

Viel Applaus für's Plenum

„Herr Abgeordneter, Sie hören mir nicht zu"

Hitzige Debatten beim Jugendparlament – Plenum beschließt Rauchverbot, Tempolimits und Umweltzonen

„Kellnerinnen in Restaurants ohne Rauchverbot sind Kettenraucher; ob sie wollen oder nicht"

„Der wirtschaftliche Schaden eines Rauchverbots ist größer als der Nutzen für die Umwelt"

Die Presse ist immer dabei

Sonderseite über Jugendparlament Wolfsburg

Die Braunschweiger Zeitung lässt die Jugendlichen selbst in Aktion treten. Vor der niedersächsischen Landtagswahl am 27. Januar 2008 organisierte die Zeitung ein Jugendparlament. Darin spielen 150 Schüler eine Sitzung des niedersächsischen Landtags nach.



NIEDERSACHSEN-WAHL

WAHL noch 9 Tage

Kinder-Pressekonferenz mit Wolfgang Jüttner, SPD

„Herr Jüttner hat mir in echt besser gefallen als auf den Plakaten. Dort wirkt er immer so komisch."

„Mich hat am meisten interessiert, warum die Schulzeit bei uns auf zwölf Jahre verkürzt wurde."

„Ich fand interessant, was die anderen Schüler so gefragt haben, vor allem zum Thema Schule."

„Ich fand seine Antworten ganz gut. Nicht jeder Politiker nimmt sich Zeit für Kinder."

„Ist Angela Merkel eine gute Bundeskanzlerin?"

Über eine Stunde lang beantwortete Wolfgang Jüttner Fragen zu Steuern, zur NPD und zur Kinderarmut

„Der FC-Landtag verliert meistens – sogar zweistellig"

„Wir haben uns vorher Fragen überlegt und in der Pause mit einem Lehrer darüber gesprochen."

„Herr Jüttner hat alles so erklärt, dass wir es verstehen, nicht so mit Fachbegriffen. Das hat mir gut gefallen."

„Mich hat gestört, dass er auf eine Frage von mir so wenig geantwortet hat. Aber sonst war er ganz okay."

„Ich fand ihn ganz locker, er hat nicht so verkrampft geantwortet, wie das viele Politiker machen."

Eine Vierjährige in den Landtag!

Arbeitsmarkt, Bildung, Kriminalität

infratest-Umfrage ermittelt wichtigste Wahl-Themen

Kinder-Pressekonferenz mit Wolfgang Jüttner

In vier Kinder-Pressekonferenzen fühlten Jugendliche den Spitzenkandidaten der Landtagswahl in Niedersachsen auf den Zahn. Organisiert wurden die Pressekonferenzen von der Braunschweiger Zeitung. Neben der offiziellen Berichterstattung der Redaktion kommen auch Berichte der Kinder ins Blatt.



Schüler-Aktion mit Langzeitwirkung

Madsack Heimatzeitungen

Eine Aktion mit nachhaltiger Wirkung organisierte die Redaktion der Madsack Heimatzeitungen in Garbsen zu den niedersächsischen Kommunalwahlen 2006. Die Journalistinnen und Journalisten gestalteten Sonderseiten speziell für Schüler, in denen sie das komplizierte Wahlsystem erläuterten. „Mit dieser ersten Serie haben wir vor allem mit Blick auf die Jungwähler versucht, Licht in das Dickicht von fünf Einzelwahlen und fünf Stimmzetteln zu bringen“, so Chefredakteur Peter Taubald. In der Region Hannover waren ein neuer Regionspräsident, die Regionsversammlung, neue Bürgermeister sowie neue Räte und Ortsräte zu wählen. Selbst Polit-Profis hatten Mühe, da noch durchzublicken.

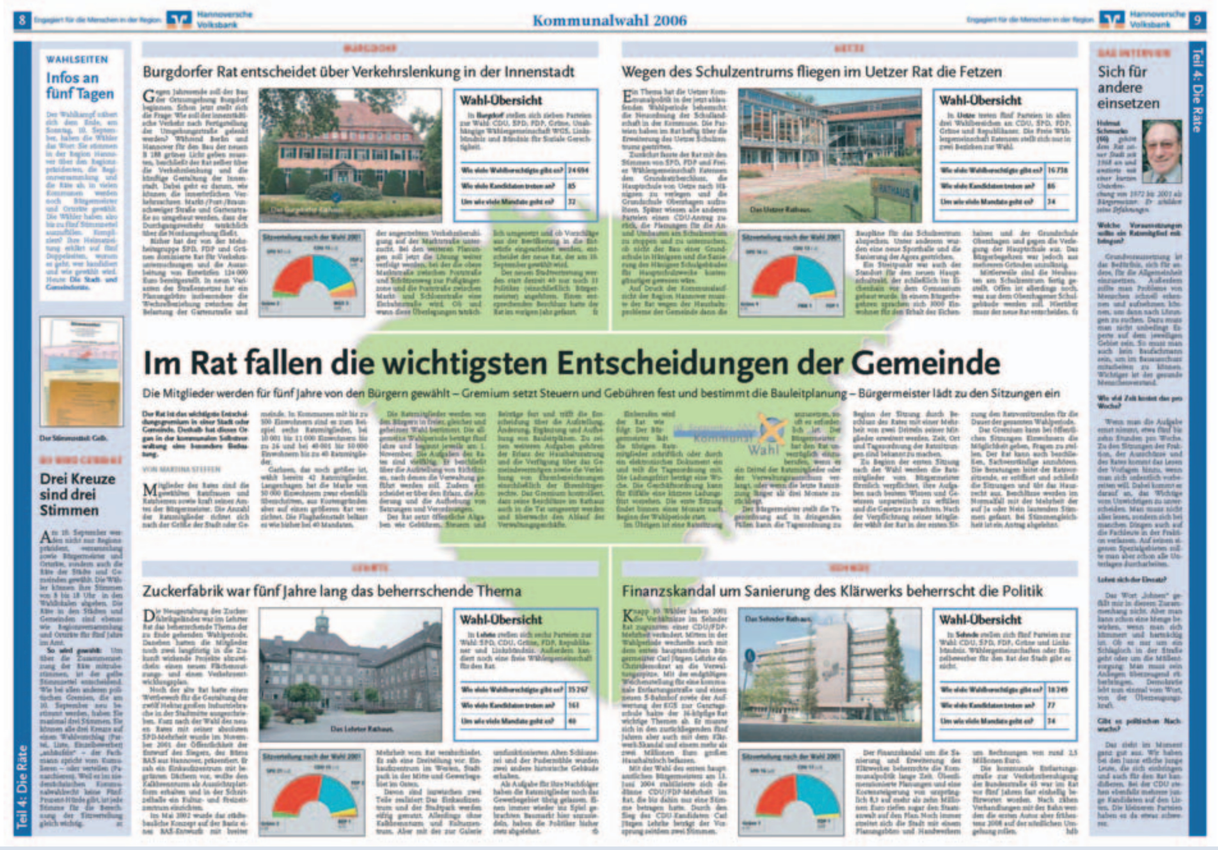
Gut zwei Monate Vorbereitung erforderte das Projekt. Intern wurden die nötigen Daten und Informationen gesammelt, die 13 Außenredaktionen lieferten aus ihren Orten die Namen, Personen und Geschichten zu. Mit dem Material wurde eine Serie aus Panoramaseiten gestaltet, zugeschnitten einerseits auf alle fünf Wahlen, andererseits auf alle Orte und Bezirke im Verbreitungsgebiet. Jede Seite bestand aus einer Mischung aus Erklärstücken, Hintergrundberichten, Interviews, Grafiken und Fotos.

Gleichzeitig wurde im Vorfeld ein Sponsor gesucht, der die Ausgaben für die Schulen finanziert. Die heimische Volksbank unterstützte schließlich das Projekt. Dann schrieben Taubald und sein Stellvertreter Clemens Wlokas die weiterführenden Schulen im Verbreitungsgebiet an. Sie konnten die Serie bestellen und bekamen die Exemplare dann geliefert. Mehr als 40 Schulen setzten schließlich die Serie im Unterricht ein. „Für die Lehrer war das sehr interessant, weil es gute Erklärstücke waren, die man sonst nirgendwo bekommt“, so Taubald.

Damit aber nicht genug: Ein Jahr nach den Kommunalwahlen griff die Zeitung das Thema noch einmal in der gleichen Gliederung auf. Mit dem Unterschied, dass nun vor allem junge Leute und weniger die Redakteure die Kommunalpolitiker begleitet und danach deren politischen Alltag beschrieben haben. „Das liest sich streckenweise sehr spannend, weil die jungen Leute einfach eine ganz andere Sichtweise haben und ziemlich unverstellt und zwischen den Zeilen ganz charmant Macken des Systems beschreiben“, so Wlokas. Auch hier gab es für alle Lokalausgaben jeweils eigene Varianten der Seiten. Lediglich die Doppelseite zum Regionspräsidenten war in allen Ausgaben identisch.

Den Kontakt zu den jugendlichen Autoren stellten die Außenredaktionen her. Taubald: „Es war wichtig, Schüler zu finden, die das können und die daran auch Spaß haben.“ Auch bei dieser zweiten Aktion machten wieder 40 Schulen mit und bekamen die Zeitungen mit der Serie ins Haus. Die Lehrer hätten sehr freudig auf das Angebot der Heimatzeitungen reagiert. Einzige Schwierigkeit, so Taubald, sei das Timing gewesen. Denn die Schulen hatten das Thema nicht genau zu dem Zeitpunkt auf dem Lehrplan, als die Serie laufen sollte. So erforderte die Abstimmung mit den Schülern und Lehrern einen gehörigen Aufwand. Dennoch habe die Aktion großen Spaß gemacht. Und die Reaktionen der „normalen“ Leser seien ermunternd gewesen. Taubald: „Viele sagten, endlich wird uns mal das System so erklärt, dass es jeder versteht.“

Kontakt
Peter Taubald
Chefredakteur Madsack Heimatzeitungen
Telefon: 05131 467225
E-Mail: peter.taubald@madsack.de



Kommunalwahl 2006

Infos an fünf Tagen

Burgdorfer Rat entscheidet über Verkehrslenkung in der Innenstadt

Wahl-Übersicht

Wegen des Schulzentrums fliegen im Uetzer Rat die Fetzen

Wahl-Übersicht

Sich für andere einsetzen

Im Rat fallen die wichtigsten Entscheidungen der Gemeinde

Die Mitglieder werden für fünf Jahre von den Bürgern gewählt – Gremium setzt Steuern und Gebühren fest und bestimmt die Bauleitplanung – Bürgermeister lädt zu den Sitzungen ein

Drei Kreuze sind drei Stimmen

Zuckerfabrik war fünf Jahre lang das beherrschende Thema

Wahl-Übersicht

Finanzskandal um Sanierung des Klärwerks beherrscht die Politik

Wahl-Übersicht

Auf speziell für Jugendliche aufbereiteten Sonderseiten erklärte die Redaktion der Madsack Heimatzeitungen in Garbsen die Besonderheiten der Kommunalwahlen 2006. Mehr als 40 Schulen setzten die Serie im Unterricht ein.



Ein Jahr nach der Kommunalwahl: Die Räte

Das wollen sie anpacken

Die Bürger wählen die Ratsmitglieder für die Dauer von fünf Jahren

Der Rat entscheidet, was in der Gemeinde passiert

Das wollen sie anpacken

Meckern kann doch jeder

So setzt sich der Rat zusammen

Immer locker bleiben

So setzt sich der Rat zusammen

Wenig Einfluss auf Etat

So setzt sich der Rat zusammen

Kleine Erfolgserlebnisse

So setzt sich der Rat zusammen

Die Sehnder kämpfen für den Erhalt des Waldbades

Mehr als 3500 Bürger beteiligen sich an einer Umfrage und geben den Kommunalpolitikern die Marschrichtung vor

Politik zum Begreifen

Ein Jahr nach den Kommunalwahlen griff die Redaktion in Garbsen das Thema noch einmal auf. Allerdings wurden für die Bilanz-Geschichten zahlreiche Jugendliche als Autoren und Interviewer eingesetzt. Auch diese Serie wurde rund 40 Schulen ins Haus geliefert.

KOMMUNAL-WAHL



Kommunalwahl

Paul-Josef Raue ist Chefredakteur der Braunschweiger Zeitung



Mit einem guten Fahrplan durch den Wahlkampf

Wie die Lokalredaktion frühzeitig und umfassend berichten kann

„Transparenz" versprechen die Parteien, um die Bürger aus der Politikverdrossenheit zu locken. Die Leute sollen den Durchblick bekommen: Was sich bisher in den Hinterzimmern der Parteizentralen abspielte, soll nun auf offener Bühne inszeniert werden. Für den Durchblick hätten längst die Lokalredaktionen sorgen können. Doch sie ließen die Politiker allein – vor allem vor den Wahlen, wenn die großen Personal- und Programmentscheidungen gefällt werden. Paul-Josef Raue gibt hier Tipps, wie Leser möglichst umfassend und frühzeitig über Kommunalwahlen informiert werden können.

Transparenz ist die Aufgabe der Redaktion: Sie müssen für den Durchblick ihrer Leser sorgen. Doch Transparenz ist nur möglich, wenn die Journalistinnen und Journalisten ein Jahr vorher mit der Planung und ihrer Berichterstattung beginnen – am besten dann, wenn die Parteispitzen die Kandidaten suchen, auswählen und für die vorderen oder hinteren Plätze vorsehen, wenn kleine, mitunter verschworene Zirkel die Programme schreiben oder abschreiben.

Nur selten finden die Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit statt. Die Würfel sind größtenteils gefallen, wenn die Delegierten zu den Parteitagen kommen, erst recht, wenn die Wähler in die Wahllokale gehen.

Ein Jahr vor der Wahl

Spätestens zehn Monate vor dem Kommunalwahl-Termin beginnen die Parteien mit den Vorbereitungen – im stillen Kämmerlein. Doch gerade die Heimlichkeit müsste Journalisten reizen: Wenn die Politiker leise planen, müssen die Redakteure aufwachen!

So könnte der Zeitplan aussehen für die umfassende Berichterstattung vor einer Kommunalwahl, der gerade auf die Bedürfnisse kleiner Redaktionen zugeschnitten ist. Wer diesen Plan zur Hand nimmt und sich schon sechs oder zwei Monate vor dem Wahltermin befindet, steigt einfach an der entsprechenden Stelle ein. So setzt die Checkliste ein gutes Jahr vor dem Wahltermin ein und endet mit der Ausgabe nach der Wahl sowie mit einem Ausblick, wie eine Lokalzeitung Politik und Politiker außerhalb der Wahlzeiten beleuchten kann.

Vorausgesetzt wird eine selbstbewusste Lokalredaktion, die nicht nur Termine wahrnimmt und Abwehr-Strategien gegen Leserbriefe und jeden möglichen Ärger ersinnt. Vorausgesetzt wird eine Redaktion, die aktiv wird im Interesse der Leser und Wähler.

Die Parteien wollen in Ruhe gelassen werden, wenn sie ihre Kandidaten für die Parlamente suchen. Sogar die eigenen Mitglieder werden kaum beteiligt. Doch in dieser frühen Phase fallen die wichtigsten Entscheidungen: Wer kommt überhaupt auf den Wahlschein?

Die Wähler können nur unter wenigen Kandidaten aussuchen, während die Parteispitzen die große Auswahl haben – theoretisch wenigstens. Die Partei-Oberen sind auf der Suche nach dem idealen Kandidaten, doch meist wird es der viert- oder fünftbeste, weil die anderen einen Korb geben. Das Interesse an der Politik wird zunehmend geringer. Die heimlichen Verhandlungen sollten die Redaktionen reizen, frühzeitig mit der Wahlberichterstattung zu beginnen.

Leser frühzeitig informieren

Die Redaktion sollte Leser wie Politiker früh informieren, was sie vor der Wahl tut – vor allem wenn sie ihr Konzept geändert hat. Leser freuen sich, wenn die Redaktion erstens erklärt, dass sie etwas ändert, und zweitens darlegt, warum sie es tut. Eine Kolumne des Lokalchefs in Form eines Briefs „Liebe Leserinnen, liebe Leser" taugt dafür oder eine Rubrik „Wir über uns" oder die tägliche Lokalspitze.

Für die Redaktion lohnenswert ist ein Gespräch mit Parteispitzen, in dem sie über ihre Pläne informiert – auch wenn sie dabei das Risiko eingeht, dass die Parteien Gegenstrategien entwerfen. Aus Gründen der Zeitersparnis und der Fairness ist es am besten, Vertreter aller Parteien gemeinsam zu einem Informationsgespräch an einem Tisch zu versammeln. Besprochen werden muss vor allem die Vorstellung der einzelnen Kandidaten in einer großen, über Monate dauernden Serie. Die Parteispitzen sehen es gar nicht so gerne, wenn jeder Hinterbänkler ins Blatt soll, und sie ahnen, dass diese Vorstellung zu Lasten der Spitzenkandidaten gehen wird. Auch der Zeitplan der Parteien ist bei diesem frühen Gespräch zu erfahren und nutzt der Organisation der Redaktion: Wann soll der Parteitag stattfinden? Welche Spitzenpolitiker werden im Wahlkampf eingeflogen?

Die Redaktion sollte auch frühzeitig den Kollegen oder die Kollegin bestimmen, die die Federführung bei der Wahlberichterstattung übernimmt, wenn nicht ohnehin der Lokalchef die Fäden in der Hand behalten will.

Vor dem Gespräch mit den Politikern muss sich die Redaktion über ihre Richtlinien einigen: Wie berichten wir über die überregionale Polit-Prominenz? Ankündigung mit Foto oder Verweis auf den Anzeigenteil? Großer Jubelbericht über den Minister oder Einladung zum Interview? Überhaupt: Was weiß der Berliner Minister über die Probleme der Stadt? Wäre es nicht besser, die Politik-Redaktion nähme den Termin wahr? Über diese und ähnliche Fragen muss die Redaktion vorher entscheiden, um nicht nachher viele unnötige Diskussionen führen zu müssen über Ungerechtigkeit, mangelnde Fairness oder fehlende Ausgewogenheit.

Damit die Wahlberichte, vor allem weit vor dem Wahltermin, deutlich ins Auge springen, sind Logos oder Vignetten ein deutliches Signal für die Leserinnen und Leser. Vor einigen Jahren galt es noch als chic, dass ein solches Logo eine Grafik oder ein Symbol enthalten soll. Mittlerweile neigt man mehr zu schlichten typografischen Lösungen, also ein Logo, in dem einfach steht „Wahl 2009".

Dienstplan für die heiße Phase

Um Ärger in der Redaktion zu vermeiden, sollte bereits zwölf Monate vor der Wahl der Dienstplan für die heiße Phase der Wahl aufgestellt werden: Wie viele Redakteurinnen und Redakteure können in den Urlaub gehen? Ist eine Urlaubssperre zweckmäßig? Wer übernimmt die Vorstellung der Kandidaten? Welche Aufgaben bekommt der Fotograf – und wenn keiner fest zur Redaktion gehört: Welche freien Mitarbeiter bieten sich an?

Wenn die Redaktion öffentliche Veranstaltungen plant, muss sie sich frühzeitig um geeignete Säle kümmern. Viele Räume sind schon ein Jahr vorher ausgebucht. Zudem kann man Termine nicht früh genug planen: Gibt es Überschneidungen mit anderen großen Veranstaltungen? Mit Groß-Ereignissen wie der Fußball-Weltmeisterschaft? Auch die Parteien sollten die Redaktionsveranstaltungen einplanen können, damit nicht ein Minister ausgerechnet am Abend der Podiumsdiskussion in die Stadt kommt.

Sechs Monate vor der Wahl

Wenn im Medien-Wahlkampf immer mehr die Köpfe und die Slogans regieren, gibt das Programm Auskunft über die Zukunft der Stadt, wie sie die Politiker planen. Beim Parteitag stimmen die Delegierten ab über ein Programm, in dem sie nur wenige Punkte ändern oder hinzufügen. Die Redak-

LANDKREIS COBURG

BEI UNS IM VORZIMMER:

„Meistens haben wir beide gute Laune"

Teil 1: Margot Czaplinski sitzt im Vorzimmer von Landrat Karl Zeitler

COBURG – Sie arbeiten stets im Hintergrund, sind verschwiegen und halten ihren Chefs die Rücken frei. Wer im Vorzimmer sitzt, bekommt viel mit und muss auch viel ausbügeln. Juliane Weber erledigte diesen Job, der eigentlich eine Lebensform ist, für Helmut Kohl, Siegrid Krampitz begleitete Gerhard Schröder und heute sitzt Beate Baumann im Kanzleramt als Büroleiterin von Bundeskanzlerin Angela Merkel. Die *Neue Presse* hat sich ein halbes Jahr vor der Kommunalwahl im März 2008 im Landkreis Coburg umgehört. Wer erledigt bei uns in aller Stille Arbeit für die Bürgermeister? Was können uns diese engen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über ihre Dienstherren erzählen? Schließlich sind sie häufig länger in ihrer Nähe als deren Familien. Beginnen wir im Landratsamt, Raum 139. Hier sitzt Margot Czaplinski und strahlt gute Laune aus.

Trinkt Landrat Karl Zeitler seinen Kaffee eigentlich schwarz oder mit Zucker und Milch?

Mit Milch und Zucker. Ein Stück Zucker. Er trinkt ihn koffeinfrei und nicht allzu oft. Möchten Sie einen?

Danke, nein. Wenn der Landrat morgens ins Büro kommt: Woran erkennen Sie, dass er gute Laune hat?

Der Landrat hat immer gute Laune. Es ist wirklich ganz, ganz selten, dass er bedrückt ins Büro kommt. Ich habe ihn sehr selten schlecht gelaunt gesehen. Und wenn, dann hat sich das im Laufe des Tages entwickelt. Meist bin ich dann auch miesepetrig.

In einem halben Jahr sind wieder Landratswahlen. Ist der Landrat da nervöser als sonst?

Nein, das nicht. Aber wir Mitarbeiter sind sehr gespannt, wer sich zur Verfügung stellt und dann kommen wird. Die Aufgaben bleiben gleich und ich hoffe, dass die Zusammenarbeit genauso gut gelingt wie mit Herrn Zeitler, denn eine vertrauensvolle Zusammenarbeit ist das Entscheidende im Vorzimmer. Ich denke, wir können dem neuen Landrat – so es denn einen gibt – ein gut funktionierendes Büro anbieten. Aber natürlich hat der oberste Amtschef das Recht, sich mit Menschen seines Vertrauens zu umgeben. Ich würde natürlich gerne hierbleiben. Aber andernfalls wäre es auch keine Schande für mich.

In den Vorzimmern der Bürgermeister und des Landrats sitzen meistens Frauen, die Bürgermeister- und Landratssessel sind im ganzen Coburger Land mit Männern besetzt. Was meinen Sie, haben Frauen kein Interesse an einem solchen Amt?

Es liegt an jeder Person selbst, sich zur Verfügung zu stellen. Auf dem Papier sind die Möglichkeiten für Männer und Frauen gleich. In der Realität ist das schon schwieriger. Ich glaube, Frauen gewichten anders, sie setzen die Prioritäten anders. Ich finde an einer Bürgermeisterin oder Landrätin nichts besonderes. Es ist ihr gelungen, ihr Umfeld so einzurichten, dass es klappt. Sie braucht eine Familie, die hinter ihr steht, eine Partei oder Wählergemeinschaft, die sie stützt – das ist bei Frauen nicht anders als bei Männern. Es liegt an der eigenen Zielsetzung und dann ist die Unterstützung des Umfeldes ganz wichtig. Ohne den Rückhalt durch die Familie – das erlebe ich bei Landrat Zeitler – könnte er sein Amt nicht ausführen.

An Ihnen kommt niemand vorbei, wenn er zum Landrat will. Verraten Sie uns Ihre beste Ausrede, warum es gerade eben nicht möglich ist, den Landrat zu sprechen?

„Er ist in einer Besprechung" oder „er ist nicht da, wir rufen aber gerne zurück". Das machen wir dann aber auch wirklich. Der Landrat ist sehr offen. Es ist wirklich ganz selten, dass er nicht in Kontakt treten will. Somit habe ich keine Nöte und muss auch nicht tricksen. In den 14 Jahren im Vorzimmer gab es vielleicht zwei oder drei Fälle, in denen ich gesagt habe „wir rufen zu gegebener Zeit zurück".

Bei uns sind die Türen offen. Der Landrat ermutigt die Menschen, auf ihn zuzukommen. Er hört, wenn ich am Telefon spreche und ich ihn. Ich erkenne an seinem Tonfall, wie ich mich verhalten muss, was er als nächstes benötigt. Das Tagesgeschäft muss gut organisiert sein, damit wir für Überraschungen Zeit haben – und die kommen jeden Tag (*lacht*).

Sie erleben hier jeden Tag eine ganze Menge. Was werden Sie Ihren Enkeln noch erzählen?

Momentan fällt mir da nichts Besonderes ein. Ich hatte in den 35 Jahren, die ich im Landratsamt arbeite immer großes Glück, dass ich Vorgesetzte hatte, die meinen Enthusiasmus unterstützt haben. Sie haben neue Ideen mitgetragen und mich gefördert. Ich bin wirklich keinen einzigen Tag knurrig ins Büro gegangen. Dafür empfinde ich große Dankbarkeit. Auch für die große Menschlichkeit, die der Landrat uns angedeihen lässt. Er ist ein Lehrmeister darin. Er lässt sie jedem zukommen, auch in schwierigen Fällen. Er überträgt sie auf uns alle im Haus.

Mal ganz ehrlich: Denkt der Landrat an Ihren Geburtstag?

Ja (*strahlt*). An meinen und an den meiner Tochter und ich weiß, wann seine Frau Geburtstag hat. Der Landrat hat außerdem einen Kalender, in dem die Geburtstage aller Kollegen stehen. Aber meinen Geburtstag weiß er auswendig.

NP-INTERVIEW: TIM BIRKNER

Lesen Sie in Teil 2: Michaela Brehm hält in Bad Rodach Bürgermeister Gerold Strobel den Rücken frei.



Offene Türen sind bei Margot Czaplinski selbstverständlich. „Das Menschliche muss stimmen", sagt die Sekretärin von Landrat Karl Zeitler. FOTO: TIM BIRKNER

Ein Blick in die Vorzimmer der Kommunalpolitiker

Ein halbes Jahr vor den Kommunalwahlen brachte die Neue Presse Coburg eine Serie über die Sekretärinnen und Büroleiter von Landrat und Bürgermeistern. Die Serie, die im Herbst 2007 lief, sollte unterhaltsam, aber auch politisch sein, so Redakteur Tim Birkner. Zum Konzept gehörte ein Katalog mit stets gleichlautenden Fragen und ein Einführungstext, der die Interviewpartner vorstellte.

Kontakt

Tim Birkner, Druck- und Verlagsanstalt
„Neue Presse" GmbH
Redaktion Coburg-Land
Tel.: 09561 850-129
E-Mail: tim.birkner@np-coburg.de

LANDKREIS COBURG — SEITE 19

BEI UNS IM VORZIMMER:

„Ein bisschen Spannung liegt in der Luft"

Teil 11: Stephanie Dienemann kann sich vorstellen, selbst einmal Bürgermeisterin in der Heimatgemeinde zu werden

WEIDHAUSEN – Für Stephanie Dienemann ist Fortbildung enorm wichtig. Die Verwaltungsbetriebswirtin macht gerade eine Weiterbildung in Personalmanagement. Sie legt damit den Grundstein für ihre weitere Karriere, denn sie kann sich durchaus vorstellen, in ihrer Heimat einmal selbst als Bürgermeisterin zu kandidieren.

Trinkt Bürgermeister Werner Platsch seinen Kaffee eigentlich schwarz oder mit Zucker und Milch?

Eigentlich gar keinen, zumindest nicht im Büro. Wenn, dann kocht er sich einen Tee und isst ein Stück Kuchen dazu.

Wenn der Bürgermeister morgens ins Büro kommt: Woran erkennen Sie, dass er gute Laune hat?

Am ‚Guten Morgen'-Sagen. Wenn er gut gelaunt ist, kommt er auf einen zu und erzählt den neuesten Klatsch aus Weidhausen. Wenn nicht, gibt es einen ‚Guten Morgen' und er rauscht in sein Zimmer, wie wahrscheinlich viele.

In einem halben Jahr sind wieder Kommunalwahlen. Ist der Bürgermeister da nervöser als sonst?

Nein, eigentlich nicht, aber ein bisschen Spannung liegt schon in der Luft.
Sonst merke ich schon, wenn er Stress hat. Er ist dann schlecht gelaunt, bleibt aber sachlich.



„Es gibt mit Sicherheit genügend Frauen, die die notwendige Qualifikation, das Fachwissen und natürlich auch das entsprechende Selbstbewusstsein für ein Bürgermeisteramt haben." FOTO: TIM BIRKNER

In den Vorzimmern der Bürgermeister sitzen meistens Frauen, die Bürgermeistersessel sind im ganzen Coburger Land mit Männern besetzt. Was meinen Sie, haben Frauen kein Interesse an einem solchen Amt?

Ich denke nicht, dass es am fehlenden Interesse liegt. Es gibt mit Sicherheit genügend Frauen, die die notwendige Qualifikation, das Fachwissen und natürlich auch das entsprechende Selbstbewusstsein haben, einen solchen, sicherlich nicht einfachen Job zu machen. Es liegt nicht an den Frauen, es liegt vielleicht an den Parteien- und Gruppierungen, die den Frauen zu wenig zutrauen und ihnen offensichtlich die Fähigkeit absprechen, ein solches Amt auszuüben.

In meiner Heimatgemeinde steht eine Frau an der Spitze – und es läuft genauso. Ich persönliche habe kein Problem damit, irgendwann in der Zukunft ein solches Amt auszuführen.

An Ihnen kommt niemand vorbei, wenn er zum Bürgermeister will. Verraten Sie uns Ihre beste Ausrede, warum es gerade eben nicht möglich ist, den Bürgermeister zu sprechen?

‚Er ist gerade nicht im Haus.' Oder: ‚Er ist dienstlich unterwegs.' Ich frage dann, ob ich etwas ausrichten kann, oder ob wir zurückrufen können.

Sie erleben hier jeden Tag eine ganze Menge. Was werden Sie Ihren Enkeln noch erzählen?

Ich denke über besondere Anlässe wie zum Beispiel Ehrungen, wo man dann plötzlich in der Öffentlichkeit steht, werde ich sicherlich noch öfter sprechen. Ich war gerade mal knapp ein Jahr im Rathaus, als wir Werner Bechauf ausgezeichnet haben. Das ist schon ein Highlight, wenn man alles vorbereitet und organisiert, und dann plötzlich selbst auf der Bühne steht und mit auf dem Foto ist. Das sind Erinnerungen, die bleiben, und auf die man auch ein bisschen stolz ist.

Mal ganz ehrlich: Denkt der Bürgermeister an Ihren Geburtstag?

Nö (lacht). Das bekommt er meistens nur mit, wenn andere gratulieren. Ich lege da aber auch nicht viel Wert darauf, mir ist das nicht wichtig und ich bin da auch nicht nachtragend.

NP-INTERVIEW: TIM BIRKNER

Lesen Sie in Teil 12: In Neustadt ziehen Nata Dressel und Birgit Eckstein für Oberbürgermeister Frank Rebhan an einem Strang.

„Der Chef ist in einer Besprechung. Wenn es wichtig ist, darf ich ihn wecken."
Uschi Finsel aus Ebersdorf

Schicken auch Sie uns Ihre beste oder originellste Ausrede mit der Sie unliebsame Anrufer am Telefon abwimmeln. Jeder Abdruck in der *Neuen Presse* wird mit einem Samba-Buch belohnt. Unsere E-Mail-Adresse lautet coburg-land@np-coburg.de, unsere Faxnummer 09561 850 294. Bitte vergessen Sie Ihre Adresse nicht.

tion fragt vorher: Wer schreibt die Programme? Sind sie vom alten Programm abgeschrieben? Was ist neu? Was ist geändert? Wen interessieren die Programme in der Partei? Wie stark ist die Basis daran beteiligt? Wer bestimmt die Themen? Welche Themen werden ausgeklammert – und warum? Gerade der Hang, Reizthemen auszuklammern, reizt zur Debatte und Kommentierung. Die Redaktion muss die schwersten Fragen stellen – auch gegen den Widerstand der Parteien.

Gerade in Kommunal-Wahlkämpfen stellen Parteien öfter kein Programm mehr auf. Da muss die Redaktion bohren: Warum nicht? Welche Positionen hat die Partei? Es könnte sogar reizvoll sein, wenn die Redaktion aus Verlautbarungen, Reden und Interviews selbst eins schreiben würde – und den Lesern zur Diskussion stellt.

Vier Monate vorher

Immer öfter bieten Parteien, auch im Lokalen, Vorwahlen an – etwa bei einer Mitgliederversammlung. Das Interesse der Bürger ist groß, so dass die Redaktion vorab deutlich die Positionen der Kandidaten herausstellt und am Tag der Entscheidung sogar einen Live-Ticker im Online-Auftritt der Zeitung organisiert.

Wenn es keine Urwahl gibt, könnte die Redaktion einen Stimmungstest organisieren – entweder mit Stimmkarten in der Zeitung oder mit einem TED (Abstimmungsverfahren via Telefon), der allerdings leichter zu manipulieren ist.

Vor den Parteitagen fragen die Redakteure: Warum sind diese Rituale eine geschlossene Veranstaltung? Die Zeitung kann Gegenmodelle vorstellen und diskutieren, wie sie kluge Köpfe in den Parteizentralen durchaus entwickeln als Beispiel für die Öffnung der Parteien.

Ein Thema sind immer auch die unabhängigen Kandidaten. Die Redaktion erklärt: Wie kann ein Bürger auf den Wahlschein kommen, wenn er keiner Partei angehört und auch auf keiner Parteiliste kandidieren will? Was muss eine Wählergemeinschaft tun, um antreten zu können?

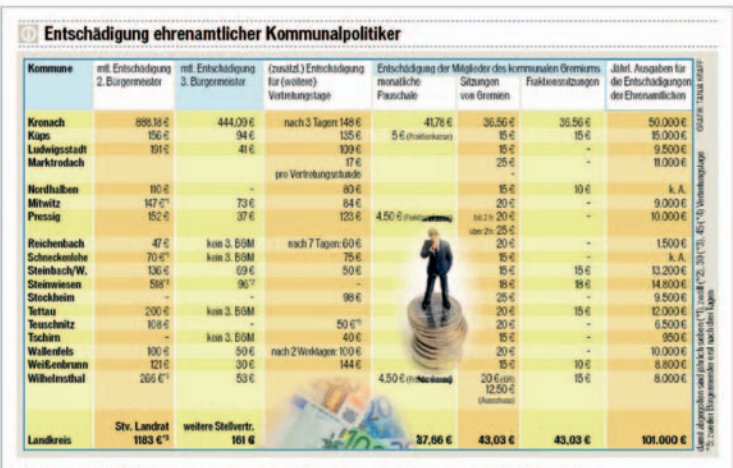
Wenn die Redaktion viele Kandidaten vorstellen will, muss sie vor den Parteitagen den Fragebogen entwerfen, in ausreichender Zahl drucken oder kopieren und auf dem Parteitag verteilen mit deutlichem Hinweis auf den Abgabetermin: Das erspart Zeit und Portokosten. Zuvor muss die Redaktion aber klären: Wie viel Kandidaten kommen ins Blatt? So viele von jeder Partei, wie sie Abgeordnete im Parlament hat? Oder diese Zahl plus 10 oder 20 Prozent?

Von den Gruppierungen, die nicht im Parlament sitzen: Werden so viele vorgestellt, wie als Mindeststärke bei 5 Prozent Wählerstimmen einrücken würden? Die Zahl der Fragebögen, die verschickt werden, hängt auch ab vom Platz, welcher der Redaktion zur Verfügung steht und den sie freimachen kann, ohne dass die Qualität des Lokalteils leidet.

Die Fragebögen sollten nach der Veröffentlichung ins Archiv wandern. Wer noch kein Personen-Archiv hat, bekommt eine gute Möglichkeit, schnell und gleich umfangreich damit zu beginnen.

Während des Parteitages sind die Politiker leicht zu fotografieren – sowohl fürs Archiv als auch für die Kandidaten-Vorstellung. Die Foto-Aktion spricht die Redaktion vorher am besten mit dem Vorsitzenden ab.

Nur wer am Wahlabend genug Redakteurinnen und Redakteure abstellen kann, sollte im Rathaus zusammen mit der Verwaltung die Bürger zu einer Party einladen, auf der die einlaufenden Ergebnisse mitgeteilt werden. Die Absprache mit dem Rathaus ist nötig: Wer bewirtet? Wer liefert die Mikrofon-Anlage? Wer moderiert? Wer gestaltet und druckt die Plakate für die Wahlparty? Sollen Eigenanzeigen geschaltet werden? Mit der Verlagsleitung muss die Redaktion klären, wie viel Geld zur Verfügung steht.



Entschädigung ehrenamtlicher Kommunalpolitiker

Kommune	mtl. Entschädigung 2. Bürgermeister	mtl. Entschädigung 3. Bürgermeister	(zusätzl.) Entschädigung für (weitere) Vertretungstage	Entschädigung der Mitglieder des kommunalen Gremiums: monatliche Pauschale	Sitzungen von Gremien	Fraktionssitzungen	Jährl. Ausgaben für die Entschädigungen der Ehrenamtlichen
Kronach	888,18 €	444,09 €	nach 3 Tagen: 148 €	41,78 €	36,56 €	36,56 €	50.000 €
Küps	156 €	94 €	135 €	5 € (Fraktionskasse)	15 €	15 €	15.000 €
Ludwigsstadt	191 €	41 €	109 €		15 €	-	9.500 €
Marktrodach			17 € pro Vertretungsstunde		25 € -	-	11.000 €
Nordhalben	110 €	-	80 €		15 €	10 €	k. A.
Mitwitz	147 €*1	73 €	84 €		20 €	-	9.000 €
Pressig	152 €	37 €	123 €	4,50 € (Fraktionskasse)	bis 2 h: 20 € über 2 h: 25 €	-	10.000 €
Reichenbach	47 €	kein 3. BGM	nach 7 Tagen: 60 €		20 €	-	1.500 €
Schneckenlohe	70 €*1	kein 3. BGM	75 €		15 €	-	k. A.
Steinbach/W.	136 €	69 €	50 €		15 €	15 €	13.200 €
Steinwiesen	588*1	96*2	-		18 €	18 €	14.800 €
Stockheim	-	-	98 €		25 €	-	9.500 €
Tettau	200 €	kein 3. BGM			20 €	15 €	12.000 €
Teuschnitz	108 €	-	50 €*5		20 €	-	6.500 €
Tschirn	-	kein 3. BGM	40 €		15 €	-	950 €
Wallenfels	100 €	50 €	nach 2 Werktagen: 100 €		20 €	-	10.000 €
Weißenbrunn	121 €	30 €	144 €		15 €	10 €	8.800 €
Wilhelmsthal	266 €*3	53 €		4,50 € (Fraktionskasse)	20 € (GR) 12,50 € (Ausschuss)	15 €	8.000 €
Landkreis	Stv. Landrat 1183 €*3	weitere Stellvertr. 161 €		37,66 €	43,03 €	43,03 €	101.000 €

damit abgegolten sind gleich sieben (*1), zwölf (*2), 30 (*3), 45 (*4) Vertretungstage; *5: zweiter Bürgermeister erst nach drei Tagen

Das Ehrenamt hat seinen Preis

ERSTATTUNG Die 18 Gemeinden und der Landkreis Kronach wenden für die Entschädigung ehrenamtlich tätiger Bürgermeister und Gemeinderatsmitglieder rund 400 000 Euro pro Jahr auf.

VON UNSEREM REDAKTIONSMITGLIED **FRANK FÖRTSCH**

Kreis Kronach – In rund vier Wochen werden die Bürgermeister und Gemeinderäte im Kreis neu bestimmt. Die Wählerinnen und Wähler wählen dann Frauen und Männer ins kommunale Ehrenamt. 338 Sitze in 19 kommunalen Parlamenten – Gemeinderäte und Kreistag – werden neu besetzt. Für das Ehrenamt erhalten die Mitglieder der Gremien eine Entschädigung, über die sie zu Beginn der Wahlperiode selbst entscheiden.

In der zu Ende gehenden Amtszeit fällt diese Entschädigung in den einzelnen kommunalen Parlamenten im Kreis unterschiedlich aus. In zehn Gemeinden werden lediglich Sitzungen der Gremien selbst entschädigt, in den verbleibenden neun auch die Fraktionssitzungen. Kreisräte und Kronacher Stadträte erhalten für ihren Aufwand außerdem eine monatliche Pauschale. In Küps, Pressig und Wilhelmsthal fließt diese monatliche Pauschale in die Fraktionskassen. Vom Betrag der Entschädigung für Sitzungen von Gremien und Fraktionen liegen bei den Kreisgemeinden Steinwiesen, Tettau und Wilhelmsthal auf den vorderen Plätzen. Am sparsamsten haushalten hier Ludwigsstadt, Schneckenlohe und Tschirn.

Noch komplexer fällt die Entschädigung der weiteren Bürgermeister aus. Hier reicht die Bandbreite von höheren monatlichen Entschädigungen (Landkreis, Steinwiesen, Wilhelmsthal), bei denen unterschiedlich viele Vertretungstage mit abgegolten sind, über eine Erstattung nur im Vertretungsfall (Stockheim, Tschirn) bis hin zur stundenweisen Abrechnung (Marktrodach).

Die 14 hauptberuflichen Bürgermeister werden auf Basis der jeweiligen Einwohnerzahl den entsprechenden Besoldungsgruppen zugewiesen. Nordhalben und Teuschnitz sind dabei die Gehaltsgruppen A 13 und A 14 (2001 bis 3000 Einwohner) zugewiesen. Beiden Bürgermeistern hat der jeweilige Gemeinderat die höhere Gehaltsstufe zugebilligt. Neun Kommunen können ihren Oberhäuptern die Gehaltsstufen A 14 beziehungsweise A 15 zuweisen (3001 bis 5000 Einwohner), wobei Mitwitz, Weißenbrunn und Wilhelmsthal die niedrigere Variante, Ludwigsstadt, Marktrodach, Pressig, Steinbach/Wald, Steinwiesen und Wallenfels die höhere Variante gewählt haben. In manchen Fällen ersetzen die Bürgermeister den jeweiligen geschäftsleitenden Beamten.

Einwohnerverlust wirkt sich aus

In den nächst größeren Gemeinden (5001 bis 10 000 Einwohner) gesteht das kleinere Stockheim seinem Bürgermeister die A 15, Küps seinem Gemeindeoberhaupt A 16 zu. Im unteren Drittel der Einwohnerspanne (15 000 bis 30 000) ist der Stadt Kronach die Arbeit ihres Bürgermeisters das höhere Gehalt der beiden Möglichkeiten B 2/B 3 wert.

Letztmalig in den Genuss der Gehaltsstufe B 6 kommt der amtierende Landrat. Nachdem der Kreis inzwischen die hierfür maßgebliche Einwohnerzahl von 75 000 Menschen deutlich unterschritten hat, wird der künftige Amtsinhaber nur noch nach B 4/B 5 und nicht wie bisher nach B 5/B 6 eingruppiert werden können.

Gehaltsstufen im Vergleich

Eingestuft sind in die nachfolgenden Gehaltsstufen auch:

A 13 Erster Polizeihauptkommissar, Pfarrer, Realschullehrer, Rektor einer Grund- oder Hauptschule mit 180 bis 360 Schülern

A 14 Fachschuldirektor, Oberstudienrat, Realschulkonrektor (180 bis 360 Schüler), Rektor einer Grund- und Hauptschule (mehr als 360 Schüler), Oberstleutnant

A 15 Dekan, Botschaftsrat, Generalkonsul, Studiendirektor, Schulamtsdirektor, Realschulrektor (mehr als 360 Schüler)

A 16 Finanzpräs., Ministerialrat, Ltd. Direktor

B 3 Bundesbankdirektor, Direktor der Bundespolizeidirektion, Direktor und Professor, Ministerialrat, Regierungsvizepräsident

B 6 Direktor beim Bundesverfassungsgericht oder beim Bundesrechnungshof, Erster Direktor beim Bundesnachrichtendienst

Das Ehrenamt hat seinen Preis

Sehr viel Durchsetzungsvermögen brauchte Lokalredakteur Frank Förtsch für die Recherche, wie viel Geld ehrenamtliche Kommunalpolitiker in der Region für ihre Arbeit bekommen. Von 18 Kommunen im Landkreis Kronach antwortete zunächst nur die Hälfte. Die anderen sahen die Anfrage als Affront, so Förtsch. Es gab durchaus Bürgermeister, die zunächst gemauert haben, berichtet Lokalchef Alexander Müller: „Das ging bis hin zur Gegenfrage, doch bitte auch die ‚Aufwandsentschädigungen' vom leitenden Redakteur, Chefredakteur und Geschäftsführer gleich mit zu veröffentlichen." Allerdings blieb die Redaktion hart und hakte zum Teil mehrfach nach – nicht ohne den Hinweis, wie viele Gemeindeverwaltungen schon geantwortet hatten. Redakteur Förtsch, der selbst eine Verwaltungsausbildung absolviert hat, musste erst auf die rechtliche Lage hinweisen, wonach diese Zahlen öffentlich zugänglich sein müssen. Letztendlich wurden die Zahlen herausgegeben, wenn auch zum Teil mit vernehmlichem Zähneknirschen. Zwei Gemeinden weigerten sich, ihre jährlichen Ausgaben für die ehrenamtlichen Kommunalpolitiker zu nennen. Im Herbst 2008, ein halbes Jahr nach der Kommunalwahl, will Förtsch die Geschichte noch mal angehen und nachfragen, ob und wie sich die Bezahlung für das politische Ehrenamt verändert hat.

Kontakt

Frank Förtsch, Fränkischer Tag, Redaktion Kronach,
Telefon: 09261 625552, E-Mail: f.foertsch@fraenkischer-tag.de

Auf die rechte Dosierung kommt es an: Spätestens ein Vierteljahr vor dem Wahltag muss die Planung detailliert vorliegen, damit nicht in der letzten Woche die Leser mit Wahl-Informationen zugeschüttet werden: Was veröffentlichen wir an welchem Tag? Auch Unvorhergesehenes muss eingeplant werden: also kein randvolles Programm für jeden Tag.

Hundert Tage vorher

... ist der ideale Starttermin für die kontinuierliche, also möglichst tägliche Berichterstattung der Zeitung. Die Redaktion schaut zurück: Ergebnisse der vergangenen Wahl; eine Chronik der Ereignisse in Parlament, Parteien, Rathaus zwischen den Wahlen. Die Redaktion schaut voraus: Regularien mit wichtigen Daten, etwa Frist zur Einreichung von Wahlvorschlägen, Beginn der Briefwahl; die Pläne der Redaktion.

Vorgestellt werden:

- der Wahlleiter: Wer ist in der Verwaltung für die Wahl verantwortlich? Was machen die Wahlleiter? Wer kontrolliert, ob alles rechtens läuft?
- die Spitzen-Kandidaten: Die Reihe mit der Vorstellung der Kandidaten sollte beginnen mit den Topleuten der favorisierten Parteien oder Wählergemeinschaften. Denn die Köpfe dieser Leute werden in den nächsten Wochen noch oft im Blatt erscheinen – bei Podiumsdiskussionen oder dem Vergleich der Parteiprogramme zum Beispiel.

Die Redaktion sollte möglichst alle Kandidaten bei einer Kommunalwahl mit Foto vorstellen, auch wenn es mehr als 100 sind: Genaue Organisation ist notwendig, also direkt nach der Nominierung auf den Parteitagen beginnen. Für viele Lokalredaktionen kommt es knüppeldick: Neben ein paar hundert Kandidaten für das kommunale Parlament gibt's noch einige Dutzend oder auch hundert und mehr Kandidaten in den Dörfern, die nach der Gebietsreform ihre Selbstständigkeit verloren haben: Ortsbeiräte, Ortsvorsteher, Ortssprecher, Bezirksvertretungen, Bezirksbürgermeister usw.

Geregelt wird die Beteiligung der Dörfer in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich. Wer auch diese Kandidaten noch vorstellen will, sollte es tun, wenn es nicht die Seiten sprengt, zum Überdruss führt oder nur eine kleine Minderheit der Leser interessiert. Auf jeden Fall sollte die Redaktion erklären, was es mit den Ortsbeiräten oder Bezirksvertretungen auf sich hat, was diese Leute in den Dörfern zu sagen haben und wer kandidiert: Wie wäre es mit einer kleinen Serie, in der die Probleme und Wünsche der kleinen Orte und Stadtteile behandelt werden? Gerade Redaktionen, die meist nur über den Hauptort berichten, bekommen die Chance, den Blick wieder in die Peripherie zu werfen, in der viel mehr Leser wohnen, als die meisten Redakteure ahnen. Am Rande fällt bei den Gesprächen in den Dörfern eine Reihe von Geschichten ab, die die Redaktion spätestens nach der Wahl aufgreifen kann.

Zwei Monate vor der Wahl

Es ist kaum Aufgabe der Zeitung, in den Wochen vor der Wahl die Programme der Parteien einzeln vorzustellen; dies geschieht meist aktuell bei der Berichterstattung über die Parteitage. Wahlkampf ist nicht Aufgabe der Zeitung; Programme gehören wie andere Werbung in den Anzeigenteil. Dagegen hilft die Zeitung den Wählerinnen und Wählern beim Vergleich der Programme: Statt Antworten auf Fragen zu geben, die keiner stellt, formuliert sie die Fragen. Hilfreich ist es, die Leser aufzufordern, Fragen einzusenden, die die Redaktion den Politikern stellen will. Die Fragen müssen mindestens acht Wochen vor dem Wahltermin an die Parteien verschickt werden mit Angabe von verbindlicher Zeilenlänge und Abgabetermin. Früh genug sollte das Layout für solche vergleichenden Übersichten festgelegt werden.

Im Wahlkampf bietet sich jede Menge Stoff für Features und Reportagen:

- Ein Tag im Leben eines Wahlkämpfers
- Die Plakate-Kleber
- Wahlgeschenke vom Luftballon bis zum Kondom
- Frauen in der Politik: Nur Mauerblümchen?

SEITE 29

Eine Wahl mit vier Kreuzen

Kleiner Politik-Ratgeber

• Kreis Lippe. Ein Wahltag – vier Kreuze: Warum jeder der wahlberechtigten Lipper bei der morgigen Kommunalwahl vier Stimmen vergeben darf, wie die Stimmen ausgezählt und nach welchem Verfahren die Mandate im Kreistag sowie den Stadt- und Gemeinderaten vergeben werden – hier sind die wichtigsten Informationen zur Wahl.

Auf vier Wahlzetteln haben die Lipper die „Qual der Wahl": Sie wählen mit der ersten Stimme den neuen Landrat des Kreises Lippe, mit der zweiten ihren Direktkandidaten für den Kreistag. Die dritte Stimme ist das Votum für den hauptamtlichen Bürgermeister in der jeweiligen Kommune, und das letzte Kreuz ist für den Wahlkreiskandidaten für den Stadt-/Gemeinderat.

Landrat

Der Landrat wird wie der Bürgermeister direkt von den Wählern gewählt – für fünf Jahre. Er wird für seine Tätigkeit bezahlt: als „hauptamtlicher kommunaler Leistungsbeamter". Als Vorsitzender des Kreistages bereitet der Landrat dessen Sitzungen vor und leitet sie. Der Landrat hat im Kreistag normales Stimmrecht – wie jedes andere Mitglied. Er beaufsichtigt die Gemeinden und leitet die Verwaltung des Kreises. Ein Landrat ist (wie ein Bürgermeister) gewählt, wenn er mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen erhalten hat. Gelingt dies niemandem, treten die beiden Bewerber mit den höchsten Stimmenzahlen am 10. Oktober zur Stichwahl an.

Bürgermeister

Der Bürgermeister einer Gemeinde ist Vorsitzender des Gemeinderates und Chef der Verwaltung. Dafür erhält er ein Gehalt. Er wird direkt gewählt für fünf Jahre. Der Bürgermeister ist Vorsitzender, aber nicht Mitglied des Gemeinderats. Aber wenn es bei Abstimmungen im Rat unentschieden steht, gibt seine Stimme den Ausschlag. Als Chef der Verwaltung ist der Bürgermeister für die Ausführung der Ratsbeschlüsse zuständig. Außerdem vertritt er die Gemeinde in rechtlichen Dingen. Natürlich muss der Bürgermeister auch repräsentieren.

Stadtrat

Der Gemeinderat ist die politische Vertretung der Bürger einer Kommune: Hier entscheiden die Ratsmitglieder über die Entwicklung der Gemeinde, wie etwa Investitionen in öffentliche Projekte wie Schwimmbäder oder Bibliotheken. Die Hälfte der Ratsmandate bekommen die Kandidaten, die direkt einen Wahlkreis gewinnen konnten. Die andere Hälfte bekommen Kandidaten aus den Reservelisten der Parteien und Wählergruppen – in dem Verhältnis, in dem sie bei der Wahl abgeschnitten haben. Ratsmitglieder erhalten für ihr Ehrenamt eine Aufwandsentschädigung und müssen von ihrem Arbeitgeber für die Arbeit im Rat freigestellt werden. In den meisten Ausschüssen des Rates können so genannte „Sachkundige Bürger" mitarbeiten.

Kreistag

Der Kreistag nimmt gemeinsame Aufgaben der Gemeinden in einem Landkreis wahr, deren Bewältigung die einzelnen Gemeinden finanziell oder in der Abwicklung überfordern würde. Der Kreistag, dessen Mitglieder die kreisangehörigen Gemeinden alle fünf Jahre neu wählen, muss mindestens alle drei Monate zusammentreten, einberufen vom Landrat. Zusammensetzung: siehe Stadtrat.

Hare-Niemeyer

Nach dem Stimmzählverfahren von Hare-Niemeyer wird errechnet, wie viele Plätze von den Parteien und Wählergruppen über die Reservelisten besetzt werden. Zur Ermittlung der Plätze wird 1. von der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen die Zahl der ungültigen Stimmen abgezogen. 2. Durch diese Zahl wird die Zahl der Stimmen, die eine Partei erhalten hat, geteilt und anschließend 3. mit der Gesamtzahl der insgesamt zu vergebenden Mandate in jedem Gremium multipliziert. 4. Die Zahl vor dem Komma ergibt die Anzahl der Sitze, die die Partei insgesamt erhält. Von dieser Zahl wird jetzt die Zahl der Direktkandidaten abgezogen. Das Ergebnis ist die Mindestzahl der Bewerber, die die Partei von ihrer Reserveliste entsenden darf. Bleiben am Ende Sitze frei, so gilt die Zahl hinter dem Komma: Die Partei, die dort die höchsten Zähler vorweist, hat Vorrang, auch wenn sie mit 0.9 gegen 4.1 stehen sollte – die Zahl hinter dem Komma machts. Sonderfälle regelt das Kommunalwahlgesetz.



Mal ganz zwanglos

• Extertal-Asmissen (bas). Oft genug grübelten sie über ernsten Themen, da gönnten sich die Mitglieder der lippischen Bürgermeisterkonferenz zum Abschluss der Wahlperiode einmal ein zwangloses Treffen. Einziger Tagesordnungspunkt: eine gemeinsame Draisinenfahrt durch Extertal. Gastgeber Hans Hoppenberg begrüßte seine Kollegen und Landrat Friedel Heuwinkel in Asmissen. Einige werden nach der Wahl nicht mehr im Amt sein, etwa weil sie schon vorher ihren Verzicht erklärt haben wie Werner Schmidt (Schlangen) oder Friedrich Brakemeier (Detmold). Im Bild von links: Hans Hoppenberg (Extertal), Herbert Dahle (Barntrup), Brakemeier (Detmold), Schmidt (Schlangen), Reiner Austermann (Lemgo), Gert Klaus (Schieder-Schwalenberg), Friedrich Ehlert (Dörentrup), Klaus Fritzemeier (Kalletal), Eberhard Block (Horn-Bad Meinberg), Peter Hufendiek (Augustdorf), Hubert Scholand (Lügde) und Landrat Friedel Heuwinkel.



Vier Stimmen, vier Wahlzettel: Den Landrat und den Kreistag, den Bürgermeister und den Stadt- oder Gemeinderat wählen die Lipper am Sonntag. LZ-Praktikantin Frauke Böger präsentiert die Wahlzettel. FOTO: GERSTENDORF-WELLE

Die Lage vor der Wahl

16 Bürgermeisterposten und ein Landrats-Sessel zu vergeben

VON DER LZ-LOKALREDAKTION

• Kreis Lippe. 16 Bürgermeister-Posten sind zu vergeben, ein Landrats-Sessel im Kreishaus, rund 500 Mandate in Kreistag sowie Stadt- und Gemeinderäten: In 293 Wahlbezirken treten 1447 Kandidaten aus den etablierten Parteien und diversen Wählergemeinschaften an; mehr als 2000 Wahlhelfer zählen die Stimmen aus. Das sind die Eckdaten für die Kommunalwahl am Sonntag. Die LZ gibt einen Überblick über die Ausgangslage in den 16 Kommunen und im Kreis.

Auf das Duell zwischen dem amtierenden Landrat Friedel Heuwinkel (CDU, im Amt seit 1999) und seinen SPD-Herausforderer Heinz Kriete fokussiert sich die Direktwahl des Kreisoberhauptes. Das Ziel der zwei weiteren Landratskandidaten – Markus Schiek (FDP) und Werner Loke (Bündnisgrüne) – dürfte es eher sein, für eine möglichst breite Stimmenverteilung zu sorgen, um aus einer möglichen Stichwahl politisches Kapital schlagen zu können. Neben diesen vier Parteien will die FWG Lage, die derzeit der CDU bei Abstimmungen im Kreistag zu einer Mehrheit verhilft, wieder das „Zünglein an der Waage" sein.

Detmold

In **Detmold** endet nach 15 Jahren eine Ära: Sozialdemokrat Friedrich Brakemeier, ehrenamtlich seit 1989 und hauptamtlich seit 1995 Stadtoberhaupt, zieht sich aus der Politik zurück. Die SPD schickt mit Rainer Heller den Kämmerer der Stadtverwaltung ins Rennen. Für die CDU soll Landtagsabgeordneter Manfred Luckey den Chefsessel im Rathaus erobern. Mit dem Journalisten Thomas Trappmann (FDP) und der parteilosen Diplom-Ingenieurin Birgit Reher, die für Bündnis 90/Die Grünen antritt, gibt es zwei weitere Bewerber um das Bürgermeisteramt. Ihre Ratsmandate verteidigen will die FWG, während die neu gegründete „Detmolder Alternative" erstmals um die Gunst der Wähler buhlt.

Bad Salzuflen

Eine der spannenden Fragen der Wahl in **Bad Salzuflen** ist, ob der CDU das Kunststück gelingt, ihre vor fünf Jahren gewonnene absolute Mehrheit im Rat zu verteidigen. Dagegen könnte unter anderem sprechen, dass sich dieses Mal nicht weniger als sieben Parteien und Wähler-Gemeinschaften (Rekord in Lippe!) um Plätze im Stadtparlament bewerben. Sicher ist: Der Kurort wird spätestens nach der Stichwahl am 10. Oktober einen neuen Bürgermeister haben: Amtsinhaber Gerhard Kleemann (67, CDU) hat die Altersgrenze erreicht und darf nicht mehr kandidieren. Ex-Stadtdirektor Dr. Wolfgang Honsdorf (SPD) tritt, nachdem er 1999 Kleemann unterlegen war, erneut an. Sein schärfster Konkurrent dürfte CDU-Fraktionsvorsitzender Heinz Bonke sein. Ein respektables Ergebnis ist auch für Dagmar Ludwig (Bündnis 90/Die Grünen) zu erwarten.

Lemgo

In der Alten Hansestadt **Lemgo** bewerben sich CDU, SPD, Bündnisgrüne und FDP um die Gunst der Wähler. Wie die Mehrheitsverhältnisse im Rat (45 Sitze) aussehen werden, erscheint völlig offen. Spannend dürfte auch die Antwort auf die Frage sein, wer der Chef im Rathaus wird – bleibt es Bürgermeister Dr. Reiner Austermann (CDU), oder schafft es SPD-Mann Udo Golabeck? Neben diesem Duo bewerben sich Elke Kuhlmann (Grüne) und Barbara Schiek-Hübenthal (FDP) um das Bürgermeisteramt.

Augustdorf

In **Augustdorf** wird es definitiv einen neuen Bürgermeister geben: Peter Hufendiek (CDU) will sich neuen Aufgaben stellen. Mit dem Dezernenten Dr. Andreas Wulf (36) haben die Christdemokraten einen jungen Kandidaten nominiert. Wolfgang Hollitschke (56), Arbeitsvermittler in Detmold, unternimmt für die SPD nach 1999 den zweiten Versuch, Gemeindeoberhaupt zu werden. Ein „Wörtchen mitreden" will die Freie Wählergemeinschaft, und auch die FDP will wieder in den Gemeinderat. Die Grünen, bisher mit einem Mandat im Rat vertreten, treten nicht an.

Lage

Rekordverdächtig: In **Lage** stellen sich fünf Kandidaten für das Bürgermeisteramt zur Wahl. Der bisherige Amtsinhaber Wilfried Siekmöller wurde von seinen Parteigenossen von der oppositionellen SPD nicht wieder nominiert. Vor zwei Jahren kam es zum Bruch, nachdem Siekmöller nicht den Ausstieg der Sozialdemokraten aus dem umstrittenen HGL-Projekt mittrug. Als seinen potenziellen Nachfolger schickt die SPD den Verwaltungsrichter Winfried Kaiser (51) ins Rennen. Der bekommt es mit dem Quereinsteiger der CDU, Christian Liebracht (43), zu tun, der bisher Geschäftsführender Gesellschafter eines großen Autohauses war. Liebracht gehört bis dato nicht dem Rat an. Angelika Richter von der Freien Wählergemeinschaft Lage ist bereits Bürgermeisterin in Lage, allerdings dritte stellvertretende ehrenamtliche. Bisher bestimmte der Bürgerblock, dem neben der Wählergemeinschaft die CDU- und FDP-Fraktion angehören, die Politik in Lage. Anders als 1999 verzichten die Bündnisgrünen diesmal auf einen eigenen Bürgermeister-Kandidaten. Sie übten im Vorfeld der Wahl aber deutliche Kritik an dem SPD-Bewerber und dessen Kurs in Sachen HGL.

Extertal

Drei Anwärter bewerben sich um den Chefsessel im **Extertaler** Rathaus. Dabei bekommt der unabhängige Amtsinhaber Hans Hoppenberg, der von der CDU unterstützt wird, Konkurrenz durch den Sozialdemokraten Karl-Heinz Sievert und die unabhängige Kandidatin Angela Kamann. Für die Rechtsanwältin ist ihre Kandidatur der erste Gehversuch auf dem politischen Parkett. Die Unabhängigen Wähler Extertal (UWE) haben keinen eigenen Kandidaten aufgestellt, wollen sich aber natürlich möglichst viele der 32 Sitze im Gemeinderat sichern.

Dörentrup

Ein Kandidaten-Quartett wirbt in **Dörentrup** um die Stimmen der Wähler. Für die Christdemokraten will es Amtsinhaber Friedrich Ehlert noch mal wissen. Außerdem wollen Angelika Laumeier (SPD), Thomas Hinze (Grüne) und Hartmut Beuscher (FDP) ins Rathaus einziehen. Im Rat der Gemeinde sind insgesamt 26 Sitze zu vergeben.

Kalletal

In **Kalletal** will es Klaus Fritzemeier (SPD) noch einmal wissen. Der frühere Gemeindedirektor und hauptamtliche Bürgermeister seit 1999 bekommt es mit Elke Dalpke-Fohrmann (CDU) zu tun. Grüne und UKB verzichten auf eigene Bürgermeisterkandidaten, wollen aber möglichst viele der 32 Ratsmandate erobern. Die vier Parteien schicken in jedem der 16 Kalletaler Wahlbezirken jeweils einen eigenen Kandidaten ins Rennen.

▶ Spezial

Leopoldshöhe

Zwei Kandidaten fordern in **Leopoldshöhe** Bürgermeister Gerhard Schemmel heraus. Klaus-Werner Baltschun tritt für die CDU an und will nicht nur die Ratsmehrheit, wie bei der letzten Kommunalwahl, sondern auch das Bürgermeisteramt gewinnen. Hierfür schicken die Grünen erstmals mit Jürgen Hachmeister einen eigenen Kandidaten ins Rennen. Die politischen Gewichte im Rat könnten sich nach der Wahl verschieben. Die FWG tritt zum ersten Mal an und stellt 14 Kandidaten auf. Und auch die FDP, die diesmal alle Wahlkreise besetzen konnte, will eine absolute Mehrheit verhindern.

Blomberg

Drei Kontrahenten stehen sich in **Blomberg** gegenüber: Der Beigeordnete Klaus Geise (SPD) will seinen Ziehvater, Bürgermeister Dr. Siegfried Pilgrim, beerben. Mit ihm wetteifern Polizeidirektor Udo Möller (CDU) und Kneipenwirt Reinhold Mennecke als Unabhängiger um die Wähler-Gunst.

Schieder-Schw.

Ein Kandidatenquartett tritt in **Schieder-Schwalenberg** zur Bürgermeisterwahl an: Amtsinhaber Gert Klaus (SPD) hat es mit dem christdemokratischen Verwaltungsbeamten Jürgen Drawes, dem liberalen Polizeibeamten Jürgen Müllers und dem grünen Lehrer Moritz Ilemann zu tun.

Lügde

In **Lügde** haben die Wähler lediglich die Auswahl zwischen Rot und Schwarz: Amtsinhaber Hubert Scholand (CDU) misst sich mit dem sozialdemokratischen Newcomer Andreas Grossmann. Grossmann ist Diplomverwaltungswirt und wohnt in Niedersachsen.

Barntrup

Ein Kandidatenduo hofft auf die Stimmen der **Barntruper** Bürger. Bürgermeister Herbert Dahle (SPD) tritt gegen Personalabteilungsleiter Wilfried Düwel an, den die CDU ins Rennen schickt.

Horn-Bad M.

Zwei von der letzten Wahl her bekannte Bewerber treten zusammen mit einer neuen Bewerberin gegeneinander in **Horn-Bad Meinberg** an: Amtsinhaber Eberhard Block (SPD) wird erneut vom Mediziner Dr. Bernt Göckel-Beining herausgefordert, der sich diesmal als FDP-Mitglied zur Wahl stellt. Die Prokuristin Ursula Bicker geht für die CDU erstmalig ins Rennen. Die Parteien und Gruppierungen, die sich zur Wahl stellen, sind ebenfalls bekannt: CDU, SPD, das Wahlbündnis aus UWG und FDP, Bündnisgrüne und das BürgerBündnis.

Schlangen

In **Schlangen** konkurriert die Arzthelferin Gerti Klöpping (SPD) mit dem Leiter der Gemeindewerke Thorsten Paulussen (parteilos) um das Amt des Bürgermeisters. Für den Rat haben CDU, SPD und Bündnisgrüne Kandidaten aufgestellt.

Oerlinghausen

Ein Zweikampf ist die Bürgermeisterwahl in **Oerlinghausen**: Sozialdemokrat Dirk Becker (38 Jahre, Verwaltungsfachwirt) fordert die parteilose Bürgermeisterin Ursula Herbort heraus. In den Rat wollen CDU, SPD, Grüne, FDP und zum ersten Mal auch die Freien Wähler. Für die wirbt Hans Brinkmann um Stimmen, der nach jahrzehntelangem Engagement der SPD den Rücken gekehrt hatte.

Wahl mit vier Kreuzen

Einen Politik-Ratgeber brachte die Lippische Landes-Zeitung vor den Kommunalwahlen heraus. Dabei erklärte die Redaktion den Lesern nicht nur das Wahlsystem und die zur Wahl stehenden Gremien, sondern gab auch einen Überblick über die Lage in den einzelnen Orten im Verbreitungsgebiet. „Vor der Wahl hat eine Info-Seite auch eine Art Wikipedia-Funktion", so Projektredakteur Axel Bürger. Das heißt: In knappen Sätzen sollen Begriffe wie das Hare-Niemeyer-Verfahren zumindest mal gefallen sein.

Kontakt

Axel Bürger, Projektredakteur Lippische Landes-Zeitung Detmold
Telefon: 05231 911-151, E-Mail: ABuerger@lz-online.de

- Die Jugend in den Parlamenten: Die jüngste und die älteste Liste – Was erwarten die Jungen in der Politik? – Wie verläuft die Karriere eines Jungpolitikers? – Wie reagieren die Alten auf Kritik der Jungen?
- Die Kandidaten auf den hinteren Plätzen: Was bringt es, auf Platz 114 zu stehen?
- Was verdienen Kommunalpolitiker?

Sechs Wochen vor der Wahl

Wer an Wahlen teilnehmen will, muss sich an die Gesetze halten, die von Bundesland zu Bundesland verschieden sind: Sie regeln, wer kandidieren kann und welche Bedingungen er erfüllen muss. Etwa sechs Wochen vor der Wahl laufen die Fristen ab, um die Wahlvorschläge einzureichen. Ein Gremium prüft, ob die Vorschläge den gesetzlichen Anforderungen genügen. Die Lokalredaktion erklärt den Lesern noch einmal das Verfahren und berichtet, wer zugelassen ist.

Nur selten gibt es bei den großen Parteien Überraschungen. Sie beherrschen das gesetzlich vorgeschriebene Verfahren. Ob kleine Parteien oder neu gebildete Wählergruppen kandidieren, erfährt die Redaktion vielleicht erst, wenn die Vorschläge eingereicht werden. Gerade die Überraschungen reizen: Kandidieren die Republikaner oder die NPD? Wer verbirgt sich hinter der neuen Wählervereinigung, etwa der „Partei bibeltreuer Christen“?

Vier Wochen vor der Wahl

Die Lokalzeitung übernimmt im Kommunalwahlkampf auch die Aufgaben des Fernsehens und präsentiert öffentlich die Spitzenkandidaten: die Elefantenrunde mit ausführlicher Berichterstattung vorher und nachher. Wer einen guten Moderator vorweisen kann oder gar zwei, sollte Abschied nehmen vom steifen Podium und die Sessel hinstellen für den Talk am Abend in gemütlicher Atmosphäre – wenn möglich sogar in einer Kneipe.

Die Redaktion kann eine große Diskussion oder Talkshow organisieren mit den Spitzenkandidaten – oder auch mehrere Diskussionsrunden über Reizthemen in der Stadt von der umstrittenen Umgehungsstraße bis zur autofreien Innenstadt. Doch auch die Ressorts, die sich wenig um Politik kümmern, können Honig aus der Wahl saugen, etwa mit einem Forum zu Wirtschaftsfragen oder zum Kulturleben. Auch die Sportredaktion, die sich gern aus der Politik heraushält, kann ihr Fachwissen einbringen: Die Sport- und Vereinsförderung in der Stadt oder im Kreis.

Am Tag vor der Wahl

In die Ausgabe am Samstag vor der Wahl gehören Kommentare, Tipps, Analysen. Die Redaktion ...

- schaut zurück: die schönsten Zitate, die besten Fotos, der jüngste und der älteste Kandidat usw.
- fragt die Parteien und Wählervereinigungen: Wer will mit wem nach der Wahl koalieren?
- gibt Tipps für die Briefwahl am Wahltag, druckt den Wahlzettel ab, nennt die Öffnungszeiten der Wahllokale und einen Fahrdienst zu den Wahllokalen.
- bemüht die Statistik: Wie viel Wähler gehen zur Wahl? Wie viel Menschen gehen zur Wahl? Wie war die Stimmverteilung vor vier (oder mehr) Jahren? Was kann sich ändern?
- kommentiert den Wahlkampf: Was war neu? Anders? War er langweilig? Mutig? usw.
- verbreitet in der Regel keine aktuellen heißen Informationen mehr: Wer soll sich noch wehren oder Stellung nehmen?
- erzählt den Lesern, was sie in der großen Wahlausgabe am Montag erwartet.
- lädt zur Wahlparty am Sonntag ins Rathaus ein.

Die Wahl-Ausgabe

Es gibt nur einen Tipp: so umfangreich wie möglich mit allen Ergebnissen, die bis zum Redaktionsschluss eingehen, auf den Markt kommen – auch aus den Dörfern. So anschaulich wie möglich mit vielen Grafiken. So kompetent wie möglich mit Analysen und Kurzkommentaren zu allen Ergebnissen im Verbreitungsgebiet. Die Wahlausgabe sollte

Seite 12 / Nr. 21 — **Jugend** — Freitag, 25. Januar 2008

Wahlprogramm oder Parteikandidaten – was zählt?



Sarah zum Zook (20): Natürlich ist mir das Wahlprogramm einer Partei wichtiger als ihre Kandidaten. Was nützt es mir, wenn die Kandidaten zwar gut aussehen, aber letztendlich völlig andere Ansichten haben als ich? Deshalb verfolge ich den Wahlkampf bewusst, um mir mein eigenes Bild von den Parteien zu machen.



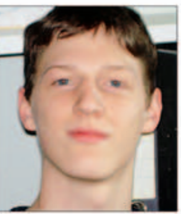
Maj Osterloh (19): Für mich sind nicht die Kandidaten einer Partei, sondern ihr Programm entscheidend. Deshalb ist es selbstverständlich, dass ich mich über die Wahlprogramme der Parteien informiere. Mir ist wichtig, dass die Partei, der ich meine Stimme gebe, überzeugend wirkt und vor allen Dingen auch junge Leute anspricht.



Conring Cramer (18): Sowohl das Wahlprogramm als auch die Kandidaten einer Partei sind für mich wichtig. Bei den Kandidaten achte ich vor allem darauf, dass sie seriös wirken und einen netten und sympathischen Eindruck machen. Aber natürlich muss auch das Programm stimmen. Die Mischung macht es eben. FOTOS: SEIDEL (3)



Eugen Lehr (20): Mich interessiert das Programm einer Partei, deswegen informiere ich mich vor allem darüber. Die einzelnen Kandidaten interessieren mich weniger. Über sie weiß ich nicht sehr viel. Mir ist nur wichtig, welche Ziele die Personen verfolgen. Aber ich denke, dass ich meine Stimme eher einer männlichen Person geben würde.



Hauke Eiben (18): Für mich zählt nur das Wahlprogramm einer Partei. Es ist wichtig, welche Meinung eine Partei vertritt. Wie sich die einzelnen Kandidaten in der Öffentlichkeit geben oder welchen Beruf sie ausüben, ist für mich bei der Wahl nicht entscheidend. Ausschlaggebend sind die Ziele und Interessen,welche die Parteikandidaten vertreten.



Dennis Strutz (19): Mir gefällt es, wenn die Parteikandidaten engagiert sind und sich persönlich, zum Beispiel durch einen Brief, vorstellen. Das macht sie sympathisch. Trotzdem ist es mir am wichtigsten, dass die Personen meine Interessen vertreten, also ist auch für mich das Wahlprogramm entscheidend. FOTOS: DEGE (3)

Sonja Duin: „Jetzt kommen wir zu Wort"

Jugendliche machten sich beim „Runden Tisch" in Sande fit für die Landtagswahl am 27. Januar

Podiumsdiskussion im Sander Rathaus: Junge Wähler fühlten den friesländischen Politikern auf den Zahn.

VON STEPHANIE SEIDEL

Jugendliche haben kein Interesse an Politik? Beim „Runden Tisch" in Sande gab es Gegenteiliges zu sehen. Bei der Podiumsdiskussion am 16. Januar stellten sich sechs Landtagskandidaten aus Friesland den Fragen der Jugendlichen. Besonders unter den Nägeln brannte die Frage nach Ausbildungsplätzen. Aber auch das Bildungswesen, Jugendkriminalität und Ganztagsschulen lagen den jungen Wählern am Herzen.

Bereits im Vorfeld der Podiumsdiskussion konnten sich die Zuschauer über die Parteien, ihre Kandidaten und die Wahlprogramme informieren. Im Foyer des Rathauses waren Info-Stände aufgebaut, an denen Broschüren und kleine Parteigeschenke (von Kugelschreibern bis hin zu Düngestäbchen) verteilt wurden und die Landtagskandidaten den jungen Besuchern Rede und Antwort standen.

Zu Beginn der Podiumsdiskussion stellten sich die sechs Kandidaten, Lübbo Meppen (FDP), Olaf Lies (SPD), Elisabeth Onken (CDU), Uwe Burgenger (Grüne), Ellmer Cramer (Freie Wähler) und Anja Kindo (Die Linke), vor und erklärten den Jugendlichen ihr Wahlprogramm und ihre politischen Ziele. Anschließend kamen die rund 70 jungen Wähler zu Wort.

Nach rund zwei Stunden waren alle Fragen beantwortet und die Zuhörer weitgehend zufrieden mit den Antworten der Politiker. „Jetzt sind endlich wir Jugendlichen mal zu Wort gekommen", meint Sonja Duin sichtlich begeistert. Ob all ihre Fragen beantwortet wurden? „Ich denke schon. Auf jeden Fall fühle ich mich jetzt gut informiert und fit für die Landtagswahl."

Doch auch Jugendliche, deren Weg am kommenden Sonntag noch nicht zum Wahllokal führt, haben die Veranstaltung genutzt, um sich über die verschiedenen Parteien zu informieren. Lena Kirchhoff (16): „Wir sind zusammen mit unserer Lehrerin gekommen. Wir wollen uns hier für den Politikunterricht informieren." „Auch wenn ich noch nicht wählen darf, will ich wenigstens mitreden können. Außerdem kann ich mich für die Zukunft informieren und überprüfen, ob die Politiker auch halten, was sie versprechen", ergänzt Jan-Hauke Lapp (17).

Doch wie nun die Kreuze auf dem Wahlbogen gesetzt werden müssen, was der Unterschied zwischen Erst- und Zweitstimme ist, und welche von den beiden nun die wichtigere ist, das bleibt auch nach der Veranstaltung für viele jugendliche Erstwähler noch ein großes Rätsel.



Daumen hoch! Sonja Duin fühlt sich fit für die Landtagswahl. FOTO: SEIDEL

LANDTAGSWAHL IN NIEDERSACHSEN

In Niedersachsen wird nach dem Prinzip der personalisierten Verhältniswahl gewählt. Das bedeutet: Jeder Wähler hat zwei Stimmen. Die Erststimme (auch Wahlkreisstimme) ist für einen Direktkandidaten aus dem Wahlkreis des Wählers. Der Kandidat, der jeweils die meisten Stimmen in seinem Wahlkreis erhält, zieht in den Landtag ein. Die Kreiswahlvorschläge sind auf dem Stimmzettel links abgedruckt. Neben dem Namen und der Partei des Kandidaten ist das Feld für das Kreuzchen.

Die Zweitstimme wird auf der rechten Seite des Stimmzettels abgegeben. Diese Stimme entscheidet über die Landesliste. Auf dem Stimmzettel sind die Namen der landesweit antretenden Parteien und jeweils drei Kandidaten abgedruckt. Je nachdem, wie viel Prozent aller Zweitstimmen eine Partei erhält, ziehen Kandidaten von den Partei-Listen in den Landtag ein (Landtagsmandat). Eine Partei muss mindestens fünf Prozent aller abgegebenen Zweitstimmen erhalten (Fünf-Prozent-Klausel), um überhaupt in den Landtag einziehen zu können. Da die Erststimme bei der Verteilung der Sitze einer Partei im Parlament keine Rolle spielt, wird sie als die weniger wichtige Stimme angesehen. Weitere Informationen zum Thema findet ihr auch auf der Internetseite der Bundeszentrale für politische Bildung:

www.bpb.de



Jugendseite

Jugendliche selbst zu Wort kommen lassen – das ist das Prinzip der gemeinsamen Jugendseite vom Jeverschen Wochenblatt (Friesisches Tageblatt) und des Anzeigers für Harlingerland. Vor den Landtagswahlen 2008 berichtete die Redaktion über eine Podiumsdiskussion, holte Stimmen der Jugendlichen ein und erklärte den Wahlmodus.

Kontakt

Helmut Burlager, Jeversches Wochenblatt / Friesisches Tageblatt
Telefon: 04461 944-170, E-Mail: hbu@jeversches-wochenblatt.de.
Klaus-Dieter Heimann, Anzeiger für Harlingerland
Telefon: 04462 989-181, E-Mail: redaktion@harlinger.de

kein Tummelplatz für Künstler werden. Ohne detaillierte Planung läuft nichts, außer dem Ärger mit der Technik. Seitenaufrisse müssen spätestens am Freitagabend stehen – oder das Chaos regiert. Ein Tipp für alle, die keinen eigenen Grafiker einsetzen können: Sehen Sie sich unter Schülern und Studenten um. Bei ihnen ist die elektronische Revolution meist weiter als in den Redaktionen. Selbst im verschlafensten Dorf gibt es 17-Jährige, die auf ihrem PC mit einem Grafik-Programm in kurzer Zeit Torten und Säulen zaubern können nebst Ausdrucken, die wie Fotos eingeplant werden können.

Die Woche nach der Wahl

Infas bietet für Lokalredaktionen keine Grafik an mit den Wählerbewegungen. Doch durch einen Vergleich der Ergebnisse holen auch Redakteure heraus, was die Wähler bewegte: In welchem Stadtteil verlor welche Partei am meisten? Welche Bürger gingen am eifrigsten zur Wahl? Wo liegen die Hochburgen der Parteien: Farbenspiele vom roten Dorf bis zur schwarzen Innenstadt?

Viele Rathäusern können schon am nächsten Tag Zahlenvergleiche, detaillierte Statistiken und anderen Service bieten. Die Redaktion ist dabei! Nicht zuletzt kann auch hier die Redaktion ihre Leser beteiligen, zum Beispiel über ein „Nichtwähler-Telefon“ oder eine Umfrage.

Zwischen den Wahlen

Politik findet nicht nur zu Wahlzeiten statt – im Gegenteil. In den Monaten vor und nach einer Wahl reden die Politiker nur. Das ist kein Vorwurf, denn ein Wahlkampf ist nichts anderes als ein langes, öffentlich geführtes Bewerbungsgespräch. In den drei oder vier Jahren, die übrig bleiben, handeln die Politiker – oder nicht. Über das Handeln und die Gründe berichten die Redaktionen, aber vor allem leuchten sie den Hintergrund aus: Was spielt sich hinter den Kulissen ab? Warum handeln Politiker so und nicht anders? Wie fallen Entscheidungen?

Wer mit einer munteren Berichterstattung vor und nach der Wahl wieder Appetit auf Politik gemacht hat, sollte in der Zeit dazwischen nicht nachlassen. Es ist wie im Fußball: Nach der Wahl ist vor der Wahl.

Kontakt
Paul-Josef Raue
Chefredakteur Braunschweiger Zeitung
Telefon: 0531 3900-300
E-Mail: paul-josef.raue@bzv.de

Hinter die Partei-Kulissen blicken

Wer macht die Politik in den Städten und Gemeinden? Wer bestimmt, wer bestimmen darf? Wer setzt die Themen? Hier ein Recherche- und Fragenkatalog, um Vorgänge öffentlich zu machen, die sich bereits lange vor dem Wahltag in kleinen, geheimen Partei-Zirkeln abspielen.

Wie stellen Parteien die Weichen?
Was tun sie, um Kandidaten zu finden?
Wer hat in den Parteien das Sagen, wer sind die Strippenzieher?
Hat das einfache Mitglied wirklich Möglichkeiten, mitzubestimmen?
Muss jeder Kandidat die Ochsentour durchlaufen, also ganz unten anfangen mit dem Kleben der Plakate?
Nach welchen Gesichtspunkten wird die Kandidatenliste aufgestellt?
Welche Berufe der Kandidaten sind besonders begehrt? Welche Verbands- oder Vereinszugehörigkeit? Welche weiteren Eigenschaften?
Mit welchen Argumenten werden mögliche Bewerber eingefangen?
Welchen Einfluss haben die Ortsverbände und deren Vorsitzende? Müssen die Ortsvereine angemessen repräsentiert sein?
Muss die Liste attraktiv sein für die Partei – oder für die Wähler?
Wird die Zahl der Kandidaten begrenzt, die aus dem öffentlichen Dienst kommen – vom Lehrer bis zum Professor?
Gibt es noch Arbeiter, die als Kandidaten in Betracht kommen?
Wie hoch ist der Anteil von Frauen; gibt es eine Frauenquote?
Wie sieht es mit dem Parteinachwuchs aus – kommen die Jungen überhaupt zum Zug?
Warum gehen Unternehmer und Selbstständige nicht in die Politik?

Paul-Josef Raue ist Chefredakteur der Braunschweiger Zeitung



In die Seele der Kandidaten leuchten

Fragebögen als unterhaltsame und bürgernahe Politikvermittlung

Amerikanische Wahlkämpfe sind zumeist bunter und lebendiger als deutsche: Es geht dabei weniger um Parteien und Themen als um Personen. Diese Stimmung kommt hierzulande vor allem dann auf, wenn Politiker direkt gewählt werden, also Bürgermeister und Landräte. Die Kandidaten müssen mit ihrer Persönlichkeit um die Gunst der Wähler kämpfen, Überraschungen sind wahrscheinlicher als beim Parteien-Wahlkampf. Diese Situation birgt Chancen für die Lokalredaktion, meint Paul-Josef Raue, Chefredakteur der Braunschweiger Zeitung. Die Zeitungen können die Menschen hinter der Politik herausarbeiten, zum Beispiel mit Fragebögen.

Bei den Direktwahlen von Bürgermeistern und Landräten treten Persönlichkeiten auf, die in einer Stadt um die Macht kämpfen. Für die Lokalredaktionen und ihre Leser können solche Wahlkämpfe zu einem Fest werden. Wochenlang dreht sich die Berichterstattung um die Karriere von zwei oder mehr Politikern: Menschen stehen im Mittelpunkt mit ihren Ideen und Plänen, mit Siegen und Niederlagen, ihrem öffentlichen und privaten Leben. Kann Politik unterhaltsamer und bürgernäher dargestellt werden?

Beispielsweise in Form von Politiker-Porträts, die mit Hilfe eines großen Fragebogens erstellt werden. Zu Beginn des vorigen Jahrhunderts waren solche Gesellschaftsspiele überaus beliebt. Maximilian Harden beispielsweise war ein gefürchteter Journalist in Berlin, der manchen Skandal aufdeckte. Er wollte aber nicht nur provozieren, er wollte auch wissen, was berühmte Leute wirklich denken und empfinden. Er legte ihnen sein „Merkbuch der Bekenntnisse“ vor, in dem er Fragen beantworten ließ über das Glück oder das Sterben, über Hoffnungen und Pläne. Ähnlich versuchte der nach Marcel Proust benannte Fragebogen, den die FAZ in ihrem Wochenend-Magazin brachte, in die Seele der Befragten hineinzuleuchten. Spannend dabei: Wie antworten Menschen im 21. Jahrhundert auf Fragen aus dem 19. Jahrhundert? Was sagen sie auf Fragen wie: Welche militärischen Leistungen bewundern Sie am meisten? Welche natürliche Gabe möchten Sie besitzen? Ihre liebsten Romanhelden? Ihre gegenwärtige Geistesverfassung?

Beliebte Lektüre

Was sich in französischen Salons oder zu Kaisers Zeiten in vertrauten Zirkeln abspielte, gehört in einer Demokratie in die Öffentlichkeit – am besten in die Lokalzeitung: das Nachdenken über Gott und die Welt und vor allem über sich selbst. Im Bürgermeister-Wahlkampf kann die Lokalredaktion eine Reihe von Fragen stellen, die den Wählern helfen können, die entscheidende Frage am Wahltag zu beantworten. Fragen und Antworten zusammen mit einem Porträt der Person auf einer gut gestalteten Seite – es dürfte kaum einen Leser geben, der das nicht liest.

So beliebt die Lektüre bei den Leserinnen und Lesern ist, umso weniger schätzen die Kandidaten die persönlichen Fragen: Als etwa die Oberhessische Presse die Kandidaten für das Bürgermeisteramt fragte: „Wen ertragen Sie nur mit Humor?“, antwortete ein Kandidat: „Die Oberhessische Presse.“ Dennoch machte er bei der Aktion mit.

Wenn einer Redaktion der Fragebogen zu steif erscheint, kann sie die Fragen auch in einem persönlichen Gespräch stellen. Der Fragebogen ist nichts

anderes als ein stilisiertes Interview in Schriftform, das fünf Vorzüge bietet:

- Eine solche Fülle persönlicher Fragen ist nur schwer zu ertragen, wenn der Politiker oder die Politikerin dabei den Journalisten in die Augen schauen muss.
- Die Beantwortung von persönlichen Fragen braucht mehr Bedenkzeit, als ein Gespräch bietet: Es geht ja nicht darum, die Kandidaten aufs Kreuz zu legen – etwa mit der Frage: „Glauben Sie an Gott?“
- Da die Fragen standardisiert und stets gleich sind, können die Leser die Antworten vergleichen.
- Die Antworten sind in der Regel kürzer und genauer als in einem mündlichen Interview – auch ohne genaue Längenvorgabe der Redaktion.
- Die Redaktion spart viel Zeit im Vergleich zu einem mündlichen Interview.

Um auf keine falsche Fährte zu lenken: Vom schriftlichen Interview ist normalerweise abzuraten. Es reizt den Gast zum Ausweichen, es provoziert hölzerne oder unverständliche Antworten, es wirkt schnell langweilig, zumal der Redakteur keine Chance zum Nachhaken hat. Eine der wenigen Ausnahmen dürfte der Fragebogen sein, weil er viele persönliche, gar intime Fragen enthält, die in einem mündlichen Gespräch vielleicht gar nicht beantwortet würden.

Ja- oder Nein-Fragen

Als Ergänzung bieten sich fünf bis zehn Fragen an, auf die die Kandidaten nur mit Ja oder Nein antworten können – also ohne Ausflüchte. Die besten Fragen sind die zu umstrittenen Themen in der Stadt, etwa:

- Wird die Stadt das Hallenbad wieder öffnen?
- Treten Sie für den Weiterbau der Autobahn ein?
- Sollen in der Altstadt noch mehr Kneipen öffnen?
- Soll das Wasserwerk privatisiert werden?

Wer mit dem Fragebogen in die Seele der Kandidaten leuchten will, muss auf jeden Fall fair bleiben. Er sollte den Politikern wenigstens eine Woche Zeit lassen zur Beantwortung. Um die Zumutung ahnen zu können, sollte der verantwortliche Redakteur einmal selbst den Fragebogen ausfüllen: Der Respekt wird wachsen vor jedem, der alle Fragen beantwortet – und dabei ehrlich bleibt.

Kontakt
Paul-Josef Raue
Chefredakteur Braunschweiger Zeitung
Telefon: 0531 3900-300
E-Mail: paul-josef.raue@bzv.de

Merkbuch der Bekenntnisse

So könnte der Fragebogen für ein „Merkbuch der Bekenntnisse“ aussehen. Er ist leicht zu kürzen oder zu ergänzen:

Lassen Sie einmal Ihre Phantasie schweifen: Wie sähe diese Stadt aus, wenn Sie alles nach Ihrem Willen gestalten könnten?

Welchen Teil dieses Traums werden Sie verwirklichen können, wenn Sie Oberbürgermeister sind?

Gibt es Prinzipien, die Sie auch gegen eine Mehrheit durchsetzen wollen?

Was machen Sie zuerst, wenn Sie als Oberbürgermeister gewählt sind?

Welches oder welche Gebäude würden Sie gerne abreißen, wenn Sie keine Rücksicht auf Gesetze, Behörden oder Interessen nehmen müssten?

Welches Stück Natur mögen Sie am meisten in dieser Stadt?

Welche neue Straße wollen Sie bauen?

Wo möchten Sie in dieser Stadt wohnen, wenn Sie freie Wahl hätten?

Wo gehen Sie in unserer Stadt am liebsten essen?

Welche politischen Fehler würden Sie gerne ungeschehen machen?

Wie viele Stunden in der Woche wollen sie als Bürgermeister arbeiten?

Wie viele Stunden in der Woche wollen Sie Ihrer Frau / Ihrem Mann einräumen?

Wen laden Sie als Erstes ein, wenn Sie Ihr Amt angetreten haben? Wie werden Sie in Ihrem Arbeitszimmer die Gäste bewirten?

Welche Fähigkeiten des alten Amtsinhabers würden Sie gerne besitzen?

Und welche lieber nicht?

Können Sie Kritik vertragen?

Was sind Ihre politischen Tugenden?

Ihre persönlichen Untugenden?

Haben Sie noch Vorlieben außerhalb der Politik? Welche?

Welche Bücher haben Sie in den vergangenen zwölf Monaten gelesen?

Welche Musik hören Sie, wenn Sie nach einem nervigen Tag Ruhe finden wollen?

Welches Geschäft vermissen Sie in dieser Stadt?

Wo kaufen Sie Ihre Anzüge und Krawatten (bzw. Ihre Kleider)?

Wo geht Ihre Frau / Ihr Mann einkaufen?

Was fehlt Ihnen zum Glück?

Wann würden Sie von sich sagen: Ich bin zufrieden?

Was kochen Sie selber gerne?

Was trinken Sie am liebsten?

Steigen Sie in die Zeitmaschine und fliegen Sie zurück: Welches Ereignis der Stadtgeschichte würden Sie gerne live miterleben?

Welches sind Ihre Vorbilder? Warum?

Was fingen Sie mit dem Leben an, wenn Sie heute 20 wären?

Haben Sie eine Vision? Welche?

Worüber können Sie lachen?

Wen ertragen Sie nur mit Humor?

Glauben Sie an Gott? Wenn ja: Warum? Wenn nein: Woran glauben Sie dann?

Haben Sie noch Freunde? Wie viele?

Was schätzen Sie an einem Freund?

Sind Sie reich?

Sind Sie auch politikverdrossen? Warum?

Wenn Sie selber eine Stadtregierung bilden dürften und müssten fünf Nicht-Politiker nehmen: Wen beriefen Sie?

Welcher Satz, den Sie einmal gelesen haben, verfolgt Sie?

Und welche Melodie?

Volksstimme — **MAGDEBURGER LOKALANZEIGER** — Mittwoch, 5. März 2008

Psychologische Analyse mit Augenzwinkern: Ein Diagnostiker zieht seine Schlüsse aus den spontanen Stadtwappen-Zeichnungen der Anwärter auf die Stadtregentschaft

Eine kleine Charakteristik der acht OB-Kandidaten

Auf Bitte der Volksstimme brachten alle acht Kandidaten zur OB-Wahl aus dem Stegreif das Stadtwappen zu Papier. Die Redaktion legte die Werke dem Psychologen Wolfgang Heckmann vor. Hier seine Erkenntnisse über die Charaktere der zeichnenden Amtsbewerber.

Von Dr. Wolfgang Heckmann



Wolfgang Heckmann nahm die Wappen-Zeichnungen der OB-Kandidaten genau unter die Lupe. Foto: V. Kühne

Einer der Gründe, weshalb ich mit großer Begeisterung seit 1992 in dieser Stadt Psychologie lehre, ist der, dass sie ständig Fragen an uns Wissenschaftler hat. Jede Woche gibt es mindestens eine Anfrage, ob ich bei der Entwicklung eines sozialen Projektes behilflich sein, ob ich nicht das Jugendtheater zum Thema Medien und Gewalt beraten, ob ich nicht die Auswertung einer Befragung vornehmen kann. Das Gemeinwesen erwartet Unterstützung von der Hochschule – das ist sensationell und beglückend.

Frau Tessnow von der „Volksstimme" schickt mir nun acht aus dem Stegreif von den OB-Kandidaten gezeichnete Stadtwappen. Sie sollen psychologisch interpretiert werden. Wer glaubt, das könne man nicht, sollte die Zeichnungen nebeneinander legen und wird sehen: Da gibt es eine enorme Variationsbreite.

Diese Unterschiede – so kann es die psychologische Forschung belegen – hängen zusammen mit den Unterschieden in den Charakteren derer, die sich in den Zeichnungen ausdrücken. Wir dokumentieren unsere Eigenheiten in unserer Schrift, unserem Mienenspiel, unserer Körpersprache, unserer Kleidung usw. – Projektion nennt man das, das Innere nach außen kehren. Die Psycho-Diagnostik beschäftigt sich mit der Auswertung derartiger Ausdrucksweisen. Stadtwappen auszuwerten ist zwar kein geläufiger Test, aber für den Diagnostiker ist es ein Glücksfall, dass unser Magdeburger Wappen eine menschliche Figur enthält. Es gibt in der Tat einen ernst zu nehmenden psychologischen Test mit Namen „Zeichne einen Menschen". Daraus lassen sich gut Schlussfolgerungen über die zeichnende Person ableiten. Für die hier abgehandelte Wappen-Interpretation wollen wir das nicht allzu ernst nehmen und uns auf die positiven Deutungen konzentrieren.

Mögliche Fragen: Wie stark identifizieren sich die Kandidaten mit unserer Stadt? Wie gut kennen sie die Stadt und ihre Geschichte? Wie wollen sie die Stadt gestalten? In welcher Rolle sehen sie sich selbst als Gestalter der Zukunft? Welches Verhältnis haben sie zur Jungfrau/Magd als Symbol der Reinheit? Welche Bedeutung messen sie dem Burg- und Festungs-Charakter zu? Wer zeichnet die weiblichste Magd? Ist es die weibliche Kandidatin? Oder ist es ein Kandidat mit stark femininen Anteilen, gar ein Kandidat als Frauen-Versteher?

Im mir vorliegenden Bild Nr. 1 sehen wir deutlich mädchenhafte Züge der Figur, aber nichts Jungfräuliches. In manchen Zeichnungen – vor allem bei Nr. 4, 5 und 7 – ist die Weiblichkeit ganz und gar verloren gegangen. Aber bei Nr. 2 sehen wir eine klare weibliche Silhouette, wenn auch nicht von der Art, die Männer träumen, dafür kompakt, stabil und robust. Sollte diese Zeichnung von der einzigen Kandidatin stammen, können wir mit einer belastbaren und selbstbewussten Politikerin rechnen.

Eine zweite Frage an alle Zeichnungen ist die tatsächliche Ähnlichkeit mit dem offiziellen Wappen, möglicherweise ein Indikator für großes Interesse an der Stadt, hohe Bildung und natürlich gestalterisches Talent?

Die von den OB-Aspiranten gestalteten Wappen sind zum größeren Teil als originelle Neu-Kreationen zu betrachten, die sich weit vom Original entfernen und nur noch gefühlte Identifikations-Symbole sind. Das Rennen in Sachen Klarheit und Wahrheit macht die Nr. 1, mit weitem Abstand in Sachen Gedächtnis und Gestaltung folgen Nr. 4, 5 und 8, der Rest ist in dieser Hinsicht indiskutabel.

Eine letzte allgemeine Frage lautet: Gibt es systematisch wiederkehrende Fehler in allen Zeichnungen? Die spitzen Dächer der Türme werden von einigen Beteiligten ignoriert, das Fallgitter haben nur zwei überhaupt in Erinnerung behalten, aber völlig frappierend ist die Tatsache, dass nur bei knapp der Hälfte aller Zeichnungen der grüne Kranz, das Symbol der Reinheit, in die rechte Hand gelegt wurde, die anderen, Nr. 2, 3, 6 und 8, ballen die linke Hand zu Kranz oder Faust, Nr. 7 verzichtet ganz auf die Unschuld oder den solidarischen Gruß.

Damit ist der Reigen der Kandidaten in einem ersten Durchgang psychologisch ausgeleuchtet; persönliche Beratungen nicht ausgeschlossen. Im Großen und Ganzen lässt sich sagen: „Machtebuerch", solange du so viele und für die charakterliche Interpretation so hochinteressante, außerdem zeichnerisch so begabte Kandidat/-innen hervorbringst, ist mir Psycho-Diagnostiker nicht bange!

(Lesen Sie unten die weitergehende Bewertung des Psychologen Heckmann zu den Wappen-Zeichnungen. Die Redaktion ordnete jeweils den Autoren zu.)

Hintergrund

- **Die Redaktion** bat alle Bewerber um das Amt des OB, aus dem Stegreif und binnen Minutenfrist das Stadtwappen (Original siehe Abb.) zu Papier zu bringen.
- **Keiner der OB-Bewerber** konnte sich auf die Aufgabe vorbereiten; sie wurde überraschend gestellt.
- **Dr. Wolfgang Heckmann,** Professor für Sozialpsychologie an der Hochschule Magdeburg/Stendal, legte die Redaktion alle Zeichnungen ausschließlich mit Nummerierung – ohne Verweis auf die Autoren – zur Bewertung vor.



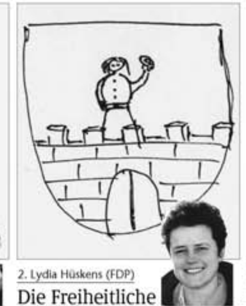
1. Oliver Schilling (future!)

Der Spaßmacher

Nr. 1 liegt klar vorn im Rennen um die realistische, handwerklich saubere Gestaltung unserer Stadt.

Allerdings wirkt die handelnde Person (der zukünftige OB?) doch auf des Daches Zinnen eher etwas verspielt, Mary Poppins mit flatterndem Rock-Fähnchen und Frühlings-Hut.

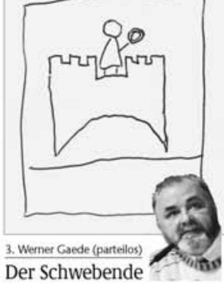
Der Spaß- und Event-Charakter des Regierens würde mit dieser Stadt-Leitung jedenfalls gewiss einen Auftrieb erhalten.



2. Lydia Hüskens (FDP)

Die Freiheitliche

Nr. 2 hat den Magd-Teil des Wappens sehr stark gemacht und den Burg-Teil nur als eine Art Sprungbrett und Grundsicherheits-Zone betrachtet.
Die Türme, damit die Wehrhaftigkeit des Gemeinwesens, interessieren hier weniger, das Fallgatter als ein- und ausgrenzendes Instrument schon gar nicht.
Unter dieser Stadt-Leitung dürften sich die Freiheitsgrade, aber auch die Unsicherheit der Lebensverhältnisse erhöhen.
Das Weibliche aber könnte schließlich alles zum Guten wenden.



3. Werner Gaede (parteilos)

Der Schwebende

Nr. 3 schwebt mit der gesamten Stadt über den Wassern (der Elbe?).
Die Burg und ihr Sicherheit verheißendes Tor kann hier nur schwimmend oder fliegend erreicht werden.
Die Jungfrau wirkt ebenfalls etwas entrückt und ihr grüner Kranz der Unschuld ist zum Rettungsring der Stadt mutiert.

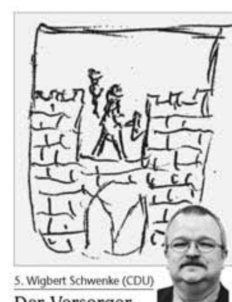
Als Nothelfer der noch nicht ganz im Gemeinwesen Angekommenen könnte dieser OB, sofern er sich auch noch erdet, schließlich doch eine gute Figur abgeben.



4. Lutz Trümper (SPD)

Der Idyllische

Nr. 4 ist die Weiblichkeit der Magd dramatisch abhanden gekommen: Sie trägt zwar einen Rock, aber neben dem Haupt- wächst ihr auch Barthaar. Sollte es sich hier um die einzige Kandidatin im Rennen handeln, würde mancher brave Bürger verschreckt. Sollte es sich um einen männlichen Kandidaten handeln, wäre bemerkenswert, dass nicht nur das Fallgatter als aggressives Element des Original-Wappens verschwunden ist, sondern auch die Sandstein-Quader der Wehr-Türme sich in Jäger-Zäune verwandelt haben und das Stadttor einladend nach innen geöffnet ist – ein starkes Bedürfnis nach Idylle. Unter diesem OB dürften die nächsten Jahre in der Stadt recht harmonisch und wenig streitbar verlaufen.



5. Wigbert Schwenke (CDU)

Der Versorger

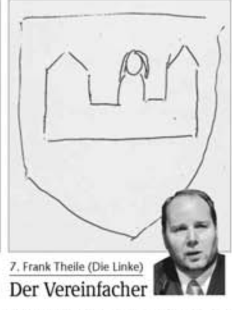
Nr. 5 hat ebenfalls der Wehrhaftigkeit der Stadt im Streit mit äußeren Gegnern, z.B. der Landes- und Bundes-Regierung, abgeschworen: Beide Verteidigungs-Elemente – Fallgitter und spitzbedachte Türme – fehlen. Andere bemerkenswerte Details: Das Tor sieht einem String-Tanga täuschend ähnlich und die Jungfrau – als einzige von allen gezeichneten Exemplaren männlich behost – hat im Jungfernkranz noch eine Art Trink-Pokal untergebracht und trägt in der linken Hand auch noch etwas wie Proviant (Fisch oder Kalbshaxe?). Mit dieser Stadt-Leitung hätten wir gewiss jemanden, der auf gute Ausstattung und den alltäglichen Bedarf der Menschen achtet.



6. André Höppner (parteilos)

Der Traumtänzer

Nr. 6 ist die Tradition wurscht.
Das Stadtwappen darf alles Mögliche sein, aber zum Identifizieren lädt es nicht ein.
Dafür tanzt die Jungfrau auf der Krake namens Stadt mit schlafwandlerischer Sicherheit.
Ihre Frisur ist extravagant, ihr Jungfernkranz halb Sichel, halb Füllhorn.
Wirkliche Sicherheit werden die meisten Bürger und Bürgerinnen in allen ihren Belangen unter diesem regierenden Traumtänzer wahrscheinlich nicht empfinden können, aber lustig könnte es werden.



7. Frank Theile (Die Linke)

Der Vereinfacher

Nr. 7 ist der große Vereinfacher: Burg und Jungfrau werden eins, Details interessieren nicht. Gleichzeitig wandelt sich das Bild der Frau – sie ist halb Schlafmütze, halb Eulenspiegel.
Was das für ein städtisches Regierungs-Oberhaupt bedeutet, ist schwer abzuschätzen.
Wahrscheinlich läuft im Falle einer Regentschaft durch diesen Kandidaten alles auf ein eindimensionales Programm hinaus.
Einfache wie schalkhafte Lösungen könnten aber durchaus dem Volke dienen oder die Augen öffnen.



8. Olaf Meister (Grüne)

Der Denker

Nr. 8 gehört zu den Zeichnern, die die Unschuld des grünen Kranzes von rechts nach links verlagert haben. Das zielt auf den solidarisch-kämpferischen Gruß ab.
Das Tor zur Burg aber ist vergittert.
Womöglich will der Zeichner damit aber darauf verweisen, dass die Krone der Magd erst gewonnen werden kann, wenn Widerstände, die in der Stadt und im Weltkreis gegen eine umfassende Solidarität der Bürger/-innen existieren, beseitigt sind.
Ein nachdenklicher OB-Kandidat, der hinter den Gittern auch Freiheit und Anmut sieht.

OB-Kandidaten

Die Redaktion der Magdeburger Volksstimme hatte bei einem gemeinsamen Termin mit allen Bewerbern um das Amt des Oberbürgermeisters eine überraschende Bitte: Die Kandidaten sollten aus dem Stegreif und binnen Minutenfrist das Stadtwappen zeichnen. Keiner der OB-Bewerber konnte sich auf die Aufgabe vorbereiten. Die Ergebnisse legte die Redaktion einem Sozialpsychologen vor. Der gab (ohne die Urheber der Zeichnungen zu kennen) seine Bewertung ab. Entstanden ist eine unterhaltsame und zugleich politisch hintergründige Sonderseite.

Kontakt

Günther Tyllack, stellvertretender Chefredakteur, Magdeburger Volksstimme
Telefon: 0391 5999-256, E-Mail: guenther.tyllack@volksstimme.de

KANDIDAT PRIVAT

Fragen an Dr. Thomas Spies (SPD)



Was bedeutet für Sie Glück?
Wenn morgens das Auto anspringt
Was macht Ihnen Angst?
Die Verharmlosung des Neofaschismus
Warum engagieren Sie sich in der Politik?
Weil ich als Kind gelernt habe, dass sich jede und jeder wenigstens eine Zeit lang für das Gemeinwesen und unser Zusammenleben engagieren soll; weil ich als Arzt oft das Gefühl hatte, nur die Symptome gesellschaftlicher Probleme zu behandeln, während Politik die Möglichkeit eröffnet, an den Ursachen zu arbeiten
Ihr Hauptcharakterzug?
Entschlossenheit und Leidenschaft
Ihr größter Fehler?
Ungeduld
Ihr Lieblingsschriftsteller?
Oscar Wilde und Kurt Tucholsky
Ihr Lieblingskomponist?
Zoltán Kodály (1882 bis 1967)
Welches Buch haben Sie zuletzt gelesen?
„Handel der Gefühle“ von Leonardo Padura; „Tim und das Geheimnis von Knolle Murphy“ von Eoin Colfer
Worüber können Sie lachen?
Bei der jetzigen Landesregierung: viel zu selten
Bei welchem TV-Programm schalten Sie ab?
Pannenshows
Wem drücken Sie beim Sport die Daumen?
Unserer Frauen-Basketball-Bundesligamannschaft Marburg Marlins
Welche historische Leistung bewundern Sie am meisten?
Den Warschauer Kniefall von Willy Brandt
Ihr Lieblingsheld in der Geschichte?
Asterix der Gallier
Wenn Ihnen die Macht dazu gegeben wäre: Welche gesellschaftliche Entwicklung würden Sie ändern?
Die Privatisierung der Uniklinik
Wie ist Ihre gegenwärtige Verfassung?
Siegesgewiss
Ihr Lebensmotto?
Lieber einen Schneidezahn riskieren als sich einen guten Witz verkneifen
Welches Ergebnis erzielt Ihre Partei am 27. Januar?
Genug zum Regieren

■ *Dr. Thomas Spies ist Direktkandidat der SPD im Wahlkreis 13, Marburg-Biedenkopf Ost*

Fragen an Frank Gotthardt (CDU)

Was bedeutet für Sie Glück?
Vor allem die Gesundheit von Familie und Freunden
Was macht Ihnen Angst?
Politischer und religiöser Extremismus
Warum engagieren Sie sich in der Politik?
Weil es mir Freude bereitet und wir Marburg-Biedenkopf sowie Hessen weiter voranbringen wollen
Ihr Hauptcharakterzug?
Hartnäckigkeit – manchmal auch mit Hang zum „Bollerkopp“
Ihr größter Fehler?
Das sollen andere beurteilen. Fest steht jedoch, meine Pünktlichkeit lässt manchmal zu wünschen übrig.
Ihr Lieblingsschriftsteller?
Antoine de Saint Exupéry
Ihr Lieblingskomponist?
Pergolesi und J. S. Bach
Welches Buch haben Sie zuletzt gelesen?
„Kulturgeschichte des Klimas“ von Wolfgang Behringer
Worüber können Sie lachen?
Über die Gewichtsangabe meiner Waage
Bei welchem TV-Programm schalten Sie ab?
Home-Dokus im Privatfernsehen
Wem drücken Sie beim Sport die Daumen?
Den Sportlern, die mit ehrlichen Mitteln um den Sieg ringen
Welche historische Leistung bewundern Sie am meisten?
Die Einführung der „Sozialen Marktwirtschaft“ und den Aufbau Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg
Ihr Lieblingsheld in der Geschichte?
Alexander von Humboldt
Wenn Ihnen die Macht dazu gegeben wäre: Welche gesellschaftliche Entwicklung würden Sie ändern?
Die Orientierungslosigkeit vieler junger Menschen und den Verlust von christlichen Werten in unserer Gesellschaft
Wie ist Ihre gegenwärtige Verfassung?
Sehr gut
Ihr Lebensmotto?
Geht nicht, gibt's nicht!
Welches Ergebnis erzielt Ihre Partei am 27. Januar?
Es wird sehr knapp, aber wir werden eine Mehrheit von CDU und FDP gegen das Linksbündnis von SPD, Grünen und Linkspartei erreichen.

■ *Frank Gotthardt ist Direktkandidat der CDU im Wahlkreis 13, Marburg-Biedenkopf Ost.*

„Fragen an Dr. Thomas Spieß“
„Fragen an Frank Gotthardt“

Mit einem vorformulierten und stets gleichen Fragenkatalog konfrontierte die Oberhessische Presse in Marburg die Direktkandidaten der Parteien vor der hessischen Landtagswahl im Januar 2008. Die Kandidaten konnten den Fragebogen in Ruhe zuhause ausfüllen. Dennoch geben die Antworten einen guten Blick auf die Person der Kandidaten.

Kontakt

Matthias Mayer, Oberhessische Presse
Telefon: 06421 409312, E-Mail: matthiasmayer@op-marburg.de



WAHL LANDTAG 2008

Die Kandidaten

In unserer Reihe Kandidaten zur Landtagswahl stellen wir Ihnen heute Angelika Jahns vor.

Angelika Jahns (CDU)

Geburtsdatum und -ort: 3. August 1955 in Wolfsburg

Ausbildung und Beruf: Ausbildung zur allgemeinen gehobenen Beamtenlaufbahn; Diplom-Verwaltungswirtin

Familie: verheiratet, 3 Kinder

Politische Ämter: Landtagsabgeordnete; Ortsbürgermeisterin Brackstedt/Velstove/Warmenau; Kreisvorsitzende der CDU Wofsburg

Ehrenämter: Bundesfrauenreferentin im Kyffhäuserbund; Landesfrauenreferentin und stellvertretende Vorsitzende im Landesverband Südhannover-Braunschweig; Vorsitzende der Kyffhäuserkameradschaft Warmenau; Sprecherin des Arbeitskreises „Unser Dorf soll schöner werden"

Welche Ereignisse haben Sie entscheidend geprägt?
Meine christliche Erziehung, die Wiedervereinigung 1989

Was ist für Sie das vollkommene Glück?
Zeit für meine Familie zu haben.

Was macht Ihnen Angst?
Die gesellschaftspolitische Entwicklung, die Respektlosigkeit untereinander und dass es trotz des 1. und 2. Weltkrieges immer noch nahezu 150 Kriege auf der Welt aus politischen, religiösen oder auch persönlichen Machtbestrebungen gibt.

Was wollten Sie immer schon mal tun, haben sich aber nie getraut?
Diese Frage kann ich nicht beantworten, weil mir kein Wunsch einfällt, bei dem ich mich irgendetwas trauen müsste. Mein Leben ist ausgefüllt.

Welchen Beruf würden Sie gerne ausprobieren?
Lehrerin

Welches Ereignis der Geschichte hätten Sie gerne miterlebt?
Die Einführung des Wahlrechts für Frauen.

Woran glauben Sie?
Ich glaube daran, dass die Menschen irgendwann begreifen, dass Lösungen von Konflikten nur gemeinsam möglich sind.

Wann haben Sie sich das letzte Mal für etwas geschämt?
Für den Beschluss im Niedersächsischen Landtag, die Zahlung des Blindengeldes aufzuheben.

Welches ist Ihr Lieblingsort in Wolfsburg?
Mein Zuhause in Warmenau

Welches ist Ihr Lieblingsgericht?
Eisbein/Kassler mit Sauerkraut

Ihr Lieblingsbuch?
Griechische Sagen

Ihre Lieblingsmusik?
Italienische Musik

Ihr Lieblingsfilm?
Dr. Schiwago

Was tun Sie in Ihrer Freizeit am liebsten?
Entspannen, Kochen, mit Freunden zusammen sein

Haben Sie Vorbilder?
Unsere Bundeskanzlerin Frau Dr. Merkel, meine Eltern

Was würden Sie gerne an sich verändern?
Ich würde gern mehr Sport treiben, dazu kann ich mich meistens nicht überwinden.

Auf welche Zeitungsschlagzeile warten Sie?
Frieden in der Welt

Wie stellen Sie sich Ihr Leben in 20 Jahren vor?
Zeit haben, die Zukunft der Kinder und Enkelkinder gesichert, den Lebensabend gesund verbringen.

Warum soll man ausgerechnet Sie wählen?
Weil ich mit beiden Beinen mitten im Leben stehe, politische, berufliche und Lebenserfahrung habe. Mich um die Menschen kümmere und auch vor Entscheidungen nicht zurückschrecke, die sich negativ auswirken könnten.

Bitte vervollständigen Sie:

Ich mag an Wolfsburg...
das viele Grün in den Ortsteilen, die umfangreichen Angebote an Bildung und Freizeit, die gesamte Entwicklung der Stadt.

Ich wünsche mir für Wolfsburg...
den Zuzug vieler junger Familien, die hier Arbeits- und Ausbildungsplätze sowie Wohnraum in angenehmer Umgebung finden.

Meine Aufgabe als Politiker ist...
mich der Sorgen der Menschen anzunehmen, positive Entscheidungen zu treffen, die der Allgemeinheit dienen, meinen Wahlkreis im Land zu vertreten.

Fragen an Angelika Jahns

Vor der Landtagswahl in Niedersachen 2008 legte die Redaktion der Braunschweiger Zeitung den Kandidaten aus der Region einen Fragebogen vor. Die Mischung aus persönlichen und politischen Fragen – für alle Kandidaten gleich – sollte die Politiker und zugleich die Menschen dahinter vorstellen. Dazu gab es jeweils ein kurzes Porträt.

Kontakt

Denise von der Ahé, Projektredakteurin Braunschweiger Zeitung
Telefon: 0531 3900-315, E-Mail: vonderahe@bzv.de

Lothar Mahrla ist stellv. Chefredakteur der Märkischen Allgemeinen in Potsdam



Kandidaten-Show statt Podiumsdiskussion

Bei der MAZ wird das Wahlforum zum bunten Abend

Wer eine Podiumsdiskussion mit Wahl-Kandidaten veranstaltet, muss sich heute einiges einfallen lassen, um das Publikum zu locken. Lothar Mahrla, stellvertretender Chefredakteur der Märkischen Allgemeinen Zeitung (MAZ) in Potsdam, ist überzeugt: „In von Fernsehen und Internet geprägten Zeiten bringen die normalen Podiumsdiskussionen ohne Unterhaltungselemente nichts mehr." Die MAZ veranstaltet deshalb seit 2004 Wahlforen mit hohem Unterhaltungswert. Inzwischen werden bei diesen bunten Polit-Abenden auch Print und Internet sehr eng verzahnt.

Die herkömmlichen Abendveranstaltungen mit Fragerunden und dem üblichen Kandidaten-Gezänk locken heute keinen Hund hinter dem Ofen hervor, so Mahrla. Deshalb hat die MAZ eine Form entwickelt, die über zwei/drei Stunden das Publikum fesseln kann. Die bisherigen Veranstaltungen dieser Art waren laut Mahrla alle sehr erfolgreich und die Resonanz sehr positiv.

Im Herbst 2007 fand in Falkensee eine Bürgermeisterwahl statt. Dieser Ort, unmittelbar am Rande Berlins, hat mehr als 40 000 Einwohner und ist vor allem von vielen Politikern und Lobbyisten geprägt, die in Berlin arbeiten. Dort veranstaltete die Märkische Allgemeine ein Bürgermeisterwahlforum.

Der Ablauf sah folgendermaßen aus:

- Begrüßung
- Video vom scheidenden Bürgermeister
- Video vom ersten Kandidaten
- Begrüßung des ersten Kandidaten mit Verlesen seiner Kurzvita
- lockeres Auftaktgespräch mit den beiden Moderatoren: Fragen wie: Lieblingsort in der Kommune, schönstes Erlebnis, welchem Mitkonkurrenten sie den Sieg gönnen und eine Scherzfrage
- Kandidat schätzt an einer großen Tafel sein Wahlergebnis.

Dieses Prozedere läuft nachfolgend bei allen Kandidatinnen und Kandidaten ab. In der zweiten Runde stellen die Moderatoren jedem Kandidaten zwei Fragen zu politischen Themenfeldern, in denen er sich besonders profiliert hat. Danach erhalten alle Kandidaten die Gelegenheit, eine einminütige Wahlrede zu halten, warum er oder sie der Beste ist. Nach 60 Sekunden wird rigoros unterbrochen.

Saalwahl in der Pause

Dieser erste Teil füllt etwa eine Stunde. In der anschließenden Pause sind die Besucher zu einer Saalwahl aufgerufen. Unabhängig davon ist über den ganzen Tag der TED geschaltet, über den die Leser für ihren Kandidaten votieren können. In der Pause gibt es ebenso wie vor und nach der Veranstaltung Live-Musik.

Der zweite Teil des Abends wird eröffnet mit einem Wissenstest. Dabei werden acht bis zehn Schätzfragen gestellt, für die man eigentlich nur eine ungefähre Antwort wissen muss: Wie viele Hartz-IV-Empfänger gibt es in der Stadt? Wie viele Mitglieder hat der größte Sportklub? Auf welchem aktuellen Tabellenrang liegt der wichtigste Fußballverein? Danach ist Zeit für Fragen aus dem Publikum.

Bei Bedarf gibt es eine Schlussrunde, wo jeder der Kandidaten (nur) einem Mitkonkurrenten eine Frage

stellen kann. Am Ende steht die Auswertung von TED, Saalwahl und Selbsteinschätzung.

Videos von den Kandidaten

Die Veranstaltung wird ausführlich in der Zeitung behandelt. Außerdem konnte man quasi die Veranstaltung im Internet verfolgen, ebenso wie den ganzen Wahlkampf. So waren die filmischen Kurzporträts der einzelnen Kandidaten bereits Tage vor dem Wahlforum unter *www.maerkischeallgemeine.de* im Internet zu sehen. Die Videos wurden zusätzlich im Rahmen der abendlichen Veranstaltung vorgeführt. Gleichzeitig wurde das Wahlforum mit einer Videokamera gefilmt und daraus eine gekürzte Fassung produziert. Interessierte konnten die Dokumentation als DVD bei der MAZ bestellen. „Die ganze Dokumentation und die Videos haben aus meiner Sicht eine sehr gute Qualität“, so Mahrla. Das hängt damit zusammen, dass der MAZ-Redakteur Ulrich Crüwell an der Hochschule für Film und Fernsehen studiert hat, bevor er ein Volontariat bei der Märkischen Allgemeinen absolvierte. Crüwell hat den Wahlkampf mit der Kamera verfolgt.

Für Wahlveranstaltungen mit lediglich zwei Kandidaten gibt es eine spezielle Form, bei der zu den geschilderten Elementen noch der „heiße Stuhl“ kommt. Dabei werden die Kandidaten einzeln von den Moderatoren zu politischen Themen attackiert. Ein weiteres Element ist die „allgemeine Lobhudelei“. Hier wird ein Parteifreund oder naher Familienangehöriger gebeten, den Kandidaten eine Minute lang ausführlich zu loben.

Planung und Aufwand

Die Terminplanung für die Veranstaltung Ende September begann im Mai. Der organisatorische Aufwand für Auswahl des Saales, für Catering, Band, die Beschaffung von Beamer, Mikros u. Ä. betrug laut Mahrla in der Summe etwa zwei Tage. Die Marketingassistentin der Redaktion hat dabei geholfen. Die Veranstaltung wurde in der MAZ sowie im Anzeigenblatt mit Anzeigen beworben. Die inhaltliche Vorbereitung begann vier Wochen vor dem Forum. Die Hauptlast trug der Redaktions leiter, die Redakteure arbeiteten zu. Insgesamt, so Mahrla, dauerte diese Vorbereitung etwa sechs Tage. Am Ende musste Mahrla, der den Abend moderierte, die Fragen prüfen und den Ablauf abstimmen.

Für die Videos vereinbarten zwei Mitarbeiter mehrere Wochen vor dem Wahlforum Termine mit den einzelnen Kandidaten. Es folgte je ein Drehtag pro Kandidat. Ein weiterer Tag pro Kandidat wurde für den Schnitt benötigt.

Am Abend des Forums war die gesamte Redaktion anwesend (sieben Redakteure). Sie kümmerte sich um die Kandidaten einschließlich der Politprominenz, wertete die Schätzrunden und den TED aus und sorgte natürlich für die Berichterstattung.

Auch die beiden Mitarbeiter des Video-Teams waren beim Wahlforum voll engagiert. Zwei weitere Tage brauchten sie für die Post-Produktion. Die abschließende Produktion einer DVD mit allen Porträts und einer Zusammenfassung des Wahlforums nahmen ca. acht Arbeitstage in Anspruch. Die DVDs wurden anschließend auf Anfrage gebrannt und verschickt.

Kontakt
Lothar Mahrla
stellv. Chefredakteur
Märkische Allgemeine in Potsdam
Telefon: 0331 2840-202
E-Mail: chefredaktion@MAZonline.de

Die Falkenseer haben die Wahl

Heute Kandidatenforum der MAZ und telefonische Abstimmung der Leser

FALKENSEE ■ Heute ist ein besonderer Tag. Leser der Märkischen Allgemeinen Zeitung haben zweifache Gelegenheit, sich fünf Tage vor dem Bürgermeisterwahl-Termin auf einen Kandidaten festzulegen. Erstens: Bei der MAZ kann von 8 bis 19 Uhr telefonisch abgestimmt werden über die Frage: Wer soll Bürgermeister in Falkensee werden? Jeder der fünf Kandidaten hat eine Endziffer, die an eine Telefonnummer angehängt werden muss (siehe Grafik). Die Zahl der Anrufe für Daniela Zießnitz (CDU), Heiko Müller (SPD), Dietmar Strehl (Bündnis 90 / Die Grünen), Torsten Bathmann (FDP) und Mike Krüger (Einzelbewerber) werden registriert. Das Ergebnis ist heute Abend beim Kandidatenforum der MAZ zu erfahren.

MAZ-TED ZUR BÜRGERMEISTERWAHL

Wer soll Bürgermeister in Falkensee werden?

Rufen Sie an am Dienstag, dem 25. September, zwischen 8 und 19 Uhr

Telefon 0137 100 333 + Endziffer:



Daniela Zießnitz
CDU



Heiko Müller
SPD



Dietmar Strehl
Bündnis 90/Die Grünen



Torsten Bathmann
FDP



Mike Krüger
Einzelbewerber

Ein Anruf kostet 0,12 Euro

FOTOS: K. RADON, GRAFIK: MAZ/D. SCHEERBARTH

Bei dieser Veranstaltung, die um 19 Uhr im Kultur- und Seminarraum des Arbeiter-Samariter-Bunds (ASB) an der Ruppiner Straße 15 beginnt, können sich die Leser ein zweites Mal entscheiden: Jeder der Besucher darf in der Pause sein Kreuz für einen Kandidaten auf einem vorbereiteten Stimmzettel machen. Auch der Ausgang dieser Saalwahl wird noch heute Abend öffentlich gemacht.

Die Falkenseer Bürgermeister-Kandidaten haben beim MAZ-Forum die Gelegenheit, sich ausführlich ihren Wählern vorzustellen. Ebenso ausführlich werden sie aber auch befragt – vom Publikum im Saal sowie von den beiden Moderatoren Lothar Mahrla, stellvertretender Chefredakteur, und Stefan Kuschel, Leiter der Lokalredaktion Falkensee/Nauen. Geplant sind zudem Überraschungen, die den Lesern die Urteilsfindung auf kurzweilige Art erleichtern sollen. Erscheinen lohnt sich also. Bereits ab 18.30 Uhr stimmen Hartmut-Vogt und seine Kollegen musikalisch auf den Abend ein. Mitarbeiter des ASB bieten einen Imbiss und Getränke zu günstigen Preisen an – gegen 20.30 Uhr wird es eine Pause geben, das Ende ist für 22 Uhr geplant. Parkplätze gibt es auf dem ASB-Gelände (Zufahrt über Bergstraße) oder auf dem Gelände des Gesundheitszentrums Fehrbelliner Straße. *kusch*

▶ *www.maerkischeallgemeine.de. Was ist das drängendste Problem?*

Ankündigung des Wahlforums

In mehreren Ankündigungen wies die Märkische Allgemeine Zeitung auf das von ihr veranstaltete Wahlforum hin. Die Bürger konnten am Veranstaltungstag auch telefonisch ihre Stimme für einen der fünf Kandidaten abgeben.



Auf dem Podium (v.r.): Lothar Mahrla, stellvertretender MAZ-Chefredakteur, Torsten Bathmann (FDP), Daniela Zießnitz (CDU), Heiko Müller (SPD), Dietmar Strehl (Bündnis 90/Die Grünen), Mike Krüger (parteilos) sowie Redaktionsleiter Stefan Kuschel. FOTOS: KONRAD RADON

Die TED-Wahl ging an die SPD

Großer Andrang beim MAZ-Forum vor der Falkenseer Bürgermeisterwahl

HILTRUD MÜLLER

FALKENSEE ■ An die 400 Gäste waren der Einladung zum MAZ-Wahlforum am Dienstagabend ins ASB-Kulturhaus in Falkensee gefolgt, das diesem Ansturm kaum gewachsen war. Viele mussten sich mit Stehplätzen begnügen, wurden aber offensichtlich dennoch nicht enttäuscht. Die fünf Kandidaten, die sich bei der Wahl am kommenden Sonntag um das Amt des Bürgermeisters in Falkensee bewerben, stellten sich sowohl den Fragen des Publikums als auch denen der MAZ-Moderatoren. Als solche fungierten Lothar Mahrla, stellvertretender Chefredakteur, sowie Stefan Kuschel, der Leiter der Lokalredaktion „Der Havelländer" Falkensee/Nauen.

So ganz bierernst ging es bei dieser Live-Show nicht immer zu, wofür auch die hausgemachten Filmporträts (Autor: MAZ-Mitarbeiter Ulrich Crüwell) sorgten, die diesem Abend vorangestellt waren und die manchen Lacher im Saal provozierten. Mit Spannung erwartet wurden die Ergebnisse der TED-Umfrage, an der sich an diesem Tag 519 Anrufer beteiligt hatten. Diesen Testlauf entschied mit überragenden 47,6 Prozent der SPD-Kandidat Heiko Müller für sich. Doch zur absoluten Mehrheit reichte es eben nicht, folglich wäre im „Ernstfall" eine Stichwahl fällig – und zwar zwischen Müller und dem Einzelbewerber Mike Krüger, der 16,2 Prozent einfuhr und damit Torsten Bathmann (FDP) mit 15,6 Prozent, Dietmar Strehl (Bündnis 90/Die Grünen) mit 12,1 Prozent und Daniela Zießnitz (CDU) mit 8,5 Prozent auf die Plätze verwies.

Auch das Publikum im Saal durfte schon mal probewählen, und die Kandidaten sollten zuvor schätzen, wie gut sie dabei wegkämen. Der Realist unter den Bewerbern war Dietmar Strehl, der Bescheidenste Heiko Müller, der auch hier die Nase vorn hatte. → **14**

TED-Wahl zum Forum

Die Bürger im brandenburgischen Falkensee hatten schon vor der Bürgermeisterwahl die Wahl. 400 Gäste beim Wahlforum der Märkischen Allgemeinen und mehr als 500 am Telefon gaben ihre Stimme ab. Der von ihnen favorisierte Kandidat der SPD gewann übrigens vier Tage später die Wahl.

14 DER HAVELLÄNDER — Märkische Allgemeine • Donnerstag, 27. September 2007

Berichte vom MAZ-Kandidatenforum zur Falkenseer Bürgermeisterwahl:

Quizrunde: die große Flutung

In Heimatkunde haben die Bewerber für das Bürgermeisteramt einige Wissenslücken zu schließen. Im Quiz nach der Größe des Falkenhagener Sees gefragt, schoss Torsten Bathmann den Vogel ab. Mit seinen geschätzten vier Millionen Quadratmetern flutete er ganz Falkensee. Tatsächlich ist der See nur 400 000 Quadratmeter groß.

Falscher Tipp

Zufällig belauscht: „Habe ich dir doch gesagt, dass du 52 Prozent tippen sollst, hast ja wieder nicht auf mich gehört." Wer sagte das zu wem? Bürgermeister Jürgen Bigalke (SPD) zu SPD-Bewerber Heiko Müller. Der hatte bei der Saalwahl 42 Prozent getippt – und erzielte tatsächlich 52,6 Prozent! So kann's gehen.

Ahnungslose Musikusse

Wenn Musiker sich nicht für ihre Noten, sondern auch für Sport interessieren würden, dann hätten die beiden Mitstreiter des Hartmut-Vogt-Duos gewusst, dass Dienstag im Olympiastadion die Hertha- auf die Hansakicker treffen. So aber gerieten sie ahnungslos in eine blauweiß verstopfte Heerstraße und kamen zu spät zum MAZ-Forum. Die Begrüßungsmusik wurde zum swingenden Pausenfüller, für



Statt Vorspiel Zwischenspiel: das Hartmut-Vogt-Ensemble.

den jedoch ernteten Hartmut Vogt, Sebastian Liedke und Samuel Junus viel Lob.

Überraschung kommt noch

Der Einzige im Saal, der mit den Kandidaten wirklich mitfühlen konnte, war Jürgen Hemberger. Der Dallgower musste sich vor zwei Jahren auf dem MAZ-Forum einer Saalwahl stellen. „Es ist noch nichts verloren. Auch in Dallgow gab's damals bei der richtigen Wahl eine große Überraschung", so Hemberger, der heute Bürgermeister ist.

Klare Ansagen, vage Schätzungen, gute Laune

Politischer Disput im ASB-Kulturhaus Falkensee: Wer ist der geeignetste Repräsentant für diese Stadt?

HILTRUD MÜLLER

FALKENSEE ■ Es gab einige klare Ansagen bei diesem Wahlforum der MAZ. Die Nordumfahrung würde sowohl mit einem CDU- als auch mit einem SPD-Bürgermeister kommen. Mit dem grünen würde es schwierig. Mit dem könnten die Falkenseer aber auf bessere Busverbindungen hoffen. Doch wieviel kann ein Bürgermeister überhaupt beeinflussen, wo doch die Entscheidungen von den Mehrheitsverhältnissen in der Stadtverordnetenversammlung abhängig sind und das letzte Wort über den Bau der Umgehungsstraße durch die Landespolitik gesprochen wird?

Ähnlich verhält es sich beim Dauerbrenner-Thema „Regional- oder S-Bahn?". Der in der Landespolitik erfahrene SPD-Mann Heiko Müller steht dafür, sich alle Optionen offen zu halten – wer weiß schon, wann Berlin die Brandenburger mit dem Regionalverkehr im Regen stehen lässt. Dann wäre man heilfroh, wenn es wenigstens die S-Bahn gibt...

Es waren die populären und die weniger populären Fragen, mit denen die MAZ-Moderatoren den fünf Kandidaten auf den Zahn fühlten und die mitunter recht schlagfertig parierten. „Welchem Ihrer Konkurrenten würden Sie den Wahlsieg am ehesten gönnen?" Torsten Bathmann (FDP) zögerte keinen Wimpernschlag lang: dem besten! Na, wenn das keinen Beifall wert war. Allerdings musste sich Bathmann in der Quizrunde mit dem letzten Platz begnügen. Auf die Frage, wieviele Hartz-IV-Bedarfsgemeinschaften in seiner Stadt registriert sind, lag er mit geschätzten 800 meilenweit daneben. Es sind exakt 1465. Aber geschenkt – Bathmann vertritt schließlich die Partei der Besserverdienenden.

Verwunderlich, dass der Ur-Falkenseer Mike Krüger (parteilos) keinen Schimmer hatte, wie hoch der höchste Berg seiner Stadt ist (es ist der Scheinwerferberg mit 50 Metern). Aber auch das ist durchaus verzeihlich, schließlich will der Mann ins Rathaus und nicht ins Tourismusbüro einziehen. Bei diesem unterhaltsamen Quiz in Sachen Heimatkunde bewies Heiko Müller, dass er sich am intensivsten mit dieser Stadt und ihren Obliegenheiten beschäftigt hatte.

Bekamen einerseits die fünf Bewerber Gelegenheit, Ortskenntnis und politische Positionen zu beweisen, konnten sich andererseits die Wähler ein Bild davon machen, wem sie das Amt am ehesten zutrauen. Als am Ende jeder der fünf eine einminütige Wahlrede halten sollte und Daniela Zießnitz verkündete, die Zeit sei reif für weibliche Politik in Falkensee, blieb der Beifall verhalten. Zumindest im Saal schien die Geschlechterfrage nicht die entscheidende zu sein.

Heiko Müller: Na, sollte der Sieg schon in Sichtweite sein?

Am Ende der zweieinhalbstündigen Veranstaltung verließ das Publikum in guter Stimmung den Saal. Von Politikverdrossenheit war an diesem Abend wenig zu spüren. Die Hauptakteure hatten sich wacker geschlagen. Dietmar Strehl zog nach Hause zu seiner Dorothea und einem Gläschen Biowein. Daniela Zießnitz wollte nur noch abruhen, schließlich musste sie früh um sechs wieder am Bahnhof stehen. Drei Tage noch, dann sind die Würfel gefallen.



Eine Minute hatte jeder Kandidat für seine Wahlkampfrede. Der Japanisch sprechende Bewerber Torsten Bathmann (FDP) empfahl sich als „international erfahrener Kandidat" und wusste das Publikum im überfüllten ASB-Saal gut zu unterhalten. FOTOS: KONRAD RADON

Wer soll Bürgermeister in Falkensee werden?

Ergebnisse des MAZ-TED und der Saalumfrage während des Bürgermeisterforums

Die Kandidaten	Daniela Zießnitz CDU	Heiko Müller SPD	Dietmar Strehl Bündnis 90/Die Grünen	Torsten Bathmann FDP	Mike Krüger Einzelbewerber
MAZ-TED:	8,5%	47,6%	12,1%	15,6%	16,2%
Saalumfrage:	11,8%	52,6%	16,9%	7,4%	11,4%
Selbsteinschätzung:	36 +%	42,0%	14,0%	27,0%	26,0%

FOTOS: KONRAD RADON, GRAFIK: MAZ/DETLEV SCHEERBARTH

Kandidaten im Kreuzverhör

Auch dem kritischen Publikum musste sich das Quintett am Abend stellen

ULRIKE KIEFERT

Nach einer kurzweiligen ersten Halbzeit und der Saalwahl in der Pause standen die fünf Bürgermeisterkandidaten am Dienstagabend auch im Kreuzverhör des Publikums. 19 Fragen und fast ebenso viele ernste Themen, an denen sie sich messen lassen mussten.

Joachim Krause beschäftigte vor allem eines: der Fiskus der Stadt. „Dass Sie mit den Schulen und Sportstätten ambitionierte Ziele haben, konnten wir hören. Aber wie soll das alles finanziert werden?", wollte der Falkenseer von Heiko Müller wissen. Der SPD-Kandidat ließ sich nicht beirren und wiederholte öffentlich längst Gesagtes: Dass es natürlich ein Kraftakt werde. Jedoch: „Was in diesem Jahr beschlossen wurde, ist auch finanzierbar", betonte Müller. Joachim Krause gab sich nicht zufrieden und Müller musste konkreter werden. Nein, Personal werde nicht abgebaut und auch keine Steuern erhöht. Die 23 Millionen Euro für die Schulen seien im Rahmen der aktuellen Haushaltsplanung ebenso realisierbar wie die 25 Millionen Euro für die Sportstätten.

Auch die umstrittene Nordumfahrung wurde angesprochen. Von einem „Eingriff in die Natur", „fehlenden Alternativen" und von „einem unsinnigen Projekt, weil es den Stau in der Gartenstadt nicht verringere" war von einer kritischen Beatrix Vender zu hören. Warum also werde die Trasse gebaut? Auch diese Frage ging an Heiko Müller, der den Bau der Nordumfahrung trotz unstrittiger Bedenken für eine „richtige Entscheidung" hielt. Dietmar Strehl stellte seine grüne Alternative dagegen: „Die Nordumfahrung wird nicht gebaut." Während das Mikrofon bereits zum nächsten Frager wechselte, entspann sich rechts und links neben dem Stuhl der Falkenseerin ein kurzer Disput. „Ist doch alles halb so schlimm", war unter anderem zu vernehmen.

Als nächster erhoffte sich Siegfried Rogalski Antworten aus der Runde des Kandidatenquintetts. Diesmal war Daniela Zießnitz gefragt: Wird es mit der CDU einen Hundeauslaufplatz und ein Hallenbad in Falkensee geben? Zießnitz nickte. „Die Idee für einen Hundeauslaufplatz finde ich gut." Nur sollte überlegt werden, welche Flächen dafür infrage kämen. Beim Stichwort Hallenbad verwies die Diplomverwaltungswirtin auf private Investoren, „die wir ins Boot holen müssen." Unbefriedigend für das Publikum blieb indes ihre Antwort auf die Frage von Markus Müller, was sie denn tun werde, um mehr Hortplätze zu schaffen. „Da müssen wir erst gucken, wo Bedarf ist", so Zießnitz. Minuten später räumte sie ein, dass noch vor der Sommerpause 128 Hortplätze gefehlt hatten. Es müssten also mehr geschaffen werden. Wie, das ließ sie allerdings offen.



Umstrittene Nordumfahrung: Beatrix Vender sorgte sich um den Falkenhagener See.

Als „grausam" wertete Mario Thürling in der ersten Reihe die Situation in der offenen Jugendarbeit, insbesondere in den Treffs „Die Brücke" und der „Baracke". „Da wird es einen parteiübergreifenden Konsens geben", stellte Mike Krüger (parteilos) in Aussicht. Ein anderer fragte, warum man nicht mehr freie Träger bei der Schaffung von weiteren Schulplätzen einbinde. „Es gibt eine Elterninitiative, die sich für ein evangelisches Gymnasium stark macht", informierte Torsten Bathmann (FDP). Er bewertete diesen Weg „durchaus positiv".

„All you need is love" und nicht der Wahlsieg

Gefilmt: Die Bürgermeisterkandidaten rein menschlich gesehen / Wahlwerbung mit Augenzwinkern

Vielleicht, mutmaßt Bürgermeister Jürgen Bigalke (64), ist es ja die Provinzialität, die den Bonnern entgegenkommt. Warum sonst sollten sie sich für Falkensee entschieden haben? Die Kamera zeigt den Amtsinhaber in seinem Reich, das er noch zu DDR-Zeiten bezogen hat nun nach mehr als 17 Jahren verlassen wird. Sie wandert über das Interieur, („vom Herlitzkonzern, gebraucht gekauft!"), hin zu einem gut aufgeräumten Schreibtisch, so aufgeräumt wie der Hauptdarsteller, dem man die Genugtuung ansieht, die er über das Geleistete empfindet: vier Kitas, drei neue Grundschulen samt Turnhallen, hunderte Wohnungen gebaut, neue Straßen, die ganze Kanalisation... Okay, das Resümee kann sich sehen lassen. Und in den nächsten fünf Jahren werden weitere 45 Millionen Euro in Schulen und Sportstätten gesteckt, „das habe ich durch Beschlussfassung festmachen lassen", sagt der Regent in die Kamera, die ihn ein wenig unsicher macht. Das Selbstdarstellen ist seine Sache nicht, doch der Stolz auf das Erledigte kommt gut rüber.

Die Filmporträts über die handelnden Personen dieses Abends sind das „Warm-up" des Wahlforums im ASB-Kultursaal, garniert mit einigen Fragen zur Person, die die Moderatoren stellen. Wie sind sie denn so, die Kandidaten, also rein menschlich gesehen?

Heiko Müller (SPD), ein Urfalkenseer, der als Kind die Mauer gehasst hat, weil sie ihn von seiner Oma in Spandau trennte, war von klein auf ein Bootsfan, weshalb er später auch Schiffsbauingenieur wurde. Außer seiner Petra liebte er auch die Gitarre. Erst waren es Kirchen, in denen er auftrat, später wechselte er ins weltliche Fach: „All you need is love" röhrt die „Miller-One-Man-Band" locker in die Kamera.

Als Freund des Wassersports outet sich auch der Rheinländer mit Bonner Vergangenheit Dietmar Strehl (Bündnis 90/Die Grünen), den man im Video beim Bootfalten und Paddeln beobachten kann. In einem Boot mit Dorothea Staiger, seiner Lebensgefährtin. Der Tag, an dem er ihr zum ersten Mal begegnete, war bisher der schönste seines Lebens. Seine größte Umweltsünde? „Ein Flug nach La Palma, zum Wandern." Es hätte schlimmer kommen können.



Lieferte von jedem der fünf Kandidaten und Bürgermeister Jürgen Bigalke einen „Wahlwerbefilm": MAZ-Mitarbeiter Ulrich Crüwell.

Die Berlinerin Daniela Zießnitz (CDU) liebt Bücher und Blumen, Flohmärkte und das Fotografieren. Das Laute, Vordergründige liegt ihr nicht. So gesehen fragt man sich: Warum will sie auf den Bürgermeisterstuhl? Als Amtsrätin in der Berliner Senatsverwaltung für Finanzen kennt sie sich im Tarif- und Besoldungsrecht aus. Diese Flanke wäre also abgedeckt...

„Wenn ich Bürgermeister in Falkensee bin, gibt es jeden Freitag in der Rathauskantine Sushi. Auf Japanisch bitte!", forderte der Moderator im Saal Torsten Bathmann (FDP) auf. Der musste einen Augenblick überlegen, aber dann kam's, und es klang sehr japanisch. Kein Wunder, denn dieser Kandidat hat unter anderem Japanologie studiert. Im Film posiert er vor der Kuppel des Bundestages und im Abgeordnetenhaus, seinem Arbeitsplatz. Auch auf der Judomatte, wo der in Bayern aufgewachsene Bathmann eine Art Lebensschule erfuhr: „Man kann auch gewinnen, indem man nachgibt." Schaun wir mal.

Als „schmerzhaft ehrlich" bezeichnet sich Mike Krüger, der Einzelbewerber, ein „Mann von hier". Reicht das, um Bürgermeister zu werden? Er stehe auch gern im Rampenlicht, bekennt er vor der Kamera. Seit er mit der Amateurrockband auf der Bühne stand, weiß er's genau: „Ich bin 'ne Rampensau." Zum Beweis legt er ein musikalisches Solo hin. Dann sieht man Krüger in seiner Holzwerkstatt und mit seiner schönen Tochter beim Plakatekleben. Wenigstens das steht fest: Bei der Plakatidee ließ Mike Krüger seine Mitbewerber weit hinter sich. *hm*

▶ *Mehr unter www.maerkischeallgemeine.de//video. Eine CD mit den Filmen und einem Report über den Wahltag (10 Euro) kann bestellt werden bei ulrich.cruewell@havelcomonline.de.*

Berichterstattung über das Wahlforum

Podiumsdiskussionen ohne Unterhaltungswert bringen heutzutage nichts mehr, meint Lothar Mahrla, stellvertretender Chefredakteur der Märkischen Allgemeinen. Deshalb servierte die MAZ vor der Bürgermeisterwahl in Falkensee auf ihrem Wahlforum einen bunten Abend mit Politik und Show-Elementen. Die Veranstaltung bot reichlich Stoff zur – multimedialen – Berichterstattung.

LANDTAGS- UND BUNDESTAGS-WAHL



Kapitel 3: Landtags- und Bundestagswahl

Kapitel 3

Gute Vorbereitung und pfiffige Ideen

So bleibt die Lokalredaktion bei Bundestagswahlen Chef im Ring

Bundes- und Landtage sind für Lokalredaktionen zumeist weit weg. Entsprechend sind auch die Wahlen für diese Parlamente in der Region selten ein Aufreger. Zu Unrecht. Denn Bundes- und Landespolitik sind im kleinsten Dorf und im Geldbeutel jedes Bürgers zu spüren. Dies herauszuarbeiten gehört zu den Kernaufgaben jeder Lokalredaktion. Mit guter Vorbereitung und pfiffigen Ideen lässt sich jeder noch so müde Wahlkampf interessant gestalten. Wie die Redaktion Chef im Ring bleibt, wie sie Themen setzt und die Leser anstatt der Abgeordneten im Blick behält, erklärt dieser Beitrag. Er geht auf Kurt Neuffer zurück, Redakteur beim Haller Tagblatt, der 2004 – leider viel zu früh – verstorben ist.

Gute Planung kann nie früh genug beginnen und sie muss immer beim Grundsätzlichen starten: Wie wichtig ist mir, ist uns die nächste Bundestagswahl? Welchen Raum können wir der Bundestagswahl in der Zeitung einräumen? Wo können wir in der heißen Phase des Wahlkampfs an anderer Stelle kürzertreten, ohne die Leser zu sehr mit Politik zu überfrachten? Auf welche finanziellen Mittel können wir zurückgreifen; gibt es gar – in Kombination mit der Marketing-Abteilung – einen Extra-Etat für Aktionen und eigene Wahlveranstaltungen? Wobei in den meisten Fällen hier wie im Folgenden anstatt Bundes- auch Landtagswahl stehen könnte.

Die Antworten fallen in jeder Lokalredaktion anders aus, je nach Größe der Redaktion, nach örtlicher Situation zwischen Monopol und Konkurrenz, je nach Bedeutung auch des jeweiligen Wahlkreises und der jeweiligen Region für die Parteien. In manchen scheinbar abgelegenen Klein- und Mittelstädten gibt sich im Wahlkampf die Polit-Prominenz die Klinke in die Hand – der Wahlkreis ist hart umkämpft, es winkt der mögliche Gewinn eines neuen oder die Sicherung eines bestehenden Mandats, was den hohen Einsatz rechtfertigt. In anderen, vermeintlich „sicheren“ Wahlkreisen muss der örtliche Abgeordnete froh sein, wenn er im Wahlkampf einen Minister oder Ministerpräsidenten als Gast bekommt. Wichtig für die Redaktion ist es, diese Mechanismen zu erkennen und sie auch zu benennen.

Bundestagswahl ist inzwischen weit mehr als die Auftritte der Kandidaten in der Region. Bundestagswahl ist ein komplexes System, verbunden mit einem enormen finanziellen Aufwand der Parteien, geprägt von thematischen Vorgaben, hinterlegt mit abrufbereiten Stellungnahmen zu jeglichen Stichworten. Bundestagswahl ist eine bis ins Letzte durchgeplante Kampagne, in der nichts dem Zufall überlassen wird, ein ausgebufftes Spiel mit den Medien, die doch so funktionieren mögen, wie es die PR-Strategen wünschen. In dieser Politshow bleiben Inhalte allzu oft auf der Strecke.

Gelassenheit tut gut

Andersherum wird ein Schuh draus: Schlagen wir den Lesern, die als Wähler über die nächste Besetzung des Bundestags entscheiden, eine Schneise ins Dickicht des Informationsdschungels. Denken wir auch an jene, die oft außen vor bleiben: Nichtwähler und Erstwähler. Bieten wir zur Pflicht auch etwas Kür. Lassen wir nicht die Hektik, sondern die Gelassenheit die Oberhand gewinnen – das wird uns allen gut tun.

Natürlich kommt, wer über Wahlen berichtet, am Pflichtstoff nicht vorbei: Vorstellung der Kandidaten, Terminkalender, Besuch von Wahlveranstaltungen, Vermittlung von Basiswissen, Erklärung des Wahlmodus und zuletzt der aktuelle Ergebnis-

dienst in der Wahlnacht. Doch auch solche Regularien lassen sich mit etwas Fantasie aufpeppen. Allein für die Präsentation der Kandidaten bietet sich eine Fülle von Möglichkeiten: In Homestorys lassen sich die Menschen hinter der Politik entdecken, in standardisierten Kurz-Interviews können politische Frusterlebnisse und Misserfolge ebenso abgefragt werden wie die Ziele für die nächsten Jahre, Podcasts und Videos bieten sich für eine crossmediale Verwertung an. Immer mit dem Ziel, von den vorgestanzten Polit-Phrasen wegzukommen. Dies erreicht man stets mit zwei Mitteln: ungewöhnliche Fragen stellen und die Kandidaten zur Kürze zwingen. Dies ist schon allein durch das Format möglich. Zum Beispiel: Antworten Sie in 10 Zeilen, 30 Sekunden, in einem Wort, vervollständigen Sie folgenden Satz usw.

Redaktion bleibt Wortführer

Wer Schwerpunkte und Ziele herausfischt, hat zudem Material für kontroverse Diskussionen mit lokalem Bezug. Das ist nicht nur lesenswert, sondern bietet auch einen guten Grundstock für eine Podiumsdiskussion. In solche Veranstaltungen können auch Ergebnisse redaktioneller Umfragen einfließen, etwa unter Jugendlichen, im Kindergarten, im Seniorenheim, in der Wärmestube, am Bahnhof oder auch am vielbeschworenen Stammtisch. Den Ideen sind hier keine Grenzen gesetzt. Nur eines muss klar sein: Die Redaktion lässt sich das Heft nicht aus der Hand nehmen. Sie entscheidet, was wann und wie ins Blatt kommt. Und sie tut sich leichter damit, wenn sie früh genug plant und ihre Vorgaben den örtlichen Wahlstrategen und Kandidaten frühzeitig erläutert. Dabei muss klar sein: Der Redaktion steht es stets frei, auf aktuelle Ereignisse oder Debatten zu reagieren. Sie gibt auch in der heißen Phase des Wahlkampfs die Meinungsführerschaft nicht aus der Hand.

So klar, wie die Kandidaten von der Redaktion erfahren, was Sache ist, so deutlich müssen auch die Leser wissen, was sie von ihrer Zeitung erwarten können und was nicht. Deshalb empfiehlt sich spätestens zum Start der heißen Phase des Wahlkampfs eine Erklärung der Redaktion im Blatt. Für die Leser ist es gut zu wissen, dass sich die Redaktion auch in Wahlzeiten nicht ans Gängelband der Parteien oder Honoratioren nehmen lässt, sondern souverän agiert und journalistisch handelt. Eine solche Notiz bietet sich zum Beispiel zu Beginn eines täglichen Countdowns sieben Wochen vor dem Wahltag an: „Noch 50 Tage bis zur Wahl“ erscheint an einem Samstag und wird deshalb in der Regel aufmerksam gelesen. Eine solche Rubrik – selbstverständlich mit dem obligaten Wahl-Logo – eignet sich auch gut dafür, Randnotizen unterzubringen, die sonst im Wahltrubel untergehen würden. Schließlich ist auch Wahlkampf nicht immer eine todernste Sache. Da bleibt Platz für Humor, Ironie, Augenzwinkern.

Die lokale Nähe und die menschliche Note sind zwei Schwerpunkte, die auch bei bundesweiten Wahlen nicht aus dem Blick geraten dürfen. Die Themen herunterzoomen aufs Lokale, die Auswirkungen der „großen“ Politik in der Region zeigen und umgekehrt nachhaken, wie sich lokale Interessen in der Bundespolitik wiederfinden. Dazu den Politikern, die auf jede Frage eine Antwort haben, den Nimbus des Allwissenden nehmen. Kennt sich die Parteiprominenz in örtlichen Besonderheiten aus? Können die Kandidaten ihren Wahlkreis inklusive der wichtigsten Städte und Sehenswürdigkeiten zeichnen? Ein solcher Ansatz bietet ganz neue Perspektiven – nicht nur beim Promi-Besuch aus Berlin.

An Ideen für neue Aktionen oder Darstellungsformen mangelt es meistens nicht, eher an den personellen Möglichkeiten oder am Platz, neben der Pflicht auch noch die Kür unterzubringen. Um aber solche Konflikte in den Griff zu bekommen, ist eine langfristige Planung unumgänglich. Wer eine Zeitung macht, die sich einmischt, die wertet, nachfragt, sich engagiert und nicht verbiegen lässt, der muss sich auch in Wahlkampfzeiten vor Druck aus der Politik nicht sorgen – und der kann Artikel schreiben, die gelesen werden.

Checkliste für den Wahlkampf

Für den Wahlkampf

Rechtzeitig Kontakt zu den Parteien suchen und ihnen mitteilen, was die Redaktion plant.
Das Konzept auch den Lesern vorstellen.
Klären, wie viel Erscheinungstage gibt es bis zur Wahl und welche Geschichten sollen in diesem Zeitraum erscheinen.
Die Schwerpunktthemen der Region herausarbeiten.
Einen thematischen Fahrplan machen.
Die Aufgaben genau verteilen: Wer bereitet die Tabellen und Grafiken vor, wer sucht die Ergebnisse der vergangenen Wahl heraus, wer schreibt welche Geschichten, wer kümmert sich um Fotos?
Welche wichtigen Termine darf man nicht vergessen?

Für den Wahlabend

Aufenthaltsort der Kandidaten und der dazugehörigen Vorsitzenden.
Wichtige Telefon- und Handynummern von allen Kandidaten, Wahlleitern, Helfern.
Handynummern mindestens je einer weiteren Person pro Kandidat.
Vorabsprache mit allen Kandidaten („Ich werde Sie dann und dann anrufen und das und das fragen...“, ggf.: „Unser Fotograf wird dann und dann bei Ihnen sein.“)
Kennen wir Ersatzleute, die in der Nähe sind?
Persönliche Daten und Programme aller Kandidaten bereitlegen – spart Suchzeit.
Gibt es aktuelle Fotos, sind sie elektronisch verfügbar?
Ist eine Grafik vorbereitet, die nur noch angepasst werden muss?
Seite ist bereits fertig layoutet.
In hart umkämpften Wahlkreisen: Reporter beim Auszählen der Stimmen im Wahllokal dabei sein lassen.
Überprüfen: Wann ist Redaktionsschluss, kann ich ihn evtl. nach hinten legen lassen?
Wer übernimmt am Wahlabend welche Aufgaben?
Was tun, wenn Texte ausfallen?
Schließlich: An Groß-Wahl-Abenden ist die Redaktion vollzählig besetzt. Dann kann nicht nur effektiv telefoniert werden, sondern im Zweifelsfall macht sich jemand in die Spur ...

PEINER LAND

Wähler fragen – Politiker antworten

Über die Internetplattform „Kandidatenwatch" Kontakt mit den Kandidaten für die Landtagswahl aufnehmen

Eine „gute Idee", ein „toller neuer Weg", ein „wichtiges Instrument der Demokratie" – die fünf Peiner Kandidaten für die Landtagswahl sind voll des Lobes für die Internetplattform „Kandidatenwatch.de". Auf der Seite können Bürger den Kandidaten ihre brennendsten Fragen stellen und bekommen sie meist zeitnah beantwortet.

VON TOBIAS MULL

Peine. Fragen und Antworten sind dabei auch für alle anderen Besucher der Seite sichtbar, so dass man sich aus dem Fragen- bzw. Antwortencocktail oft ein gutes Bild von den politischen Positionen des jeweiligen Kandidaten machen kann.

Landtagswahl 2008

Silke Weyberg (CDU) hat bisher drei Fragen bekommen, zwei davon auch schon beantwortet. „Ich halte das für einen neuen interessanten Weg, um mit den Wählern direkt ins Gespräch zu kommen", sagt die Christdemokratin. Die Fragen drehten sich dabei hauptsächlich um Sozial- und Arbeitsmarktpolitik. „Klar, das bewegt die Menschen", erklärt sie weiter.

Auch an Matthias Möhle (SPD) wurden Fragen gestellt, die er eifrig beantwortet. Der Sozialdemokrat bewertet solche Plattformen im Internet ebenfalls positiv, um von den Sorgen der Bürger direkt etwas zu erfahren. „Aber ich habe auch außerhalb des Internets ein offenes Ohr für die Peiner", sagt er.

Das betonen auch Elke Kentner (Grüne) und Olaf Sperling (FDP), die jeweils eine Frage auf dem Konto haben. Kentner ist dabei von der schnellen Sorte. Am 8. Januar stellte ein Bürger eine Frage – einen Tag später war die Antwort da. Sperling blieb die Antwort auf seine Frage bisher schuldig. „Ich habe leider noch keine Zeit gefunden", erklärt der Freidemokrat und versprach, dass er sich umgehend damit beschäftigen werde, „denn ich finde es wichtig, direkt mit dem Bürger ins Gespräch zu kommen".

Einzig noch keine Frage gestellt bekam Jürgen Eggers (Die Linke). Erklären kann er sich das nicht. „Aber vielleicht lässt ja unser Wahlprogramm keine Fragen offen", sagt er mit einem Schmunzeln. Die allen anderen Kandidaten gestellte Frage, was sie gedenken gegen Hartz IV zu tun, beantwortet Die Linke jedenfalls wirklich eindeutig: Die Partei möchte die Regelungen rückgängig machen.

► Die Seite ist erreichbar unter www.kandidatenwatch.de und auch über einen Link auf www.paz-online.de



Alle Peiner Kandidaten nur wenige Mausklicks entfernt: So sieht die Internetseite Kandidatenwatch.de aus.

„Wähler fragen – Politiker antworten"

Die Internetplattformen *www.kandidatenwatch.de* und *www.abgeordnetenwatch.de* sind gerade im Wahlkampf eine Geschichte wert. Leicht lässt sich nachschauen, was die heimischen Abgeordneten von Bürgern gefragt werden und wie sie reagieren. PAZ-Redakteur Tobias Mull befragte vor der Landtagswahl in Niedersachsen 2008 die Kandidaten der Region, wie sie mit Anfragen auf dem Portal umgehen.

Kontakt

Jörg Arndt, Redaktion Peiner Allgemeine Zeitung
Telefon: 05171 406139, E-Mail: j.arndt@paz-online.de

Die Landtagswahl von A bis Z

Landesstimme entscheidet über Machtverhältnisse im Parlament – Vogelsbergkreis ist Hessens größter Wahlkreis

VOGELSBERGKREIS. Am Sonntag sind rund 4,4 Millionen Hessen aufgerufen, den Landtag neu zu wählen – unter ihnen auch etwa 90 000 Vogelsberger. Insgesamt sind 110 Sitze im Parlament zu vergeben. Der Landtag mit Sitz in Wiesbaden ist Hessens höchstes Verfassungsorgan. Wie das Parlament gewählt wird, erklärt das OZ-Wahlalphabet.

Alter: Mindestens 18 Jahre alt muss sein, wer am Sonntag seine Stimme bei der Landtagswahl abgeben will (aktives Wahlrecht). Wer Abgeordneter werden will (passives Wahlrecht), muss mindestens 21 Jahre alt sein.

Von OZ-Mitarbeiter Pierre-Christian Fink

Blinde: Ein Loch im Stimmzettel – das ist kein Grund, gezinkte Unterlagen zu befürchten. Bei der Landtagswahl ist in alle Stimmzettel an der oberen rechten Ecke ein kleines Loch gestanzt. Die Markierung hilft Blinden und Sehbehinderten: Sie können mit einer speziellen Wahlschablone ihre Stimme abgeben. Das Loch zeigt ihnen, wie der Stimmzettel eingelegt werden muss.

Chef: Landeswahlleiter für Hessen ist Wolfgang Hannappel, Chef der Rechtsabteilung im Hessischen Innenministerium. Im Vogelsbergkreis liegt die Organisation der Wahl in den Händen von Kreiswahlleiter Siegfried Simon. Er steht in der Kreisverwaltung an der Spitze des Amts für Aufsichts- und Ordnungsangelegenheiten (bis vor kurzem Hauptabteilung Allgemeine Landesverwaltung).

Direktkandidaten: Wer sich in seinem Wahlkreis um die so genannte Wahlkreisstimme bewirbt, wird als Direktkandidat bezeichnet. Im Vogelsbergkreis haben Kurt Wiegel (CDU) und Manfred Görig (SPD) die besten Aussichten, per Wahlkreisstimme in den Landtag einzuziehen. Denn in aller Regel teilen CDU und SPD die Direktmandate unter sich auf. Seit 1958 hat es in Hessen keine kleine Partei mehr geschafft, ein Direktmandat zu holen.

Europäer: An der Wahl zum Landtag dürfen nur deutsche Staatsbürger teilnehmen, die seit mindestens drei Monaten in Hessen leben. Anders sieht das bei Kommunalwahlen aus: Hier sind auch die so genannten Unionsbürger wahlberechtigt, also Staatsbürger eines fremden EU-Landes, die in einer hessischen Kommune leben. Wird am gleichen Tag der Landtag und ein Bürgermeister gewählt – so wie am Sonntag in Lauterbach –, führt die unterschiedliche Regelung zu einem merkwürdigen Ergebnis: Wohnt beispielsweise ein Franzose in Lauterbach, darf er zwar den Bürgermeister wählen, nicht aber über die Sitzverteilung im Landtag mitentscheiden.

Frauen: Unter den Bewerbern um einen Platz im Wiesbadener Landtag sind Frauen schlecht vertreten. So kandidieren auf den Landeslisten nur 194 Frauen. Damit stellen sie nicht einmal ein Drittel der Bewerbungen per Landesliste.

Größe: Der Vogelsbergkreis bildet Hessens größten Wahlkreis – jedenfalls in Bezug auf die Fläche. Denn mit fast 1500 Quadratkilometern ist der Wahlkreis 20, dessen Grenzen mit denen des Vogelsbergkreises identisch sind, so groß wie kein anderer.

Sie haben 2 Stimmen

hier 1 Stimme – hier 1 Stimme

Wahlkreisstimme – Landesstimme

Muster

So sieht der Stimmzettel für den Wahlkreis 20 aus: Neun Kandidaten ringen um die Erststimme (linke Spalte) und 17 Parteien um die Zweitstimme.

Hürde: Bei der Wahl zum Landtag gilt die Fünf-Prozent-Hürde. Erreicht eine Partei weniger als fünf Prozent der Landesstimmen, zieht sie nicht in das Parlament ein. So soll eine Zersplitterung der Parteienlandschaft verhindert werden.

Informationen: Am Sonntagabend informieren der Landeswahlleiter und das Statistische Landesamt über das vorläufige Wahlergebnis. Die Internetadressen lauten www.wahlen.hessen.de und www.statistik-hessen.de.

Jahre: Die Wahlperiode für den Landtag dauert fünf Jahren – so haben es die Hessen in einer Volksabstimmung vom September 2002 entschieden. Zuvor wurde das Parlament noch alle vier Jahre neu gewählt.

Kosten: Das Land beziffert die Kosten der Wahlorganisation auf ungefähr 4,5 Millionen Euro. Nicht eingerechnet sind dabei viele Arbeitsstunden, die in den Kommunalverwaltungen anfallen, damit bei der Wahl alles rund läuft.

Landesstimme: Die Landesstimme steht rechts auf dem Stimmzettel. Mit ihr wird die Landesliste einer Partei gewählt. Die Landesstimme ist die ausschlaggebende Stimme, denn sie bestimmt die Stärke der Parteien im Wiesbadener Parlament (entsprechend der Zweitstimme bei der Bundestagswahl). Welche Abgeordneten dann für die Partei in den Landtag ziehen, wird in zwei Schritten ermittelt: Zunächst einmal zieht jeder erfolgreiche Direktkandidat in den Landtag ein. Sind danach noch Sitzplätze für eine Partei zu vergeben, wird die jeweilige Landesliste von oben herunter abgearbeitet.

Macht: Die Landtage seien zahnlose Tiger – diese Kritik ist immer wieder zu hören. Dabei liegt in Deutschland die Gesetzgebung eigentlich bei den Ländern; der Bund darf nur dann Recht setzen, wenn dies besonders geregelt ist. In der Praxis hat der Bund jedoch auf den meisten Politikfeldern das Sagen. Unbedeutend ist der Landtag dennoch nicht, denn einige wichtige Themen sind weiterhin Ländersache, beispielsweise Polizei, Schulen und Universitäten.

Nummer: Bei der Landtagswahl bildet der Vogelsbergkreis den Wahlkreis mit der Nummer 20. Insgesamt gibt es 55 Wahlkreise in Hessen.

Parlament: Der Landtag ist das hessische Parlament, die gewählte Vertretung der Bürger. Deshalb ist der Landtag das höchste Verfassungsorgan Hessens. Nur das Parlament kann Landesgesetze verabschieden und den Haushalt des Landes beschließen. Wer hessischer Ministerpräsident wird, bestimmt ebenfalls der Landtag.

Reihenfolge: Auf dem Stimmzettel stehen die Parteien in der Reihenfolge ihres Stimmenanteils bei der vergangenen Landtagswahl. Parteien, die vor fünf Jahren noch nicht angetreten sind, finden sich dem Alphabet nach geordnet am Ende des Stimmzettels.

Stimmensplitting: Kumulieren und panaschieren – so wie bei den Kommunalwahlen – ist bei der Landtagswahl nicht erlaubt. Möglich ist aber ein Stimmensplitting: Wahlkreisstimme und Landesstimme kann man zwei verschiedenen Parteien geben. Oder man gibt nur eine der beiden Stimmen ab – auch dann bleibt der Wahlzettel gültig.

Titelverteidiger: Im Vogelsbergkreis ist Kurt Wiegel der Titelverteidiger beim Direktmandat. Der CDU-Kandidat holte bei der vergangenen Landtagswahl 55,1 Prozent der Wahlkreisstimmen im Vogelsberg. Sein SPD-Konkurrent Bernhard Bender kam trotz klarer Niederlage in das Parlament, und zwar über die Landesliste der Sozialdemokraten.

Überhangmandate: Sollte eine Partei mehr Direktmandate holen, als ihr nach den Landesstimmen an Sitzen zusteht, entstehen Überhangmandate: Das Parlament wird größer als geplant. Bei den bisherigen Landtagswahlen hat es diesen Fall allerdings noch nie gegeben.

Wahlkreisstimme: Links auf dem Stimmzettel wird die Wahlkreisstimme vergeben. Mit ihr wird in jedem Wahlkreis ein Politiker gewählt, der direkt in den Landtag einzieht (entsprechend der Erststimme bei der Bundestagswahl). Das Direktmandat erhält, wer in einem Wahlkreis die meisten Stimmen auf sich vereinigt. Dafür genügt auch weniger als die Hälfte der abgegebenen Stimmen.

Zusammentritt: Der neue Landtag soll am 5. April erstmals zusammentreten. Die konstituierende Sitzung wird mit großem Interesse erwartet, steht doch die Wahl des Ministerpräsidenten auf der Tagesordnung des Parlaments.

„Die Landtagswahl von A bis Z“

Service originell verpackt – das hat Pierre Christian Fink, Mitarbeiter der Oberhessischen Zeitung, bei diesem Wahl-Abc geschafft. Für die Lokalausgabe Alsfeld im Vogelsbergkreis stellte er die Informationen vor der hessischen Landtagswahl alphabetisch zusammen.

Kontakt

Henning Irek, Redaktion Oberhessische Zeitung
Telefon: 06631 9669-17, E-Mail: hirek@oberhessische-zeitung.de



SEITE 24 — Lokales

LIPPISCHE LANDES-ZEITUNG NR. 217, SAMSTAG/SONNTAG, 17./18. SEPTEMBER 2005

Lippe wählt den Deutschen Bundestag

Abpfiff Sonntag, 18 Uhr

Vor dem Urnengang mit Verlängerung: Alles über Kandidaten, Direktmandate und Listenplätze

VON THOMAS KRÜGER (TEXT) UND BERNHARD PREUSS (MONTAGE)

• Kreis Lippe. Eine Wahl ist ein bisschen wie ein Fußballspiel: Und wenn die Favoritenrolle noch so klar vergeben ist und die Umfragewerte noch so deutlich scheinen – wie es ausgeht, bleibt solange ungewiss, bis der Schiedsrichter abpfeift oder die Wahllokale schließen. Und so darf das Ergebnis der Bundestagswahl am morgigen Sonntag mit Spannung erwartet werden. Der „Abpfiff" erfolgt um 18 Uhr.

Steht der Machtwechsel bevor? Bleibt der gebürtige Lipper Gerhard Schröder Bundeskanzler oder löst ihn Angela Merkel (CDU) als erste weibliche Regierungschefin in Deutschland ab? Wer gewinnt die Direktmandate in den beiden lippischen Wahlkreisen und welche Kandidaten ziehen über die Landeslisten ihrer Parteien in den Deutschen Bundestag ein? Hier der Versuch einer Lagebeschreibung für Wahlbezirke in Lippe für eine Wahl, die eigentlich erst in einem Jahr hätte stattfinden sollen: Doch nach dem Desaster mit den hohen Verlusten der SPD und dem Verlust der Regierung bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Mai hat Bundeskanzler Gerhard Schröder bekanntlich Neuwahlen angestrengt, die Vertrauensfrage gestellt und absichtlich verloren, worauf Bundespräsident Horst Köhler den Bundestag formell auflöste. Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe wies Klagen einzelner Abgeordneter und kleiner Parteien ab. Diese Entscheidung fiel erst vor einigen Wochen.

Erst am 2. Oktober wird in einem Wahlbezirk in Dresden gewählt, weil dort eine Direktkandidatin verstorben ist. Das Ergebnis von Sonntag wird also nur ein vorläufiges sein. Aber Verlängerungen sind ja auch im Fußball nichts ungewöhnliches.

Gegenwärtig ist der Kreis Lippe mit fünf Bundestagsabgeordneten in Berlin repräsentiert: Karl-Hermann Haack (SPD), Cajus Caesar (CDU) und Jürgen Hermann (beide CDU) sowie Gudrun Kopp (FDP) und Jutta Dümpe-Krüger (Bündnis 90/Die Grünen). Welche Lipper dem 16. Deutschen Bundestag angehören werden, darüber entscheiden auch 275 000 Wahlberechtigte in Lippe (darunter 12 500 Erstwähler) am morgigen Sonntag.

Hier eine Übersicht über die aktuellen Kandidaten in den Wahlkreisen und ihre Chancen, tatsächlich in den Bundestag zu kommen.

LIPPE I

Zum Wahlkreis Lippe I gehören die Städte und Gemeinden Oerlinghausen, Leopoldshöhe, Lage, Bad Salzuflen, Lemgo, Kalletal, Dörentrup, Extertal, Barntrup und Blomberg. Nachdem der Extertaler Karl-Hermann Haack angekündigt hat, sich aus der Politik zurückzuziehen, nominierte die SPD in einer Kampfabstimmung den Oerlinghausener Ratsfraktionsvorsitzenden Dirk Becker. Sein Einzug in den Bundestag ist nahezu sicher, weil er über einen guten Listenplatz verfügt. Cajus Caesar, CDU-MdB aus Kalletal, könnte – sofern die CDU wie von Experten erwartet, landesweit viele Direktmandate gewinnt – Probleme mit seinem Listenplatz bekommen. Caesar setzt deshalb auf den Gewinn des Wahlkreises. Eine sichere Kandidatin für den kommenden Bundestag ist Gudrun Kopp: Die liberale Bundestagsabgeordnete aus Lage steht auf Platz 4 der FDP-Landesliste und kommt nur dann nicht nach Berlin, wenn die FDP unter die Fünf-Prozent-Hürde rutscht. Nur wenn sie die Mehrheit der Erststimmen auf sich vereint und das Direktmandat gewinnt, wird Jutta Dümpe-Krüger wieder in den Bundestag einziehen: Die Bundestagsabgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen aus Lemgo hat keinen Listenplatz. Für die Linkspartei tritt Frank Bartel aus Bad Salzuflen an, ebenfalls ohne Listenabsicherung. Weitere Direktkandidaten in Lippe I sind Rüdiger Werner Kahsner (NPD) und Stefan Mehrwald (PBC).

LIPPE II-Höxter

Zu diesem Wahlkreis gehören aus Lippe die Städte und Gemeinden Augustdorf, Detmold, Schlangen, Horn-Bad Meinberg, Schieder-Schwalenberg und Lügde. Der Wahlbezirk Lippe II-Höxter ist für Sozialdemokraten kein einfaches Pflaster: Jürgen Herrmann (CDU) ist es 2002 gelungen, die Nachfolge seines Parteikollegen Meinolf Michels anzutreten und den Wahlkreis direkt zu gewinnen. Auch jetzt gilt der Bundestagsabgeordnete mit den Schwerpunktthemen Verkehr und Verteidigung als Favorit. Die SPD schickt mit Johannes Reineke aus Nieheim einen Kandidaten ins Rennen, der in Lippe und Höxter tätig ist: Politisch als Kreisvorsitzender der SPD in Höxter und beruflich als Chef der Volkshochschule Lippe-Ost. Erstmals um ein Bundestagsmandat bewirbt sich Thomas Trappmann: der Journalist aus Detmold war bei der Kommunalwahl 2004 Bürgermeisterkandidat der FDP. Herbert Falke, Pfarrer aus Brakel, tritt für B'90/Grüne an und Reinhard Otte (Steinheim) kandidiert als Mitglied der WASG für die Linkspartei/PDS. Außerdem kandidieren Eugen Krüger (NPD), Martina Renger (Familie) und Horst Pajewski (PBC).

Über die NRW-Landesliste der Grünen könnte die frühere Landtagsabgeordnete Ute Koczy aus Lemgo – obwohl ohne Wahlkreis – in den Bundestag einziehen. Die mehr als 300 Wahllokale in Lippe sind geöffnet in der Zeit von 8 bis 18 Uhr.

Qual der Wahl: LZ-Praktikantin Isabelle Ruppe präsentiert die Wahlzettel für Lippe I und Lippe II-Höxter.

Zwei Stimmen

Wie die Bundestagswahl funktioniert

• Kreis Lippe (ThK). Direktmandate, Erst- und Zweitstimme – wie funktioniert die Bundestagswahl? Hier ein kleiner Überblick.

Der Deutsche Bundestag hat 598 Sitze (ohne Überhangmandate). Die Republik ist in 299 Wahlkreise eingeteilt, 64 davon befinden sich in Nordrhein-Westfalen, zwei in Lippe. Zum Wahlkreis 136 Lippe I gehören die Städte und Gemeinden Oerlinghausen, Leopoldshöhe, Lage, Bad Salzuflen, Lemgo, Kalletal, Extertal, Dörentrup, Barntrup und Blomberg. Zum Wahlkreis Lippe II-Höxter gehören die lippischen Kommunen Augustdorf, Schlangen, Detmold, Horn-Bad Meinberg, Lügde und Schieder-Schwalenberg.

Die Erststimme: Aus jedem dieser 299 Wahlkreise zieht ein Angeordneter in den Bundestag an. Dies ist das so genannte Direktmandat. Darüber entscheiden die Wähler mit ihrer Erststimme (links Spalte des Wahlzettels). Damit wählen sie den Bundestagskandidaten, der ihren Wahlkreis im Parlament repräsentieren soll.

Die Zweitstimme: Aus wie vielen Angeordneten die Fraktion einer Partei im Bundestag bestehen wird, das entscheidet sich über die Zweitstimmen (rechts Spalte des Wahlzettels). Damit entscheiden sich die Wähler für die Landesliste einer Partei. Bekommt eine Partei also 20 Prozent der Stimmen, kann sie auch 20 Prozent der Abgeordneten in das neu gewählte Parlament entsenden. Die Liste wird aber erst dann zu Hilfe genommen, wenn die Direktmandate abgezogen sind. Das heißt: Sind die 20 Prozent der Parlamentssitze schon durch die direkt gewählten Abgeordneten dieser Partei belegt, dann kommt kein Kandidat von der Landesliste mehr ins Parlament. Oder im anderen Fall: Hat eine Partei gar keinen Wahlkreis direkt gewonnen, wird die Fraktion ausschließlich aus den auf der Landesliste genannten Kandidaten gebildet.

Bundeskanzler: Den neuen Regierungschef wählen die Abgeordneten des neuen Bundestages.

Quelle: Bundeswahlleiter

So wirds gemacht: In die linke Spalte kommt das Kreuz für den Direktkandidaten (die Erststimme), in die rechte Spalte die Zweitstimme für die Partei.

Ergebnisse im Netz

Aktuell auf www.lz-online.de

• **Detmold.** Das wird ein spannender Wahlsonntag: Um 18 Uhr schließen die Wahllokale und das Auszählen der Stimmen beginnt. Die Städte und Gemeinden melden jeden ausgezählten Stimmbezirk an das Kommunale Rechenzentrum in Lemgo.

Und dort besorgt sich die Lippische Landes-Zeitung die aktuellen Daten. Auf der Internet-Homepage der LZ lässt sich mitverfolgen, wie sich das Ergebnis entwickelt. Dort werden sowohl die Erststimmen für die beiden lippischen Wahlkreise als auch die Zweitstimmen für den Kreis Lippe eingestellt. Etwa ab 19 Uhr werden die ersten Ergebnisse abrufbar sein.

@ www.lz-online.de

Ergebnisse der Wahl im Jahr 2002

SPD-Welt noch in Ordnung

• **Kreis Lippe** (ThK). Viele werden sich erinnern: Die Bundestagswahl 2002 war außergewöhnlich spannend. Edmund Stoiber wähnte sich schon als Bundeskanzler, bis er zu später Stunde doch noch von „Rot-Grün" übertrumpft wurde. In Lippe herrschten dagegen klare Verhältnisse – bei den Erst- und den Zweitstimmen.

Im Lippe-Ergebnis lag die SPD sohl bei den Erst- als auch bei den Zweitstimmen (49,1 und 44,9 %) klar vor der CDU (36,8 und 34,2 %). Als dritte Kraft in Lippe positionierte sich die FDP mit 6,9 % (Erststimmen) und 9,0 % (Zweitstimmen). Bündnis 90/Die Grünen brachten es auf 4,6 % der Erst- und 7,8 Prozent der Zweitstimmen; die PDS (damals noch ohne Verstärkung von der WASG) lag bei Erst- und Zweitstimmen um 1 Prozent. Die Direktmandate gewannen Karl-Hermann Haack (SPD) in Lippe I (vor Cajus Caesar von der CDU) und Jürgen Herrmann (CDU) in Lippe II-Höxter gegen Rainer Brinkmann (SPD).

Direktkandidaten im Wahlkreis Lippe I

Dirk Becker, SPD · Cajus Caesar, CDU · Gudrun Kopp, FDP · Jutta Dümpe-Krüger, B'90/Grüne · Frank Bartel, Linkspartei

Direktkandidaten im Wahlkreis Lippe II-Höxter

Johannes Reineke, SPD · Jürgen Herrmann, CDU · Thomas Trappmann, FDP · Herbert Falke, B'90/Grüne · Reinhard Otte, Linkspartei

Lippe wählt den Bundestag

Service, Hintergrund und eine originelle Optik verbindet die Lippische Landes-Zeitung (LZ) auf ihrer Sonderseite vor der Bundestagswahl 2005. Die LZ erklärt auf dieser Seite Standardbegriffe wie Direktmandat, Listenplatz oder Erststimme. Das Ziel der Redaktion war eine möglichst einfache, aber umfassende Information auch für Leserinnen und Leser, die die politischen Zusammenhänge nicht sofort parat haben. Optisch sollte die Seite dennoch gut illustriert sein und somit den Einstieg erleichtern.

Kontakt

Axel Bürger, Projektredakteur Lippische Landes-Zeitung Detmold
Telefon: 05231 911-151, E-Mail: ABuerger@lz-online.de



Freitag, 15. September 2006 — MECKLENBURG-VORPOMMERN — Seite 5

Herausforderer | Regierung

Arbeit und Wirtschaft

Bernd Fischer
Der Maschinenbauingenieur und Tourismusfachwirt steht für den Erfolg einer ganzen Branche. Er ist seit 1995 Geschäftsführer des Tourismusverbandes und langjähriger Weggefährte von Verbandspräsident Jürgen Seidel. Der verspricht sich von dem parteilosen 52-Jährigen ein neues Image für das Land: „Als Bernd Fischer 1995 anfing, wurde der Tourismus im Norden noch belächelt. Heute ist er die Erfolgsgeschichte des Landes."

Helmut Holter (PDS)
Der Bauingenieur und Gesellschaftswissenschaftler ist seit 1998 Arbeitsminister. Von 1991 bis 2001 war er Chef der Landes-PDS. Er führte den öffentlichen Beschäftigungssektor mit Tausenden Arbeitsplätzen ein.

Otto Ebnet (SPD)
Seit 2001 ist der Bayer Wirtschaftsminister in Ringstorffs Kabinett. Nach seinen Angaben hat er jährlich für 10 000 neue Arbeitsplätze gesorgt.

Finanzen

Andrea Köster (CDU)
Die Rügenerin ist seit 15 Jahren Bürgermeisterin in Bergen und seit einem Jahr Amtsleiterin des größten Gemeindeamtes des Landes mit über 24 000 Einwohnern. Ihre Stadt hatte immer einen ausgeglichenen Haushalt. Ihr Anspruch: „Der Landeshaushalt ist auf einen harten Sparkurs ausgerichtet. Das ist vor allem vor Ort in den Städten und Gemeinden spürbar. 15 000 Stellen sind in der Landesverwaltung zu viel. Hier müssen wir ansetzen."

Sigrid Keler (SPD)
Von allen Ministern hat sie die längste Regierungserfahrung. 1996 übernahm Keler das Finanzministerium nach einer Regierungskrise um die durch den Vulkankonzern veruntreuten Werftenhilfen. Sie gilt als harte Sparministerin, die verspricht, im Jahr 2009 keine neuen Kredite für das Land mehr aufzunehmen. Keler leitete den Stellenabbau in der Verwaltung ein. Offen ist, ob die 64-jährige Volkswirtin für ein weiteres mal antreten wird.

Innenpolitik

Lorenz Caffier (CDU)
Mit 35 Jahren wurde Caffier 1990 Geschäftsführer der CDU-Fraktion im Landtag – und ist heute der dienstälteste parlamentarische Geschäftsführer aller Parteien in der Bundesrepublik. Er gilt als politisches Organisationstalent. Sein Ziel: „In keinem anderen Bereich ist ein neuer politischer Stil so notwendig wie im Innenministerium." Er will die Kreisreform neu anpacken und den Stellenabbau bei der Polizei stoppen.

Gottfried Timm (SPD)
Der promovierte Theologe ist der dienstälteste Innenminister in MV. Gaben sich zwischen 1990 und 1998 vier CDU-Minister die Klinke in die Hand, leitete Timm das Ministerium anschließend acht Jahre. Zur Politik kam der Vater von zwei Kindern durch die Wende. Seit 1990 sitzt der 50-Jährige im Landtag und leitete von 1994 bis 1996 die SPD-Fraktion. Er gilt als Vater der Verwaltungs- und Kreisreform, dem größten Reformvorhaben von Rot-Rot.

Justiz

Armin Jäger (CDU)
Der promovierte Jurist und Rechtsanwalt ist einer der langjährigsten Weggefährten Seidels. 1994 wurde er – zuvor Staatssekretär des Innensenators in Berlin – Seidels Staatssekretär im Umweltministerium, später im Wirtschaftsministerium, bis er 1997 selbst Innenminister wurde. Seit dem Weggang des umstrittenen Landes- und Fraktionschefs Eckhardt Rehberg ist Jäger CDU-Fraktionschef. Ein Mann für alle Fälle.

Erwin Sellering (SPD)
Der 57-Jährige kam 2000 ins Kabinett als Justizminister, als zwischen den Koalitionspartnern SPD und PDS ein Streit um die Sicherheit in forensischen Kliniken auszubrechen drohte. Der Greifswalder ist Jurist und Experte für Verwaltungsrecht.

Seidels Team (v.l.n.r.): Henry Tesch, Andrea Köster, Lorenz Caffier, Jürgen Seidel, Bernd Fischer, Claudia Nolte, Harald Nitschke, Armin Jäger — Foto: Scharnweber

Sie treten zur Wahl gegeneinander an

CDU-Spitzenkandidat Seidel präsentiert Team

Sie treten gegeneinander an: Gestern präsentierte CDU-Spitzenkandidat Jürgen Seidel seine Mannschaft mit zwei Ministerien weniger. Vier Seiteneinsteiger wollen sich mit den Ministern im Kabinett Ringstorff messen.

Rostock
Von Stefan Koslik

Die Überraschung war perfekt, als Seidel am Morgen im Biomedizinischen Institut in Rostock die frühere Bundesfamilienministerin Claudia Nolte in seinem Kompetenzteam vorstellte. „Dies ist meine Mannschaft", sagte er und betonte, dass für ihn Kompetenz und Loyalität ganz wichtig gewesen seien. Für die Auswahl habe er sich von der Partei freie Hand ausbedungen. Nur so ist es erklärbar, dass gleich zwei Parteilose in dem Team sind, andererseits Anwärter aus der CDU-Landtagsfraktion kaum Berücksichtigung fanden. Von den sieben Ministeraspiranten sind vier Seiteneinsteiger. Seidel betonte, dass das Team keine Ministerriege sei. Zugleich gestand er ein, dass es auch Absagen gab, u.a. von der früheren Bildungsministerin Steffie Schnoor. Die CDU stellte zudem ein 25-Punkte-Programm der ersten Maßnahmen nach der Wahl vor.

SPD-Landesvorsitzender Till Backhaus sagte, das Kompetenzteam biete weder personell noch inhaltlich Alternativen. „Seine Mannschaft ist nicht der Rede wert."

Das rot-rote Regierungskabinett 2002: Otto Ebnet (SPD), Hans-Robert Metelmann (parteilos), Marianne Linke (PDS), Gleichstellungsbeauftragte Magret Seemann (SPD), Gottfried Timm (SPD), Ministerpräsident Harald Ringstorff (SPD), Helmut Holter (PDS), Wolfgang Methling (PDS), Erwin Sellering (SPD), Sigrid Keler (SPD), Till Backhaus (SPD) (v.l)

Herausforderer | Regierung

Familie

Claudia Nolte (CDU)
Die gebürtige Rostockerin, deren Eltern noch heute in der Hansestadt wohnen, war von 1994 bis 1998 Familienministerin unter Helmut Kohl, der die 28-jährige Informatikerin von der Hochschule in Ilmenau ins Kabinett holte. Heute ist sie Außenstellenleiterin der Konrad-Adenauer-Stiftung in Belgrad. Sie sagt: „Ich bin überzeugt, dass dieses Land besser regiert werden kann. Wir müssen Familien eine Zukunft in diesem Land geben."

Marianne Linke (PDS)
Die gebürtige Berlinerin und promovierte Agrarmeteorologin ist seit 2002 Sozialministerin in Schwerin. Die Mutter zweier erwachsener Kinder arbeitete zuvor vier Jahre in der Umweltverwaltung des Landes. Zu ihren Erfolgen zählt die Einführung des kostenfreien Vorschuljahres und die Regelung des Pflegewohngeldes und das Gleichstellungsgesetz. In der eigenen Partei ist die 61-jährige Politikerin allerdings äußerst umstritten.

Bildung

Henry Tesch
Tesch ist der zweite parteilose Ministeranwärter in Seidels Kompetenzteam. Der 43-jährige Mecklenburger ist Schulleiter am landesweit geachteten Carolinum-Gymnasium in Neustrelitz, einem der größten Gymnasien im Land. Seidel sagt zu der Berufung: „Für Bildungspolitik muss jemand stehen, der sich mit Schule auskennt, der weiß, was Eltern und Schüler wollen." Tesch steht für eine hohe Autonomie von Schule und Hochschule.

Hans-Robert Metelmann
Der 54-jährige parteilose Medizin-Professor aus Jarmen ist seit 2002 Bildungsminister. Zuvor war der Vater von vier Kindern Rektor der Universität Greifswald. Obwohl er das längere gemeinsame Lernen eingeführt und eine Hochschulreform durchgesetzt hat, rangierte der Bildungsminister in einem vom Deutschen Hochschulverband 2006 durchgeführten Ranking auf dem letzten Platz.

Landwirtschaft und Umwelt

Harald Nitschke (CDU)
Der Agraringenieur ist Geschäftsführer der Raminer Agrar GmbH in Vorpommern und Kreischef des Bauernverbandes in Uecker-Randow – für Seidel der „Prototyp eines Landwirtes". Sein Ziel: „Wir haben eine hochproduktive Landwirtschaft und brauchen dementsprechend entwickelte Veredelung. In der Ernährungsgüterwirtschaft können viel mehr Arbeitsplätze entstehen."

Till Backhaus (SPD)
Seit 2003 ist der lange als Kronprinz von Ringstorff gehandelte auch Landeschef der SPD. Mit dem Ziel, die Veredlungswirtschaft anzukurbeln scheiterte er. Für Ruhe sorgte er auf dem Bodenmarkt.

Wolfgang Methling (PDS)
Mit grünen Technologien schreibt sich der Vize-Regierungschef die Schaffung von vielen Zukunftsjobs auf die Fahne.

ICH GEHE WÄHLEN...

Oliver Rudel
19 Jahre

Ich bin Oliver Rudel, 19 Jahre alt, Auszubildener in Schwerin und gehe zum ersten Mal wählen. Ich will meine berufliche Zukunft hier in meiner Heimat starten, denn nur hier habe ich das nötige Umfeld. Meine Stimme ist gefragt und ich werde sie einsetzen – für meine Zukunft.

Auch Sie haben die Wahl - gehen Sie hin !

So wählen Sie richtig

Die Zeit: Gewählt werden kann von 8.00 bis 18.00 Uhr.
Der Ablauf: Im Wahllokal weist sich der Wahlberechtigte aus, bekommt einen gelben Stimmzettel und sucht damit eine Wahlkabine auf. Dort nimmt er still die Stimmabgabe vor und faltet den Zettel so zusammen, dass seine Wahl nicht erkennbar ist.
Die Stimmen: Beide Stimmen (Siehe Erklärung) können völlig unabhängig voneinander abgegeben werden. Die Abgabe nur einer Stimme, egal, ob Erst- oder Zweitstimme, ist genauso zulässig wie das Splitting zwischen Erst- und Zweitstimme auf verschiedene Parteien.
Die Stimmabgabe: Mit dem geht er zur Wahlurne und übergibt dem Schriftführer Wahlbenachrichtigungskarte oder Wahlschein. Der prüft diese und hakt den Namen im Wählerverzeichnis ab. Erst dann wird die Urne freigegeben und der Wähler wirft den Stimmzettel ein.

Die Erststimme
Zur Landtagswahl hat der Wähler zwei Stimmen. Die Erststimme (Personenwahl) ist für die direkte Wahl eines Wahlkreisabgeordneten (auf der linken Hälfte des Stimmzettels in schwarzem Druck) zuständig. Der Kandidat mit den meisten Erststimmen in seinem Wahlkreis gewinnt. Er erringt ein Direktmandat und zieht unabhängig vom Parteiergebnis in den Landtag ein.

Die Zweitstimme
Das eigentliche Gewicht für die Sitzverteilung der 71 Landtagssitze liegt auf der Zweitstimme, da sich die Zahl der Sitze der Parteien nach der Anzahl der erworbenen Zweitstimmen berechnet. Für den Einzug in den Landtag werden 5 Prozent der Zweitstimmen benötigt. Beide Stimmen können dabei völlig unabhängig voneinander abgegeben werden.

Endspurt im Internet

Über 54 000 Nutzer im Wahlkandidatenportal

Schwerin/Hamburg (lian) • Endspurt im virtuellen Wahlhilfeportal. Exakt 54 337 Mecklenburger und Vorpommern klickten sich bis gestern Abend auf das unabhängige Internetangebot **kandidatenwatch.de** und riefen dessen Seiten insgesamt 363 000 Mal auf. Dabei hätten die Nutzer den 200 Direktkandidaten in 36 Wahlkreisen per E-Mail mehr als 800 Fragen gestellt, sagte Initiator Gregor Hackmack. Die Reaktion der Politiker kann sich sehen lassen. Fast 660 der Fragen wurden bisher beantwortet. „Eine Quote von 79 Prozent" lobte Hackmack, „das ist super". Spitzenreiter sind die Grünen, die 86,5 Prozent der Wählerfragen abarbeiteten, knapp gefolgt von der Linkspartei.PDS (86,3%). Auf den Plätzen folgen SPD (75,1%) und CDU (75,0 %).

Unentschlossene Wähler können kandidatenwatch bis Sonnabend 24 Uhr nutzen. Einfach die eigene Postleitzahl eingeben, und schon erscheint eine Übersicht aller Wahlkreiskandidaten mit Alter, Ausbildung und Beruf.

Anzeige
B=186mm
H=58mm

Landtagswahl Fazit

Die Idee hinter dieser Seite: Zwei Tage vor dem Wahltermin werden die Konkurrenten der beiden großen Volksparteien kompakt und kompetent direkt gegenübergestellt. Max-Stefan Koslik, Leiter des Landesressorts bei der Schweriner Volkszeitung (SVZ), berichtet: „Geholfen hat uns dabei, dass der Spitzenkandidat der Opposition, Jürgen Seidel (CDU), erst drei Tage vor der Wahl quasi als Clou sein Schattenkabinett vorstellte. Damit wollte er vermeiden, dass die Presse sein Kabinett bereits Wochen vor der Wahl zerreißt – und wahrscheinlich wollte er nahe am Wahltag das Mediengeschehen beherrschen." Allerdings wollten die Kollegen der SVZ sich nicht zwei Tage vor der Wahl die Themen von einer Partei diktieren lassen. Deshalb lieferten sie das gesamte Tableau der regierenden SPD und PDS. Komplettiert wurde diese letzte große Wahlseite mit praktischen Tipps („So wählen Sie richtig"), mit einem Bericht über das Portal „kandidatenwatch.de" sowie dem Wahlaufruf „Ich gehe wählen", den die SVZ in Zusammenarbeit mit einem Rundfunksender während der gesamten Wahlvorbereitung durch die Zeitung laufen ließ.

Kontakt

Max-Stefan Koslik, Ressortleiter Mecklenburg-Vorpommern, Schweriner Volkszeitung
Telefon: 0385 6378555, E-Mail: koslik@svz.de



Montag, 18. September 2006 — BLICKPUNKT WAHL 2006 — Seite 5

Große Koalition steht als Verlierer da

Erklärungsversuche nach ersten Hochrechnungen

SPD

Knapper Sieg: bei der SPD kein Grund zur Freude

Vorsichtig freuen – und das Ergebnis gesund beten

CDU

Ziel verfehlt: betretene Gesichter bei der CDU

Kurzes Raunen, dann gedrückte Stimmung

FDP

Nur bei der FDP wurde gejubelt.

Nach zwölf Jahren wieder zurückgemeldet

Linkspartei.PDS

Entsetzen, Erleichterung und ein Volksbegehren

Erste Gesichter bei der PDS-Wahlparty

Brennpunkt Parlament: Vor dem Landtagssitz im Schloss sichern Polizeikräfte das Terrain. Foto: dpa

Die Grünen

Traurigste Wahlparty

NPD

Journalisten nicht erwünscht: NPD erteilt Hausverbot

Kein Zutritt für Journalisten

Reportagen Wahlpartys

Bei dieser Seite stand die Redaktion vor der Frage: Wie berichten wir über einen spannenden Abend nach der Wahl, ohne die Leser zu langweilen, weil das Erscheinen der Kurz-Reportagen zwölf Stunden nach dem Geschehen bereits durch die Realität überholt wurde? Die Antwort: Aktualität und Exklusivität durch Nähe schaffen. Max-Stefan Koslik, Leiter des Landesressorts bei der Schweriner Volkszeitung (SVZ), zum Konzept: „Was die Konkurrenz von Hörfunk und Fernsehen nicht kann, vermag die Zeitung: parallel einen Blick auf die Partys aller beteiligten Akteure zu liefern und dabei zu zeigen: Die Reporter der SVZ sind für ihre Leser ausgeschwärmt. Sie zeigen im wahrsten Sinne des Wortes Gesicht." Zusammengehalten wird die Seite von der politischen Interpretation des Wahlergebnisses. Eine besondere Frage musste am Wahlabend kurzfristig beantwortet werden: Wie geht man mit dem Einzug der rechtsextremen NPD in den Landtag um? Da sich die Redaktion im Vorfeld auf diese Situation vorbereitet hatte, war auf einer weiteren Wahlseite eine Analyse eines renommierten Wissenschaftlers darüber zu lesen. Folglich konnte sich der SVZ-Reporter allein auf das Geschehen bei der NPD-Wahlparty konzentrieren. Und das war erhellend genug.

Kontakt

Max-Stefan Koslik, Ressortleiter Mecklenburg-Vorpommern, Schweriner Volkszeitung
Telefon: 0385 6378-555, E-Mail: koslik@svz.de

Kapitel 3

Wenn der Druck wächst

Konzepte und Ideen aus einem Modellseminar der bpb

Die folgenden Ideen wurden während eines Modellseminars der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb zur Bundestagswahl von den Arbeitsgruppen entwickelt. Es sind einerseits allgemeine Konzepte, die vor und während einer Wahl den Redaktionen helfen. Hierbei sind besonders auch kleinere Redaktionen berücksichtigt. Andererseits entstand eine Liste von allgemeinen Themenvorschlägen und eine, die speziell darauf abzielt, jugendliche Leser anzusprechen.

Allgemeine Leitlinien

1. Die Redaktion sollte möglichst frühzeitig ihr Konzept entwickeln und einen groben Überblick den Parteien zukommen lassen oder noch besser im Blatt veröffentlichen. So lassen sich auch besonders „harte Regeln" (die Redaktion nimmt nur einen Wahltermin wahr) oder ungewöhnliche Reihenfolgen von Artikeln besser verkaufen.

2. Nicht der Terminplan der Parteien bestimmt den Verlauf der Berichterstattung, sondern das Konzept der Redaktion. Jede Entscheidung für oder gegen die Berichterstattung über ein so genanntes Wahlkampfereignis ist legitim – wenn diese Entscheidung innerhalb des Konzeptes begründbar ist. Der Proporzgedanke ist dabei unerheblich: Die gute Geschichte oder der lokale Bezug gehen vor.

3. Vorzustellen sind alle Direktkandidaten.

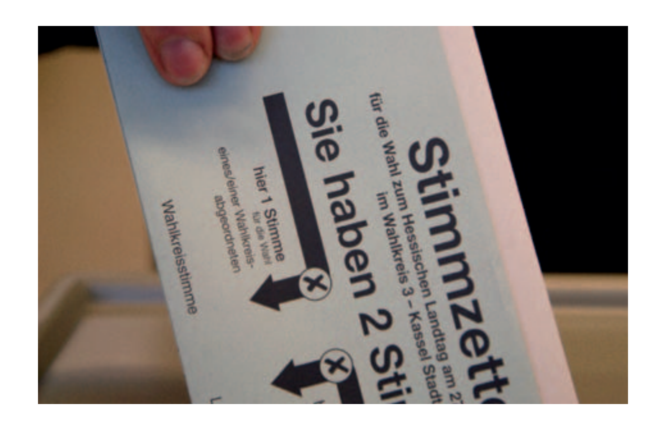
4. Angekündigt werden sollten alle Veranstaltungen. Dabei entscheidet die Redaktion, ob nicht vielleicht eine Notiz genügt, die nur Ort, Zeit und Name enthält. Gut geeignet für solchen Kleinkram ist eine tägliche Rubrik „Rund um den Wahlkampf".

5. Bei eigenen Veranstaltungen und Aktionen ist die Zeitung Herr des Verfahrens und entscheidet, welche Kandidaten sie einlädt oder zu Wort kommen lässt. Empfehlenswert ist hier die Beschränkung auf die bereits im Bundestag vertretenen Parteien.

6. Kandidaten dürfen sich zum Wahlkampf äußern, allerdings nur in Form von Stellungnahmen, die journalistisch aufzubereiten sind. Leserbriefspalten sollten generell von Beiträgen politischer Funktionäre freigehalten werden.

7. Die Kommentierung von Wahlkampfereignissen oder politischen Vorhaben ist immer möglich. Wahlempfehlungen oder Aussagen über die generelle persönliche Eignung eines Kandidaten sollten allerdings unterbleiben.

8. Der Samstag vor der Wahl (bei Sieben-Tages-Blättern der Sonntag) sollte frei von Berichten über Parteiveranstaltungen sein, da auf etwaige Fehler oder Kritik nicht mehr reagieren kann. Stattdessen empfiehlt sich ein Leserservice zum Thema Wahlsystem, -ablauf, -geschichte oder eine bunte Geschichte über die Organisation in den Wahllokalen. Parteien, die Großveranstaltungen am Freitag planen, sollte man auf diese Regel im Vorfeld ausdrücklich hinweisen.



Pflichtprogramm für die Wahlberichterstattung:

Porträts aller Direktkandidaten

Taugliches Stilmittel ist die zurückhaltende Homestory, die niemanden vorführt oder lächerlich macht, aber den Leser dennoch über die Lebensumstände zum Beispiel auch des NPD-Funktionärs aufklärt. Kurzinterview, Faktenbox, Fragebogen oder Test auf Alltagstauglichkeit können ebenso unterhaltende wie informative Ergänzungen sein. Zusätzliche Stücke, die etwa die Leistungsbilanz von Amtsinhabern oder bei Neulingen die Vorstellungen vom politischen Leben zum Thema haben, runden bei Bedarf den Bereich Persönlichkeit ab. Beispiele:

Aussagen zum Wahlkreis als Kurzinterview, auch mal mit privaten Fragen wie nach Lottogewinn, Hobbys, Vorlieben, Wunschberuf und Glück

Kinder interviewen Kandidaten

Spontaner Alltagstauglichkeitstest am Telefon (z. B. Lebensmittel- oder Spritpreise, was kostet eine Fahrkarte nach Berlin?)

Die Programme vorstellen

Zur Leser-Blatt-Bindung trägt eine schnell zu verwirklichende Aktion bei, in deren Rahmen Leser ihre Sachfragen schicken. Alle Kandidaten müssen dann die häufigsten fünf oder zehn Fragen beantworten. Die Antworten werden in Themenkomplexen abgedruckt.

Nah an der Lebenswirklichkeit ist das Herunterbrechen von bundespolitischen Themen durch lokale Reportagen zum Beispiel über die Probleme durch die Lkw-Maut, das Leben von Pflegebedürftigen oder Hartz-IV-Empfängern. Rund um diese Geschichten müssen die Politiker zu den Fragen, Sorgen und Vorwürfen der Betroffenen Stellung nehmen.

Archivarbeit: Was ist aus Versprechen des vergangenen Wahlkampfs geworden?

Streitgespräch mit Politikern und Fachleuten in der Redaktion.

Sach- und Sprechregister des Bundestags anzapfen (www.bundestag.de, Referat W5 Wissenschaftliche Dienste listet auf, ob Reden gehalten, angemeldet und nicht gehalten wurden, sowie alle Anträge und Anfragen: Was tut unser MdB wirklich? Problem: Gleichbehandlung bei Kandidaten ohne Mandat.

Immer lohnenswert: Vergleich der Internetauftritte von Parteien und Kandidaten.

Hintergrund

Texte über die Kosten, die Wahlgeschenke, die Helfer, den Tagesablauf eines Kandidaten oder seine eigene Rolle beim Auftritt des prominenten Parteifreundes beleuchten die andere Seite des Wahlkampfes.

Mal jene ins Rampenlicht rücken, die im Hintergrund schuften (Was tut eigentlich der Wahlkampfmanager? Mit dem Wahlkampfteam unterwegs; Manöverkritik nach dem Auftritt des Kandidaten).

Eckdaten des Wahlkampfs nennen (Wie viel kostet der Wahlkampf? Was zahlt der Staat? Wie viel Werbemittel gibt es, z. B. Flyer, Plakate, Postwurfsendungen).

Fachleute begutachten kritisch Wahlplakate.

Wer unterstützt aktiv aus der Partei? Wer stellt den Terminkalender des Kandidaten nach welchen Kriterien auf?

Wahlgeschenke: Was schenken Parteien den Wählern? Wo wird gespart?

Thema Alkohol: Bei jedem Termin ein Glas Sekt, ein Schnaps, bei den Wahlveranstaltungen reichlich Bier – wie sieht es mit dem Vorbild für Jugendliche aus?

Service

Selten wirklich bekannt oder noch in Erinnerung sind die Einzelheiten rund um Briefwahl, Wahlsystem, den Zuschnitt des Wahlkreises, die einzelnen Wahllokale, die Ergebnisse der vergangenen Wahlen und die technischen Neuerungen bei der Stimmabgabe.

Wahlmodalitäten klären: Die Kommune unter Druck (Zahl der Stimmberechtigten, EU-Wähler, Erstwähler.

Wie werden die Wahlvorstände rekrutiert? Welche Ausreden sind die beliebtesten, um nicht antreten zu müssen? Wie sehen die Entschädigungen für Beamte und Ehrenamtliche aus?

Wie sieht der Wahlzettel aus?

Moderne Technik: Wahlmaschinen und Sehhilfen.

Wahlkreis vorstellen.

Infos speziell für Jugendliche: Wahlbegriffe klären.

Eine Podiumsdiskussion wurde bewusst nicht ins Pflichtprogramm aufgenommen. Im Gegensatz zu solchen Veranstaltungen auf kommunalpolitischer Ebene ist der Wert bei bundespolitischen Kandidaten oft begrenzt. Es ist schwer für die Moderatoren, die Debatte bei lokalen Themen zu halten, und Mitglieder extremer Parteien im Plenum machen nicht selten den geplanten Ablauf unmöglich.

Mein erstes Mal – so klappt's mit der jungen Leserschaft

Organisatorisches

Zuständigkeiten in der Redaktion klären: Wo läuft was? Arbeitsteilung, wer kümmert sich um das Thema „Erstwähler"?

Wo sind die Fachleute?

Ansprechpartner: Beratungsstellen, Jugendpfleger, Jugendräte etc.
Schreiber/Mitarbeiter: Schülerzeitungsredakteure, junge „Freie" etc.

Konzept

„Junge Themen" sollten sich quer durchs Blatt ziehen. Kein „Sonderreservoir" Jugendseite (wer eine Jugendseite hat, kann diese natürlich zusätzlich nutzen).

Mögliche Kennung durch extra Jugend-Logo oder durch besondere Gestaltung/Layout (z. B. Bildschnitt, Farbe, Comic/Karikatur, keine Gruppen-Reihe als Foto).

Verschränkung mit Online-Auftritt der Zeitung. Das Konzept sollte dem Leser klar mitgeteilt werden (durch eine Sonderseite, einen Artikel etc.). Zeitung als Vermittler.

Erwähnung: Wir werden verstärkt junge Leute/Wähler zu Wort kommen lassen.

Erklärstücke

Kooperation mit der bpb (www.hanisauland.de) oder den Kindernachrichten des ZDF „logo" Erklärkasten zum Text platzieren (Begriffe wie Erst- und Zweitstimme etc.), entweder durch Jugendliche selbst oder Redakteure erklären

Quiz

Kasten mit weiterführenden Links

Grafiken

Kandidaten

Der Kandidat früher: Jugendfoto und Geschichten, wie haben sich Kandidaten früher engagiert, „meine erste Wahl".

Der Kandidat heute: persönliche Bilanz und Positionierung, Jugendparteimitglieder interviewen Kandidaten der anderen Partei.

Kandidaten werden von Jugendlichen auf Tour mitgenommen (Rockkonzert etc.).

SMS-Fragebogen von Jugendlichen an Kandidaten.

Bunte Geschichten

PISA für Politiker

Plakate: Was gibt es da zu grinsen?, Schüler malen Plakate, Graffiti

Homepage-Test mit Jugendlichen

Kandidaten malen Deutschlands Zukunft

Glosse/Satire

Politikersprache

Insignien der Macht

Reportagen: Berufe rund um die Wahl

Aktionen

Auftakt: mit Ankündigung (Disko mit Vorwahl, Kontroverse und Wettbewerb der Kandidaten)

Gewinnspiele

Kandidaten-Hotline

Schüler interviewen Politiker an einem typischen Jugend-Ort (marode Sporthalle, Skater-Park etc.)
Nichtwähler und Wähler interviewen sich gegenseitig: Gründe, wählen zu gehen oder nicht wählen zu gehen

Zeitung lädt am Wahlabend ein zur Wahlparty „Die große Koalition" (mit redaktioneller Ausbeute)

Fazit

Jugendliche müssen zu Wort kommen.

Beispiel: täglich „ein Gesicht" mit der Frage: Was würden Sie machen, wenn Sie Kanzler wären? Oder: Was erwarten Sie persönlich von der Bundestagswahl?

Dirk Lübke ist Chefredakteur der Zeitungsgruppe Lahn-Dill



Auf PISA-Test folgt Polit-Protest

Zeitung stellt Politikern auf ungewöhnliche Weise ihr Wahlkampf-Konzept vor

Ein ernstes Anliegen verband die Wetzlarer Neue Zeitung mit einer augenzwinkernden Aktion. Sie lud im Jahr 2002 die Bundestagskandidaten ihrer Region ein, um ihnen das Konzept der Redaktion für die Wahlberichterstattung vorzustellen. Gleichzeitig waren die Politiker aufgefordert, neun Aufgaben aus der PISA-Studie zu lösen. Im „spaßigen" Wettbewerb mit den Kandidaten standen 17 Gymnasiasten, die zum ersten Mal wählen durften. Beobachtet wurden Politiker und Erstwähler von leitenden Redakteuren der Zeitung. Dirk Lübke, Chefredakteur der Zeitungsgruppe Lahn-Dill, berichtet über die Aktion.

Die 14 Direktkandidaten und Listenplatzbewerber aus drei hessischen Wahlkreisen bekamen Anfang Mai 2002 eine Einladung, ins Pressehaus der Zeitungsgruppe Lahn-Dill (u. a. „Wetzlarer Neue Zeitung", „Marburger Neue Zeitung") nach Wetzlar zu kommen. Die Redaktion wollte ihr Konzept für die Wahlkampfberichterstattung vorstellen. Die neun Lokalredaktionen sowie Mantel und Online hatten das Konzept in den Monaten zuvor erarbeitet.

Zehn Tage vor dem Termin erhielten alle Kandidaten einen weiteren Brief. Darin stand – neben der bereits ausgesprochenen Einladung – Folgendes: „Darüber hinaus würden wir Sie auch bitten wollen, im Nachgang bzw. Fortgang zur PISA-Debatte und zur Rechtschreibreform die Probe aufs Exempel zu machen. Wir würden Ihnen allen ein paar Rechenaufgaben vorlegen (...) und Sie bitten, dazu fünf Fragen zur Allgemeinbildung zu beantworten. Alle Resultate würden wir gern – selbstverständlich anonym – veröffentlichen."

Ungeahnte, wahlkreisübergreifende „Koalitions"-Gespräche setzten nach dem zweiten Brief ein. Der SPD-Mann, der bereits im Bundestag saß und erneut kandidierte, sprach sich mit dem CDU-Mann aus dem anderen Landkreis ab. Der Sozialdemokrat kam zu dem Ergebnis: „Da mache ich nicht mit." Der Christdemokrat hingegen sah es sportlich: „Es gibt Schlimmeres". Eine Bundestagsbewerberin aus dem konservativen Lager schrieb an die Chefredaktion: „Ob ich mich allerdings auf einen von Ihnen durchgeführten ‚Intelligenztest' einlasse, werde ich vor Ort kurzfristig entscheiden, weil ich persönlich dieses Ansinnen für anmaßend und unzumutbar halte. Ich glaube nicht, dass meine sowieso knapp bemessene Zeit mit einem Ratespiel à la ‚Wer wird Millionär?' vergeudet werden sollte."

Kontroverse Diskussion

Am 19. Juni 2002, drei Monate vor der Bundestagswahl, um 10.15 Uhr war es dann so weit. 14 Männer und Frauen, die für die damals im Bundestag vertretenen Parteien CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und PDS antraten, kamen zur Vorstellung des Wahlberichterstattungskonzepts. Dazu kamen 17 Schüler – alle Erstwähler – und ein Lehrer des Wetzlarer Gymnasiums Goetheschule. Nach der Begrüßung und der Vorstellung der Tagesordnung ging es zur Sache. Während leitende Redakteure der Zeitungsgruppe Lahn-Dill die vorbereiteten Fragebögen verteilten, beklagten einige Politiker eine „bewusst inszenierte Konfrontation". Andere, darunter auch Schüler, sprachen vom „Machtmissbrauch der Medien". Etwa 45 Minuten zog sich diese Diskussion hin. „Wir sollten das machen" war dabei genauso zu vernehmen wie das kategorische „Das ist Kasperei und hat mit Politik nichts zu tun".

Um 11 Uhr verließen die Politiker den Besprechungsraum und bildeten in der Kantine nebenan einen vertraulichen, parteiübergreifenden Gesprächskreis. Sie fanden schließlich eine Sprachregelung und ernannten einen Sprecher. Dieser verlas, zurückgekehrt zu den wartenden Schülern und Journalisten, eine Erklärung: „Die Mehrheit wird mitmachen, aber gewollt haben wir das nicht." Zwei Kandidaten blieben standhaft beim Nein zur Übung „Politiker proben PISA". Die verbleibenden zwölf Bundestagsbewerber schauten erstmals in die ausgehändigten Fragebögen und begannen mit dem Ausfüllen. Nach 15 Minuten waren Schüler und Politiker fertig, die Aufgaben waren gelöst, die Zettel abgegeben.

Die Kern-Aufgaben: Angaben zu einem Diagramm über den Wasserstand und Zustand des Tschadsees von heute bis 12 000 v. Chr. zu machen, drei Briefe und deren Inhalte verständlich zu erläutern, eine Dreieckfigur unter mehreren Dreiecken zu erkennen sowie ein Baumdiagramm zur Bevölkerung im Erwerbsalter zu lesen und zu erklären. Aufgaben, die in Lehrerkreisen bekannt waren und auch bei www.bildungsserver.de und bei www.zeit.de gestellt wurden. Die Schülerinnen und Schüler mussten die Runde dann verlassen, da der Unterricht rief. Sie hätten gerne mehr über das Wahlberichterstattungskonzept der Zeitung erfahren und auch gerne mehr von den Politikern erfragt. Kopien des achtseitigen Wahlberichterstattungskonzeptes nahmen sie mit.

Nicken und Naserümpfen

Leitende Redakteure der Zeitungsgruppe bekräftigten, dass niemand „blamiert und vorgeführt" werden sollte. Politik müsse allerdings bei sinkendem Wahl- und Beteiligungsinteresse der Bevölkerung Wege suchen und auch gehen, mehr Beteiligung und Einmischung zu erreichen. PISA sei an Aktualität nicht zu überbieten, habe etwas mit der Zukunft dieser Gesellschaft und dem Thema Bildung zu tun. Und das hätten sich alle Parteien auf die Fahne geschrieben. Politiker redeten alle über die Studie; da sei der Versuch nahe liegend, ein paar Fragen dazu an sie zu richten. Naserümpfen, Augenverdrehen und zustimmendes Nicken spiegelten die Bandbreite von Zustimmung bis Ablehnung aus den Politikerreihen.

Das Wahlberichterstattungskonzept der Zeitungsgruppe wurde den Politikern vorgestellt. Nach etwa einer Stunde – ohne große Nachfragen – war alles erläutert und transparent gemacht. Eine Woche nach „Politiker proben PISA" standen die Ergebnisse des „Spaß"-Wettbewerbs in der Zeitung, mit Text und Grafik – und dem deutlichen Hinweis, dass das Ergebnis nicht repräsentativ sei. In der Grafik zeigten zwei Säulen den „Anteil der richtigen Antworten in Prozent": Die Politiker kamen auf 76,6 Prozent, die Schüler schnitten mit 89,5 Prozent besser ab. Auf einer weiteren Sonderseite wurden in derselben Ausgabe die neun Fragen aus vier Aufgaben den 250 000 Lesern angeboten. „PISA zum Probieren" nannte die Zeitungsgruppe das; die Lösungen standen kleingedruckt am Fuß der Seite – auf dem Kopf.

Fazit: Für Politiker, die „ihre" regionale Abo-Zeitung als willigen Transporteur für Aussagen und Nicht-Aussagen aller Art kennen, ist die „Instrumentalisierung der Politiker" eine neue Erkenntnis, eine Umkehr der Gewohnheiten. Denen, die sich gerne ins rechte Licht gerückt sehen und auch in (fast) jedes Bild drängen, ist das Heft des Handels abhanden gekommen. Manche reagierten mit Verunsicherung, Abwehr, Konfrontation, andere mit Humor und Sportsgeist.

Kontakt

Dirk Lübke
Chefredakteur Zeitungsgruppe Lahn-Dill
Telefon: 06441 959595
E-Mail: d.luebke@mittelhessen.de

Donnerstag
20. Juni 2002

Wetzlar · Lahnau · Aus der Region 19

Bundestags-Kandidaten auf dem Prüfstand

Das PISA-Lehrstück

Von Sven Jessen (0 64 41) 95 95 95
redaktion.wnz@mail.mittelhessen.de

Wetzlar. Um 10.15 Uhr ist es vorbei mit der Ruhe. Die PISA-Studie, die Anfang des Jahres wegen schlechter Noten für deutsche Schüler und in diesen Tagen wegen Mutmaßungen um schulische Qualitätsunterschiede in den Bundesländern für Gesprächsstoff sorgt, lässt auch in Wetzlar den Regungen freien Lauf. Kernfrage: Sind Politiker - hier Bundestags-Kandidaten aus drei mittelhessischen Landkreisen – die richtigen Kandidaten, um in 15 Minuten vier Fragen aus der PISA-Studie zu beantworten? Anonym und freiwillig zu beantworten? Im spaßigen „Wettbewerb" mit 15 Schülern der Wetzlarer Goetheschule? Im Pressehaus dieser Zeitung in Wetzlar? Das Ergebnis des „Mannschaftswettbewerbs" hinterher - anonym wohlgemerkt - von Journalisten veröffentlicht? Pfui Teufel oder eine schöne Idee zum Auftakt für ein Treffen zwischen Schülern, Journalisten und Politikern? Lesen Sie über einen Versuch, der Beifall und Pfiffe hervorrief.

Vor allem „Showcharakter" habe eine solche Aktion und solle die Bundestagskandidaten vor den Schülern blamieren, kritisiert Dr. Frank Schmidt (CDU/Hochtaunus-Wahlkreis/Landkreis Limburg-Weilburg). Über Teilnahme und Nichtteilnahme müsse jeder frei entscheiden dürfen. Der Leiter der Nachrichtenredaktion dieser Zeitung, Dr. Alexander Marinos, betont, dass sich gerade ein Thema wie die PISA-Studie dazu eigne, Schüler und Erstwähler mit ins Boot zu holen. PISA sei seit Jahresbeginn eines der wichtigsten bundespolitischen Themen.

Die Schüler werden langsam ungeduldig. Während die Politiker über die Teilnahme diskutieren, beginnt Zwölftklässler Florian Gimmler mit dem Ausfüllen des Fragebogens. In einer Grafik den Wasserstand ablesen, Daten aus einer Arbeitsmarktstatistik ermitteln und Fragen mit mehreren vorgegebenen Lösungen richtig beantworten sei nicht besonders schwer. Lediglich die zwei Texte, die sich mit Graffiti befasst hätten, seien eine gewisse Herausforderung, sagt er. Für alles habe er „gerade mal zehn Minuten" gebraucht. „Die Diskussion über den PISA-Test hat viel zu lange gedauert", erklärt Florian Gimmler später.

Rückzug nach nebenan

Die Politiker ziehen sich in einen Nebenraum zurück und diskutieren parteiübergreifend über Mitmachen oder Nicht-Mitmachen. Wenig später sind sie zurück. Holger Haibach (CDU/Hochtaunus-Wahlkreis/Landkreis Limburg-Weilburg) erklärt stellvertretend: „Wir bleiben bei der Meinung, dass das die Art der Vorführung ist, die wir nicht wollen und nicht gewollt haben. Wir wollen uns aber nicht verschließen. Die Mehrheit wird mitmachen, aber wir finden die Art und Weise nicht gut."

Inzwischen ist es kurz nach 11 Uhr, mehr als eine Dreiviertelstunde vergangen. Die Schüler mit ihren Lehrern Helmut Laux und Günter Schulz müssen bald zurück in die Goetheschule. „Wir hätten die Zeit mit den Politikern besser nutzen können, etwa zu Diskussionen in Kleingruppen", kritisiert Schülerin Bianca Schäfer. Der Widerstand der Politiker sei bei einer solchen Aktion von Beginn an zu erwarten gewesen. „Ich habe heute nichts gelernt, sondern nur die Macht der Medien gespürt", sagt sie.

Dem hält Dr. Marina Marschall (FDP/Wahlkreis Marburg-Biedenkopf) entgegen, dass eine Grundsatzdiskussion über die Teilnahme am Test unbedingt nötig sei. Gerade solche Diskussionen würden den Demokratieprozess widerspiegeln. „Das war kein Humbug, sondern Lebenswirklichkeit", sagt sie. Schüler Magnus Mutschler hält einen Verzicht auf den Test für angebracht, weil die Ergebnisse ohne Namensnennung keine große Aussage mehr hätten. Dem entgegnet Erika Lotz (SPD/Bundestagsabgeordnete für den Lahn-Dill-Kreis): „Ich hatte den Eindruck, dass es auf Unverständnis gestoßen wäre, wenn sich die Politiker nicht beteiligt hätten." Sibylle Pfeiffer, die CDU-Kandidatin aus dem Lahn-Dill-Kreis, erklärt, dass die Schüler nur eingeladen wurden, weil die Redaktion vom Widerstand der Politiker habe ausgehen müssen. Mit den Schülern habe der Druck auf Politiker zum Mitmachen erhöht werden sollen. Dr. Frank Schmidt (SPD/Wahlkreis Hochtaunus/Landkreis Limburg-Weilburg) spricht im Zusammenhang mit dem PISA-Fragebogen von einer „provozierten Konfrontation", seine Politiker-Kollegin Dr. Marina Marschall (FDP/Wahlkreis Marburg-Biedenkopf) von einem „Lehrstück". Schülerin Natascha Wagner sagt: „In der Zeit, in der hier diskutiert wurde, hätten wir den Bogen schon ausfüllen können." Ihr Schulkollege Sebastian Bause kommentiert: „Ich finde die Diskussion etwas kleinkariert." Der Chefredakteur dieser Zeitung, Dirk Lübke, erklärt, dass niemand „blamiert und vorgeführt" werden soll. Politik müsse allerdings bei sinkendem Wahl- und Beteiligungsinteresse der Bevölkerung Wege suchen und gehen, wieder mehr Beteiligung und Einmischung zu erreichen. PISA sei an Aktualität nicht zu überbieten, habe etwas mit der Zukunft dieser Gesellschaft und dem Thema Bildung zu tun. Und dass hätten sich alle Parteien auf die Fahnen geschrieben. Politiker redeten alle über die Studie, da sei der Versuch naheliegend, ein paar Fragen dazu an die zu richten, die darüber sprechen.

BUNDESTAGSWAHL AM 22 SEPTEMBER 2002

11.30 Uhr: Die Schüler müssen gehen. Die Fragebögen sind abgegeben. Die Politiker bleiben bis 14 Uhr, erfahren eine Menge über das achtseitige Wahl-Berichterstattungs-Konzept. Zehn von 14 Fragebögen sind abgegeben.

In den nächsten Tagen wird diese Zeitung eine Sonderseite mit Fragen aus der PISA-Studie und den richtigen Antworten dazu veröffentlichen. Zum Mitmachen und prüfen für Sie, die Leserinnen und Leser. Auch werden wir dann anonym – wie angekündigt und versprochen – die Ergebnisse unseres kleinen „Wettbewerbs" veröffentlichen, der gestern Morgen zu einem großen Wettbewerb der Worte geführt hatte.



Schülerinnen und Schüler der Wetzlarer Goetheschule füllen den PISA-Fragebogen im Pressehaus dieser Zeitung aus. (Fotos: Vetter)





Kandidatinnen und Kandidaten beraten sich parteiübergreifend: mitmachen oder nicht mitmachen?

Vorgeschichte

Diese Zeitung hat die für den Bundestag kandidierenden Politiker vor etwa sechs Wochen eingeladen und gebeten, vier Stunden Zeit mitzubringen – um das redaktionelle Konzept zur Wahlkampf-Berichterstattung ausführlich vorstellen zu können. Vor wenigen Tagen erhielten die Eingeladenen einen weiteren Brief, in dem die Chefredaktion darstellte, dass das Zusammentreffen auch für eine kleine „Übung" aus dem Themenfeld der PISA-Studie genutzt werden würde. Daraufhin reagierte ein Kandidat und erklärte per Fax, an einer solchen PISA-Übung nicht teilnehmen zu wollen. Eine Kandidatin teilte – ebenfalls per Fax – zunächst ihr Erstaunen mit und im weiteren, sich eine Entscheidung über eine Teilnahme an der Fragebogen-Aktion vorzubehalten. Dazu meldeten sich zwei Anrufer in der Redaktion, um nach Details zu fragen. (red)

Standpunkt



Von Alois Kösters
(0 64 41) 95 95 95
a.koesters@mail.mittelhessen.de

Es sollte ein viertelstündiger, spaßiger Auftakt werden. Es wurde eine ganze Lehrstunde über Verhaltensmuster in der Politik. Zeichnen wir es nach: Da sollten vier Fragen aus der Pisa-Studie anonym und freiwillig beantwortet werden, um die Ergebnisse mit denen einer Schülergruppe zu vergleichen. „Kein großes Thema", würde mancher sagen. Der Politiker setzt jedoch den rhetorischen Hammer an und dengelt aus einem kleinen Spaß ein Angst machendes Riesengebilde: „bewusst inszenierte Konfrontation", „Machtmissbrauch der Medien" – die Begriffe sind da, der Konflikt ist in der Welt. Jetzt das Verfahren: Es wird zunächst vorgeschlagen, eine Arbeitsgruppe zu bilden. Dann wird ein vertrauliches überparteiliches Gespräch verabredet. 14 Politiker ziehen sich zurück, stecken die Köpfe zusammen, finden eine „Sprachregelung", ernennen einen Sprecher. Und der verliest die Erklärung: „Die Mehrheit wird mitmachen, aber gewollt haben wir es nicht." Jetzt zum Ergebnis: Politiker schauen sich zum ersten Mal den Gegenstand an, der die Auseinandersetzung ausgelöst hat. Eine Viertelstunde vergeht. Die Aufgaben sind gelöst. Fertig. Schade nur, dass der Humor dabei auf der Strecke geblieben ist. Oder war das alles nur eine spaßige Spontaninszenierung, mit der sich die Politik selbst karikiert hat? Dann allerdings – Hut ab vor unseren Kandidaten!

Bericht auf dieser Seite

„Das PISA-Lehrstück"

Für erheblichen Wirbel sorgte das Ansinnen der Zeitungsgruppe Lahn-Dill, mit den Bundestagskandidaten der Region einen PISA-Test machen zu wollen. Was sich die Redaktion als unterhaltsame Aktion ausgedacht hatte, wird von den Politikern als Affront betrachtet. Schließlich machen 10 der 14 Kandidaten bei dem Test mit.

Diese Zeitung legte Fragebogen vor

Hier steht das Resultat aus Schüler gegen Kandidat

Wetzlar (hü). Mehr als ein Dutzend Schüler der Wetzlarer Goetheschule und Politiker aus Mittelhessen waren am 19. Juni Gäste der Zeitungsgruppe Lahn-Dill, zu der auch diese Zeitung gehört. Den Zwölftklässlern und Direktkandidaten bzw. Listenplatzbewerbern von im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien stellte die Redaktion dieser Zeitung ein Konzept vor – und zwar das Wahlkampf-Berichterstattungs-Konzept. Den Gästen aus den drei Landkreisen Limburg-Weilburg, Lahn-Dill-Kreis und Marburg-Biedenkopf ist ein achtseitiges Papier mit journalistischen Zielsetzungen, Themenschwerpunkten und Rahmenbedingungen ausgehändigt worden. Das war Anfang des Jahres von den Redaktionen erarbeitet und mit Vorschlägen und Ideen der Bundeszentrale für politische Bildung angereichert worden. Die Redaktionen hatten zudem einen kleinen Fragebogen aus der PISA-Studie mit neun Fragen in vier Aufgaben vorbereitet, der anfangs von den Schülern und Politikern ausgefüllt werden sollte. Die den Politikern in zwei Briefen Tage und Wochen vorher als freiwillig und anonym angekündigte „Spaß"-Aktion sorgte zu Beginn des Treffens für Diskussionsstoff – und Widerstand. Schließlich machten aber zehn von 14 Politikern bei dieser Aktion mit, die Schüler nahmen ohne Ausnahme teil. Für den heimischen Wahlkreis 174 waren Sibylle Pfeiffer (CDU), Erika Lotz (SPD), Sigrid Kornmann (FDP), Mona Weber (PDS) und Maria Schelberg (B90/Grüne) der Einladung nach Wetzlar gefolgt.



Welche von diesen heimischen Kandidaten den Fragebogen ausfüllten, ist unbekannt.

Die Auswertung, die weder repräsentativ noch normativ ist, finden Sie in der obenstehenden Grafik. Für jede richtig beantwortete Frage – es waren insgesamt neun Fragen in vier Aufgaben zu beantworten – gab es einen Punkt, für jede nicht oder falsch beantwortete Frage keinen Punkt.

Die in der Grafik benannten Prozentwerte geben also an, wie viel Prozent der maximalen Punktzahl alle teilnehmenden Schüler zusammen und wie viel Prozent die zehn Politiker gemeinsam erreichten. Tendenz: Einige Politiker taten sich bei der Geometrie schwer, einige Schüler hatten Probleme beim Lesen eines Baumdiagramms.

Für interessierte Nachahmer: Auf Seite 28 hat diese Zeitung dieselben neun Fragen in vier Aufgaben auf einer Sonderseite zusammengestellt, die auch von den Politikern und Schülern am 19. Juni beim Besuch im Pressehaus Wetzlar bearbeitet worden waren. Am Fuß der PISA-Sonderseite finden Sie die Lösungen.

Seiten 1, 3, 4 und x@ct
PISA-Sonderseite 28

@ *Weitere Informationen zum Thema Bundestagswahl finden Sie unter www.mittelhessen.de, weitere Infos zur PISA-Studie unter www.bildungsserver.de*



Brüten über den Aufgaben (von rechts): Sibylle Pfeiffer (CDU) und Erika Lotz (SPD). (Foto: Vetter)

„Hier steht das Resultat"

Im Wettbewerb Schüler gegen Politiker hatten bei der Zeitungsgruppe Lahn-Dill die Schüler die Nase vorn. Neun Fragen in vier Aufgaben aus dem PISA-Test galt es zu beantworten. Neben der Berichterstattung über den Wettbewerb veröffentlichte die Zeitung auch auf einer Sonderseite die Aufgaben zum Nachmachen für die Leser.

Wochenende, 10./11. September 2005 — BUNDESTAGSKANDIDATEN IM PISA-TEST — Nummer 209 | TÖL 18

Der Weg ist das Ziel

Wenn fünf unterschiedliche Charaktere sich den selben Fragen stellen

Drum prüfe, wer sich an einen Kandidaten bindet . . . Wer in den Bundestag gewählt werden will, muss sich auf Herz und Nieren testen lassen. Die fünf Stimmkreis-Bewerber nahmen es daher auch klaglos hin, als sie die Redaktionsmitglieder Susanne Sasse, Max Czysz und Andreas Steppan getrennt voneinander in die Räume des Tölzer Kurier baten und ihnen ohne Vorwarnung einen Pisa-Test vorlegten. Angst vor schlechten Zensuren brauchte niemand zu haben. Es ging schließlich nicht darum, Mathe- oder Physik-Kenntnisse abzufragen. Viel spannender war zu beobachten, wer wie an die Fragen heranging. Wer ist ein Grübler, wer verbeißt sich oder findet kreative Wege, sein Nichtwissen zu verbergen? Wenn fünf ganz verschiedene Charaktere sich denselben Fragen stellen, kommen dabei die unterschiedlichsten Lösungen heraus – von denen jede auf ihre Weise richtig sein kann. ■ ast



Das Rezept von Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP): „Logisch von hinten an die Frage rangehen". Fotos: Pröhl (5)

Des Apfelbauers hohe Rechenkünste



■ **Frage 1**

Ein Bauer pflanzt Apfelbäume an, die er in einem quadratischen Muster anordnet. Um diese Bäume vor dem Wind zu schützen, pflanzt er Nadelbäume um den Obstgarten herum.
Im unten stehenden Diagramm siehst du das Muster, nach dem Apfelbäume und Nadelbäume für eine beliebige Anzahl (n) von Apfelbaumreihen gepflanzt werden.
a) Vervollständige die nebenstehende Tabelle!
b) Angenommen, der Bauer möchte einen viel größeren Obstgarten mit vielen Reihen von Bäumen anlegen. Was wird schneller zunehmen, wenn der Bauer den Obstgarten vergrößert: die Anzahl der Apfelbäume oder die Anzahl der Nadelbäume? Erkläre, wie du zu deiner Antwort gekommen bist.

n	Apfelbäume	Nadelbäume
1	1	8
2	4	??
3	??	??
4	??	??
5	??	??





Lösung
a) Die Reihen in der Tabelle müssen folgendermaßen lauten (ergänzte Zahlen fett gedruckt):
n = 1, Zahl der Apfelbäume = 1, Zahl der Nadelbäume = 8;
n = 2, Zahl der Apfelbäume = 4, Zahl der Nadelbäume = **16**;
n = 3, Zahl der Apfelbäume = **9**, Zahl der Nadelbäume = **24**;
n = 4, Zahl der Apfelbäume = **16**, Zahl der Nadelbäume = **32**;
n = 5, Zahl der Apfelbäume = **25**, Zahl der Nadelbäume = **40**.
b) Die Anzahl der Apfelbäume nimmt schneller zu. Es ist erlaubt, dies einfach aus der Tabelle abzulesen. Die mathematisch korrekte Erklärung lautet aber: Die Anzahl der Apfelbäume steigt quadratisch, die Anzahl der Nadelbäume linear.

■ **Das meinen die Kandidaten**

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger weiß genau, was der analytische Weg zur Lösung wäre. Das heißt aber nicht zwangsläufig, dass sie diesen Weg auch geht. „Ich müsste den Faktor errechnen, das kann ich aber nicht unter Beobachtung." Was die Politikerin nicht geniert. Blitzschnell zählt sie einfach Kreuze und Punkte. Auch bei fünf Apfelbaumreihen verlässt sie nicht der Mut: „Okay, dann werde ich jetzt eben Großapfelbäuerin." Einen kleinen Irrweg – sie legt regelwidrig einen rechteckigen Garten mit 20 Apfelbäumen an – verlässt sie schnell wieder.
Klaus Barthel will es sich nicht so einfach machen und die Bäume einfach auf der Skizze abzählen. „Ich versuche, da eine Systematik reinzubringen", murmelt der Kochler. Und grübelt. Minuten des Schweigens, der inneren Versenkung. Der Weg zur Lösung ist lang und steinig, aber nach einer Weile gelangt Barthel zum Ziel. „In Mathe habe ich irgendwann den Faden verloren."
Anne Franke schnitt in der Schule besser ab: „Im Mathe-Abitur hatte ich eine Eins." Und **Ilse Aigner** graut auch nicht vorm Rechnen. „Ich habe Elektrotechnik gemacht, da muss man ein bisschen Mathe können." Beide Frauen bewegen sich also mit schlafwandlerischer Sicherheit in abstrakten Zahlenwelten und stellen im Nu zwei logische Reihen auf, mit denen sie die Zahl der Apfel- und Nadelbäume herausfinden. Perfekter Durchblick auch bei der Anschluss-Frage: Beiden Kandidatinnen ist glasklar, dass die Anzahl der Apfelbäume schneller zunimmt. „Die Zahl der Apfelbäume steigt potenziell, bei den Nadelbäumen kommt ja immer nur die Differenz dazu", sagt Anne Franke, und Ilse Aigner wird es später mit fast den gleichen Worten ebenso wissenschaftlich präzise formulieren.
Werner Bäumlers Ansatz stützt sich gar nicht erst auf ein mathematisches Fundament, er hat dafür den Obstgarten sehr konkret vor seinem geistigen Auge. Deswegen ist ihm auch unmittelbar klar, dass in einen großen Garten mehr Apfelbäume hinein als Nadelbäume außenrum passen. Begründung: „Ich schau' da drauf und ich seh' das einfach."



Grübel, grübel und studier': Klaus Barthel (SPD) wollte es bei vielen Fragen ganz genau wissen.

Pfennig-Fuchser



■ **Frage 2**

Folgende Aufgabe bereitete den deutschen Schülern beim Pisa-Test 2000 besondere Schwierigkeiten – damals rechnete man noch mit Pfennigen: Wie kannst du einen Geldbetrag von genau 31 Pfennigen hinlegen, wenn nur Zehn-, Fünf- und Zwei-Pfennig-Münzen zur Verfügung stehen? Gib alle Möglichkeiten an!

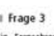
■ **Das meinen die Kandidaten**

Wieder erweisen sich die Damen als äußerst systematisch: Mathe-Ass **Anne Franke** stellt zunächst fest, dass sie entweder drei, acht oder 13 Zwei-Pfennig-Münzen braucht und ergänzt dazu die großen Münzen: ein schneller Weg zu allen Varianten.
Schnarrenberger entscheidet, „logisch von hinten an die Frage ranzugehen", indem sie ebenfalls mit den Zweiern anfängt. Binnen einer Minute findet sie alle sechs Möglichkeiten, als einzige Kandidatin braucht sie keinen Zettel als Hilfsmittel, sondern rechnet alles im Kopf aus.
Klaus Barthel dagegen zeichnet sich die Münzen als mikroskopisch kleine Kringel auf einen Zettel. Nach der ersten Kombination ersetzt er ein Zehnerl nach dem anderen durch Fünf- oder Zwei-Cent-Münzen. Eine Lösung, die durch ihre Einfachheit besticht.
Ilse Aigner entweicht zunächst ein Fluch: „Ach du Schande!" Dann stellt sie zackig vier Möglichkeiten auf einem Blatt zusammen. Nach dem Hinweis, dass noch zwei Varianten fehlen, will sie sich die Lösung nicht verraten lassen, sondern verbeißt sich von Neuem in die Aufgabe: „Da muss ich nochmal suchen." Dass ihre Antwort nicht gleich komplett war, wurmt sie: „Ach ja, mein Gott!"
Werner Bäumlers Ehrgeiz ist schneller erschöpft. Nachdem er Papier und Bleistift verlangt hat, schreibt er zielsicher zwei Lösungen auf, dann verlässt ihn die Lust am Tüfteln. Dabei hatte er doch einen klaren Startvorteil. Bäumler rechnet nämlich auch im Alltag noch am liebsten in Mark und Pfennig. „Weil's für mich einfach ein Wertbegriff ist."

Lösung
Es gibt sechs Möglichkeiten:
1 x 5 + 13 x 2;
1 x 5 + 1 x 10 + 8 x 2;
1 x 5 + 2 x 10 + 3 x 2;
3 x 5 + 8 x 2;
3 x 5 + 1 x 10 + 3 x 2;
5 x 5 + 3 x 2.
Lediglich 1,5 Prozent der 15-jährigen deutschen Testkandidaten konnten alle sechs Kombinationen benennen.

Die Quelle der Fragen
Die Fragen 1 bis 7 sind den Pisa-Tests der Jahre 2000 und 2003 entnommen oder nachempfunden.

Kriminelle Statistik

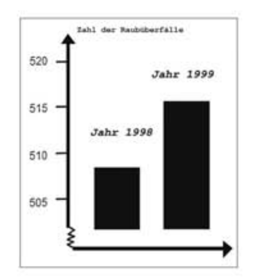


■ **Frage 3**

Ein Fernsehreporter zeigte folgende Graphik und sagte: „Der Graph zeigt, dass die Anzahl der Raubüberfälle von 1998 bis 1999 stark zugenommen hat."
Hältst du diese Aussage des Reporters für eine vernünftige Interpretation des Diagramms? Begründe deine Antwort.



Lösung
Die Aussage ist nicht vernünftig, da nur ein kleiner Teil des Graphen zu sehen ist. Gemessen an der Gesamtzahl der Raubüberfälle von über 500 ist die Zunahme um acht Fälle gering.



■ **Das meinen die Kandidaten**

Eines muss man den Kandidaten lassen: Zu voreiligen, plakativen Schlüssen neigen sie nicht – ganz nach dem Motto: „Traue nur der Statistik, die du selbst gefälscht hast." Zwei Werte – daraus lässt sich in **Anne Frankes** Augen nicht viel ablesen. „Die Raubüberfälle könnten danach ja auch wieder abnehmen. Man bräuchte mindestens drei Bezugspunkte, um etwas daraus abzuleiten."
Werner Bäumler findet die Statistik gleichfalls „zu wenig fundamentiert". „Man muss die Entwicklung schon im Ganzen betrachten."
Die eigentliche Falle durchschauen **Sabine Leutheusser-Schnarrenberger**, **Ilse Aigner** und **Klaus Barthel**. „Eine absolute Zunahme von neun Fällen in einem Jahr, das ist gering", stellt Schnarrenberger fest. Als Spezialistin für Rechts- und Innenpolitik kennt sie Statistiken und ihre Tücken. Auch Aigner ist „der alte Statistiker-Trick" bekannt. „So eine irreführende Graphik macht man immer dann, wenn man sagen will, dass etwas ganz schlimm ist."

Drehwurm



■ **Frage 4**

Welche Aussage erklärt, warum es auf der Erde Tag und Nacht gibt?

A) Die Erde rotiert um ihre Achse.
B) Die Sonne rotiert um ihre Achse.
C) Die Erdachse ist geneigt.
D) Die Erde dreht sich um die Sonne.

Anne Franke (Grüne) hatte im Mathe-Abitur eine Eins. Eine solide Grundlage für den Pisa-Test.

■ **Das meinen die Kandidaten**

Keine Sekunde zögert **Anne Franke**: „Tag und Nacht gibt es, weil die Erde um ihre Achse rotiert." Auch **Ilse Aigner** hält sich hier nicht lange auf: „Ich glaube, dass es die erste Antwort ist." Genauso wenig Zweifel hegt **Klaus Barthel**, aber er will trotzdem noch einmal ganz genau hinschauen. Eine kleine Unstimmigkeit entdeckt er sogar. Dass die Erde um ihre Achse rotiert, erkläre, genau genommen, warum es einen *Wechsel* zwischen Tag und Nacht auf der Erde gibt. „Aber wir wollen ja nicht spitzfindig sein."
Werner Bäumler hält spontan alle Antworten für richtig – nur dass die Sonne um ihre Achse rotiert, schließt er aus. Er wittert eine Fangfrage. „Da wundert mich nicht, dass die Schüler mit Pisa Probleme haben." Also: Nochmal genau die Frage analysieren, die Prüfungsnervosität unterdrücken – so lässt sich Bäumler etwas widerwillig auf die Lösung schubsen.
Auch **Schnarrenbergers** erste Eingebung – Antwort D – täuscht sie. Erst die Blicke des Kurier-Teams lassen sie zweifeln. Sie arbeitet nach dem Ausschlussprinzip und landet schließlich bei der richtigen Antwort.

Lösung
Die richtige Antwort ist A: Die Erde rotiert um ihre Achse.

PISA-Test zur Bundestagswahl 2005, Teil 1

Im Gegensatz zu den Kollegen aus Mittelhessen nahmen die Bundestagskandidaten aus dem Stimmkreis Bad Tölz den PISA-Test gelassen. Auch hier überraschte die Redaktion die Kandidaten bei einem Redaktionsbesuch vor den Bundestagswahlen 2005 mit dem Test. Dabei waren den Journalisten weniger die Mathe- oder Physikkenntnisse der Kandidaten wichtig, als vielmehr deren Herangehensweise an das Problem.

Kontakt
Joachim Braun, Lokalchef Tölzer Kurier
Telefon: 08041 767946, E-Mail: joachim.braun@merkur-online.de

Wochenende, 10./11. September 2005 — BUNDESTAGSKANDIDATEN IM PISA-TEST — Nummer 209 | TÖL 19

Nichts als kalter Kaffee

Frage 5

Der Abgeordnete X hat sich gerade einen Kaffee eingeschenkt, als der Tölzer Kurier anruft – und klar ist, dass das Gespräch länger dauern wird. Der Abgeordnete legt zuvor noch kurz den Hörer zur Seite und überlegt, wie sein Kaffee am längsten warm bleibt. Soll er:
A) die Milch dazugießen, bevor er sich dem Anrufer widmet?
B) die Milch erst nach dem Gespräch hinzufügen?
C) sich nicht so viele unnötige Gedanken machen, da es egal ist, wann er die Milch hinzugießt?
D) die Tasse abdecken?



Lösung
Wie schnell der Kaffee abkühlt, ist abhängig davon, wie groß die Differenz zwischen der Temperatur des Kaffees und der Raumtemperatur ist. Je größer dieser Unterschied ist, desto schneller ist der Kaffee kalt. So ist dem Abgeordneten zu empfehlen, die Milch sofort in den Kaffee zu gießen, um die Differenz zur Raumtemperatur zu verkleinern.

Das meinen die Kandidaten

Sich mit physikalischen Gesetzen aus der Wärme-Lehre auseinander zu setzen, stachelt **Anne Frankes** intellektuellen Ehrgeiz weniger an als die vorangegangenen Mathe-Aufgaben. „Man sollte den Kaffee schwarz trinken, dann bleibt er am wärmsten", heißt ihre pragmatische Empfehlung. Auch wenn sie selbst am liebsten Milchkaffee und Cappuccino mag. Sie genieße das „Schaumschlagen zwischendurch": „Da darf man's ja." In der Politik ist es weniger ihre Sache.
Auch **Werner Bäumler** ist nicht der Typ, der gerne das Physik-Handbuch zur Hand nimmt, um alltägliche Entscheidungen zu treffen – zumal er selbst seine drei bis vier Tassen Kaffee am Tag nur ohne Milch einnimmt. Mit theoretischen Überlegungen über Getränketemperaturen hält er sich nicht auf.
Für Antwort D findet sich eine schwarz-rot-gelbe Koalition zusammen. „Ich mag eh keine Milch, aber einen Deckel draufzutun, halte ich dennoch für nicht ganz verkehrt", sagt **Schnarrenberger**. Doch dann schwankt sie, zieht auch Antwort C in Erwägung. „Dass der Kaffee sowieso kalt wird, stimmt." **Ilse Aigner** ist dagegen unbeirrbar. „Man muss die Tasse abdecken, weil die umgebende Raumluft sonst die Oberfläche kühlt. Das ist Physik!", ruft sie triumphierend. Die Musterantwort A will sie nicht gelten lassen: „Das ist ja Quatsch!"
Auch **Klaus Barthel** mag die Methode selbst nach eingehender Überlegung nicht vollkommen einleuchten. Der Kochler kommt schlussendlich zu einer ganz eigenen Lösung: „Man sollte die Milch rechtzeitig aus dem Kühlschrank nehmen, dann wird sie warm."

Auf den Hund gekommen

Frage 6

Wenn der Hund sein Herrchen an der Leine durch den Park zerrt, macht das Herrchen etwas falsch, nicht der Hund. Wer will, dass sein Hund einigermaßen gehorcht, sollte die Hundesprache ein wenig beherrschen – und sich den Regeln entsprechend verhalten, die in einem Rudel normalerweise gelten, der Hund ist nun mal ein Rudeltier. Was sollte ein Hundebesitzer tun, wenn er für seinen Hund der Ranghöhere bleiben will?
A) Den Hund füttern, bevor er selbst isst.
B) Immer vor dem Hund durch die Tür gehen.
C) Bei Spaziergängen immer den gleichen Weg nehmen.
D) Es sich nachts auf dem Sofa bequem machen, wenn der Hund das Bett schon besetzt hat.

Das meinen die Kandidaten

Den Leitwolf mimen? **Anne Franke** hat subtilere Methoden, damit das Tier tut, was Frauchen will. Franke lässt höflich dem Tier beim Speisen den Vortritt. „Wenn man danach selbst isst und ihm verbietet zu betteln, dann kann er das leichter befolgen, wenn er keinen Hunger mehr hat." Auch sonst lässt sich Franke ihr Sozialverhalten nicht von Gesetzmäßigkeiten aus dem Tierreich diktieren. „Bei den Löwen dürfen immer die Männer zuerst ans Fleisch, obwohl die Frauen jagen. Da bin ich schon froh, dass wir nicht diese Ordnung haben."
Auch für **Schnarrenberger** ist klar, dass der Hund zuerst zu fressen bekommt. Hatte sie deshalb Probleme mit der Erziehung ihres Scotch-Terriers namens Martin Luther? Schnarrenberger ist jedenfalls liberal: „Mein Hund geht dann durch die Tür, wann er will."
Werner Bäumler ist von den den unbarmherzigen Regeln der Natur nicht so entfremdet. „Der Rudelführer ist immer der Chef", steht für den ehemaligen Hundehalter fest, und um das zu zeigen, muss er auch vor dem Hund durch die Tür. **Klaus Barthels** Herrchen-Kenntnisse speisen sich nicht aus der Praxis, sondern aus der Überlegung: „Der Rudelführer geht voraus, die anderen hinterher." Und **Ilse Aigner** zitiert ebenfalls entschlossen die „Alpha-Tier-Regel". Auch in Begleitung von Männern schreitet sie gerne als erste durch die Tür. „Wenn Herren mir die Tür aufhalten, schätze ich das sehr."

Lösung
Zu 90 Prozent ist der Mensch schuld, wenn sich der Hund daneben benimmt, sagen Hundetrainer. Der Mensch muss für seinen Hund Alpha-Tier des Rudels sein, der absolute Chef, der sagt, wo's lang geht. Deshalb muss der Hund ihm durch die Tür folgen und darf nicht zuerst hinausstürmen, da er sonst denkt, er sei der Boss und Rudelführer.

Farbenlehre der Tomate

Frage 7

Welche Farbe hat eine Tomate in grünem Licht?
A) Rot.
B) Grün.
C) Weiß.
D) Schwarz.



Lösung
Nur das weiße Licht enthält sämtliche Farben. Eine Tomate erscheint nur deshalb rot, weil sie aus dem Spektrum des weißen Lichts nur das rote reflektiert. Alle anderen Farben – beispielsweise grün – werden absorbiert, quasi verschluckt. Leuchtet man also nachts eine Tomate mit grünem Licht an, wird dieses komplett absorbiert. Sie reflektiert überhaupt kein Licht, erscheint also schwarz.

Das meinen die Kandidaten

Graphikerin **Anne Franke** fällt ein, dass Rot und Grün Komplementärfarben sind. „Das hebt sich normalerweise auf, könnte also Grau ergeben." Auch **Ilse Aigner** forscht in ihrem Hirn nach Kenntnissen aus der Farbenlehre. „Rot und Grün, hebt sich das jetzt auf, oder wird's ganz schwarz?" Die CSU-Abgeordnete gelangt ausnahmsweise zu keiner klaren Meinung. „Meine Tomaten sind immer schön rot, egal, in welchem Licht sie stehen", stellt **Schnarrenberger** erst einmal klar. Außerdem bemängelt sie, dass die „wichtigste Farbe", Gelb, nicht zur Auswahl steht. Ihr Tipp am Ende: Weiß.
Werner Bäumlers Antwort könnte nicht besser zu einem Kandidaten der Linkspartei passen: „Rot bleibt Rot."
So einfach liegen die Dinge bei **Klaus Barthel** nicht. Er will erst einmal geklärt wissen, welche Farbe die Tomate denn in normalem Licht hat. Nachdem feststeht, dass die Tomate eigentlich rot ist, beginnt ein langes Schweigen – an dessen Ende Barthel nicht nur zur richtigen Lösung, Schwarz, gelangt. Als einziger kommt er auf die richtige physikalische Fährte – auch wenn er in seinem Denkprozess am Ende doch wieder von einer grünen Tomate ausgegangen ist.

Einfach nur zählen

Frage 8

Wie viel Mal enthält folgender Satz den Buchstaben „F"?
„FINISHED FILES ARE THE RESULT OF YEARS OF SCIENTIFIC STUDY COMBINED WITH THE EXPERIENCE OF YEARS."
A) Dreimal.
B) Viermal.
C) Sechsmal.
D) Achtmal.

Lösung
Eine seit Jahren im Internet kursierende Frage, die fast alle Menschen falsch beantworten. Wer drei F sieht, befindet sich im Normalfeld. Vier F zu sehen, ist überdurchschnittlich. Wer auf Anhieb alle sechs F in dem Text sieht, kann sich genial nennen, so vermessen das auch klingen mag. Der Grund: Das durchschnittliche Gehirn übersieht die Worte „OF" und somit dreimal den Buchstaben F, da es das Wort „OF" nicht verarbeitet.

Das meinen die Kandidaten

„Muss ich das jetzt wirklich zählen?" **Ilse Aigner** erscheint die Aufgabe absurd. Andere Kandidaten geraten schon deshalb ins Trudeln, weil sie ihre Lesebrille nicht auf der Nase haben – **Werner Bäumler** holt sie aus der Tasche, **Anne Franke** setzt auf die Methode des langen Arms. Die Gehirne fast aller Kandidaten reagieren normal und ignorieren die drei F's in „OF". „Wahnsinn", findet Franke. **Schnarrenberger** ist begeistert: „Das ist ja toll, das muss ich sofort meinem Mann zeigen." Warum Werner Bäumler vier F's sieht und zwei nicht, dafür gibt es keine Erklärung – jedenfalls ist er überdurchschnittlich. Doch **Klaus Barthel** übertrifft alle. Nach eingehendem Studium kommt er auf immerhin fünf F – eine Lösung, die er allerdings dezent für sich behält, denn sie ist nicht unter den vier Antworten, die zur Auswahl stehen. Sekunden und Minuten später findet er auch das sechste F. Alle Achtung!

Gut vernetzt

Frage 9

Was, bitte schön, ist das? (Zeichnung rechts)

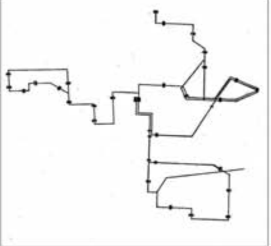
Lösung
Es handelt sich um das Busnetz im Tölzer Stadtverkehr. Links Oberfischbach und Kurviertel, rechts von oben nach unten Gewerbegebiet, Altstadt und Karwendelsiedlung.

Das meinen die Kandidaten

Alle drei Damen erkennen sofort, dass die Skizze etwas mit dem öffentlichen Nahverkehr zu tun hat. „Irgendwas mit Haltestellen", stellt **Ilse Aigner** fest. „Vielleicht ein S-Bahn-Netz", wagt sich **Sabine Leutheusser-Schnarrenberger** hervor. „Schienen gibt's in unserem Wahlkreis nur radial aus München", analysiert **Anne Franke**. Das Ausschlussverfahren bringt alle drei früher oder später auf den Tölzer Stadtverkehr. Die Herren denken dagegen zunächst an Technik. „Das erinnert mich an einen Roboter oder einen Mähdrescher", sagt **Werner Bäumler**. Die erste Assoziation von **Klaus Barthel**: „Schaltpläne." Mit etwas Hilfestellung steigen beide doch noch in den Stadtbus ein.



Werner Bäumler (Linkspartei) kämpfte mit Prüfungsnervosität.



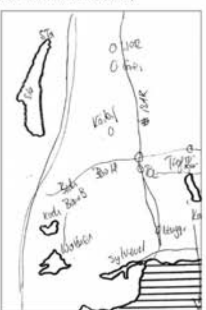
Skizzen einer Landschaft

Frage 10

Ergänze diese Karte des Landkreises! (Vorgegeben: Umrisse Starnberger See, Kochelsee, Walchensee, Sylvensteinsee, Tegernsee, schraffierte Fläche = Österreich).



Die Künstlerin und ihr Werk: Ilse Aigner (CSU) zeichnete die gelungenste Landkreiskarte.



Das malen die Kandidaten

Anne Franke glänzt mit der Kenntnis der Bergwelt. Akribisch verzeichnet sie Benediktenwand, Herzogstand, Heimgarten und Ettaler Mandl. Zum Schluss fehlt die größte Stadt im Landkreis. „Geretsried? Wirklich?" Franke ist überrascht. Die Karte von **Werner Bäumler** wirkt daneben eher rudimentär – in Grundzügen zwar richtig, aber mit etwas verschobener Optik. **Ilse Aigner** hat weniger Orientierungsprobleme. Ihre Karte ist druckreif und deswegen hier abgebildet. Aber auch das Werk von **Klaus Barthel** kann sich – nachdem er es immer wieder neuen Korrekturen unterworfen hat – sehen lassen. **Sabine Leutheusser-Schnarrenberger** wird dagegen wohl niemals an einem Regionalatlas mitarbeiten können. Ihre Landkreiskarte bleibt weitgehend weiß.

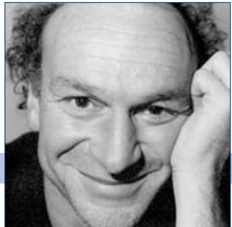
PISA-Test zur Bundestagswahl 2005, Teil 2

EUROPAWAHL


100%
UE / EU
Unión Europea
Evropské unie
Europäischen Union
Euroopa Liidu
European Union
Union européenne
Unione europea
Eiropas Savienības
Europos Sajungos
Európai Unió
Unjoni Ewropea

Kapitel 4: Europawahl

Robert Domes ist freier Journalist



Kapitel 4

Europa, so fern, so nah

Ideen gegen Desinteresse und Ignoranz bei Europawahlen

Zunächst das Positive: Das Europäische Parlament gewinnt an Einfluss. Es kann bei den Gesetzen und Verordnungen aus Brüssel mehr mitreden als bisher. Und immerhin sind etwa vier von fünf Gesetzen und Verordnungen, die der deutsche Bundestag beschließt, nichts weiter als Umsetzungen europäischen Rechtes. Somit ist das Europäische Parlament längst einflussreicher als die nationalen Parlamente der inzwischen 27 EU-Mitgliedstaaten. Dennoch löst das Thema „Europa" bei den meisten Kollegen in den Redaktionen tiefes Seufzen aus. Sie beklagen die unzureichende Öffentlichkeitsarbeit europäischer Institutionen ebenso wie verbreitetes Desinteresse und Ignoranz der nationalen und kommunalen Parlamente. Auch 20 Jahre nach der ersten Europawahl 1979 gibt es für die EU-Berichterstattung im Lokalen große Hürden im Alltag als auch in den Köpfen.

Alles sieht danach aus, als würden sich die Bürgerinnen und Bürger auch bei der nächsten Wahl zum Europäischen Parlament im Sommer 2009 nur schwach beteiligen. Bei der Europawahl 2004 lag die Wahlbeteiligung in Deutschland bei nur 43 Prozent. (Zum Vergleich: Die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2005 lag bei 77,7 Prozent – die niedrigste seit 1949.) Ob die Europawahl-Müdigkeit durch eine engagierte Berichterstattung verbessert werden kann, ist zweifelhaft. Was sich jedoch ändern lässt, ist das Desinteresse, die Ignoranz und das fehlende Hintergrundwissen.

Informationsfluss fehlt

Der Europa-Korrespondent Detlef Drewes hat festgestellt, dass der Blick zahlreicher Lokaljournalistinnen und -journalisten auf Europa schärfer geworden ist. „Viele Zeitungen haben ihre Einstellungen geändert und wollen mehr Service liefern." Es sei heute kein Problem mehr, eine Lokalredaktion für eine EU-Geschichte zu begeistern. Schwierig sei jedoch nach wie vor die Umsetzung. Das fängt schon dabei an, dass in vielen Redaktionen nicht ins Ausland telefoniert werden kann. Das größte Problem sieht Drewes jedoch in der Informationsbeschaffung: „Einen Informationsfluss gibt es weder auf der Verwaltungsebene noch bei den Berufsverbänden." Und: „Es gibt eklatante Defizite im Wissen über europäische Gesetzgebung und Verfahrensregeln." Dies bestätigt auch Uwe Roth vom Redaktionsteam der „EU-Nachrichten": „Der Wissensstand ist erschreckend schlecht." Das gelte für viele Journalistinnen und Journalisten ebenso wie für Landespolitiker.

Dabei gebe es inzwischen zahlreiche Möglichkeiten, sich zu informieren, so Roth. Von den EU-Nachrichten über die täglichen Presseinfos der Vertretung der Kommission in Berlin, die auf Anfragen auch persönlich weiterhilft, bis hin zu den sehr gut informierten Vertretungen der einzelnen Bundesländer in Brüssel (siehe Internet-Adressen).

Dennoch ist Europapolitik nach wie vor selbst für erfahrene Journalistinnen und Journalisten ein Irrgarten. Drewes beklagt, dass die Informationspolitik der Europäischen Kommission eher eine Aufklärung der Öffentlichkeit behindere als befördere. „Die Übersetzung der EU-Politik von offizieller Seite ist bis heute eine Katastrophe."

Persönliche Kontakte

Auch Jutta Specht, Redakteurin beim Bonner General-Anzeiger und seit vielen Jahren Expertin in Sachen Europa, kritisiert die amtliche Öffentlichkeitsarbeit aus Brüssel. „Was da kommuniziert wird, ist vollkommen uninspiriert." Um dennoch an fundierte Geschichten zu kommen, bedienen sich Detlef Drewes und mit ihm viele Brüsseler Korrespondenten deshalb der persönlichen Kontakte, der

Experten aus den Landesvertretungen oder auch der Lobbyisten.

Da die Kolleginnen und Kollegen im Lokalen selten über diese Möglichkeiten verfügen, empfiehlt Jutta Specht, sich einen EU-Korrespondenten als Paten für die Geschichte oder Serie zu nehmen. Außerdem sei es hilfreich, regelmäßigen Kontakt zu der oder dem zuständigen EU-Abgeordneten zu pflegen. Natürlich wird kaum ein Abgeordneter alle Details sämtlicher Vorschläge kennen, die im Parlament verhandelt werden. Aber er kennt meistens Spezialisten, die Auskunft geben können. Solche Fachleute finden Journalistinnen und Journalisten auch, wenn sie die Mitgliederliste des entsprechenden Fachausschusses zu Rate ziehen. Dort sollte zumindest für jedes Land ein Vertreter sitzen.

Uwe Roth rät ebenfalls, die EU-Parlamentarier als Quelle zu nutzen. Sie haben zumeist großes Interesse, ihre Politik im eigenen Wahlkreis darzustellen. Deshalb, so meint er, müsse man für eine EU-Geschichte nicht unbedingt in Brüssel anrufen. „In den meisten Fällen geht die Recherche maximal bis Berlin“, so Roth. Eine umfangreiche Liste weiterer Ansprechpartner und Quellen ist auf der Internetseite www.eu4journalists.eu zu finden.

Reiches Themenfeld

Um auf geeignete Themen zu kommen, genüge meistens ein Blick in die eigene Zeitung. Täglich finden sich dort europapolitische Themen, die für den Lokalteil umgesetzt werden können. Weitere Anregungen gibt es in den zahlreichen Newslettern, die von Landesbehörden, Berufsverbänden, Korrespondenten und Abgeordneten herausgegeben werden – und natürlich auf vielen Internetseiten. Vom Klimaschutz bis zur Lebensmittelkontrolle, von Tiertransporten bis zur Produktsicherheit, von der Landwirtschaft bis zum Strommarkt bietet sich ein reiches Themenfeld (siehe Beitrag: Ideen zur Europawahl, Seite 107).

Die Sachthemen sind zu Wahlkampfzeiten besonders wichtig. Denn im Gegensatz zu nationalen Wahlen gibt es bei der Europawahl keinen personalisierten Wahlkampf – noch nicht. Drewes schätzt, dass sich dies in Zukunft ändern wird und dass auch die EU-Parlamentarier mehr als früher auf Köpfe setzen werden. Dennoch steht in der EU-Politik nach wie vor der Streit um Sachthemen über den persönlichen und parteipolitischen Auseinandersetzungen.

Das macht den Wahlkampf für die Kandidatinnen und Kandidaten schwierig. Denn die meisten Themen sind kompliziert, die Verfahren langwierig. Dafür bleibt den Journalisten – und den Bürgern – der ermüdende Parteienstreit weitgehend erspart. So lässt sich zum Beispiel in Serien beleuchten, wo die Querverbindungen zwischen der EU-Politik und der eigenen Region liegen und wie die Kandidaten zu den einzelnen Punkten stehen.

Eine Besonderheit des Europawahlkampfs ist auch seine Kürze. Die Kampagnen beginnen zumeist vier bis acht Wochen vor dem Wahltag. Drewes rechnet damit, dass der Wahlkampf für die Europawahl, die voraussichtlich im Juni 2009 stattfindet, frühestens im März 2009 beginnt. Zudem haben die Kandidaten in dieser kurzen Zeit riesige Wahlkreise zu bedienen. Wichtig ist, dass die Lokalredaktionen ihre Geschichten gut vorbereiten und ihre Fragen zur Wahl lange vorab klären – mit den Kandidaten, ihren Büros, mit Kommunen, Landesbehörden, Verbänden und den hauseigenen Korrespondentinnen und Korrespondenten.

Drewes ist sich im Klaren, dass die Themen häufig sehr trocken sind. „Dazu muss man ständig erklären, wie Europa funktioniert.“ Allerdings lassen sich die Auswirkungen der EU-Politik nirgends besser und anschaulicher beschreiben als im Lokalen. Dazu müssen die Kollegen aber ständig an den Themen dranbleiben, sagt Jutta Specht. „Gute Übersetzungsarbeit kann man nur leisten, wenn man das Thema stets im Blick hat.“ Ihr ist klar, dass dies in häufig schlecht besetzten Lokalredaktionen schwierig ist. Uwe Roth fände es ideal, wenn „Scouts“ mit breitem EU-Fachwissen in die Redaktionen geschickt würden und dort die Kolleginnen

Plackerei für die Partei

Sie gestalten Flugblätter, verteilen Weingummi und kleben Plakate: Junge **Wahlkämpfer** haben vor der Europawahl am 13. Juni viel zu tun. ZiSH begleitete drei Mitglieder kleinerer Parteien bei der Arbeit.



„Wer bestimmt, wie krumm meine Gurke sein darf?" Christian Schmans macht Wahlkampf für die FDP in der hannoverschen Innenstadt. Stanszus (2)

„Die Leute kotzen sich am Stand mal richtig aus"

Christian Schmans (18) verteilt in der Innenstadt Obst und Süßigkeiten für die **FDP**

Christian Schmans ist in der hannoverschen Innenstadt beliebt. Bei ihm gibt es Äpfel und saure Weingummi-Gurken umsonst. Dazu verteilt der 18-Jährige Postkarten: eine für Jungs mit dem Spruch „Wer bestimmt, wie krumm meine Gurke sein darf?" und eine für Mädchen mit dem Slogan „Wer bestimmt, wie groß meine Äpfel sein müssen?".

Christian findet die Wahlkampfaktion der Jungen Liberalen (Julis) gut: „Die Bürokratie in Brüssel soll sich um wichtigere Dinge kümmern, als um die Größe von Gemüse." Der Jung-Liberale hat gerade sein Abitur an der Elsa-Brandström-Schule gemacht. Seit drei Jahren ist er bei den Julis dabei. In der Oberstufe hat er im Fernsehen Bundestagsdebatten geguckt – und sich für die Themen interessiert. „Ich hab' mir dann die Programme der einzelnen Parteien durchgelesen. Der Liberalismus liegt mir, da regeln die Menschen ihre Angelegenheiten selbst und nicht der Staat."

Christian will etwas machen, nicht nur reden. Die Julis haben fast im Alleingang beim FDP-Europawahlkampf plakatiert: „Wir haben halt mehr Power als die Sonntagsredner, die immer nur labern und sich nicht bewegen." Ob deshalb die Jungliberale Silvana Koch-Mehrin (33) FDP-Spitzenkandidatin für die Europawahl ist? „Bei den älteren Parteimitgliedern sind die Listenplätze für Brüssel nicht so begehrt, weil es sowieso ziemlich chancenlos ist", erklärt Christian. Aber er hofft trotzdem, dass die FDP ins Europa-Parlament einzieht.



Christian Schmans

„Die Europawahl interessiert nicht viele Leute, es geht beim Infostand in der Innenstadt mehr ums Präsenzzeigen." Dafür muss Christian am Sonnabendmorgen früher aufstehen als andere 18-jährige, die die Nacht durchfeiern. „Am Stand zu stehen ist nicht besonders spaßig. Die Leute nehmen das zum Anlass, sich auszukotzen, was die da in Berlin alles falsch machen." Christian sieht die Arbeit für die FDP als sein Hobby. Die Julis treffen sich alle zwei Wochen, Christian organisiert dazwischen Aktionen oder Partys. Zu Wahlkampf-Zeiten gibt's natürlich mehr zu tun, aber Christian findet, dass es sich lohnt: „Was in Brüssel entschieden wird, betrifft vor allem unsere Generation."

MELANIE STANSZUS

Serie über Wahlhelfer zur EU-Wahl

„Warum machen die das überhaupt?" Diese Frage stellte sich die ZiSH-Redaktion im Vorfeld der Europawahl 2004. Wieso gehen Jugendliche für eine Partei auf die Straße und was erleben sie dabei? Die Nachwuchs-Wahlkämpfer wurden von drei Autorinnen begleitet und in je einem Porträt vorgestellt. Der Kontakt zu den jungen Wahlhelfern wurde über die Parteien hergestellt. Dabei beschränkte sich die Redaktion absichtlich auf die kleinen Parteien. Dort, so die Meinung der Redaktion, könnten sich die Jugendlichen noch mehr ausprobieren. ZiSH ist die junge Redaktion der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung (HAZ). Einmal wöchentlich treffen sich junge Leute bei der HAZ zur ZiSH-Konferenz, um zusammen mit Redakteuren die Jugendseiten zu planen.

Kontakt

Hannoversche Allgemeine Zeitung
Gerd Schild, ZiSH-Redaktion
Telefon: 0511 518-1807
E-Mail: zish@haz.de

und Kollegen coachen. „Solche Experten könnten gezielt sagen, wo bei den verschiedenen Themenfeldern der rote Faden nach Brüssel liegt.“ Und wer dies einmal gelernt habe, der tue sich bei der täglichen Themenfindung und Umsetzung nachhaltig leichter.

Mittlerweile haben die meisten Städte und Landkreise einen EU-Beauftragten, so Specht. Diese seien weit mehr als nur die Expertinnen und Experten für EU-Fördertöpfe. Dort gebe es meist großes Fach- und Hintergrundwissen, das es anzuzapfen lohnt. Und immer wieder kann sie nur raten: „Fragt eure Korrespondenten, die haben den Überblick.“



Internet:

- *http://ec.europa.eu*
  Webseite der Europäischen Kommission

- *www.eu4journalists.eu*
  Seite für Journalisten mit vielen Basis- und Hintergrundinfos, Namen und Kontaktangaben zu den Akteuren der EU, auch mit zahlreichen Links und Informationen, wo man Geschichten für eine lokale Umsetzung recherchieren kann.

- *www.eurotopics.net*
  eurotopics ist das mehrsprachige Online-Angebot der Bundeszentrale für politische Bildung zu europäischen Themen. Es informiert über politische, kulturelle und gesellschaftliche Debatten aus 28 Ländern (EU plus Schweiz). Die tägliche Presseschau macht Debatten und Meinungen europaweit zugänglich, die Medien bislang auf nationaler Ebene führen. Das wöchentlich erscheinende Magazin setzt Themen und liefert Hintergrundinformationen zu wichtigen europäischen Fragen.

  Für die werktägliche Presseschau sichten Redakteure und Korrespondenten die wichtigsten Zeitungen aus 28 europäischen Staaten (EU plus Schweiz) und wählen Meinungsartikel, Reflexionen, Essays und Kommentare aus. In ihren Beiträgen erklären sie in kurzen Einleitungen den Sachstand der Diskussion und übersetzen einschlägige Zitate. Wenn möglich, führt ein Link auf den Originalartikel. Die Themengebiete der europäischen Presseschau umfassen Politik, Medien, Gesellschaft, Kultur und Zeitgeschichte.

  eurotopics verfügt über ein umfangreiches Archiv aus fast 10 000 Presseschauartikeln und weiteren Beiträgen. Ein 150 Zeitungen umfassender Medienindex und der ausführliche Autorenindex optimieren die Suche nach europäischen Denkern und Debatten.

Kontakt
Robert Domes
Freier Journalist
Telefon: 0170 9619289
E-Mail: robert.domes@t-online.de

Etwa 50 Cent von jedem Euro kommen aus Brüssel

Die Landwirte im Landkreis Neumarkt werden immer abhängiger von den Direktzahlungen der EU

Rund 100 Milliarden Euro stellen die Mitgliedsländer Brüssel als EU-Haushalt zur Verfügung. Einiges davon kommt auch zurück. Und oft merkt es ein Außenstehender nicht einmal. Wohin im Landkreis Neumarkt das Geld aus Brüssel fließt, beleuchten die Neumarkter Nachrichten in einer kleinen Serie.

NEUMARKT (hoe) – Der größte Posten im EU-Haushalt ist für die Landwirtschaft bestimmt. 47 Milliarden Euro lässt sich Europa seine Bauern kosten. 18,3 Millionen davon landeten im Landkreis Neumarkt. Rund 2600 landwirtschaftliche Betriebe bewirtschaften hier etwa 60 000 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche. Sie verteilen sich auf 45 000 Hektar Acker und 15 000 Hektar Grünfläche.

Der hohe Anteil des Agrarbereichs im EU-Haushalt hat einen einfachen Grund. Bis heute ist die Landwirtschafts-Politik die einzig wirkliche gemeinsame Politik der Gemeinschaft mit hundertprozentiger EU-Finanzierung und voller Übertragung der nationalen Zuständigkeiten. So darf zwar jedes Land selbst entscheiden, wohin es seine Soldaten schicken will – über die Bauern entscheidet Brüssel. Und jede EU-Entscheidung merken die Bauern sofort in ihrem Geldbeutel. Der größte Teil des Agrarhaushaltes sind Direktzahlungen. Sie können bis zur Hälfte des landwirtschaftlichen Einkommens ausmachen. Der Grund für die Direktzahlungen: Es sollten nicht mehr Butterberge und Milchseen finanziert werden.

Europa wählt

Und so wurden ab 1992 die Preise auf Weltmarktniveau abgesenkt, die die Bauern für ihre Produkte erhalten. Kostete der Doppelzentner Weizen damals rund 40 Mark sind es heute etwa 12,50 Euro. Zum Ausgleich bekommen die Bauern Zuschüsse, die abhängig sind von der bewirtschafteten Fläche und der Tierzahl.

Im Landkreis Neumarkt wurden 2003 als Ausgleich für die Absenkung der Marktpreise bei den Kulturpflanzen 14 Millionen Euro gezahlt. Weitere 2,2 Millionen waren „Ausgleichszahlungen für benachteiligte Agragebiete". Als Tierprämien für Mutterkühe, Rindfleisch und Mutterschafe zahlte Brüssel 1,1 Millionen Euro.

Allerdings unterschreibt die EU keine Blanko-Schecks. Um an das Geld zu kommen, müssen umfangreiche Anträge abgegeben werden. Die Hälfte der 30 Beschäftigten des Landwirtschaftsamtes Neumarkt ist mit deren Bearbeitung befasst.

Fortsetzung auf Seite 3

Etwa 50 Cent ... – Teil 1

Schwarze Schafe

Fortsetzung von Seite 1: „Etwa 50 Cent von jedem Euro kommen..."

Außerdem verpflichten sich die Landwirte bestimmte Auflagen einzuhalten. So müssen sie etwa eine bestimmte Fruchtfolge einhalten, dürfen nicht zu viel düngen oder Gülle nach Lust und Laune versprühen. Und natürlich dürfen sie nicht mehr Flächen angeben als sie tatsächlich bewirtschaften. Wird ein schwarzes Schaf ertappt, kann es richtig teuer werden. Neben einer saftigen Geldbuße verlangt Brüssel den gesamten Zuschuss zurück – verzinst. „Die letzte EU-Überprüfung bei den Tierprämien fand erst im letzten Monat statt", sagt Schmelzer. Chef des Neumarkter Landwirtschaftsamtes. Es gab keine Beanstandungen.

Doch das Risiko von EU-Beamten ertappt zu werden ist gering. Es war die dritte Prüfung binnen zehn Jahren. Vor fünf Jahren gab es eine bei den Ackerflächen. Auch hier war alles okay. Eher schon gerät ein Übeltäter den Neumarkter Kontrolleuren in die Fänge. Immerhin fünf Prozent der Betriebe werden jährlich unter die Lupe genommen. Einige Schummler fallen immer auf. Auch für die ehrlichen Bauern wird das Leben schwerer. Mit der Osterweiterung ist die EU größer geworden, aber der Agrarhaushalt wurde gedeckelt. „Wenn es für die anderen mehr geben soll, wird es bei uns weniger", sagt Schmelzer.

Etwa 50 Cent ... – Teil 2

Wohin fließt eigentlich das Geld aus Brüssel? Hauke Höpcke, bis 2008 Redakteur bei den Neumarkter Nachrichten, einer Lokalausgabe der Nürnberger Nachrichten, ging dieser Frage vor den Europawahlen 2004 nach. Er stellte fest, dass nicht nur Landwirte bis zur Hälfte ihres Einkommens aus EU-Töpfen bekommen, sondern dass EU-Fördergelder in nahezu jedem Dorfplatz stecken. Allerdings, so Höpcke, zeigen die Artikel deutlich, „weshalb in den deutschen Lokalzeitungen so wenige Berichte über die EU erscheinen". Der Vorspann kündigt eine kleine Serie an. Tatsächlich waren fünf oder sechs Artikel geplant, es erschienen nur zwei. „Die anderen Themen fielen den tagesaktuellen Anforderungen zum Opfer."

Kontakt

Hauke Höpcke, Nürnberger Nachrichten, Redaktion SONNTAGSBLITZ
Telefon: 0911 216-2893, E-Mail: blitz@pressenetz.de

EU-Geld in fast jedem Dorfplatz

Brüssel steckt erhebliche Beträge in Dorferneuerung und Flurneuordnung

Rund 100 Milliarden Euro stellen die Mitgliedsländer Brüssel als EU-Haushalt zur Verfügung. Einiges davon kommt auch zurück. Und oft merkt es ein Außenstehender nicht einmal. Wohin im Landkreis Neumarkt das Geld aus Brüssel fließt, beleuchten die Neumarkter Nachrichten in einer kleinen Serie.

NEUMARKT (hoe) – Der ländliche Raum liegt der Europäischen Union besonders am Herzen. Schließlich ist die Landwirtschaft der einzige Bereich, in dem die Mitgliedsstaaten fast alle Verantwortung an Brüssel abgegeben haben. Deshalb wird inzwischen nicht nur fast jeder zweite Euro im bäuerlichen Geldbeutel auf Umwegen aus Brüssel überwiesen, 18,3 Millionen Euro sind es im Landkreis Neumarkt *(wir berichteten)*.

Daneben gibt es noch EAGFL und EFRE, so heißen die Brüsseler Fördertöpfe, aus denen Geld in die ländliche Strukturförderung fließt. Immerhin 997 000 Euro zahlte Brüssel allein im letzten Jahr für Dorferneuerung und Flurneuordnung im Landkreis Neumarkt.



Flurneuordnungen, immer noch besser bekannt als Flurbereinigung, werden mit durchschnittlich 80 Prozent bezuschusst. Bei Dorferneuerungen sind es 65 Prozent. Die Hälfte zahlt Brüssel, die andere Hälfte bei der Flurneuordnung der Bund, bei der Dorferneuerung der Freistaat. Wer den Rest trägt, wird in der Regel ausgestritten. Grundstückseigentümer und Anlieger müssen angemessen an den Kosten für Flächenumlegungen, Wege- und Straßenausbau beteiligt werden. Den Rest übernimmt die Gemeinde.

Flurneuordnungen laufen zurzeit in Hagenberg, Holnstein, Leutenbach, Pettenhofen, Rasch, Mühlhausen Ost, Tauernfeld, Thann und Wiesenacker. Wobei die Direktion für ländliche Neuordnung in diesem Jahr seine Schwerpunkte auf die letzten drei legt. 683 000 Euro Zuschuss für Feld- und Waldwege, Pflanzungen, ökologischen Grabenausbau und Wasserrückhaltungen oder Ortsverbindungsstraßen sind bereits genehmigt. 3 415 000 Euro davon zahlt die EU.

Laufende Projekte der Dorferneuerung sind zurzeit Berching-West, Breitenbrunn-Ost, Herrnried, Holnstein, Lupburg, Möning, Pavelsbach, Pettenhofen, Pfeffertshofen, Reichertshofen-Forst, Schnufenhofen, Sondersfeld, Staufersbuch, Thann, Tyrolsberg, Unterbuchfeld, Waltersberg, Wiesenacker und Willenhofen. 680 000 Euro sind heuer bereits als Zuschüsse genehmigt für Platzgestaltungen, Ortsstraßenausbau, Dorfhäuser, Friedhofsmauern sowie Hofgestaltungen.

Daneben gibt es noch die sogenannte Hof- und Almerschließung: Das ist der Bau von Verbindungswegen zu Einzelhöfen und Weilern sowie von Feld- und Waldwegen zum Lückenschluss von Wander- und Radwegenetzen. Hier zahlt Brüssel in der Regel die Hälfte. Letztes Jahr waren dies imerhin 158 000 Euro.

EU-Geld in fast jedem Dorfplatz



Als künftigen europäischen Superman sieht Joachim Wuermeling die Region Oberfranken.

Superman und Friedenstaube

Das Bild der EU-Kandidaten von Europa

BAYREUTH

Unter vielfältigen Aspekten beleuchtete der KURIER die am Sonntag anstehende Wahl des Europäischen Parlaments. Unter anderem fragte er die beiden Kandidaten aus Bayreuth, Dr. Joachim Wuermeling (CSU) und Karsten Wenzlaff (SPD), nach ihrem Bild von Europa.

Und das war wörtlich gemeint. Der KURIER bat die beiden Europa-Politiker, zu malen, zu fotografieren, kurz, ihr persönliches Bild von Europa visuell darzustellen. Und beide machten mit.

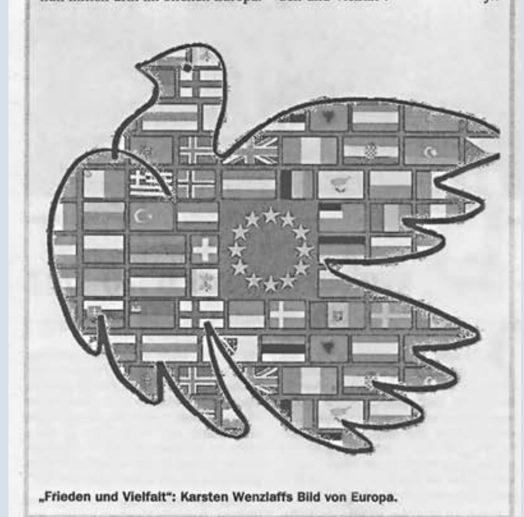
Wuermeling benutzte Malstifte und kreierte einen fränkischen Superman. „Oberfranken als Aufsteiger im neuen Europa“ betitelte er sein Gemälde. Dazu schrieb er:

„Das ist meine Vision für die nächsten zehn Jahre. Niemals waren die Bedingungen für uns härter als zu Zeiten des Kalten Krieges, im Toten Winkel Europas, eingeklemmt zwischen Mauer und Eisernem Vorhang. Seit dem 1. Mai liegt Oberfranken mit Bayreuth als dem Regierungsitz nun mitten drin im offenen Europa. Das eröffnet uns immense Chancen. Zwar wird es erst auch eine schwierige Zeit des Übergangs geben. Doch danach werden wir die Kräfte unserer vitalen Heimat voll ausspielen können. Dafür müssen wir uns jetzt gut aufstellen. Für unseren Erfolg



müssen jedoch die europäischen Bedingungen stimmen, über die Brüssel und Straßburg entscheiden. Sie für uns in Bayreuth und der Region günstig zu gestalten, ist die wichtigste Aufgabe des oberfränkischen Europaabgeordneten in den kommenden fünf Jahren.“

Wenzlaff skizzierte eine Friedenstaube mit dem Wappen der Union und Flaggen europäischer Länder als Gefieder. Als Text lieferte er nur drei Worte, die sicher nicht nur seine Vison von Europa ausdrücken: „Frieden und Vielfalt“. jw



„Frieden und Vielfalt“: Karsten Wenzlaffs Bild von Europa.

„Superman und Friedenstaube“

Was für ein Bild von Europa haben EU-Abgeordnete? Diese Frage meinte die Redaktion des Nordbayerischen Kuriers wörtlich. Sie forderte die Kandidaten zur EU-Wahl auf, ein Bild zu gestalten. Sie konnten malen, zeichnen oder fotografieren. Die Kunstwerke der beiden Kandidaten sagen mehr über deren politische Visionen aus als so manche Wahlrede.

Kontakt

Nordbayerischer Kurier Bayreuth, Lokalredaktion
Telefon: 0921 500-163
E-Mail: stadtredaktion@kurier.tmt.de

Katrin Teschner ist Korrespondentin der Braunschweiger Zeitung Brüssel



Kapitel 4

Europa im Lokalteil

Die EU-Themen liegen auf der Straße

Was in Brüssel entschieden wird, beeinflusst das Leben der Menschen vor Ort – vielen ist das allerdings nicht bewusst. Auch in den Lokalredaktionen ist der Blick für EU-Themen zumeist wenig geschärft. Spätestens zur Europawahl suchen selbst einfallsreiche Redakteure verzweifelt nach Geschichten. So findet die Wahl der Abgeordneten zum Europäischen Parlament in der Zeitung oft nur in Form von Verlautbarungen statt. Dabei ist es einfach, den Lesern Europa näher zu bringen, so Katrin Teschner, Korrespondentin der Braunschweiger Zeitung in Brüssel: Die Themen liegen auf der Straße. Hier eine Auswahl von 30 Themen von A wie Arbeit bis Z wie Zuschüsse.

Arbeit

Deutschland will angesichts der hohen Arbeitslosigkeit seinen Arbeitsmarkt noch bis 2011 abschotten gegenüber Arbeitnehmern aus Polen und anderen neuen EU-Mitgliedsländern. Wie stehen die regionalen Unternehmen dazu? Viele klagen über Fachkräftemangel: Wie sieht das vor Ort aus? Wie sehr suchen die Unternehmen auch im Ausland nach qualifizierten Arbeitern?

Armut

Gespräche mit Ausländern in unserer Stadt, was sie in ihrem Land unter Armut verstehen – im Vergleich zu Deutschland. Wie sehen die Durchschnittslöhne aus? Wie hoch sind die Lebenshaltungskosten? Gibt es Sozialhilfe?

Ärzte

Immer mehr Ärzte zieht es in andere Länder. Dort erhoffen sie sich bessere Arbeitsbedingungen. Besonders beliebt sind skandinavische Länder, aber auch die Benelux-Staaten. Gibt es Beispiele aus der Region? Was macht diese Länder attraktiver?

Ausländer wählen

Wo sitzen schon Bürger anderer EU-Staaten in den kommunalen Parlamenten? Die Redaktion stellt sie vor und lässt sie von ihren Erfahrungen berichten. Wenn keine oder nur wenige EU-Bürger gewählt wurden, lohnt eine Umfrage bei den Parteien und bei EU-Ausländern der Stadt: Wo liegen die Probleme? Gibt es keine Bewerber? Hat sich die Partei darum bemüht?

Auszubildende

Kommt ein Lehrling aus Griechenland an einen Arbeitsplatz in unserer Stadt? Die Redaktion spricht mit der Handwerkskammer und mit Gesellen aus dem Ausland. Gibt es Lehrlinge, die ins Ausland ziehen – etwa, um Praktika zu machen? Welche Länder sind besonders attraktiv?

Auto

Was muss man tun, wenn man seinen Peugeot direkt in Frankreich kaufen will? Wo sind Autos besonders preiswert? Was sagen die örtlichen Autohäuser dazu? Wo sind Fotoapparate und Videokameras am billigsten? Was rät das heimische Zollamt bei solchen Einkäufen?

Banken

Stehen Fusionen in der Region an? Was wird aus den kleinen Banken, vor allem auf dem Land? Legen die Sparer mehr Geld im EU-Ausland an als früher?

Bauern

Die Landwirtschaftspolitik der EU ist ein ewiges Streitthema. Wir sprechen mit den örtlichen Bauern: Was erwarten sie von Brüssel? Welche Bilanz ziehen sie? Welche Auswirkungen hätten die neuen Reformen auf ihren Betrieb?

Bürokratie

Rund 70 Prozent der gesetzlichen Vorgaben für Politik und Verwaltung kommen mittlerweile aus Brüssel – die Kommunen stöhnen über Dokumentationspflichten und Datenerhebungen. Wie viel Zeit

geht für das Ausfüllen von Formularen drauf? Für das Erstellen von Gutachten? Und was kostet das? Welche Gesetze machen den Verwaltungen besonders zu schaffen? Gibt es Bestrebungen, die EU-Bürokratie einzudämmen? Wie erfolgreich sind sie?

EU-Abgeordnete im Alltag

Ein Redakteur begleitet den EU-Abgeordneten einen Tag lang in Brüssel oder Straßburg und schreibt eine Reportage über dessen Arbeitsalltag. Ergänzend kann er ihm bei seiner Arbeit im Wahlkreis über die Schulter schauen. Die EU-Abgeordneten haben viel größere Wahlkreise zu betreuen als Bundestagsabgeordnete. Wie schaffen sie das? Wie oft können sie tatsächlich vor Ort sein? Wie belastend ist die ständige Pendelei zwischen Brüssel und der Heimat?

Gleichstellung

Frauen verdienen im Durchschnitt weniger als ihre männlichen Kollegen. Sie sind seltener in Spitzenjobs zu finden und ihre Beschäftigungsquote ist niedriger als die der Männer. Diese und viele andere Informationen finden sich im EU-Gleichstellungsbericht. Die Redaktion stellt den „Fahrplan zur Gleichstellung von Frauen und Männern“ der EU-Kommission vor. Was sagen die Gleichstellungsbeauftragten vor Ort dazu? Was die einheimischen Frauen? Wie beurteilen Frauen aus EU-Ländern die Situation hier im Vergleich zu ihrem Heimatland? Und was verbirgt sich hinter dem Begriff „Gender Mainstreaming“?

Immobilien

Wenn Deutsche gerne in Dänemark oder Mallorca ein Ferienhaus kaufen möchten: Ist das möglich, und was müssen sie beachten? Gibt es Makler in der Region, die sich auf den Markt im Ausland spezialisiert haben? Umgekehrt: Wie kommen ausländische EU-Bürger in unserer Stadt an Immobilien?

Justiz

Die Gerichte beschäftigen sich immer öfter mit grenzüberschreitenden Streitfällen. Was passiert zum Beispiel, wenn sich eine deutsche Frau von ihrem französischen Mann scheiden lassen will? Wenn ein Deutscher einen Belgier auf Schadenersatz verklagt?

Kommunen

Wie wirkt sich die Liberalisierung der Märkte auf die kommunalen Dienstleistungen aus? Wird es das städtische Krankenhaus oder die Stadtwerke noch in 50 Jahren geben?

Ombudsmann

Wer kennt ihn schon, den Bürgerbeauftragten der EU, an den sich jeder Bürger mit einer Beschwerde über die Institutionen der EU wenden kann? Wir stellen ihn vor und fragen ihn, ob es auch aus unserer Region Beschwerden gegeben hat.

Polizei

Freie Fahrt für Schmuggler – ist mehr Kriminalität durch die geöffneten Grenzen feststellbar? Wie funktioniert die internationale Zusammenarbeit?

Reisen

Wie hat sich das Reisen innerhalb der EU verändert? Ein Rückblick auf die Urlaubserlebnisse vor 10, 25 oder 50 Jahren. Was mussten die Reisenden damals beachten – von Visa über Grenzkontrollen bis zum Geldumtausch? Die Erinnerungen der älteren Generation mit dem heutigen grenzfreien Reiseverkehr vergleichen.

Rentner

Was passiert, wenn man seinen Lebensabend im EU-Ausland (zum Beispiel Mallorca) verbringen will? Wenn man dort zum Pflegefall wird?

Schulen/Hochschulen

Eine Reihe von Schulen und Erwachsenenbildungseinrichtungen machen an europäischen Programmen mit, zum Beispiel Sokrates, Comenius, Lifelong Learning Programm (LLLP). Welche Partnerschaften und Austauschprogramme pflegen die Schulen am Ort? Welche Erfahrungen machen Schüler und Lehrer damit?
Die EU fördert den Austausch von Studenten. Gespräch mit Studenten, die an solchen Programmen teilnehmen. Welche Erfahrungen haben sie gemacht? Wie sieht es mit der Anerkennung von Studienabschlüssen aus? Wie steht unsere Hochschule im EU-Vergleich da?

Sprachen
Haben Beamte Kontaktschwierigkeiten, weil Sprachkenntnisse fehlen? Gibt es Probleme, weil wichtige EU-Dokumente nicht auf Deutsch vorliegen, sondern nur in Englisch oder Französisch? Welche Sprachen spricht der Bürgermeister? Gibt's EU-Geld für Sprachkurse?

Städtepartnerschaften
Übersicht und Bilanz der Partnerschaften der heimischen Gemeinden. Auch ein Test ist möglich: Welche Partnerschaft funktioniert am besten und warum?

Transport
Macht sich die EU-Erweiterung auf den Straßen bemerkbar? Wie wollen die Kommunen mit dem wachsenden Lkw-Verkehr fertig werden? Wie geht's den Transport-Unternehmen? Gespräche mit Brummi-Fahrern!

Umfragen
Die EU-Kommission lässt regelmäßig die Bürger in allen Mitgliedsstaaten fragen, was sie von Europa halten; auch negative Ergebnisse fallen nicht unter den Tisch. Parallel zu den Umfragen etwa des Eurobarometers kann die Redaktion selbst in ihrem Verbreitungsgebiet die Leser und Bürger fragen. Die EU-Umfrage-Ergebnisse gibt es bei der Vertretung der EU in Berlin.

Unternehmen
Erfahrungen von Betrieben, die mit Firmen in anderen EU-Ländern zusammenarbeiten. Welche Erfahrungen machen Betriebe, die Partner im EU-Ausland suchen oder innerhalb Europas expandieren wollen?

Verbraucherschutz
Welche neuen Lebensmittel bringt die EU in die Regale? Welche neuen Zusatzstoffe? Die EU will Tarife für SMS senken – wie viel geben Kinder und Jugendliche für ihr Handy aus?

Vergabe öffentlicher Aufträge
Wenn die Behörden in Stadt und Land bedeutende öffentliche Aufträge ausschreiben, dann müssen sie dies EU-weit tun. Wie oft ist dies schon geschehen? Wie war die Resonanz von Firmen aus dem europäischen Ausland? Wie reagierten heimische Firmen, als britische oder spanische Unternehmen den Vorzug bekamen?

Versicherungen
Lohnt sich das Umsteigen von der deutschen Unfallversicherung etwa auf eine billigere englische? Die Redaktion spricht mit der Verbraucherberatung und gibt praktische Tipps.

Wettbewerb
Wie stark konkurrieren heimische Unternehmen mit Firmen aus dem EU-Ausland? Haben sie noch Fabriken in anderen Ländern? Wie hat sich der Beitritt der neuen EU-Mitgliedsstaaten ausgewirkt? Das Beispiel Nokia hat ja gezeigt, dass es viele Unternehmen in den Osten zieht, wo sie günstiger produzieren können. Gibt es ähnliche Fälle vor Ort?

Zoll
Wie hat sich die Öffnung der Grenzen auf die Arbeit des Zolls ausgewirkt? Redakteure begleiten den Zoll bei seinen Kontrollen auf der Autobahn. Wie spüren die Beamten Schmuggler auf?

Zuschüsse/Subventionen
Deutschland steckt Milliarden in die EU, doch auch bei uns gibt es für viele Branchen und Betriebe Subventionen aus Brüssel. Welche sind das? Und wie viel erhalten sie?

Kontakt
Katrin Teschner
Korrespondentin Braunschweiger Zeitung
Brüssel
Telefon: 0032 2 74311-18
E-Mail: K.Teschner@waz.de

WAHLKAMPF ONLINE



Kapitel 5: Wahlkampf online

Kapitel 5

Schnell, interaktiv und bilderreich

Wie Redaktionen online über Wahlen berichten können

Schnelligkeit in der Nachrichtenübermittlung plus lokale Kompetenz – besonders gut können Tageszeitungen diese Mischung an Wahlabenden einsetzen. Bei diesen Gelegenheiten werden die Möglichkeiten des Internets inzwischen bei nahezu allen Regionalzeitungen genutzt. Doch wer nach originellen Ideen und Projekten in der Online-Wahlberichterstattung sucht, wird nur selten fündig.

Das Internet als Markt der Möglichkeiten, crossmediales Arbeiten von der Zeitung bis zur Videobotschaft, vom Online-Quiz bis zur Handy-Nachricht, vom Redakteurs-Blog bis zum Leser-Forum. „Möglich ist im Prinzip formal alles. Die Frage ist, was angenommen wird und sinnvoll ist", sagt Katja Riefler, freie Fachjournalistin und Medienberaterin.



Katja Riefler

Sie empfiehlt den Redaktionen, online genauso auf den Nutzwert zu achten wie im Printprodukt. Das ist in der Regel „alles, was mir Information auf Wegen zugänglich macht, die in der Zeitung nicht möglich sind". Zum Beispiel Tests und Quiz mit Parteiprogrammschnippseln oder Zitaten, die zugeordnet werden müssen, bei denen die Leser/User am Ende erfahren, welche Partei sie aufgrund ihrer eigenen Aussagen eigentlich wählen müssten oder wie gut sie sich in der Politik-Szene auskennen. Ein Beispiel hierfür ist der von der Bundeszentrale für politische Bildung konzipierte „Wahl-O-Mat", eine Idee, die inzwischen viele Zeitungshäuser übernommen und auf ihre Region zugeschnitten haben. Schön findet Riefler auch Blogs oder Foren mit laufend aktualisierter Information und einem hohen Meinungsanteil und lebhafter Diskussion. Dabei gehe es allerdings mehr um die Inhalte als um das Format.

Immer wieder interessant sind Ansätze, öffentlich zugängliche Daten aus Datenbanken permanent und on demand online zugänglich zu machen.

Riefler nennt Beispiele aus den USA. So können auf der Seite *www.maplight.org* die Menschen nachlesen, von welcher Seite ihre Politiker finanziell unterstützt werden. Auf *www.factcheck.org* werden die Aussagen der wichtigsten US-Politiker auf ihren Wahrheitsgehalt überprüft. Dies sind zwar keine journalistischen Seiten, doch würde dieser Service auch einer Zeitung gut zu Gesicht stehen, so Riefler.

Anwalt der User

Den Zeitungsredaktionen empfiehlt die Medienberaterin, ihren Lesern online Information auf Wegen zugänglich zu machen, die in der Zeitung nicht möglich sind. Das bedeutet weit mehr, als nur die Zeitungstexte ins Netz zu stellen.



Aleander Houben

Alexander Houben, Chef vom Dienst beim Trierischen Volksfreund, betont: „Bei allen Online-Aktionen ist Interaktivität absolut Trumpf." Die Redaktion müsse sich als Mittler zwischen Politikern und Wählern verstehen und zugleich als Anwalt der User. Das heißt, man müsse die Politiker zwingen, online zu kommunizieren, „und zwar auf Augenhöhe mit den Bürgern".

Ideen für die Wahlkampfzeit

Internet-Abstimmungen über lokale Themen
Ob es um die Tiefgarage in der Innenstadt geht, um eine neue Fußgängerzone, um Kinderkrippen oder die Ansiedlung neuer Geschäfte – alles, was die Menschen (und die Lokalzeitung) bewegt, kann in einer einfachen Ja-Nein-Frage im Internet zur Diskussion gestellt werden. Es ist eine der beliebtesten Formen, um zu einem Thema bzw. einer Frage schnell ein Meinungsbild zu erhalten. Das ist zwar keineswegs repräsentativ, bietet jedoch stets ein politisches Stimmungsbild und Anlass zur Debatte im Lokalteil. Im Wahlkampf können so die wichtigsten Streitthemen der Stadt oder der Region behandelt werden. Houben: „Je polarisierter und regionaler die Themen sind, desto besser laufen die Abstimmungen.“

Video-Porträts der Kandidaten
Die Kandidaten können selbst Videos produzieren, in denen sie sich und ihr Programm vorstellen. Diese Videos werden von der Zeitung ins Netz gestellt und können dort sowie im Lokalteil debattiert und besprochen werden. Hohe Aufmerksamkeit ist solchen Aktionen gewiss. Allerdings ist der Aufwand erheblich. Bei einer größeren Zahl von Kandidaten sollte man ein halbes Jahr Vorlauf einplanen. Für Kandidaten rechtsextremer Parteien gilt hier dasselbe wie im Printprodukt: Ihnen wird keine Plattform geboten.

Wahl-O-Mat
Das interaktive Wahltool der Bundeszentrale für politische Bildung erfreut sich seit Jahren großer Beliebtheit. Die Bürger beziehen zu etwa 30 Thesen Stellung und bekommen dann ein Ergebnisdiagramm, wie stark sie mit den einzelnen Parteien übereinstimmen. Inzwischen gibt es eine Reihe von Derivaten dieser Internet-Entscheidungshilfe, zum Beispiel den Wahl-OB-Mat zur Münchener Oberbürgermeisterwahl 2008. Auch Lokalredaktionen nutzen das Format, indem sie es auf die Kernfragen vor Ort zuschneiden.

Blogs und Foren über lokale Themen
Wenn Lokalredakteure als Blogger aktiv sind, erhalten sie zumeist stärkere Resonanz als im Print-Produkt. Der persönliche Ton reizt zu einem Meinungsaustausch. In Wahlkampfzeiten können in diesen Blogs Themen angestoßen und moderiert werden. Die Diskussion kann dann sowohl in der Tageszeitung als auch in Internet-Foren fortgesetzt werden. Ein aufmerksames Auge auf die Inhalte, auf Kampagnen und Missbrauch sollte im Internet ebenso selbstverständlich sein wie in den Leserbriefspalten der Zeitung.

Chats mit Kandidaten
Solche Angebote gibt es mittlerweile häufig von den Parteien selbst. In Zeitungen kann das Format als Alternative oder Zusatz-Angebot zu einem Lesertelefon genutzt werden. Es ist aber nur sinnvoll, wenn nicht zu viel Kandidaten zur Wahl stehen (etwa bei einer OB-Wahl) oder zu einem bestimmten heiß diskutierten Thema.

Spielen mit der Politik
So etwas geht nur im Internet, zum einen wegen der technischen Möglichkeiten, zum anderen wären solche Spiele in der Zeitung zu „unseriös“. Ein bekanntes Beispiel ist der Bundesdance der Süddeutschen Zeitung, bei dem die Politiker ausgelassen tanzen. Hier bieten sich auch im Lokalen unbegrenzte Möglichkeiten. Die Bürger können sich interaktiv ins Rathaus würfeln oder sich aus vorgefertigten Bildausschnitten ihren Kandidaten zusammenpuzzeln. Auch Zukunftsszenarien für die eigene Stadt können gebastelt werden, nach dem Motto: Was passiert, wenn diese Entscheidung getroffen wird, jene nicht? Voraussetzung für solche Spiele sind zum einen kreative Köpfe, zum anderen ausgebuffte Techniker, die das Ganze internettauglich umsetzen. Wer einen spiele- und programmiererfahrenen Kollegen in der Redaktion sitzen hat, sollte das Talent nutzen. Die Aufmerksamkeit und Resonanz in der Webwelt ist enorm, der Aufwand allerdings auch.



Samstag, 21. September 2002 — BUNDESTAGSWAHL 2002 — Seite 5

Wir erleben ein blau-gelbes Wunder

Wahlkampfempfehlung oder nicht? Der HANAUER ANZEIGER lässt den Computer entscheiden

Grübeln, Nachdenken, Diskutieren: Jochen Breideband und Daniel Freimuth (vorn), sowie Thomas Schmidt, Kirsten Kalkhof und Gero Lawecki (jeweils von links) beschäftigen sich im Internet intensiv mit dem „Wahl-O-Mat" der Bundeszentrale für politische Bildung und der FU Berlin. Foto: Neumann

Selbsttest am bpb-Wahl-O-Mat

Die Redaktion war von dem Ergebnis ihres Selbstversuches überrascht. Fünf Kollegen des Hanauer Anzeigers setzten sich eineinhalb Stunden zusammen und debattierten über politische Fragen und die anstehenden Bundestagswahlen 2002. Als Grundlage diente das Online-Spiel Wahl-O-Mat, eine von der Bundeszentrale für politische Bildung betriebene interaktive Webpräsenz für Wahlinformationen *(www.wahl-o-mat.de).* Anhand vorgegebener Thesen können die User ihre eigenen Ansichten mit den Positionen der einzelnen Parteien vergleichen und herausfinden, welche Partei die Meinung am besten vertritt. Die fünf Hanauer Journalisten bekamen vom Computer am Ende die – für alle überraschende – Empfehlung, das Kreuzchen bei der FDP zu machen.

Kontakt

Daniel Freimuth, Redaktionsleiter Hanauer Anzeiger
Telefon: 06181 2903315, E-Mail: freimuth@hanauer.de

Die Handy-Frage


Holger Knöferl

Ausgedacht hat sie sich Holger Knöferl von der Pforzheimer Zeitung: Kandidaten müssen jeden Tag auf eine politische Frage per SMS antworten. Hier kann man nicht nur testen, ob die Politiker mit der Technik umgehen können, sondern auch, ob sie in 160 Zeichen eine sinnvolle Antwort unterbringen. Die Ergebnisse eignen sich gut zur Berichterstattung in der Zeitung, zur Verwertung im Internet und als Handy-Nachricht. Um langatmige Kandidaten zur Kürze zu zwingen, eignen sich Rubriken wie „30 Sekunden für ...“. Die zeitlich limitierten Antworten auf lokalpolitische Fragen kann man gut im Blatt abdrucken und zusätzlich im Netz als Podcast zum Anhören anbieten.



Einsatz am Wahlabend

In einem Live-Ticker kann die Lokalredaktion mit ihrer Kompetenz glänzen. Eine ständig aktuelle Live-Berichterstattung aus dem Rathaus oder Landratsamt ist konkurrenzlos und kann auf allen Kanälen laufen, als Handy-Nachricht, Podcast, Text auf der Webseite, Foto und Film. Entsprechend sind die Zugriffsraten zu solchen Angeboten oft so hoch, dass die Server in die Knie gehen. Wichtig ist deshalb nicht nur eine gute personelle Ausstattung und Vorbereitung der Redaktion, sondern auch eine saubere technische Vorarbeit und Absicherung. Technischer Support und Notfallpläne müssen am Sonntag Abend bereitstehen. Auch muss gesichert sein, dass die Ergebnisse schnell auf dem Server der Zeitung landen. Denn nichts ist schlimmer als eine tote Leitung am Wahlabend.


Wolfgang Oechsner

Jedes Nachrichten-Häppchen wird am Wahlabend sofort rausgejagt, berichtet Wolfgang Oechsner, Lokalchef bei der Main-Post in Kitzingen. Ob harte Fakten oder humorvolle Randnotizen, die Kitzinger Redakteurinnen und Redakteure im Rathaus halten den Ticker stets am Laufen. Hinzu kommen „Bilder ohne Ende“, so Alexander Houben. Erste Statements der Politiker als Kurzvideo, Fotos von den Neugierigen, von Jubel und Trauer, aus dem Rathaus und von Wahlpartys. Solche Bildstrecken sorgen noch tagelang für hohe Klickraten.

Nutzwert-Wettbewerb

Die Frage, ob Online-Dienste Printmedien ablösen oder ergänzen, lässt sich nicht einmal für so einen speziellen Bereich wie Wahlen pauschal beantworten, sagt Katja Riefler: „Die Menschen sind verschieden und nutzen Medien verschieden.“ Es gebe deutliche Anzeichen dafür, dass sich die Mediennutzung nachfolgender Generationen gravierend von der uns vertrauten unterscheidet. Das betreffe Multitasking ebenso wie die Verwendung von sozialen Netzwerken, der Bereitschaft, für Informationen zu bezahlen, der Bereitschaft, sich selbst aktiv einzubringen und vieles mehr.

Nach Rieflers Ansicht müssen sich Medien verstärkt einem „Nutzwert-Wettbewerb“ stellen. Nur ein Medium, das zu einer bestimmten Zeit an einem bestimmten Ort ein bestimmtes Nutzungsbedürfnis zu akzeptablen Kosten befriedigt, wird angenommen. Das schließe Printmedien ebenso wenig aus wie irgendein anderes Medium. „Nur der Wettbewerb wird härter.“

Wer in der S-Bahn eine kostenlose Zeitung zur Verfügung hat, wird vermutlich eher diese lesen,

Politik | Montag, 25. Juli 2005 | 5

Geld verdienen mit Prognose der politischen Stimmungslage

Erfahrung zeigt: Aktienkurse lassen sehr genaue Vorhersage des Wahlausgangs zu

Von unserem Redakteur Berthold Hamelmann

Osnabrück, 24.7. Kann man mit der Regierung Schröder noch Geld verdienen? Kostet die angekündigte Anhebung der Mehrwertsteuer Merkel und Co. den Sieg am 18. September? Fragen über Fragen. Egal, ob Mann oder Frau: Jeder politisch Interessierte hat eine Meinung, die sich ab sofort in Euro und Cent rechnen kann – sofern man (Mit-)Spielen und Spekulieren möchte. „Wahlstreet", ein Online-Markt für Partei-Aktien, macht's möglich.

Seit diesem Montagmorgen, 8.00 Uhr, ist die „Wahlstreet-Wahlbörse" geöffnet. Gehandelt werden ausschließlich Partei-Aktien. Angebot und Nachfrage bestimmen wie im richtigen Leben den Kurs der (virtuellen) Aktien. Auch wenn der Spaßfaktor hoch ist – pure Zockerei empfiehlt sich weniger. Schließlich geht es um echtes Geld. Je nach Lust und Laune (besser: nach Risikobereitschaft) setzen Teilnehmer zwischen fünf und 50 Euro. Da schaut man schon genauer hin.

Am Ende bekommt jeder Spieler den Gegenwert seiner Aktiendepots ausbezahlt. Der Auszahlungskurs orientiert sich dabei aber nicht am letzten Handelskurs der Aktien, sondern am tatsächlichen Wahlergebnis. Und das ist der Grund dafür, dass die Wahlstreet-Prognosen oft exakter sind als die Vorhersagen etablierter Meinungsforscher. Denn kein Börsen-Teilnehmer will sein Geld verlieren. Folglich versucht jeder Spieler, die Aktien einer Partei nicht teurer zu kaufen oder zu verkaufen als das vermutete Wahlergebnis der entsprechenden Partei. Unsere Zeitung kooperiert bei dieser Internet-Wahlbörse mit „Tagesspiegel online", „Zeit.de" und „Handelsblatt.com". Sie haben die Wahlbörse bereits wiederholt erfolgreich eingesetzt.

Wenn am 18. September die Parteien die Stimmen zählen, dürfte auch bei allen Mitspielern – den Händlern – Hochspannung herrschen. Denn dann muss sich Wahlstreet, die Prognose-Alternative, für jeden, der es wissen will, am Ergebnis messen lassen!

In den nächsten Wochen präsentiert die Redaktion regelmäßig die Aktienkurse, die eine Prognose des Wahlausgangs zulassen.

Worum geht es?
Wahlstreet ist eine Internet-Börse, an der bis zur Bundestagswahl am 18. September virtuelle Partei-Aktien gehandelt werden können. Ziel ist es, durch geschicktes An- und Verkaufen von Partei-Aktien den Wert des eigenen Depots zu erhöhen. Im Hauptmarkt werden Aktien von SPD, CDU/CSU, Grünen, FDP, Linkspartei und Sonstigen angeboten. Ein zweiter Markt fragt nach der neuen Regierungskoalition. Neben dem Reiz des Gewinnens (oder Verlierens) für jeden Mitspieler (Händler) will Wahlstreet eine möglichst genaue Prognose über den Ausgang der Bundestagswahl liefern.

Wer kann mitmachen?
Jeder, der über einen Computer, Internetbrowser, Netz-Anschluss und eine E-Mail-Adresse verfügt. Bei der Anmeldung müssen Teilnehmer einen Händlernamen (auch Pseudonyme) und ein Passwort sowie ihre deutsche Bankverbindung angeben.

Wie hoch ist das Risiko?
Recht überschaubar. Denn das Startkapital, das vom Konto des Teilnehmers abgebucht wird, beträgt lediglich zwischen fünf und 50 Euro. Eine Teilnahmegebühr wird nicht erhoben.

Wo steht der Umrechnungskurs?
Der Tauschkurs beträgt 1:10000. Wer also den Maximaleinsatz von 50 echten Euro einsetzt, erhält 500000 Wahleuro zum Spekulieren.

Wie lange kann an der Börse gehandelt werden?
Ab sofort ununterbrochen bis zum Wahlsonntag am 18. September. Handelsende ist kurz vor Schließung der Wahllokale.

Wie hoch fällt der Gewinn aus?
Die spannendste Frage – leider nicht zu beantworten. Schließlich sind auch Verluste möglich. Am Schluss bekommt jeder den Gegenwert seiner Aktiendepots ausgezahlt. Der Auszahlungskurs orientiert sich nicht am letzten Handelskurs der Aktien, sondern am Wahlergebnis.

Wo geht's zur Online-Börse?
Die Internet-Adresse http://neue-oz.wahlstreet.de weist den Weg. Hier kann man sich in aller Ruhe umschauen. Ausführliche Informationen helfen auch Börsen-Neulingen weiter.

Wer veranstaltet die Wahlbörse?
Die Wahlstreet ist ein Gemeinschaftsprojekt der Internet-Medien Zeit.de, Tagesspiegel online, Handelsblatt.com und unserer Zeitung. Die bewährte Technik liegt in den Händen des Oldenburger Internet-Dienstleisters Ecce Terram.

Noch Fragen zur Wahlbörse?
Dann mailen Sie uns unter wahlstreet@neue-oz.de



EINEN LEUCHTTURM erhielt Kanzlerkandidatin Angela Merkel in Güstrow von CDU-Landeschef Eckhardt Rehberg als symbolische Orientierungshilfe für den Weg ins Kanzleramt. Foto: dpa

Heimspiel für Merkel

Spitzenkandidatin im Nordosten – Streit bei WASG Bayern

Von unseren Korrespondenten

Güstrow/München, 24.7. „Sie ist eine von uns, aber vor allem eine für ganz Deutschland." Der Europaabgeordnete Alfred Gomolka bringt die Stimmung im CDU-Landesverband auf den Punkt: Die Vertreterversammlung in Güstrow ist für Angela Merkel ein Heimspiel. Und reine Formsache ist die Kür der Unions-Kanzlerkandidatin zur Nummer eins auf der Landesliste. Nur einer von 137 Delegierten stimmte gegen sie. Seit der deutschen Einheit hatte Merkel nie auf einen Landeslistenplatz zurückgreifen müssen, da sie immer das Direktmandat im Bereich Nordvorpommern/Rügen klar für sich entscheiden konnte.

Auch in anderen Bundesländern wurden an diesem Wochenende die Landeslisten aufgestellt. In Hessen wählten die Delegierten eines CDU-Parteitages den Vorsitzenden der Wiesbadener Landtagsfraktion, Franz Josef Jung, zum Spitzenkandidaten. Mit dem ehemaligen Bundesvorsitzenden Wolfgang Schäuble an der Spitze gehen die baden-württembergischen Christdemokraten in die Neuwahl. Auf einer Landesvertreterversammlung in Heilbronn wählten 98,8 Prozent der 288 Delegierten den 62-Jährigen. Die Grünen-Bundesvorsitzende Claudia Roth musste hingegen bei ihrer Nominierung zur bayerischen Spitzenkandidatin mit 70,1 Prozent einen Dämpfer hinnehmen.

Heftigen Streit gab es bei der Linkspartei in Bayern. Zwar nominierte die Landesmitgliederversammlung in Ingolstadt auf ihrer offenen Liste WASG-Bundessprecher Klaus Ernst mit 61 Prozent zum Spitzenkandidaten. Doch abstimmungsberechtigt waren zum Ärger der WASG nur Mitglieder der ehemaligen PDS, was zur Folge hatte, dass auf die Plätze zwei bis vier drei Mitglieder der Linkspartei gewählt wurden. Die Situation eskalierte, nachdem WASG-Landeschef Fritz Schmalzbauer mit seiner Kandidatur auf Platz vier gescheitert war. Der für Sonntag geplante Landesparteitag der WASG in Nürnberg wurde kurzerhand abgesagt. Nach einer „Denkpause" soll er nun am 7. August stattfinden.

Aktion „Wahlstreet"

Gute Erfahrungen machte die Neue Osnabrücker Zeitung (NOZ), die zur Bundestagswahl 2005 erstmals die Prognose-Börse „Wahlstreet" für ihre Leser anbot. Das Projekt war von der „Zeit" und vom „Tagesspiegel" ins Leben gerufen worden, außerdem beteiligte sich noch das „Handelsblatt".

Wer an der virtuellen Wahlbörse mitmachen wollte, setzte zwischen 5 und 50 Euro Startkapital. Dafür konnte er Partei-Aktien kaufen oder verkaufen. Den Kurs für diese virtuellen Aktien bestimmte das erwartete Wahlergebnis. Gehandelt wurde acht Wochen lang bis zum Wahltag am 18. September um 17.55 Uhr. Der Auszahlungskurs wurde anschließend anhand des tatsächlichen Wahlergebnisses ermittelt. Das heißt: Wer den Wahlausgang richtig tippte, dem winkten hohe Renditen.

Dadurch wird aus dem Aktienmarkt ein Prognoseinstrument. Die Aktienkurse lassen eine Vorhersage des Wahlausgangs zu. Spekuliert wurde bei Wahlstreet nicht nur über den Ausgang der Wahl, sondern auch über die Chancen für Regierungskoalitionen und den künftigen Bundeskanzler. Wahlstreet hat bei früheren Wahlen teilweise schon genauere Prognosen geliefert als manches Meinungsforschungsinstitut. Auch bei der Bundestagswahl 2005 lag Wahlstreet näher am Wahlergebnis als die Prognose der Meinungsforscher. Die letzten Kurse an der Wahlbörse (in Klammern das amtliche Wahlergebnis): Union 39,33 (35,2) Prozent, SPD 33,11 (34,3), Grüne 7,84 (8,1), FDP 9,70 (9,8) und die Linkspartei 7,68 (8,7).

Die NOZ bot das Börsenspiel auf ihrer Internetplattform an. „Wir stellten rund 1000 Wetter aus unserem Verbund", so stellvertretender Chefredakteur Dr. Berthold Hamelmann. Regelmäßig wurde in der Zeitung über den Stand der Aktienkurse der Parteien, über Trends und mögliche Koalitionen berichtet.

Kontakt

Dr. Berthold Hamelmann, Geschäftsführender Redakteur / stellv. Chefredakteur
Neue Osnabrücker Zeitung, Telefon: 0541 310-210, E-Mail: B.Hamelmann@neue-oz.de

als sich am Kiosk eine zu kaufen. Im Auto sind vermutlich Hör-Angebote gefragter. Wartezeiten, egal wo, lassen sich mit dem Mobiltelefon überbrücken, wenn nicht zufällig eine Zeitschrift zur Hand ist.

Heute erreichen die verschiedenen Medien verschiedene Menschen. Insofern müsse jedes Angebot auf einem Medium für sich stehen können. Insofern sind Online-Angebote für Riefler keine „Ergänzung“. Sie müssen für das jeweilige Medium konzipiert werden und dessen Möglichkeiten optimal nutzen. „Deshalb wird und muss Wahlberichterstattung online ganz anders aussehen als in Print.“ Beide Medien hätten ihre Berechtigung und leisteten einen wertvollen Beitrag für ihr jeweiliges Publikum. Ein Medienhaus müsse möglichst viele Kanäle bedienen – sonst bricht irgendwann die wirtschaftliche Grundlage des Unternehmens weg, nämlich die Reichweite.

Kontakt
Robert Domes
Freier Journalist
Telefon: 0170 9619289
E-Mail: robert.domes@t-online.de

SMS-Umfrage



Welche politischen Schwerpunkte muss der Landrat des Enzkreises in Zukunft setzen?

Telefonieren? Das war einmal. Wer heute etwas auf sich hält, verschickt eine SMS via Handy. Ist billig und kultig. Beherrschen auch die vier Bewerber um den Posten des Landrates im Enzkreis die moderne Form der Kommunikation? In der SMS-Umfrage der „Pforzheimer Zeitung“ müssen sich die Kandidaten bis Samstag jeden Tag einem anderen Thema stellen – und vor allem in der Länge einer SMS antworten.



Wolfgang Herz: Die Zukunft des Enzkreises aktiv gestalten, dabei die Kreisfinanzen stabil halten, neue gesellschaftliche Entwicklungen aufgreifen, Verwaltung modernisieren.



Robert Hahn: Einen politischen Schwerpunkt sehe ich in der Sozialpolitik. Hier müssen fachlich und vor allem finanziell viele wichtige Weichen im Enzkreis gestellt werden.



Karl Röckinger: Handlungsraum für Kreis und Gemeinden durch effektives Wirtschaften erhalten. Politik für Familien u. Kinder stärken, um demografischer Entwicklung gegenzusteuern.



Klaus Demal: Mit intelligentem Haushalten (intern sparen, aber in Gesundheit, Schulen, Verkehr/ ÖPNV investieren), Wirtschaftskraft fördern = starke Kommunen = starker Kreis.

„Die SMS-Umfrage“

Von Politikern einmal wirklich kurze und prägnante Antworten zu erhalten, war das Ziel der SMS-Umfrage, die Holger Knöferl zur Landratswahl 2003 aus der Taufe hob. Der stellvertretende Chefredakteur der Pforzheimer Zeitung entwickelte mit der Redaktion Fragen, die die Kandidaten in höchstens 160 Zeichen via SMS beantworten mussten. Mit dem Kommunikationsmittel der Kurzmitteilung sollten vor allem auch junge Leser erreicht werden. Die SMS-Umfrage unter Politikern ist inzwischen von vielen Zeitungen in ähnlicher Form kopiert worden.

Kontakt:
Holger Knöferl, stellvertretender Chefredakteur/Ressortleiter Region, Pforzheimer Zeitung,
Tel.: 0 72 31/933 153, E-Mail: holger.knoeferl@pz-news.de

Michael Bechtel ist freier Journalist



Kommunalpolitik auf allen Kanälen

Lokaljournalisten proben die crossmediale Zukunft

Drei Tage lang trainierten Lokaljournalisten bei einem Workshop der bpb den Umgang mit Video- und Audio-Technik. Für diese Idee beschlossen die Chefredakteure vom Kölner Stadt-Anzeiger, der Main-Post, der Rhein-Zeitung, der Braunschweiger Zeitung und der Zeitungsgruppe Lahn-Dill eine Kooperation: Eine Art „Labor", ein ganz praktisch orientiertes Trainingslager für Crossmediales sollte entstehen. In der Lokalredaktion Kitzingen der Main-Post mischten sie sich mit Kamera und Mikrofon in den Bürgermeisterwahlkampf ein. Über die sechs Kandidaten wurden Drei-Minuten-Filme und Tonbeiträge erstellt. Michael Bechtel hat den Workshop dokumentiert. Hier einige Ergebnisse und Erkenntnisse.

Zunächst einmal: Die Lokaljournalisten haben die fremde Technik, wenn auch mit professioneller Hilfe, in den Griff bekommen. Die Ergebnisse in Bild und Ton sind gelungen. Sie gaben auf *www.mainpost.de* den Kitzingern erstmals Gelegenheit, ihre Bürgermeisterkandidaten im bewegten Bild und Ton zu erleben.

Allerdings ist manches anders gelaufen als geplant. Zum Beispiel die Idee der Gleichbehandlung der Kandidaten. Deren unterschiedliche Temperamente und Charaktere wurden allzu schnell deutlich. Hinzu kamen technische Herausforderungen wie unscharfe Bilder, Tonprobleme und das unbekannte Schnittprogramm. Und die Print-Lokaljournalistinnen und Journalisten mussten ihre Kamerapräsenz, ihre eigene Stimme und ihre bewährte Interview-Fragetechnik kritisch hinterfragen. Und natürlich drehten sich die Gedanken aller Workshop-Teilnehmer um die Frage: Wie lassen sich solche neuen, crossmedialen Herausforderungen in der eigenen Redaktion in den Tagesablauf integrieren?

Erkenntnisse

Die Abschlussdiskussion hatte vier Komplexe:

1. Was bringen die neuen Bild/Ton-Kanäle an Möglichkeiten in der politischen Berichterstattung?
2. Welche qualitativen Anforderungen sind zu erfüllen?
3. Was ist unter den heutigen Bedingungen umsetzbar bzw. welche Ressourcen müssten für eine crossmediale Berichterstattung geschaffen werden?
4. Welche Kompetenzen und Strukturen in den Redaktionen sind erforderlich?

Neue Perspektiven

Zunächst herrschte in der Auswertung der Eindruck, die Ausgangsaufgaben, „Politik neu denken" sei an den beiden Workshop-Tagen zu kurz gekommen: „Die Technik stand im Vordergrund, nicht der Inhalt", hieß es. In der Diskussion stellte sich aber heraus, dass dieser Eindruck nicht ganz zutraf. In der Praxis hatten sich sehr wohl neue Perspektiven eröffnet, wofür man bewegte Bilder benutzen kann, welche Chancen die neuen Kanäle bieten, etwas rüberzubringen, was man in der Zeitung nicht vermitteln kann.

Entscheidende Erfahrung: Mit Bild und Tonmedien lässt sich sehr viel besser mit Nähe und mit Emotionen umgehen, als dies mit dem gedruckten Wort möglich ist. Keiner der Teilnehmer widersprach, als ein Kollege sagte: „Ich glaube kaum, dass wir jemals so unterhaltsam über OB-Wahlen geschrieben haben." Verbunden damit ist die Hoffnung, Zielgruppen zu erreichen, die an der kommunalpolitischen Berichterstattung in der Zeitung kaum noch interessiert waren.

In allen Filmen kam eine sehr unterhaltsame, freundliche und emotionale Berichterstattung rüber, bei der vielleicht viele Menschen sagen: „So kann ich mich doch schon mal mit Politik beschäftigen." In der Darstellungsform einer gefilmten Reportage liegt offenbar bereits eine Begrenzung der Inhalte. Als über die Interview-Fragen diskutiert wurde, waren zunächst auch schwergewichtige Themen dabei, wie der kommunale Haushalt. Diese wurden fallen gelassen, weil sie im Rahmen eines Videofilms nicht angemessen darzustellen seien. Aber viele Lokaljournalisten, die über Kommunalpolitik berichten, hängen an diesen Themen. Mancher Teilnehmer fühlte sich an den Medienphilosophen Marshall McLuhan erinnert – das Medium ist die Nachricht. Die Frage ist also, wie das Medium den Inhalt prägt. Was lässt sich auf den neuen Kanälen rüberbringen?

Dazu gehört auch die Frage: Wie weit setzt sich der Journalist selbst Grenzen, wenn er mit dem Medium nicht ausreichend umgehen kann? So müssen zum Beispiel im Interview Fragen in einzelne Einheiten gepackt werden und nicht, wie in Print, aufeinander aufbauen. Denn: Wer das nicht packt, so die ganz praktische Erfahrung, kommt hinterher mit dem Schneiden nicht zurecht.

Grenzen bei der Realisierung setzen möglicherweise auch die lokalen Akteure, die im Umgang mit audiovisueller Berichterstattung bisher ebenso wenig Erfahrung haben wie die Print-Journalisten. Schlimmstenfalls stoßen zwei Inkompetenzen aufeinander. Vor Ort wartet noch eine Menge Überzeugungsarbeit, bis die kommunalpolitischen Akteure in diese Verhaltensmuster passen.

Informationspakete schnüren

Eine besondere Qualität der Internetportale besteht darin, so die Erkenntnis, dass verschiedene Präsentationsformen zusammengebunden werden können. Dazu müssen sie auch konzeptionell zusammen gedacht werden. Es wird möglich, richtige Pakete zu schnüren, die unterschiedliche Zugänge ermöglichen und sich ergänzen. Zu Film, Foto, Podcast kommt noch geschriebener Text, mit dem man inhaltlich in die Tiefe gehen kann. In vergleichbar aufwendiger Weise wie bei einer OB-Wahl wird das nicht jeden Tag und nicht bei jedem Thema möglich sein. Aber wenn man es umsetzen will, sollte man Text, Ton, unbewegte und bewegte Bilder gut aufeinander abstimmen.

Diese neue Qualität kommt keineswegs nur in der politischen Berichterstattung zur Geltung. Es gebe eine ganze Menge Inhalte, die die Zeitung bisher nicht transportiert habe, appellierte ein Teilnehmer: „Wir haben so viele Menschen in unserer Region, die wir im Blatt nicht angemessen darstellen können." Häufig fehlten die Kriterien und die Begrifflichkeiten, sagt ein Kollege: „Ich könnte keinen Rapper so beschreiben, dass die Kids mir das abnehmen und dass die erwachsenen Leser wissen, worum es geht. Wenn ich bewegte Bilder habe, können die für sich sprechen."

„Quick and dirty" oder High Quality?

Der Aufwand für qualitativ hochwertige Filmbeiträge ist erheblich. Zwei unterschiedliche Schlussfolgerungen für das Bedienen audiovisueller Kanäle im Lokalen bildeten sich heraus:

Qualitative Standards des Fernsehens und Hörfunks zum Maßstab der Arbeit zu machen, sei nicht sinnvoll. Auf diesem Feld sollte der Wettbewerb mit den professionellen Bild- und Tonmedien gar nicht erst eröffnet werden. Die Inhalte seien wichtiger als die Frage, ob eine Einstellung richtig ausgeleuchtet oder die Kameraführung optimal ist. Die Gegenposition dazu: „Als Zeitungsleute haben wir auch einen Ruf zu verlieren. Wir müssen dafür sorgen, dass die bewegten Bilder, die wir anbieten, einen gewissen Qualitätsstandard erreichen. Das ist nur mit einer kleinen Videokamera in den Lokalredaktionen nicht erreichbar."

Minimum an Qualität bieten

Am besten das eine tun und das andere nicht lassen. Wenn die Lokalredaktion vor die Anforderung

Samstag, 9. Februar 2008 – Nr. 34 KITZINGEN

OB-Wahlen in Kitzingen: Eine Stil-Beraterin beurteilt die Kandidaten

Das Auge wählt mit

Wie sich die OB-Bewerber optisch schlagen

Von ANNETTE SAX und FRANK WEICHHAN

Der Otmar Hitzfeld unter den Kandidaten: Siegfried Müller überzeugt durch Eleganz. FOTO SEBELKA

Der Konservative

Siegfried Müller (UsW)

Der Fantasievolle

Dieter Sycha (SPD)



Unkonventionell – könnte aber auch als Wetteransager im Morgenmagazin durchgehen: Dieter Sycha (rechts). FOTO MEYER

Die Farben Schwarz und Grau stehen für Kompetenz und Disziplin: Kathleen Regan-Kaufold. FOTO WEICHHAN

Die Praktische

Kathleen Regan-Kaufold (Freie Wähler)

Der Brave

Jens Pauluhn (ödp)







Sportlich-leger, sehr neutral – und unauffällig: Jens Pauluhn kommt im Studentenlook zum Interview. FOTO SEBELKA

Unsere Autorin



Online-Tipp



Bestnoten: Angelika Küspert mit farblich stimmigem Make-up, flotter Kurzhaar-Frisur und geheimnisvoller Libelle. FOTO MEYER

Die Typgerechte

Angelika Küspert (CSU)

Der Modeasket

Klaus D. Christof (KIK)



Weniger Haare im Gesicht würden mehr seiner Künstlerpersönlichkeit zeigen: Klaus Christof wie in Stein gemeißelt. FOTO WEICHHAN

„Das Auge wählt mit“

Mit Kamera und Mikrofon mischten sich Lokaljournalisten vom Kölner Stadt-Anzeiger, der Kitzinger Zeitung, der Main-Post, der Rhein-Zeitung, der Braunschweiger Zeitung und der Zeitungsgruppe Lahn-Dill in den Kitzinger Bürgermeisterwahlkampf ein. Bei dem Workshop entstanden Filme und Tonbeiträge fürs Internet. Außerdem nutzte die Redaktion der Kitzinger Zeitung das Projekt für zusätzliche Geschichten im Lokalteil. So ließ die Redaktion eine Stilberaterin die Auftritte der sechs Kandidaten beurteilen.

Kontakt

Wolfgang Oechsner, Redaktionsleiter Main-Post Kitzingen
Telefon: 09321 132436, E-Mail: wolfgang.oechsner@mainpost.de

gestellt wird, tagesaktuell audiovisuelle Kanäle zu bedienen, werde man angesichts der knappen Ressourcen qualitative Anforderungen nicht zu hoch ansetzen können. Wenn der Verlag hier höhere Qualitätsanforderungen erfüllt sehen will, müsse er die Voraussetzungen dafür schaffen – etwa durch Video-Journalisten. Anders bei längerfristigen Projekten (etwa dem planbaren Thema Wahlkampf), bei denen hin und wieder mit den vorhandenen Mitteln ein größerer Aufwand betrieben werden könnte. Die Crossmedia-Profis in der Runde betonten: „Online dürfen wir den Usern nicht wesentlich mehr abverlangen, als wir es in der Zeitung auch tun. In der Zeitung wird redaktionell vorgearbeitet. Dann muss man das auch online halbwegs so aufbereiten wie in der Tageszeitung."

Für den Internet-Auftritt von Tageszeitungen sei der redaktionelle Faktor entscheidend. „Das unterscheidet uns von denen, die nur einfach mal draufhalten." Zudem haben Redaktionen Zugang zu Leuten und Orten, an die kein anderer herankommt. Das gepaart mit einem Grundsockel an Qualität – davon sollte keine Redaktion abgehen. Die Zeitung habe ein ordentliches Erscheinungsbild, saubere Sprache und gutes Layout. Dann dürfe man im Internet nicht „den größten Mist" bieten. Qualität muss sein, aber eben gepaart mit Inhalten, die so auch nirgendwo anders geboten werden.

Zeit und Personal nötig

Für die Dreharbeiten mit sechs Kandidaten benötigten die Teams zwischen eineinviertel und zwei Stunden. Das Schneiden der Beiträge dauerte trotz Unterstützung durch Profis noch länger. Das Verhältnis von Drehzeit und Materialausbeute liegt nach den Erfahrungen der Profis normalerweise bei 2:1 – eine Stunde Drehzeit bringt 30 Minuten Rohmaterial, aus dem dann zwei bis drei Minuten fertiger Film geschnitten werden. Das heißt: Wer Qualität liefern will, braucht Zeit und Personal. Es genügt nicht, zu sagen: „Geh auf den Termin und nimm eine Kamera mit."

Wichtig ist auch eine einfach zu bedienende Technik. Die Forderung: Der Lokaljournalist braucht eine Ausrüstung, mit der er so einfach und bequem wie möglich umgehen kann. Dennoch bleibt die Frage nach Zeitressourcen und neuen Kompetenzen, die heute so in den Lokalzeitungen nicht vorhanden sind.

Auch wenn wachsende Erfahrung und Einübung manches erleichtern und beschleunigen wird: Alles in allem bleibt die Produktion solcher reportageartiger Filme ein Aufwand, der in der Arbeit der Lokalredaktion besonderen Anlässen und Themen vorbehalten sein wird. Gerade der Wahlkampf sollte ein solcher Anlass sein. Das Projekt einer Kandidatenpräsentation mit audiovisuellen Mittel ist langfristig planbar, die Arbeit steht nicht unter Zeitdruck.

Im Tagesgeschäft muss die Lokalredaktion deshalb auf den Einsatz der Kamera nicht verzichten. Hier bieten sich die folgenden Berichtsformen an, die sehr viel schneller umzusetzen sind. Deshalb werden sie auch im Fernsehen sehr häufig verwendet.

NIF – „Nachricht im Film"

Die klassische NIF-Form (Nachricht im Film):

- 30 Sekunden Gesamtlänge
- Jedes Bild steht fünf Sekunden lang, d. h., man braucht sechs Bilder.
- Beispiel: den Kandidaten im Gespräch mit dem Reporter zeigen und dabei, wie er sein Werbematerial in die Briefkästen wirft – dieses wieder als Sequenz verschiedener Einstellungen (Material aus der Tasche nehmen, Einwurf in den Briefkasten und Klappe zu, Weggehen von der Tür usw.).
- An Rohmaterial muss der Reporter sechs, maximal acht Minuten mitbringen.
- In der Redaktion werden 30 Sekunden Ton aus dem Off darauf gesprochen.

Das alles ist mit einer gewissen Routine in einer Viertelstunde abgedreht, der Schnittaufwand ist minimal. Für die Tonaufnahme werden ein ruhiger Raum und ein Aufnahmegerät benötigt. Deshalb ist diese Form für Lokalredaktionen sehr gut einsetzbar.

Mehr über den Workshop auf *www.bpb.de* unter „Kommunalpolitik auf allen Kanälen“

Die Ergebnisse sind zu sehen unter: *www.mainpost.de/lokales/kitzingen/politikneudenken/*

NIF mit O-Ton

Ein wenig länger wird in der Regel die Variante „NIF mit O-Ton“.

Beispiel: Die Kandidatenvorstellung
- könnte der Reporter kurz anmoderieren, indem er in wenigen Sätzen den Werdegang des Kommunalpolitikers skizziert.
- Der Kandidat erhält dann z. B. 30 Sekunden für ein kurzes Statement, das nicht geschnitten werden muss.

Das alles ist mit etwas Übung schnell abgedreht und geschnitten.

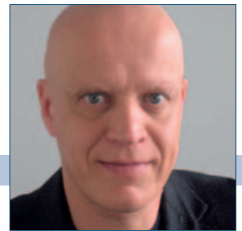
Beispiel: Die gleiche Form eignet sich auch dazu, die verschiedenen Wahlplakate vorzustellen:
- Die Redaktion bittet einen Grafikdesigner oder einen Politologen, jedes Plakat in 30 bis 45 Sekunden zu kommentieren.
- Dazu stellt man den Experten vor das Wahlplakat, hat ihn erst im Vordergrund und
- macht dann eine ganz langsame Heranfahrt an das Plakat.

Neue Aufgaben, neue Struktur

Die Lokalredaktion wird einerseits Kollegen brauchen, die mit der Kamera sicher umgehen – genauso dringend aber auch die Chefs, die über Print hinaus denken können. Neue Aufgaben werden auch redaktionelle Strukturen verändern. Man sollte überall an den Schnittstellen Leute sitzen haben, die Bescheid wissen: Welche Darstellungsform, welche Präsentationsform hat welche Möglichkeiten? Und die dann sagen, welche Nachricht und welches Thema dann wie ausgesteuert werden soll. Sinnvoll ist die Struktur eines Newsdesks, an dem Leute sitzen, die voll im Thema sind und sagen können: Hier ein Podcast, dort bewegte Bilder, da eine Bilderstrecke, dort der Text.

Wichtig ist, gründlich darüber nachzudenken, wie Lokalredaktionen die Nachrichten verpacken und auf verschiedenen Kanälen verbreiten, damit die Zeitung neue Umsätze macht und am Leben bleibt.

Kontakt
Michael Bechtel
Quality News Redaktionsbüro
Telefon: 02224 9016836
E-Mail: info@michael-bechtel.de



Ein Mix aus Nachricht und Unterhaltung

Kommunalwahlen online bei der Augsburger Allgemeinen

Mit einer Reihe von unterhaltsamen Aktionen begleitete die Augsburger Allgemeine (AZ) die Kommunalwahlen in ihrer Region. Vom hauseigenen Wahl-O-Mat bis hin zu Kandidatenvideos reichte das Angebot, so Günther Vollath, der Leiter der Online-Redaktion.

Spannendster Teil der Kommunalwahlen 2008 in Bayrisch-Schwaben war die Oberbürgermeisterwahl in Augsburg, zu der sieben Männer und eine Frau ins Rennen gingen. Den Kandidaten wurde angeboten, sie können im Wahlspecial auf *www.augsburger-allgemeine.de* ein Video mit einem Selbstporträt platzieren. Der Film sollte etwa 1,5 bis 2 Minuten Länge haben. Die Videoporträts der acht Kandidaten stellte die Online-Redaktion ins Netz. Allerdings wurden die Filme nicht von der Redaktion produziert, sondern vom Verlag.

Die Kandidaten konnten die Videos selber drehen oder sie im Studio der Verlagstochter Radio Tele 1 (RT1) produzieren lassen. Dieses Angebot mussten die Kandidaten bezahlen, so Vollath. Die meisten hätten dieses Angebot genutzt. Im Wahlspecial der Zeitung wurden die Basisinfos und die Links zu allen acht OB-Kandidaten gebracht. Dieser Service kostete nichts. Aber wenn die Kandidaten zusätzlich ihr Foto oder das Video dort einstellen wollten, war das kostenpflichtig. Dennoch hätten alle acht Kandidaten hier ihre Videos präsentiert.

Der Inhalt der Videos blieb den Kandidaten selbst überlassen. Dennoch sei keineswegs langweilige Wahlwerbung, sondern „teilweise spektakulärer Stoff“ herausgekommen, so Vollath. So nahm sich etwa die Kandidatin der FDP in ihrem Film selbst auf die Schippe. Die nebenberufliche Kabarettistin präsentierte sich derart witzig, dass die Klickraten für ihr Video in die Höhe schnellten. Ein männlicher Konkurrent sorgte eher unfreiwillig für Komik, weil die Bild- und die Tonspur nicht richtig synchron liefen. „Das lohnte sich anzuschauen.“ Zwar habe das RT1-Studio die Videos professionell gemacht. Dennoch sei klar zu erkennen, dass Kommunalpolitiker es nicht gewohnt seien, vor der Kamera zu sprechen. Das habe durchaus Charme, weil es die Politiker menschlicher mache.

Was man nicht unterschätzen darf, ist die Arbeit, die hinter der Aktion steckt. Die Augsburger boten den Videoservice nicht in allen Kommunen des Verbreitungsgebietes an, da der Aufwand zu groß gewesen wäre. Das Pilotprojekt hatte drei Monate Vorlauf, was aber laut Vollath eigentlich zu wenig war: „Wenn 30 bis 50 Kandidaten vorgestellt werden sollen, braucht man drei bis fünf Monate Vorbereitungszeit, um die Idee an alle Kandidaten zu kommunizieren und für die Produktion der Videos.“ Tipp des Redaktionsleiters: „Den ‚großen Herausforderer‘ als Erstes bringen, dann machen die anderen leichter mit.“

Trotz des Aufwandes soll die Aktion bei weiteren Wahlen wiederholt werden, denn sie sei „bei Kandidaten und Usern exzellent angekommen“.

Neben der Video-Aktion gab es noch eine Reihe weiterer Online-Projekte der AZ zu den Kommunalwahlen 2008:

Wahl-O-Mat/Wahlbarometer

Für 16 Kommunen verfügbar, jeweils zehn Fragen mit je drei Antwortmöglichkeiten (stimme zu, stimme nicht zu, keine Meinung). Am Ende wird das

Ergebnis angezeigt, wie hoch die Übereinstimmung mit den zur Wahl stehenden Parteien ist.

Votings

Nach dem Motto „Wer macht das Rennen?“ konnten User über Kandidaten „probehalber“ abstimmen (u. a. vor der OB-Wahl in Augsburg). Über die Ergebnisse wurde auch in der Printausgabe der Augsburger Allgemeinen berichtet. Die Erfahrungen damit seien allerdings nicht so gut. „In Print gewinnt alles mehr Seriosität“, es werde viel ernster genommen, als es von der Redaktion aus gemeint war. Mancher Kandidat habe eine geradezu „kriminelle Energie an den Tag gelegt“, um durch „Hacking“ seinen Stimmenanteil nach oben zu treiben. Deshalb mache man solche Votings künftig nur noch im Onlineangebot.

Foren

Die Online-Foren kamen gut an, in der heißen Phase kamen 500 bis 600 Beiträge pro Tag. Wichtig: Solche Foren müssen inhaltlich und presserechtlich betreut werden. Das erledigten zwei Crossmedia-Manager sowie zwei bis drei weitere Moderatoren (freie Journalisten bzw. engagierte User, gegen kleines Honorar). In der Zeitung wurde immer wieder berichtet, was in den Foren gerade diskutiert wird.

Live-Ticker

Von Podiumsdiskussionen und vom Wahlabend wurde via Live-Ticker berichtet. Das lief sehr erfolgreich. Am Wahlabend wurden fast 150 000 Zugriffe gezählt.

Personeller Aufwand

An den Wahltagen waren vier bis fünf Journalisten in der Online-Redaktion im Einsatz. Außerdem wurde das Videoteam der Tochterfirma RT 1 benötigt. Das meiste konnte ansonsten über den normalen Betrieb miterledigt werden. Da die Wahlen laut Vollath „extrem crossmedial“ gespielt wurden, ist ganz wichtig: Man braucht Crossmedia-Manager, die am Desk sitzen und für die schnelle Verzahnung von Print- und weiteren Angeboten zuständig sind.

Mehrwert

Die Online-Berichterstattung zur Wahl war bewusst auf zusätzlichen Nutzwert ausgerichtet: So wurden nicht einfach die Print-Beiträge eins zu eins ins Netz gestellt, sondern zu Paketen geschnürt (z. B. Serie „Die Kandidaten“ mit den Porträts, dem Hintergrund, den Videos). Außerdem wurden die nachrichtlichen Beiträge durch spielerische und unterhaltsame Teile ergänzt.

Im Übrigen zeigte sich bei der Augsburger OB-Wahl, dass Internetklicks und Wählerstimmen zwei Paar Schuhe sind: Die FDP-Kandidatin hatte zwar die mit Abstand witzigste Performance und erzielte mit knapp 1000 Abrufen auch die meisten Zugriffe. Am Wahltag stimmten aber lediglich 1 Prozent der Bürger für sie. Der spätere Wahlsieger und jetzige Oberbürgermeister, Dr. Kurt Gribl, kam auf 550 Abrufe. Bei der Wahl erhielt er 43,6 Prozent der Stimmen und gewann auch die Stichwahl.

Kontakt
Günther Vollath
Leiter der Online-Redaktion der Augsburger Allgemeinen
Telefon: 0821 777-0
E-Mail: guenther.vollath@augsburger-allgemeine.de



STICHWAHLEN

Weitere Ergebnisse aus der Region

Nicht nur in Augsburg fanden Stichwahlen statt. Die weiteren Ergebnisse aus der Region haben wir hier zusammengefasst:
› **weiter**

DIE WAHL IN ZAHLEN

Alle Wahlen auf einen Blick

Die Ergebnisse der Landräte, Bürgermeister, Stadträte und Kreistage aus der Region. › **weiter**

› Der neue Augsburger Stadtrat
› Stadträte und Kreistage auf einen Blick (pdf)
› Alle Ergebnisse auf einen Blick (pdf)
› Landratswahlen im Detail
› Bürgermeister-Wahlen im Detail

DIE WAHL IN ZAHLEN

Bürgermeisterwahlen im Detail

Die Ergebnisse der Augsburger Stadtteile sowie in den Städten der Region. › **weiter**

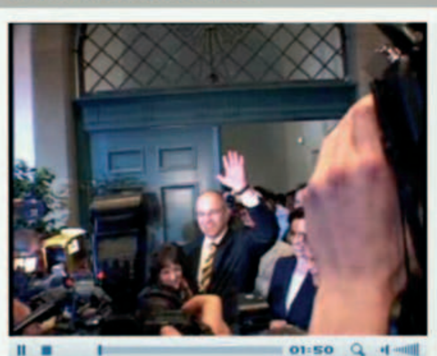
› Die Wahlergebnisse der Parteien (Augsburg)
› Wahlergebnisse in den Augsburger Stadtteilen
› Bürgermeister im Landkreis Augsburg
› Bürgermeister im Kreis Aichach-Friedberg
› Bürgermeisterwahl in Aichach
› Bürgermeisterwahl in Friedberg
› Bürgermeister im Ries
› Bürgermeisterwahl in Donauwörth
› Bürgermeister im Landkreis Dillingen

LOKALTEIL WAHLEN



Topmeldungen aus der Region

AUGSBURGER ALLGEMEINE TV



Gribl siegt in der Stichwahl
Augsburg hat einen neuen Oberbürgermeister. Mit fast 56 Prozent hat Kurt Gribl die Stichwahl für sich entschieden.

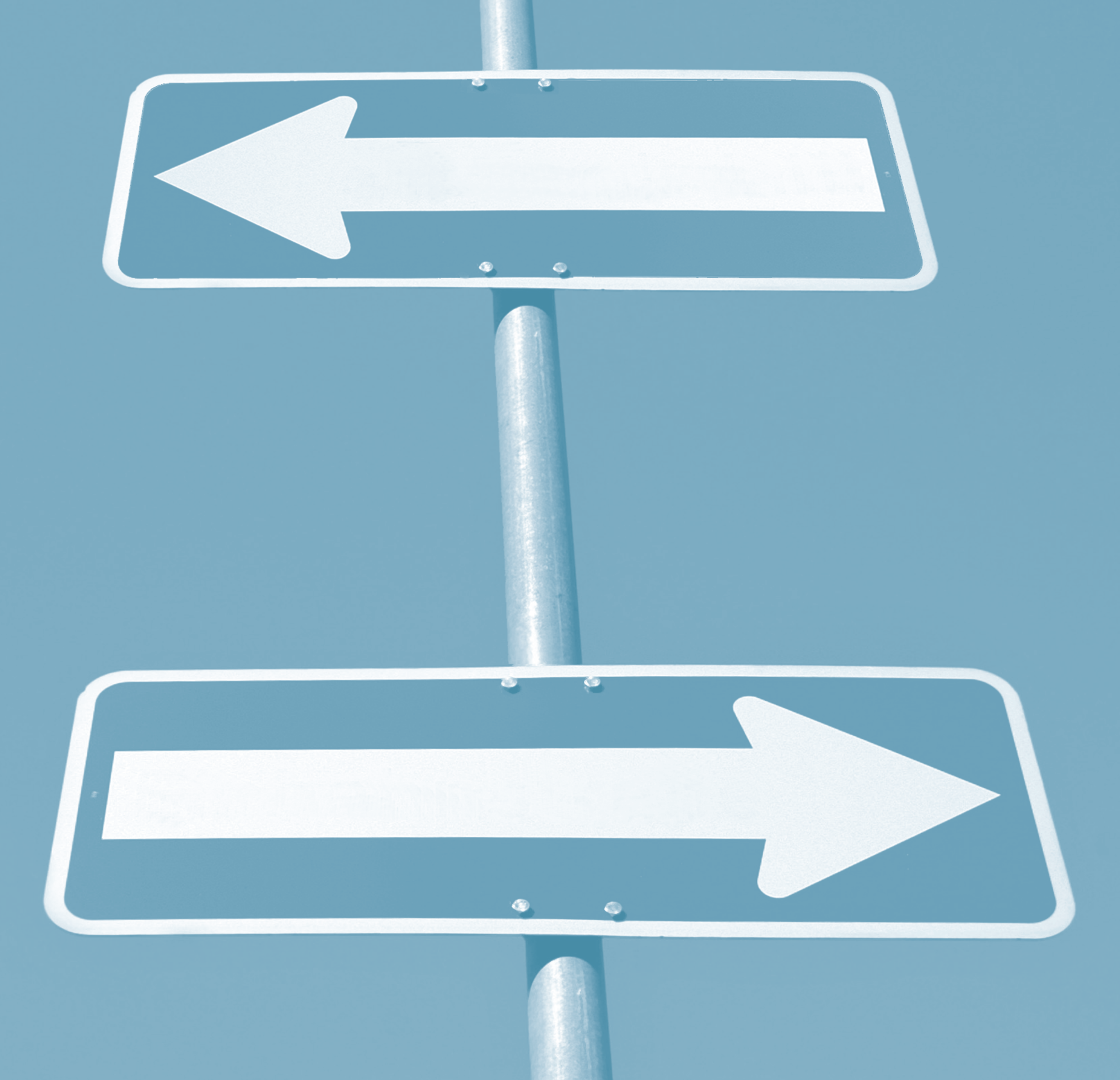
Blick auf die Internetseite zur Augsburger OB-Wahl

Eine Mischung aus nachrichtlichen und unterhaltsamen Elementen präsentierte die Augsburger Allgemeine zum Kommunalwahlkampf im Frühjahr 2008. Neben den Foren und Votings auf *www.augsburger-allgemeine.de* fanden besonders die Video-Porträts der Augsburger OB-Kandidaten Zuspruch bei den Usern.

Kontakt

Günther Vollath, Leiter der Online-Redaktion der Augsburger Allgemeinen
Telefon: 0821 777-0, E-Mail: guenther.vollath@augsburger-allgemeine.de

RECHTSAUSSEN LINKSAUSSEN



Kapitel 6: Rechtsaußen, Linksaußen

Ulrich Dovermann ist Leiter des Fachbereichs „Extremismus“ bei der Bundeszentrale für politische Bildung



Extremismus ist ein Bildungsproblem

Ulrich Dovermann über den Umgang mit Rechtsextremen

Wer rechtsextremistische Tendenzen bei jungen Menschen bekämpfen will, muss mit den Jugendlichen reden. Es geht darum, sie zu stärken, sie zu bilden, mit ihnen zu diskutieren. Dies ist die Erfahrung, die Ulrich Dovermann in seiner Arbeit mit und gegen Rechtsextremisten gemacht hat. Dovermann leitet den Fachbereich „Extremismus“ bei der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Er sagt: „Extremismus ist für uns kein Sicherheits-, sondern ein Bildungsproblem.“

Im Kampf gegen rechtsextreme Bestrebungen versuche man, „die politische Bildung in ihrer ganzen Breite“ einzusetzen. Gemeinsam mit Sozialarbeitern/innen, Lehrern/innen aller Fächer und Resozialisierungsfachleuten werden Projekte initiiert, mit Freizeitangeboten, etwa in Diskotheken, aber auch mit Trainings an Schulen und Jugendzentren. Einerseits geht es darum, den Rechten die Jugend abspenstig zu machen, andererseits, die jungen Menschen zu stärken, damit sie weniger anfällig für rechte Parolen sind.

Die bpb hat mobile Beratungsteams eingerichtet, die vor allem in den ostdeutschen Bundesländern unterwegs sind. Sie bieten Fortbildung, Hilfe und Informationen für Schulen, Einrichtungen der Jugendpflege, Jugendzentren und andere interessierte Einrichtungen.

Ziel: Gewaltfreiheit

Unter anderem initiiert, berät und fördert Dovermann auch Projekte in Gefängnissen, wo gezielt mit rechtsextremen Straftätern gearbeitet wird. Auch wenn die politischen Meinungen dieser Jugendlichen oft schlicht seien, ist Dovermann sicher: „Wir müssen mit diesen Menschen über Politik diskutieren; das ist der Andock-Punkt, mit dem wir Diskussionen aufbauen. Das Ziel lautet, Gewaltfreiheit zu erreichen.“

Dem Experten ist klar, dass Lokaljournalisten Jugendliche aus dem rechten Spektrum nur schwer erreichen. Dennoch müssten sie mit dem Thema in ihrer Zeitung umgehen. Eine Möglichkeit sei unter anderem, solche Projekte wie die der bpb oder anderer Einrichtungen und Verbände zu begleiten. Man dürfe dabei, so Dovermann, nicht gleich ganze Dörfer und Städte verdammen, nur weil dort extremistische Strömungen verstärkt auftauchen. „Eine Dämonisierung bringt nichts.“ Vielmehr sei es wichtig, die demokratischen Kräfte zu unterstützen. „Wir müssen den Bürgermeistern helfen, das Richtige zu sagen und zu tun.“

Strukturen begreifen

Und es sei hilfreich, sich die Strukturen genau anzuschauen. Wie sehen die Orte aus? Welche Angebote gibt es? Wie ist die Lage am Arbeitsmarkt? Also: Welche räumlichen Bedingungen bringen Menschen dazu, aus dem demokratischen Lager in die extrem rechte Ecke abzuwandern?

„Ich denke, dass Zielgruppendenken nicht genug bringt“, sagt Dovermann. Wenn es zum Beispiel in einer Schule Probleme mit Rechtsextremen gibt, solle man nicht an die Schüler herantreten, sondern zuerst an die Schule selbst. Oft werde klar, dass dort strukturelle Bedingungen herrschen, die Gewaltbereitschaft fördern. „Es gibt Schulen, da muss man sich nicht wundern, dass die Jugendlichen aggressiv werden.“ Lieblose Gebäude, verkommene Außenanlagen, ein schwieriger Hausmeister, hierar-

chische Strukturen, wenig Zusatzangebote. Dies lohne sich auch für Journalistinnen und Journalisten, genau unter die Lupe zu nehmen und zu beschreiben.

Zum Umgang der lokalen Presse mit den Rechtsextremen sagt der Experte: „Lokaljournalisten tuen sich einen Gefallen, wenn sie zur Politik nicht sagen: ‚Ich entlarve deine Lügen', sondern wenn sie das Ganze als Problem der gesamten Region darstellen." Dazu sei es wichtig, sich nicht nur auf aktuelle Probleme zu stürzen, sondern kontinuierlich über Zustände, Strukturen und Hintergründe des politischen und gesellschaftlichen Lebens in der Region zu berichten.

Artikel mit Leidenschaft

Unter Journalisten gibt es unterschiedliche Meinungen, wie mit rechtsextremen Themen und Personen umzugehen sei. Ausführlich berichten oder totschweigen? Zitieren oder nicht zitieren? Dovermann rät dazu, Leidenschaft in die Artikel zu bringen. „Leidenschaftlich, aber bei der Sache bleiben, so wie ein Chirurg den Krebs freilegt."

Was seit 2001 in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus entwickelt und erprobt wurde, wird nun – seit 2006 – auch auf muslimische Extremisten übertragen und auch hier gilt, dass man zerrissene Gesprächsfäden wieder aufgreifen muss, dass es räumliche und strukturelle Gründe für die hochkochende Gewalt gibt und dass man langfristig zu denken und zu arbeiten lernen muss, wenn man hier Erfolg haben will. Und damit ist es nicht genug. Dovermann versucht im Zuge der Weiterentwicklung seines Arbeitsbereiches auch und gleichrangig die Frage zu stellen, was es an linksextremen Meinungen, Weltbildern und Handlungen in unserem Lande gibt, wie es sich aus Bildungssicht darstellt und wie man vor allem der Gewalt begegnen kann, die immer die Begleiterin des Extremismus ist. Die Recherchen zu diesem Bereich sind nicht abgeschlossen, aber man wird auf diesbezügliche Projekte aus dem Fachbereich Extremismus gespannt sein dürfen.

Umfangreiches Material zum Thema Rechtsextremismus findet sich unter:
www.bpb.de/themen/R2IRZM,0,Rechtsextremismus.html

Unter dem Stichwort „Medien" stehen dort Beispiele, wie Redaktionen mit Rechtsextremismus umgehen. Dazu berichten erfahrene Journalisten, wie sie an rechtsextreme Themen herangehen und welche Erfahrungen sie damit machen.

Kontakt
Ulrich Dovermann
Leiter Fachbereich „Extremismus" bei der Bundeszentrale für politische Bildung
Telefon: 0228 99 515-515
E-Mail: dovermann@bpb.de

Engagement und gute Vorbereitung

Wie Redaktionen mit den Rechtsextremen umgehen

Soll man in der Tageszeitung über Rechtsextreme berichten? Oder bietet man ihnen dadurch nur eine Plattform? Gerade in Wahlkampfzeiten tauchen diese Fragen auf. Wie geht die Redaktion mit rechten Kandidaten und Parolen um? Die Gepflogenheiten sind von Haus zu Haus verschieden. Einig sind sich die Kollegen darin: Eine engagierte Berichterstattung ist besser, als das Thema totzuschweigen. Und: Wer sich mit den Rechten einlässt, muss sehr gut vorbereitet sein.

Der redaktionelle Umgang mit dem rechten Spektrum ist häufig eine Gratwanderung. Zum einen haben Journalistinnen und Journalisten die Sorge, dass sie dadurch rechte Ideologie verbreiten, die Rechten salonfähig machen, vielleicht sogar Sympathisanten mobilisieren. Zum anderen die Furcht, die Berichterstattung über Rechtsextremismus im Lokalen bringe die Region in Misskredit.

Berichterstattung Ja oder Nein, diese Frage stellt sich in einigen Regionen gar nicht. Zum Beispiel in der Sächsischen Schweiz. Dort erhielt die NPD bei den Landtagswahlen im September 2004 in den zwei Wahlkreisen 11,8 bzw. 15,1 Prozent der Zweitstimmen – 1999 waren es noch 3 Prozent. Außerdem sitzt die rechtsextreme Partei mit mehr als einem Dutzend Abgeordneten in den Kommunalparlamenten. „Das kann man nicht ignorieren, selbstverständlich muss man über das Thema Rechtsextremismus berichten“, so Jana Klameth, Redaktionsleiterin bei der Sächsischen Zeitung.



Jana Klameth

Zur Kreistags- und Bürgermeisterwahl im Juni 2008 hat die NPD sachsenweit 182 Kreistagskandidaten und eine Reihe Bürgermeisterkandidaten nominiert. Sie wirbt flächendeckend auf Plakaten mit provokanten Sprüchen. In einer vierseitigen Wahlzeitung wurden alle Haushalte mit schlimmer Propaganda versorgt. Zum Beispiel: Höchststrafe für die CDU-Versager; Bürgerwut in den Kreistag; Grenzen sichern – Kriminalität stoppen; Sozial geht nur national; Der Osten wählt deutsch.

Analyse plus Hintergrund

Wie reagiert die Sächsische Zeitung? Klameth: „Ein Patentrezept haben wir in den Jahren auch noch nicht gefunden. Die Berichterstattung hat sich auch in den Jahren verändert. Dominierte anfangs vor allem der Betroffenheitsjournalismus mit Aufrufen zu Bekenntnissen gegen Rechtsextreme, so steht heute eher die Analyse, die Hintergrundberichterstattung, die Auseinandersetzung mit den Strategien der Rechten im Vordergrund.“

Im Wahlkampf folgten die Kollegen in Sachsen dem Grundsatz: berichten ja, aber keine Plattform bieten. Das heißt, so Klameth:

- Die Nominierungen wurden nachrichtlich verarbeitet.
- Die Redaktion schaute sich die Kandidatenliste an und stellte fest, dass Vorbestrafte und viele Familienmitglieder kandidieren. Darüber wurde berichtet.
- Es gab eine Spontandemonstration gegen NPD-Wahlstände, auch darüber wurde berichtet.
- Die Redaktion betrachtete die kommunalpolitische Arbeit der NPD in den vergangenen Jahren sowie ihren Wahlkampf in mehreren Beiträ-

gen, sie recherchierte, stellte Zusammenhänge her, kommentierte.

- Bei der Kandidatenvorstellung werden die Rechten aber nicht wie alle anderen demokratischen Kräfte behandelt, sie erhalten keine Plattform, wo sie ihre Ziele darstellen können.
- Der Umgang mit Rechten bei Wahlforen blieb der Redaktion erspart, da die NPD keinen einzigen Bürgermeisterkandidaten in der Sächsischen Schweiz-Osterzgebirge nominiert hat. Klameth: „Wenn es welche gegeben hätte, hätten wir sie nicht eingeladen. Wir als Veranstalter dürfen entscheiden, mit wem wir reden, und wir diskutieren mit Demokraten."

Kritische Distanz



Siegfried Denzel

Auch in Mecklenburg-Vorpommern sitzt die NPD in einer Reihe von Kommunalparlamenten. Siegfried Denzel, Lokalchef beim Nordkurier in Anklam, gibt zu: „Wir tun uns schwer." Die ursprüngliche Taktik, die NPD totzuschweigen, sei nicht aufgegangen. Nun versucht die Redaktion, „kritisch distanziert über die Szene zu berichten". Das heißt, normale Redebeiträge der NPD werden nicht gebracht, auch seien die Rechten keine Gesprächspartner für die Redaktion. Denzel: „Populismus befördern wir nicht." Bei Wahlen werde über die nominierten NPD-Kandidaten berichtet, um zu erklären, „was das für Leute sind". Zu Podiumsdiskussionen lädt die Zeitung die Rechten jedoch nicht ein. Auch führe man keine Interviews mit ihnen.

Im Grunde, so Denzel, müssten die Journalisten mehr über die Hintergründe und die Strukturen berichten, die eine rechtsradikale Stimmung erzeugen oder fördern: Die Region hat seit der Wende 30 Prozent der Einwohner verloren, die Arbeitslosigkeit ist hoch (17 Prozent im April 2008), die Kaufkraft gering. „Die Leute fühlen sich subjektiv verlassen." Weit verbreitet sei die Meinung, dass das tägliche Leben schwerer werde, während sich wenige Bonzen die Taschen vollstopfen. Auf diesem Nährboden gedeihe das radikale Gedankengut der Rechten. Um dies aufzuzeigen, wäre eine intensive Hintergrundberichterstattung nötig, die jedoch seine kleine Redaktion nicht leisten könne, so Denzel.



Dirk Lübke

Rechtsextremismus ist aber keineswegs auf den Osten Deutschlands beschränkt. Auch in der Region Mittelhessen ist die NPD in mehreren kommunalen Parlamenten sowie in den Kreistagen vertreten. Dirk Lübke, Chefredakteur der Zeitungsgruppe Lahn-Dill: „Wir fahren die Linie, die publizistische Plattform Zeitung für eine Auseinandersetzung mit den politischen Gedanken und Vorstellungen der NPD nicht freizugeben." Im Alltag berichtet die Zeitungsgruppe über Anträge und Wortmeldungen der Nationaldemokraten gelegentlich „unter Abwägung der Sinnhaftigkeit". Daraus folgt, dass in der weitaus überwiegenden Zahl der Fälle die NPD damit in der Berichterstattung nicht vorkommt. Bei Landtags-, Bundestags- oder Europawahlen werden die NPD-Kandidaten nicht im redaktionellen Konzept berücksichtigt, so Lübke. Es gibt also keine Homestorys, Diskussionsrunden, Fragebögen, sondern nur eine allgemeine kurze Vorstellung. Lübke: „Das führt immer wieder zu Verwerfungen und Kommunikationsstörungen zwischen Zeitung und NPD-Leuten."

Aufklärerischer Ansatz



Martin Utz

„Wir sagen, wo wir stehen." So erklärt Martin Utz, stellvertretender Chefredakteur beim Fränkischen Tag in Bamberg, die Linie des Hauses. Auf der einen Seite werde die Ereignis-Berichterstattung flach gehalten, auf der anderen Seite verfolge man einen „aufklärerischen Ansatz". Das heißt, die Redaktion berichtet vor allem darüber, was die Bürger gegen die

Platte Parolen – und sonst?

Die NPD kämpft mit einer Plakateflut um Stimmen der Wähler. Dabei hat sie nicht mal ein Programm für den neuen Landkreis.

Jana Klameth

Da ist sie wieder. Mit einer wahren Plakateflut überschwemmt die NPD derzeit das Land – und dabei vor allem den Landkreis Sächsische Schweiz und den Weißeritzkreis.

DIE KREISTAGS-BILANZ

„Wählen gehen – Bürgerwut in den Kreistag!" – so lautet einer der Slogans. Im Pirnaer Kreistag war in den letzten vier Jahren von Bürgerwut nichts zu spüren, obwohl die NPD dort mit fünf Abgeordneten vertreten ist. Sie ergriffen selten das Wort, in der Regel stimmten sie den Anträgen der anderen Fraktionen begründungslos zu. Die Statistik des Landratsamtes weist in den vier Jahren 24 NPD-Anträge aus, von denen lediglich sechs im Kreistag behandelt wurden; die anderen zog die Partei selbst zurück oder sie wurden nach Schreiben der Verwaltung hinfällig. Zwei Anträge wurden beschlossen – einer zur Berufung eines neuen Mitglieds ihrer Fraktion in einen Ausschuss und einer zum Erhalt des Begriffs „Sächsische Semmeringbahn". Drei Anträge wurden abgelehnt. Dabei wollte die NPD-Fraktion vor allem ihr Einflusspotenzial im Kreistag erhöhen. Mehr Aktivitäten entwickelte die Fraktion beim Stellen von Anfragen. Oft ging es dabei um das Lieblingsthema der Rechten: um Ausländer. Die Antworten scheinen Fraktionschef Müller überzeugt zu haben. „Wir haben in der Sächsischen Schweiz kein Ausländerproblem", sagte er gegenüber der SZ.

Nur: Warum hängen dann allerorten Plakate mit dem Slogan „Der Osten wählt deutsch!"?

DIE KANDIDATEN

Im Gegensatz zu den demokratischen Parteien hat die NPD ihre Kandidaten still und heimlich nominiert. Die Presse war zu keiner Veranstaltung eingeladen. Am 20. April informierte Kreisgeschäftsführerin Carmen Steglich in einer Neun-Zeilen-Pressemitteilung lediglich, dass 33 Kandidaten für die Kreistagswahl nominiert worden seien. Damit stellt die NPD im Parteienvergleich die geringste Anzahl an Kandidaten – ein Indiz für die dünne Personaldecke. Zudem treten gleich drei Familien mit mehreren Personen an. Bei der Kandidatennominierung wird auch die Nähe der NPD zu den militanten Neonazis deutlich: Unter den Kandidaten befinden sich sogar verurteilte SSS-Mitglieder.

DAS PROGRAMM

Inhaltlich hat die NPD nach eigenen Aussagen keinen Plan. „Es gibt kein Kreisprogramm", sagt Müller. Auch der Kandidat für den Landratsposten – Olaf Rose aus Bochum – ist hier zu Lande völlig unbekannt und nicht mit inhaltlichen Ideen aufgefallen. Im Internet nennt er als ein Motiv die deutsche Außenpolitik, die ihm nicht gefällt. Was das mit der Region hier zu tun hat, bleibt sein Geheimnis.

DER WAHLKAMPF

Der NPD-Wahlkampf ist eine Materialschlacht. In vielen Dörfern ist die NPD die einzige Partei, die mit Plakaten wirbt. Viele Touristen wären ernsthaft beunruhigt angesichts der rechten Parolen, heißt es aus dem Kreis der Bürgermeister. Auf scharfe Kritik stößt vor allem die weiße Rose – eigentlich Zeichen des Widerstands gegen den Nationalsozialismus –, mit der der NPD-Landratskandidat wirbt. Zusätzlich zu den Plakaten setzt die NPD auf Infostände. „Auf Diskussionen lassen sich die Rechten jedoch selten ein", schildert Petra Schickert vom Kulturbüro Sachsen eigene Erfahrungen. Vielmehr seien jene, die die Thesen der Rechten hinterfragten, beschimpft worden.

DIE MITGLIEDER

Die Anzahl der Parteimitglieder hat sich in den letzten Jahren kaum verändert. Rund 140 Mitglieder hat die NPD im Kreisverband Sächsische Schweiz-Osterzgebirge nach Angaben ihres Vorsitzenden Johannes Müller, davon knapp 100 in der Sächsischen Schweiz. Dazu kommen freie Kameradschaften. Die Zahl rechtsextrem motivierter Gewalttaten ist 2007 landesweit gestiegen, in der Region dagegen gesunken. „Das ist zwar erfreulich", sagt Sebastian Reißig von der Pirnaer Aktion Zivilcourage. Doch dürfe das nicht dazu führen, die NPD zu unterschätzen. Zum einen gibt es nach seiner und der Einschätzung des Kulturbüros Sachsen viele Stammwähler. Zum anderen würden die einfachen Parolen immer wieder Frustwähler begeistern, die die NPD als einzige Alternative zu den anderen Parteien sehen. Auf dieses Bauchgefühl setze die NPD mit Wahlwerbung wie „Höchststrafe für CDU-Versager". Angesichts der Kreistags-Bilanz stellt sich die Frage, wer hier versagt.

DIE GEGENWEHR

Vor allem in der Sächsischen Schweiz hat sich eine große Sensibilität im Umgang mit rechtsextremistischen Aktivitäten entwickelt. Seit den 1990er-Jahren gibt es Initiativgruppen und mobile Beratungsteams. Seit Sommer 2005 arbeitet die Steuerungsgruppe Extremismus im Landkreis Sächsische Schweiz, in der Vertreter von Landkreis, der Stadt Pirna, der Polizei, der Bildungsagentur und anderen Behörden mitwirken.

Rechte Schläger auf Wahlliste

NPD will mit verurteilten SSS-Mitgliedern bei der Kreistagswahl im Juni Stimmen fangen.

Christian Eißner

Pirna. Noch nie hat die NPD ihre Nähe zu militanten Neonazis so deutlich zur Schau gestellt wie bei den bevorstehenden Wahlen zum Kreistag Sächsische Schweiz-Osterzgebirge. Auf der am Donnerstag vom Landratsamt Pirna bestätigten Wahlliste finden sich unter dem Deckmantel der rechtsextremen Partei mit Martin Schaffrath, Thomas Rackow und Lars Hein drei Personen, die dem engsten Kreis der verbotenen Neonazi-Gruppe Skinheads Sächsische Schweiz (SSS) zugeordnet werden.

Rackow und Hein sind verurteilte Mitglieder dieser Kameradschaft, die in den 1990er Jahren die Sächsische Schweiz terrorisierte. Martin Schaffrath wird ihrem Umfeld zugerechnet. Auch Adrian Tschöp aus



Königstein zählt zu der gewalttätigen Fraktion der Kandidaten. Schon mehrfach stand er nach Angaben des Alternativen Kultur- und Bildungszentrums Pirna (Akubiz) wegen rassistischen Übergriffen vor Gericht.

Dabei ist die NPD ganz offensichtlich Lichtjahre entfernt von der starken Partei, als die sie sich immer wieder darstellt. Die Personaldecke ist zum Zerreißen dünn, wie ein Blick in die Kandidatenliste zeigt. Die Familien Mario Viehrig aus Reinhardtsdorf-Schöna, Steglich/Keilwerth aus Königstein und Rackow aus Struppen tauchen jeweils mit mehreren Personen auf. Im Weißeritzkreis gibt es zudem nur sechs Kandidaten, die tatsächlich dort wohnen. Alle anderen sind Importe aus der Sächsischen Schweiz. Das kann als gutes Zeichen dafür gewertet werden, dass nur noch wenige bereit sind, NPD-Politik zu machen.

Dass verurteilte Rechtsextreme in den Listen für eine demokratische Wahl überhaupt auftauchen dürfen, sei rechtlich nicht zu beanstanden, erläutert Thomas Obst, Leiter der Abteilung Kommunalaufsicht und Wahlen im Landratsamt Sächsische Schweiz. Verhindern könne dies nur ein Richterspruch, der den Kandidaten als „nicht wählbar" einstuft.

NPD-Parolen

Analyse, Hintergrundberichterstattung, Meinung – diese journalistischen Mittel nutzt die Redaktion der Sächsischen Zeitung in Pirna im Umgang mit der NPD. Dabei geht es vor allem darum, die Strategien der Rechten zu beleuchten. Im Wahlkampf hieß die Devise: berichten ja, aber keine Plattform bieten. Die Redaktion berichtete, dass Vorbestrafte und viele Familienmitglieder auf der NPD-Liste kandidieren. Ebenso wurde über eine Spontandemonstration gegen NPD-Wahlstände berichtet. Außerdem wurde die kommunalpolitische Arbeit der NPD in den vergangenen Jahren sowie ihr Wahlkampf in mehreren Beiträgen kritisch betrachtet und kommentiert.

Kontakt

Jana Klameth, Leiterin Regionalredaktion Sächsische Zeitung
Telefon: 0351 48642945
E-Mail: Klameth.Jana@dd-v.de

AUF EIN WORT



Jana Klameth über die NPD und ihren Wahlkampf

Viel versprochen, wenig gemacht

Die NPD will in den Kreistag. Nur, was will sie dort? Als regelmäßiger Gast des Pirnaer Gremiums, in dem die NPD seit vier Jahren vertreten ist, kann ich sagen: Da kam nichts. Kaum Anträge, wenig Reaktionen und wenn, dann waren sie entlarvend. Wie bei dem Votum des Kreistags, Ort der Vielfalt werden zu wollen. Da erklärte ein NPD-Kreisrat: „Wieder ein Beschluss gegen uns."
Ja, genau das war es. Und wegen dieser eindeutigen Stellungnahme muss auch keiner ein schlechtes Gewissen haben. Im Gegenteil. Wenn die NPD ihr wahres Gesicht zeigt und deutlich macht, dass sie unsere Gesellschaft abschaffen will, dann muss jeder Demokrat gegenhalten. Das hat nichts mit Dogmatismus oder Intoleranz zu tun. Im Gegenteil. Ich halte es da mit Umberto Eco, der mal sagte: Um tolerant zu sein, muss man die Grenzen, was nicht tolerierbar ist, festlegen.

klameth.jana@dd-v.de

Protest gegen Rechte

In Dippoldiswalde zeigten gestern Politiker und Bürger gemeinsam Flagge gegen die NPD.

Regine Schlesinger

Dippoldiswalde. Wahlwerbung wollte die NPD gestern auf dem Dippser Markt machen, zog aber unverrichteter Dinge wieder von dannen. Politiker und Bürger hatten von der Absicht der Rechten erfahren und spontan eine friedliche Gegendemo auf die Beine gestellt.

Flagge gegen die braune Gesinnung zeigten dabei auch in schöner Geschlossenheit die fünf Landratskandidaten Andreas Warschau (Bündnis 90/Die Grünen), Ralf Wätzig (SPD), Peter Welp (FDP), Falk Neubert (Die Linke) und Michael Geisler (CDU). Er sei nach Dippoldiswalde gekommen, weil er aus den Erfahrungen in der Sächsischen Schweiz weiß, was geschieht, wenn die NPD sich breit macht, erklärte Michael Geisler, der Landrat der Sächsischen Schweiz, und fügte hinzu: „Wir dürfen den Rechten keinen Platz einräumen."

In Dipps ist das gestern gelungen. Zwar holten die NPD-Wahlhelfer sogar die Gesetzeshüter zur Hilfe, um die aus ihrer Sicht ungesetzliche Demo auflösen zu lassen, und erstatteten Anzeige gegen den Versammlungsleiter. Doch gegen eine Spontandemo hatte schließlich auch die Polizei nichts einzuwenden, und die Plakate durften wieder ausgerollt werden.

Andreas Warschau zeigte sich zufrieden mit der Aktion. „Sie war ein Erfolg, weil die Landratskandidaten durch ihre Anwesenheit zeigten, dass sie eine einheitliche Position vertreten und weil es gelungen ist, die NPD nicht zum Zuge kommen zu lassen." Die plant allerdings in den nächsten Tagen noch weitere Auftritte in Dipps. Warschau: „Wir werden Präsenz zeigen."

Rechten tun und wie sie damit umgehen. So wurde beim NPD-Bundesparteitag Ende Mai 2008 in Bamberg über die politischen Ergebnisse nur in einem Absatz berichtet. Die Redaktion richtete ihr Augenmerk vielmehr auf die Hintergründe und die Gegendemonstrationen. Utz: „Wir stellen uns klipp und klar auf eine Seite, was auch unser Verleger stark unterstützt. Damit verletzen wir zwar unsere Neutralitätspflicht, das tun wir aber ganz bewusst." Dies könne er nur allen Redaktionen empfehlen.

Sachlich und entlarvend


Paul-Josef Raue

Zu dieser Strategie rät auch Paul-Josef Raue, Chefredakteur der Braunschweiger Zeitung: „Niedrig hängen zahlt sich aus: Wer knapp über Demos und spektakuläre Ausfälle berichtet, merkt schnell, wie das Interesse der Rechten wie der Leser nachlässt." Raue hält es aber für falsch, die Rechtsextremen zu verschweigen. Damit gebe man ihnen nur die Chance, sich als Opfer zu stilisieren. Raue meint, diese Gruppierungen sollen beachtet, aber auf Distanz gehalten werden. Kommentare sollen nicht in heller Empörung, sondern sachlich und entlarvend geschrieben sein. Keinesfalls dürfe man den rechtsextremen Parteien eine eigene Plattform bieten, auch nicht in Leserbriefen. Auch in seinem Haus habe man sich von der Ereignis-Berichterstattung verabschiedet und setze stattdessen auf intensive eigene Recherche. „Wer Nachrichten von Überfällen oder Nazi-Konzerten zu Aufmachern aufbläst, ohne den Hintergrund auszuleuchten, der spielt das Spiel der Rechtsradikalen, ob dies seine Absicht ist oder nicht." Sie wollen Aufmerksamkeit um jeden Preis. „Aber sie wollen nicht, dass die Bürger ihre heimlichen Regeln durchschauen."

Um diese Regeln zu erkennen und die Parolen zu hinterfragen, müssen sich Journalistinnen und Journalisten Hintergrundwissen aneignen. Darin sind sich alle Befragten einig. Die Arbeit dürfe sich nicht, wie oft üblich, auf Hingehen, Zuschauen, Zuhören, Schreiben beschränken. Dies sei häufig verhängnisvoll. Gabriele Liebegall, Redaktionsleiterin bei der Leipziger Volkszeitung in Oschatz, sagt: „Man muss unheimlich gut vorbereitet sein, sonst ist man verloren." Man dürfe nicht vergessen, dass viele rechtsextreme Politiker gut geschult sind. Deren Argumentationsketten zu erkennen und zu durchbrechen, sei nicht einfach. Doch wer sich mit ausreichend Sachkenntnis wappnet, werde schnell merken, dass die Parolen ziemlich dünn sind. Auch Jana Klameth betont: „Das A und O bei der Berichterstattung über die rechtsextreme Szene ist die Recherche." Man müsse sich intensiv mit den Inhalten beschäftigen, nachfragen, Zusammenhänge darstellen, die Programme kennen. Bewährt habe sich dabei eine Faktensammlung über Personen und Vorfälle. Klameth: „Wir gehen auch mal zu Treffen oder Terminen von diesen Gruppen, ohne dass wir darüber berichten. Die dabei gesammelten Erfahrungen kommen uns später oft zugute, zum Beispiel auch bei der Berichterstattung über Redebeiträge der NPD-Abgeordneten im Kreistag oder Gemeinderat."


Gabriele Liebegall

Um an Fakten heranzukommen, sollte man sich Verbündete suchen, in der Politik, beim Verfassungsschutz und bei Vereinen, die sich gegen Rechtsextreme engagieren. Hüten sollte man sich als Journalist jedoch, sich mit diesen Kräften zu verbrüdern, auch da sollte man stets eine kritische Distanz wahren. Denn auch Parteien, Verfassungsschutz und Vereine haben ihre eigenen Interessen.

Opfer nicht vergessen

Berichterstattung über Rechtsextremismus schließt auch Ursachenforschung mit ein: Wieso konnte die NPD überhaupt so erstarken? Haben die anderen Parteien versagt? Werden Themen, die die Menschen durchaus bewegen, von den etablierten Parteien vernachlässigt (Jugend, Bildung, Integration von Ausländern und Aussiedlern)? Zur Aufklärung

gehört zudem, die tatsächlichen Ziele der NPD zu benennen, hinter das Biedermann-Antlitz zu leuchten, Symbole der Rechten zu erklären. Wichtig sei außerdem, vor allem auch die Opfer in den Vordergrund der Berichterstattung zu rücken. „Zu oft werden sie vergessen, weil die Story über die schlagenden Nazis Journalisten spannender erscheint."

„Wir achten darauf, nicht zu missionieren und plakative Aussagen möglichst zu vermeiden", sagt Klameth. Das Bild von den glatzköpfigen Schlägertypen stimme heute oftmals gar nicht mehr, Jungnationale kommen im Anzug und sehen eher aus wie Yuppies. Wer seine Kritik an den Rechtsextremen nicht mit Fakten unterlegt, schreibt die Extremisten ganz schnell in eine Märtyrerrolle. Und, so Jana Klameth, „auch Rechtsextreme haben einen Anspruch auf eine differenzierte Darstellung, sie sind nicht nur Täter oder dumme Jungs."

Fazit: Wer über Rechtsextreme berichtet, sollte die grundlegenden journalistischen Tugenden einsetzen: Information, kritische Distanz, Einordnung, Kommentierung. Hans-Ulrich Jörges, stellvertretender Chefredakteur des Stern, hat denn auch auf die Frage, was die beste Waffe gegen Braune sei, geantwortet: „Das ganz alltägliche Handwerkszeug der Medien."



Ideen aus der drehscheibe

Nach Wahlen könnte eine Analyse zu rechtsextremistischen Tendenzen in der Region erscheinen: Welche rechtsextremistischen Parteien gibt es im Landkreis, wie viele Mitglieder haben diese, von wie vielen Einwohnern wurden sie gewählt und warum, wie sind die Altersstrukturen der rechten Wähler, was wollen etablierte Parteien tun, um diese Wähler wieder ins demokratische Spektrum zurückzuholen?

Porträts: Das bietet sich dann an, wenn es – wie in der Sächsischen Schweiz – einen aktuellen Anlass gibt. Dort wurde das NPD-Mitglied Uwe Leichsenring porträtiert, weil er als Direktkandidat für den Bundestag kandidierte. Möglich sind Porträts aber auch immer dann, wenn man damit nachvollziehen kann, warum einer diesen oft menschenverachtenden Ideen anhängt, wie er dazu gekommen ist, welches Umfeld diese Entwicklung ermöglichte ...

Der Kampf der NPD um junge Leute: Was macht diese Partei für junge Leute so attraktiv? Was haben andere Parteien versäumt? Wie viel Geld stellen Kreis und Kommunen für Jugendarbeit zur Verfügung? Was sagen junge Leute selbst?

Musik: Die NPD hat bundesweit CDs vor Schulen verteilt. Das ist ein Thema für Lokalredaktionen: Wie haben Lehrer und Schulleitung auf diese Aktion reagiert? Wie gehen die Schüler damit um? Wie soll man darauf reagieren – CDs einziehen oder mit den Schülern darüber reden?

Symbole: Journalisten müssen auch aufklären: Was steckt hinter bestimmten Symbolen, Kleidungsstücken, Marken, Graffiti-Zeichen? Beim Verfassungsschutz gibt es Fachleute, die sich für Interviews anbieten.

Polizei-Reaktionen

Möglich ist auch hier eine Analyse: Was sind rechtsextreme Straftaten? Wie viele gibt es in diesem Jahr bereits im Landkreis? Wer sind die Opfer? Wie schnell hat die Polizei reagiert?

Porträt: Wie lebt es sich als Ausländer in einem Landkreis, in einem Ort, in dem die NPD starke Wahlergebnisse hat und im Kommunalparlament vertreten ist?

Dranbleiben: Wie geht es Leuten, die vor Monaten Opfer von rechter Gewalt geworden sind? Wer hat ihnen beigestanden? Hat sich vor Ort inzwischen etwas verändert, gibt es Initiativen gegen Fremdenfeindlichkeit, Gesprächsrunden, etc.?

Service/Hilfe: Wo finden die Opfer und die Leute, die von Rechten bedroht werden, Hilfe? Gibt es Netzwerke? Was sollte man aufbauen?

Aktionen gegen Rechtsextremismus

- Organisationen und Menschen vorstellen und begleiten, die sich gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und für Toleranz engagieren – was können sie erreichen, wo stoßen sie auf Ablehnung?
- Gibt es in NPD-Hochburgen zivilen Widerstand?
- Gemeinsame Aktionen mit Initiativen gegen Rechts in der Zeitung (Gesicht zeigen gegen Rechts, Weiße Rose ...)

Themen erkennen

Es gibt viele Themen, die etablierte Parteien vernachlässigen und die die NPD gern populistisch aufgreift. Solcher Themen sollte sich die Lokalpresse annehmen, ohne die NPD ins Spiel zu bringen: Migranten und deren oft mangelhafte Integration; offene Grenzen; Grenzkriminalität; Ausländer auf hiesigen Baustellen; Abschottung von Aussiedlern ...

Ursachenforschung

Politik: Warum haben die Rechten so viele Stimmen erhalten? Haben die etablierten Parteien versagt? Was stört die Menschen? Warum gibt es Politikverdrossenheit?

Bildung: Die Chancen für junge Menschen in der Gesellschaft hängen entscheidend von ihrer Bildung ab. Wer da nicht mithalten kann, gerät ganz schnell an den Rand der Gesellschaft (Bildungsproletariat) und wird anfälliger als andere für rechtsextremes Gedankengut. Was also läuft falsch in der Bildungspolitik? Was kann man vor Ort verändern?

Arbeitslosigkeit/Perspektivlosigkeit: Wer mit 40 seinen Job verliert, hat oftmals keine Chancen mehr – ein Grund für Perspektivlosigkeit, was die Menschen wiederum empfänglicher macht für rechtsextremistisches Gedankengut. Gibt es in der Region zukunftsträchtige Ideen?

NPD will Verfassung abschaffen

OZ-SERIE (9) Die Rechtsextremen treten in Ostfriesland mit zwei Kandidaten an

Vor der niedersächsischen Landtagswahl am 27. Januar 2008 stellt die OZ alle Direktkandidaten aus den ostfriesischen Wahlkreisen in einer Serie vor. Heute: die Kandidaten der rechtsextremen NPD.

VON NORBERT FIKS UND MICHAELA KRUSE

OSTFRIESLAND - Das erste Mal seit 1970 kandidiert die rechtsextreme NPD (Nationaldemokratische Partei Deutschlands) wieder für den Landtag und tritt in Ostfriesland mit zwei Wahlkreisbewerbern an. Aufgestellt wurden Direktkandidaten für die Wahlkreise 86 Aurich und 87 Wittmund/Inseln.

Die NPD gilt als zur Zeit einflussreichste rechtsextreme Partei Deutschlands, nicht zuletzt dank der Tatsache, dass sie in den Landtagen von Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern sitzt sowie in zahlreichen Stadt- und Gemeinderäten vertreten ist (unter anderem in Wilhelmshaven). Prominente Mitglieder wie der Bundesvorsitzende Udo Voigt vertreten offen verfassungsfeindliche Ziele.

Seit ihrer Gründung im Jahr 1964 wird die NDP vom Verfassungsschutz beobachtet. An der rechtsextremen Haltung der Partei hat sich in all den Jahren nichts geändert. So heißt es im Verfassungsschutzbericht 2006, der in diesem Frühjahr vorgelegt wurde: „Ihre grundsätzliche Feindschaft zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung dokumentierte sich auch 2006 in zahlreichen Äußerungen. So propagierte sie eine rassistisch, nationalistisch und antisemitisch geprägte ‚Volksgemeinschaft' und bestritt die Legitimität der bundesdeutschen Verfas-



sung." Sie versuche zudem, die nationalsozialistischen Verbrechen zu verharmlosen. „Die Äußerungen von NPD-Funktionären lassen jede Distanz zum historischen Nationalsozialismus vermissen und sind als Identifikation mit dem NS-Regime zu interpretieren", stellte der Verfassungsschutz fest.

Als Direktkandidaten für den Wahlkreis 86 Aurich hat die NPD den 39 Jahre alte Fuger Wilhelm Buck aus Großheide aufgestellt. Er ist stellvertretender Vorsitzender des NPD-Unterbezirks Wilhelmshaven. Er sagt von sich, dass er bis vor rund zwei Jahren der SPD nahe stand. Das sei zu einer Zeit gewesen, „als sie noch dem Arbeiter zur Seite stand". Jetzt findet er die NPD gut, „weil die es mit den kleinen Leuten hält". Er sei aber auch nicht mit allem einverstanden. So seien ihm die Rechten, die in Springerstiefeln auftreten, unsympathisch. „Diese Schlägertypen – das muss überhaupt nicht sein," sagte er der OZ.

Angesprochen auf die so genannte Auschwitz-Lüge, mit der die systematische Vernichtung an den Juden während der nationalsozialistischen Herrschaft abgestritten wird, sagte Buck nur: „Es ist einiges dran an Auschwitz." Er



Wilhelm Buck ist NPD-Kandidat im Wahlkreis Aurich.

sprach von einer „Schweinerei". Schließlich seien „Menschen doch Menschen". Allein über die Frage, wie viele Juden ermordet worden seien, könne man sich streiten.

Der Kandidat für den Wahlkreis 87 Wittmund/Inseln – Manuel Wojtczak aus Wilhelmshaven – ist in der rechten Szene kein unbeschriebenes Blatt. Der 1981 geborene Koch ist in Wilhelmshaven Kopf der rechtsextremen Kameradschaft AG Wiking.

➛ Morgen: Arno Rademacher aus Leer, der im Wahlkreis 83 Leer für „Die Friesen" kandidiert.

NPD

Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) ist die älteste der rechtsextremen deutschen Parteien. Sie wurde 1964 gegründet.

Die Partei hat in 16 Landesverbänden etwa 7000 Mitglieder. In Niedersachsen gibt es zehn Unterbezirke: Braunschweig, Emsland/Grafschaft Bentheim, Göttingen, Hannover, Lüneburg, Oldenburg, Osnabrück, Stade, Wilhelmshaven und Wolfsburg. In einigen Unterbezirken sind als kleinste Organisationseinheiten Stützpunkte eingerichtet worden. Ihre Aufgabe ist es, neue Mitglieder aus der unstrukturierten rechtsextremen Szenen zu rekrutieren.

Vorsitzender des Unterbezirks Wilhelmshaven ist Nicolas Ahlrichs aus Wittmund, seine Stellvertreter sind Stefan Richardt aus Wittmund und Wilhelm Buck aus Großheide. Schatzmeister ist Ernst Wilhelmi (Wangerooge).

1967 schaffte die NPD mit 5,3 Prozent den Einzug in den Niedersächsischen Landtag. 1970 scheiterten die Rechtsextremen an der Fünf-Prozent-Hürde.

„NPD will Verfassung abschaffen"

Regelmäßig stellt die Ostfriesen-Zeitung vor Wahlen alle Direktkandidaten, die im Verbreitungsgebiet antreten, in einem Porträt vor. Bei der Landtagswahl am 27.01.2008 gab es in fünf Wahlkreisen 35 Kandidaten. „Das bedeutete, dass wir Mitte Dezember mit unserer Serie beginnen mussten", so Jan Kaymer, Chef vom Dienst. Für die NPD galt: Vorstellen ja, aber mit kritischem Hintergrund. Zwei Kollegen teilten sich die Arbeit: Norbert Fiks aus der Zentralredaktion schrieb den allgemeinen Hintergrund zur NPD. Michaela Kruse, Lokalredakteurin in Norden, unterhielt sich mit dem einen Kandidaten, der andere – offenbar ein reisender Kandidat der NPD – war nicht erreichbar.

Kontakt

Jan Kaymer, Chef vom Dienst, Ostfriesen-Zeitung
Telefon: 0491 9790171, E-Mail: jkaymer@ostfriesen-zeitung.de

RMR1



Rems-Murr-Rundschau

Montag, 3. September 2007
Nummer 203 – g

EXTRA: Rechtsextremismus und sein Umfeld – im Rems-Murr-Kreis

Bilder: Rainer Bernhardt
Text: Anne-Katrin Schneider

Kernaussagen einer Studie

- ✗ Die politische Kultur im Rems-Murr-Kreis ist durch eine rechtsgerichtete Stimmung geprägt.
- ✗ Fremdenfeindlichkeit ist das zentrale Element der rechten Orientierungen im Rems-Murr-Kreis. Kulturelle Vielfalt wird eher abgelehnt.
- ✗ 17,3 Prozent der befragten Schüler sehen sich als Skinheads oder Mitglieder der rechten Szene, ebenso viele ordnen sich der linken Szene zu.
- ✗ Jugendliche aus Gemeinden, in denen es viele rechtsextreme Straftaten gibt, lehnen Rechtsextremismus weniger ab und vertreten im Vergleich rassistischere und autoritärere Grundsätze.
- ✗ Es besteht kein Zusammenhang zwischen persönlicher Unsicherheit, fehlender Anerkennung und Armut und rechten Orientierungen.
- ✗ Generell haben autoritäre Orientierungen (vgl. Erklärung unten) zugenommen.
- ✗ Eine starke lokale Verbundenheit begünstigt Rechtsextremismus.
- ✗ Frauen und Gymnasiasten sind weniger anfällig für Rechtsextremismus.

Quelle: Rechtsextremismus und sein Umfeld - eine Regionalstudie im Auftrag des Vereins für internationale Zusammenarbeit und Kultur e.V. (Viak)



Rechtsextreme Musik, Nazis im Bild: Die Fundstücke nach einer Polizeirazzia in Backnang.

Die Akzeptanz ist das Problem

Die Autoren der Studie beklagen Verharmlosung der rechtsextremistischen Szene

Waiblingen/Tübingen. „Nicht die Existenz rechtsextremer Gruppen ist das eigentliche Problem, sondern eine politische Kultur, in der Rechtsextremismus stillschweigend hingenommen wird." Das hat eine Regionalstudie zum Thema Rechtsextremismus im Rems-Murr-Kreis nun ergeben.

„Rechtsextremismus braucht eine Basis", sagt der Autor der Studie Josef Held, Sozial- und Verhaltenswissenschaftler an der Universität Tübingen. Diese sei im Rems-Murr-Kreis vorhanden. Denn entgegen vieler Vorurteile sei weder die wirtschaftliche Situation der Region noch der Ausländeranteil entscheidend dafür, ob sich Rechtsextremismus ausbreite. Entscheidend sei vielmehr die stillschweigende Akzeptanz der Bevölkerung. Im Rems-Murr-Kreis bewege sich die durchschnittliche politische Orientierung weiter rechts als anderswo. Zudem gebe es starke lokale Orientierungen, eine starke Bindung an das eigene Dorf oder die eigene Stadt und eine latente Ausländerfeindlichkeit, die sich unter den befragten Schülern herauskristallisierte. All dies seien Anknüpfungspunkte für Neonazis, die die verbreitete Ignoranz und Duldung als Unterstützung werteten.

„Viele Skins fühlen sich in ihren Gemeinden bestens integriert. Sie haben das Gefühl, nur das zu sagen, was die Mehrheit der Bürger denkt", sagt Co-Autor Seddik Bibouche. „Viele bemühen sich sogar um ihr Image." Als Beispiel nennt er eine Gruppe Rechter, die für den Dorfplatz öffentliche Bänke gebaut hat. Bibouche: „Wenn die mal auffallen, stellen sich die Bürger hinter ‚ihre Jungs'." Viele Lehrer bagatellisierten zudem rechtsextremes Verhalten als „jugendliche Spinnerei".

Bibouche berichtet zudem von einem Gespräch mit einem Bürgermeister in einer Gemeinde, in der die NPD und die Republikaner besonders hohe Wahlergebnisse erzielen: „Skinheads gibt's bei uns nicht", habe der Bürgermeister gesagt und das Gespräch beendet. Als Bibouche das Rathaus verließ, kamen ihm zwei Jugendliche mit Glatzen, Bomberjacken, Springerstiefeln und Consdaple-T-Shirts entgegen.

Heil Hitler im Bierzelt

Der Sozialpädagoge Gerhard Dinger weiß aus Erfahrung, dass die Rechten im Rems-Murr-Kreis nicht auf eine bestimmte Gemeinde fixiert sind. „Der Nährboden für Rechtsextremismus entwickelt sich über Jahre, wo dann die Situation eskaliert, ist jeweils vom Zufall oder einem Aufschaukelungsprozess abhängig." Dinger erzählt von einer Schlägerei in einem Festzelt im östlichen Teil des Kreises. Dort vergnügte sich eine Gruppe ortsbekannter Skinheads. Nach ein paar Bier riefen sie „Heil Hitler" und zeigten den Hitlergruß. Niemand reagierte. Später pöbelten sie zwei Punks an, die das Fest verließen und einige Zeit später mit einer ganzen Gruppe linker Jugendlicher zurückkamen, um es den Nazis heimzuzahlen.

„Es gibt einen Rechtsextremismus diesseits und jenseits der roten Linie der Legalität. Diese Linie ist durchlässig", bemerkt Sozialwissenschaftler Josef Held. „Wenn die Bürger sich offensichtlich nicht daran stören, dass Jugendliche öffentlich „Heil Hitler" rufen, dann bedeutet dies, dass sich die rote Linie dramatisch nach rechts verschoben hat."

Die Tübinger Studie

Der Tübinger Verhaltens- und Sozialwissenschaftler Josef Held und seine Forschungsgruppe haben 322 Fragebögen an Schüler, Auszubildende und junge Arbeitnehmer im Rems-Murr-Kreis verteilt und ausgewertet. Durchschnittsalter der Befragten war 16,8 Jahre. Die Studie ist vom Verein für internationale Arbeits- und Kulturbeziehungen Rems-Murr (Viak) in Auftrag gegeben worden. Der Verein ist von den Waiblinger Bevollmächtigten der IG Metall gegründet worden. Die Ergebnisse wurden in Interviews und Diskussionsgruppen mit Schülern, Lehrern, Vereinsmitgliedern, Bürgermeistern und Arbeitgebern vertieft. Zudem war Sozialpädagoge Gerhard Dinger, der neue Leiter der Koordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus im Landratsamt des Rems-Murr-Kreises, vor Ort in Szenetreffs, Kneipen und auf Festen und hat mit Jugendlichen im Untersuchungsgebiet gesprochen.

Info

Die komplette Studie und die Zusammenfassungen einzelner Ergebnisse stehen im Internet unter: http://www.waiblingen.igm.de/news/meldung.html?id=12933

Die Meinungen der Befragten

Wie sich Jugendliche mit dem Thema „Rechts" auseinandersetzen

Die meisten Diskussionsteilnehmer sahen im Rechtsextremismus keine politische Haltung, sondern ein Randgruppenphänomen. Wer keine Freunde, aber Probleme in der Schule, in der Familie oder auf der Arbeit hat, geht zu den Rechten, weil er sonst niemanden hat, war die verbreitete Meinung.

Meistens betrachteten sie Rechtsextremismus nicht als ideologisches Problem, sondern als eines auf der Handlungsebene, dass sie nur berührte, wenn sie zum Beispiel Gewalt miterlebten. Zwei Drittel der Diskussionsteilnehmer hatten eigene Erfahrungen mit Rechtsextremen gemacht. Ein Junge zum Beispiel erzählt von einem alten Mann, der Jugendliche mit seinem Panzer fahren lässt und ihnen von den „guten alten Zeiten" während des Zweiten Weltkrieges erzählt. Eine halbitalienische Aussteigerin schwärmte von dem Gruppenzusammenhalt bei den Rechten. Nach ihren Aussagen teilten die Forscher Jugendliche in vier Typen ein, die auf ihre jeweils eigene Art mit dem Thema Rechtsextremismus umgehen. Es sind dies die sogenannten Individualisierten, die Kritischen, die Lokalorientierten und die Sympathisanten.

Die **Individualisierten** beschreiben die Forscher als Menschen, die sich eher von rechten Orientierungen distanzieren. Sie seien deswegen relativ immun gegen rechtes Gedankengut. Politisch bedenklich sei, dass diese Jugendlichen nur wenig bereit seien, Verantwortung für allgemeine Angelegenheiten zu übernehmen. Es bestünde unter ihnen die Meinung, dass es genüge, sich selbst vom Rechtsextremismus abzuwenden. Damit ignorierten sie die gesellschaftliche und politische Dimension rechtsextremer Dynamiken und könnten so indirekt zur Verharmlosung des Phänomens und damit auch zu seiner Verbreitung beitragen. Ein Schüler: „Manche sind ganz nett, wenn sie nichts getrunken haben."

Die **Kritischen** sind Jugendliche, die offensiv Positionen gegenüber dem Rechtsextremismus einnehmen und diese auch nach außen vertreten. Dies bedeute, so die Tübinger Forscher, jedoch nicht, dass sie sich automatisch mit Migrantengruppen solidarisierten. Die Kritischen könnten verhindern, dass die politische Kultur insgesamt nach ‚rechts' kippe. Allerdings könne auch eine Radikalität entstehen, die eine gegenseitige Aufschaukelung von rechtsextremen und antifaschistischen Positionen fördere.

Die **Lokalorientierten** betonten ihre Integriertheit in lokale Strukturen und verteidigten quasi ihr Revier gegen fremde Einflüsse. „Mit dieser Haltung vertreten sie eines der Hauptanliegen der rechtsextremen Akteure, nämlich die Abwehr von Heterogenität und Internationalisierung, und könnten so ungewollt zu ihren Verbündeten werden", folgern die Autoren der Studie. Ein Diskussionsteilnehmer: „Das sieht in der Stadt schon ein bisschen anders aus, aber bei uns auf dem Dorf ist an Aktivitäten eigentlich nix festzustellen."

Als **Sympathisanten** in Bezug auf das rechtsextreme Milieu betrachten die Autoren der Studie Jugendliche, die zwar selbst nicht rechtsextrem sind und meist auch keine rechtsmotivierten Straftaten begehen, aber dennoch offen oder verdeckt Sympathien für rechtsextreme Ideen und Akteure hegen. Damit erfüllten sie eine Brückenfunktion zwischen Rechtsextremen und etabliertem unpolitischem Milieu. Insofern könnten sie eine nicht zu unterschätzende Unterstützung bei der Entstehung rechtsextremer Orientierungen leisten. Einige Diskussionsteilnehmer forderten Meinungsfreiheit für Rechte und fanden das private Tragen des Hakenkreuzes okay. „Als Deutscher wird man im Ausland ja auch diskriminiert. Man könnte zum Beispiel nie eine Kirche in der Türkei bauen", „Nicht jeder, der rechts ist, unterstützt den Holocaust", „Was ist daran schlecht, sein Volk bewahren zu wollen? Sag mir das mal", „...Wenn wir den Ausländern tolerant entgegenkommen und sie integrieren, und die kommen uns grade andersrum entgegen, begehen Straftaten und so ... die gehören wieder zurück", waren Aussagen in den Diskussionsgruppen.

Wer ist ein Rechtsextremist?

Die wichtigsten Definitionen der Tübinger Forschergruppe zum Thema Rechtsextremismus

Rechts außen: Noch radikal oder schon extrem

Die Begriffe „Radikalismus" und „Extremismus" werden oft synonym verwendet. Das kritisieren die Autoren der Tübinger Studie. Radikale Meinungen und Forderungen sind in unserer demokratischen Gesellschaft nicht verboten. Als „rechtsradikal" bezeichnet der Verfassungsschutz deswegen die Grauzone zwischen demokratischer Mitte und Extremismus, die sich aber noch im Rahmen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung bewegt. Anders ist es beim „Rechtsextremismus". Er lehnt die universalen Menschenrechte ab und stellt sich gegen unsere demokratische Verfassung.

Für Rechtsextremismus gibt es unterschiedliche Definitionen. Die Autoren bezeichnen einen Menschen als rechtsextrem, wenn er gleichzeitig autoritäre, rassistische und nationalistische Haltungen vertritt und somit andere Menschen ausgrenzt. Die befragten Schüler aus dem Rems-Murr-Kreis, die den nationalistischen Aussagen im Fragebogen zustimmten, gelten also erst dann als rechtsextrem, wenn sie zudem auch rassistische und autoritäre Meinungen vertreten. Trotzdem schaffen nach den Autoren auch teilweise Zustimmungen einen gesellschaftlichen Nährboden, der die Entstehung von Rechtsextremismus begünstigt. Da derselbe Fragebogen verwendet wurde, sind die Ergebnisse im Rems-Murr-Kreis nach Aussagen der Forscher mit zwei früheren Studien zum Thema Rechtsextremismus („Die gespaltene Jugend" (2003) / „IG-Metall-Jugendstudie" (1996) vergleichbar.

☆

Neonazismus

Nicht jeder, der rechtsextrem ist, ist auch ein Neonazi. Dieser bezieht sich positiv auf den Nationalsozialismus. Er verharmlost oder leugnet den Holocaust.

☆

Autoritarismus

Die Tübinger Forscher meinen damit Menschen, die sich im Extremfall unkritisch einer von ihnen akzeptierten Autorität unterordnen und ihr in jedem Fall gehorchen. Sie reagieren aggressiv, wenn diese Autorität kritisiert oder in Frage gestellt wird. Autoritäre Menschen halten sich zudem streng an vorgegebene Normen und Werte und beziehen sich positiv auf die vorherrschende Ordnung in allen Bereichen des Lebens (Konventionalismus).

☆

Nationalismus

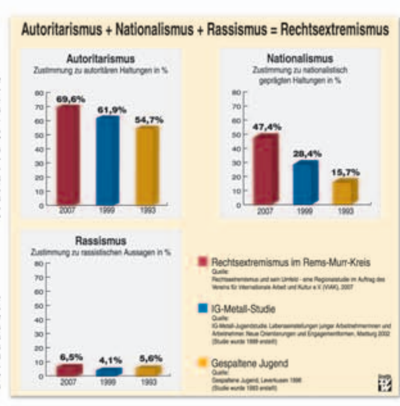
Nationalismus meint ein auf die eigene Nation bezogenes „übersteigertes Wertgefühl, das in Abgrenzung zu anderen Staaten oder Nationen die eigenen nationalen Eigenschaften (...) höherrangig ansieht".

Wer glaubt, er sei ein besserer Mensch, nur weil er Deutscher, Türke oder Spanier ist, der ist ein Nationalist. Eng verbunden damit ist die Ausländerfeindlichkeit. Nationalistisch eingestellte Deutsche glauben oft, dass nur sie als Deutsche das Recht haben, in Deutschland zu leben, und wollen die „schlechteren" Menschen aus „ihrem" Land vertreiben. Dabei stellen sie die Rechte und die Würde anderer Menschen in Frage.

☆

Rassismus

„Ihr seid nicht gut genug" ist der Gedanke, der hinter dem Rassismus steckt und der, als Konsequenz, anderen ihre Menschenrechte abspricht. Antisemiten (Judenfeinde) betrachten das Judentum als Rasse und nicht als Religion, deswegen ist der Antisemitismus eine Form des „Rassismus". Es gibt auch einen kulturellen Rassismus, der die Überlegenheit der eigenen Kultur betont, die es vor fremden Einflüssen zu schützen gilt.



Extra-Seite über Rechtsextremismus in der Region

Eine Studie über den Rechtsextremismus und sein Umfeld war für die Waiblinger Kreiszeitung Anlass für eine Sonderseite. Darin klärt die Autorin über die Hintergründe des Rechtsextremismus auf. Das größte Problem, so die Studie, sei die Verharmlosung und stillschweigende Akzeptanz rechter Umtriebe.

Kontakt: Frank Nipkau, Redaktionsleiter Waiblinger Kreiszeitung
Telefon: 07151 566-270, E-Mail: fnipkau@redaktion.zvw.de

Kapitel 6

Demokratiefeinde im Fokus

Auszüge aus dem Verfassungsschutzbericht

Wer über extremistische Parteien berichten will, muss gut informiert sein. Einen sehr detaillierten Überblick über extremistische, demokratiefeindliche Bestrebungen und Organisationen bietet der Verfassungsschutzbericht. Hier einige Kernzahlen aus dem Bericht 2007 sowie ein politikwissenschaftlicher Hintergrund zu der Partei „Die Linken“:

Rechtsextremismus

Ende 2007 gab es in Deutschland 180 (2006: 182) rechtsextremistische Organisationen und Personenzusammenschlüsse. Die Zahl ihrer Mitglieder sowie der nichtorganisierten Rechtsextremisten liegt mit 31 000 unter der des Vorjahres (38 600). Dies ergibt sich vor allem aus dem Wegfall der Partei „Die Republikaner“ (REP), die nicht mehr als verfassungsfeindlich eingestuft werden.

Die Zahl der subkulturell geprägten und sonstigen gewaltbereiten Rechtsextremisten ging auf 10 000 (2006: 10 400) zurück. Zu den Gewaltbereiten werden auch diejenigen Rechtsextremisten gezählt, die – ohne bislang Gewalttaten verübt zu haben – Gewaltanwendung befürworten. Dazu gehören auch rechtsextremistische Skinheads, die sich durch ihre subkulturelle Prägung von anderen gewaltbereiten Rechtsextremisten, beispielsweise aus dem Neonazilager, unterscheiden.

Die Zahl der Neonazis ist mit 4 400 (2006: 4 200) um knapp 5 Prozent gestiegen. Der Organisationsgrad der Neonazi-Szene ist mit 107 (2006: 108) Gruppierungen, die ein Mindestmaß an organisatorischen Strukturen erkennen ließen, fast gleich geblieben. Dazu zählte auch ein beträchtlicher Teil der Kameradschaften.

Die Mitgliederentwicklung in den rechtsextremistischen Parteien ist durch einen weiteren Anstieg bei der NPD auf 7 200 (2006: 7 000) und einen Rückgang bei der DVU auf 7 000 (2006: 8 500) gekennzeichnet. Die Zahl der sonstigen rechtsextremistischen Organisationen ist mit 69 gleich geblieben. Diesem Spektrum gehören rund 4 000 (2006: 3 800) Mitglieder/Aktivisten an.

Der Schwerpunkt der rechtsextremistischen Skinhead-Szene liegt weiterhin in Ostdeutschland. Bei einem Anteil von rund einem Fünftel der Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik Deutschland lebt dort etwa die Hälfte der gewaltbereiten Rechtsextremisten. Insbesondere im Großraum Berlin sowie in einigen Regionen Sachsens und Mecklenburg-Vorpommerns gibt es größere Gruppen. Gleiches gilt mit Einschränkungen auch für die Ballungsgebiete in Westdeutschland, z. B. das Ruhrgebiet.

Linksextremismus

Ende 2007 zählte der Verfassungsschutz etwa 30 800 Personen (2006: 30 700) zu jenen Organisationen und sonstigen Personenzusammenschlüssen, bei denen zumindest Anhaltspunkte für linksextremistische Bestrebungen feststellbar sind.

Das Spektrum der gewaltbereiten Linksextremisten in überwiegend anarchistisch orientierten Gruppierungen verzeichnete erneut einen leichten Anstieg und umfasste Ende 2007 rund 6 300 Personen (2006: rund 6 000), darunter bis zu 5 800 (2006: bis zu 5 500) Autonome. Bei marxistisch-leninistischen, trotzkistischen und sonstigen revolutionär-marxistischen Zusammenschlüssen ist mit insge-

samt 24 800 Personen (2006: 25 000) erneut ein leichter Rückgang der Mitgliederzahl festzustellen.

Bei der Zahl der Delikte, die von Linksextremen begangen wurden, stellte der Verfassungsschutz einen starken Anstieg fest, der aber in erster Linie durch die Ereignisse rund um den G8-Gipfel in Heiligendamm bedingt war.

Vor allem die autonome und linksterroristische Szene steht im Visier der Verfassungsschützer. Allerdings wird auch weiterhin die Partei „Die Linke" beobachtet, da dort „offen extremistische Kräfte" fortwirkten. Im Bericht heißt es: „Insgesamt bietet die Partei damit ein ambivalentes Erscheinungsbild. Die weitere Entwicklung und Ausrichtung der Partei wird sorgfältig zu beobachten und zu analysieren sein."

Fragen an „Die Linke"

„Die Linke" wehrt sich entschieden gegen diese Einschätzung. Auch in der öffentlichen Debatte wird nach den Wahlerfolgen der Linken kontrovers diskutiert, ob die Partei eine demokratische Kraft sei. Der Politikwissenschaftler Dr. Armin Pfahl-Traughber streitet dies zwar nicht grundsätzlich ab, sieht „Die Linke" allerdings durchaus kritisch. In einem Beitrag in „Deutschland Archiv: Zeitschrift für das vereinigte Deutschland" stellt er eine Reihe von Fragen, die „Die Linke" bisher nicht hinreichend beantwortet habe. Einerseits gebe sich „Die Linke" als demokratische Kraft und erhebe einen politischen Anspruch. Im Vergleich zu den Vorgängerparteien SED und PDS habe sich „Die Linke" immer mehr den Normen und Regeln des demokratischen Verfassungsstaates angenähert. Allerdings sei fraglich, „inwieweit dies primär aus innerer Überzeugung oder aus strategischer Rücksichtnahme geschah".

Pfahl-Traughber geht in seinem Beitrag auf einige kritische Punkte ein. Hier eine Zusammenfassung seines Fragenkatalogs:

„Wenn man sich auf dem Boden des Grundgesetzes wähnt, warum stellt man dann die ‚Systemfrage'? Wenn man für die universelle Geltung der Menschenrechte eintritt, warum verurteilt man nicht auch deren Verletzung in sozialistischen Ländern? Wenn man aus der Diktatur der DDR gelernt hat, warum versucht man einzelne Bestandteile von ihr positiv zu würdigen? Wenn man die Auffassungen orthodoxer Kommunisten ablehnt, warum duldet man entsprechende Strömungen in der Partei als legitime Ausdrucksform des eigenen Politikverständnisses?"

Das Fazit des Politikprofessors: „Die Linke" habe sich in der Tagespolitik zumeist an die Spielregeln der parlamentarischen Demokratie gehalten. „Will ‚Die Linke' aber demokratietheoretische Anerkennung finden, muss sie eine überzeugende Antwort auf die vorstehenden Fragen geben können."

Der komplette Beitrag erschien in: Deutschland Archiv: Zeitschrift für das vereinigte Deutschland, Ausgabe 41 – 2008/3

Ausführliche Informationen über politisch motivierte Gewalt und antidemokratische Verbände und Parteien findet man unter *www.verfassungsschutz.de*
Hier kann man auch den aktuellen Verfassungsschutzbericht herunterladen.

Weitere Infos und Hintergründe, aktuelle Tendenzen und Nachrichten zur rechtsextremistischen Szene unter *www.netz-gegen-nazis.com*



PRESSERECHT

Kapitel 7: Presserecht

Christian Hartrodt ist Justiziar bei der Axel Springer AG



Kapitel 7

Die rechtliche Seite des Wahlkampfs

Zum Umgang mit presserechtlichen Ansprüchen

In Wahlkampfzeiten wachsen die gegenseitigen Empfindlichkeiten von Politikern und Journalistinnen und Journalisten. Was können und dürfen Journalisten? Was tun, wenn jemand den Abdruck einer Gegendarstellung verlangt? Oder einen Widerruf gedruckt sehen will? Christian Hartrodt, Justiziar bei der Axel Springer AG, erklärt Besonderheiten der gängigsten „presserechtlichen Ansprüche“ sowie die Möglichkeiten, darauf zu reagieren.

Die Pressefreiheit wird gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt. So heißt es lapidar in Artikel 5 Abs. 1 des Grundgesetzes. Die Pressegesetze der einzelnen Bundesländer, die sich inhaltlich nicht wesentlich unterscheiden, präzisieren dies, indem sie feststellen, dass die freie Presse der freiheitlichen demokratischen Grundordnung dient (§ 1 LPG) und somit eine öffentliche Aufgabe erfüllt (§ 3 LPG).

Dies geschieht, indem die Presse in Angelegenheiten von öffentlichem Interesse Nachrichten beschafft und verbreitet, Stellung nimmt, Kritik übt oder in anderer Weise an der Meinungsbildung mitwirkt (so z. B. § 3 Abs. 3 des Berliner Pressegesetzes).

Sorgfaltspflicht

Den verfassungsmäßig garantierten Rechten der Presse stehen auch besondere Pflichten gegenüber. Diese Pflichten umreißt zum Beispiel das Berliner Pressegesetz in § 3 Abs. 2 bündig mit folgender Forderung: Die Presse muss alle Nachrichten mit der nach den Umständen gebotenen Sorgfalt auf Inhalt, Wahrheit und Herkunft prüfen. Auch der Deutsche Presserat hat entsprechende Regeln in seinem Kodex festgeschrieben.

Journalisten tun gut daran, sich gerade in Wahlkampfzeiten an diese Grundsätze zu erinnern, da es erfahrungsgemäß in dieser sensiblen Zeit leicht zu Konflikten zwischen Politikern und Redaktionen kommen kann. Wollen sich Journalisten vor späteren Schwierigkeiten schützen, werden sie zunächst die Informationsquellen nutzen, die ihnen mit zumutbarem Aufwand zugänglich sind. Insbesondere werden Journalisten bei Recherchen die uralte Sorgfaltsregel beachten: “Audiatur et altera pars“ – möglichst immer die Sichtweise der jeweils anderen Beteiligten ermitteln und gegebenenfalls in die Berichterstattung einbeziehen. Wenn sie diesen Grundsatz missachten, führt dies in aller Regel dazu, dass Betroffene presserechtliche Ansprüche stellen.

Als presserechtliche Mittel stehen ihnen dabei zur Verfügung:

- Gegendarstellungs- und Widerrufsansprüche
- Unterlassungsansprüche
- Schadensersatz- und Schmerzensgeldansprüche

Bei begründetem Schadensersatzanspruch liegt immer eine Verletzung der journalistischen Sorgfaltspflicht vor. Ein Verlangen nach Schmerzensgeld setzt sogar ein schwerwiegendes Verschulden der Redaktion voraus. Da sich Redaktionen immer besonders empfindlich berührt fühlen, wenn sich rechtliche Auseinandersetzungen im Blatt niederschlagen, sollen im Folgenden Gegendarstellungs- und Widerrufsansprüche näher behandelt werden.



Widerrufsansprüche

Wenn Redaktionen mit Widerrufsansprüchen konfrontiert werden, ist das besonders unerfreulich. Hier steht der Wahrheitsgehalt einzelner Tatsachenbehauptungen auf dem Prüfstand, ohne dass es auf ein Verschulden der Presse ankommt. Der Widerrufsanspruch ist ein recht behäbiges Instrument, weil er nur im gerichtlichen Klageverfahren durchgesetzt werden kann. Dabei sind alle Beweismittel zugelassen – eine zeitraubende Prozedur.

Stellt sich die eine oder andere Tatsachenbehauptung als unwahr heraus und sind hierdurch geschützte Rechte des Anspruchstellers verletzt (z. B. bei rufschädigendem Inhalt), ist von der Redaktion mit eigenen Worten die Unwahrheit der betroffenen Behauptungen sowie deren Rücknahme (Widerruf) im Blatt auszusprechen. Für die Redaktion ist das stets ein Canossagang. Mildere Varianten wie Richtigstellung, Klarstellung, Ergänzung, Nichtaufrechterhalten, Distanzierung sind je nach Sachlage möglich und jedenfalls weniger schmerzlich.

Kommt die Redaktion zu dem Ergebnis, dass sie mit einzelnen Tatsachenbehauptungen „schief gelegen“ hat – sei es

- infolge mangelhafter Recherche oder
- aufgrund von Umständen, die auch bei Beachtung der journalistischen Sorgfaltspflicht zu keinem anderen Ergebnis geführt hätten,

wird sie im Allgemeinen im Gespräch mit dem Anspruchsteller nach Möglichkeiten einer redaktionellen Korrektur *außerhalb des formalen Weges* suchen.

Schnell korrigieren

Wenn die als unwahr erkannten Behauptungen zugleich einen rechtswidrigen und schuldhaften Eingriff in geschützte Rechtspositionen des Anspruchstellers darstellen, ist die Redaktion gut beraten, diese in ihrem ureigenen Interesse schnellstmöglich zu korrigieren. Auf diese Weise kann man etwaigen Schadensersatz- und Schmerzensgeldansprüchen des Verletzten begegnen bzw. sie abmildern.

Gegendarstellung

Am häufigsten wird von der Presse verlangt, eine Gegendarstellung zu veröffentlichen. Betroffene können dabei natürliche oder juristische Personen sein, aber auch eine Stelle wie etwa Ämter, Gerichte, Bundestag, Fraktionen, Bundesrat, Bundesregierung und andere Körperschaften im öffentlichrechtlichen Bereich.



Die Beliebtheit dieses Instruments wird verständlich, wenn man sich die in den Landespressegesetzen geregelten Bestimmungen des Gegendarstellungsanspruchs anschaut – und seine starke formale Ausprägung begreift. Der Gegendarstellungsanspruch setzt keinen Angriff der Presse, insbesondere keinen rechtswidrigen oder schuldhaften Angriff voraus. Auf die Wahrheit der Gegendarstellung kommt es grundsätzlich nicht an, so dass ihr Inhalt nicht im Einzelnen zu belegen ist. Hinzu kommt, dass nach fast einhelliger Regelung in den Landespressegesetzen dieser Anspruch im Verfahren auf Erlass einer einstweiligen Verfügung durchzusetzen ist, was einen schnellen und damit

effektiven Rechtsschutz gewährleistet. Ein sozusagen gegendarstellungsfreies Reservat gibt es lediglich für wahrheitsgetreue Berichterstattung über Gerichtsverfahren und Parlamentssitzungen auf Bundes-, Länder-, Gemeinde- und Bezirksebene.

Redaktionen reagieren nicht selten mit Unverständnis, wenn Gegendarstellungen in Fällen gerichtlich angeordnet werden, in denen die eingangs erwähnten Sorgfaltspflichten beachtet und die angegriffene Berichterstattung nachweislich wahr ist. Erfüllt die Gegendarstellung aber die spezifischen formellen Anforderungen, bleibt einer Zeitung wenig Spielraum für rechtliche Gegenwehr. Eine Gegendarstellung muss sich darauf beschränken, auf (offene) Tatsachenbehauptungen oder einen durch verdeckte Inhalte sich als unabweisbare Schlussfolgerung aufdrängenden Eindruck mit Tatsachenbehauptungen zu entgegnen. Die Redaktion kann sie nicht ablehnen, außer sie verfällt in ausufernde Schilderungen, die zum Verständnis nicht erforderlich sind, oder sie enthält eine „offenkundig oder gerichtsbekannt unwahre oder irreführende Darstellung". Offenkundig ist eine Tatsache nur dann, wenn sie einer beliebig großen Zahl von Menschen privat bekannt oder ohne weiteres wahrnehmbar ist. Das bedeutet, dass in aller Regel eidesstattliche Versicherungen, insbesondere zu privaten oder internen Verhältnissen, nicht zum Erfolg verhelfen. Gerichtsbekannt ist die Unwahrheit, wenn eine Tatsache von dem Gericht selbst amtlich wahrgenommen wurde, etwa im Gegendarstellungsverfahren selbst oder in einem anderen Prozess.

Hochgesteckte Hürden

Irreführend ist eine Entgegnung, wenn sie einseitig oder unvollständig ist und dadurch zu falschen Schlüssen verleitet (z. B. bloße Negation, wegen Diebstahls verurteilt worden zu sein, wenn tatsächlich eine Verurteilung wegen Unterschlagung vorliegt), oder wenn sie von vorneherein oder aufgrund nachträglich veränderter Umstände für den Leser erkennbar im Widerspruch zum tatsächlichen Verhalten des Betroffenen steht (z. B. ein Politiker bestreitet, Gegner der Gentechnik zu sein, hat aber zu diesem Thema einen kritischen Beitrag veröffentlicht). Das würde dem Leser Schlussfolgerungen aufzwingen, die falsch sind. Diese hochgesteckten Hürden zu überwinden – und sodann eine Gegendarstellung zu Fall zu bringen –, gelingt der Presse nicht allzu häufig.

Vergegenwärtigen sich die Journalisten aber, dass sie mit dem zum Teil in vieltausendfacher Auflage verbreiteten Wort eine scharfe Waffe in Händen halten, die schwer heilbare Wunden verursachen kann, sollte es ihnen leichter fallen, zu akzeptieren, dass im Kampf um den Gegendarstellungsanspruch nur ein beschränktes Arsenal zur Verfügung steht. Die Motivation des Gesetzgebers für den Anspruch auf Gegendarstellung bestand schließlich darin, dem einzelnen Betroffenen im Sinne der Waffengleichheit ein Mittel zur raschen Gegenwehr in die Hand zu geben.

Stich ins Wespennest

Vielfach heißt es, dass Gegendarstellungen Betroffenen kein „Recht zur Lüge" eröffnen. Die tägliche Praxis zeigt jedoch nicht selten ein anderes Bild. Diese ernüchternde Erfahrung sollte es Journalisten erleichtern, Gegendarstellungen nicht grundsätzlich als Folge handwerklicher Fehler zu sehen oder gar als ehrenrührig zu empfinden. Letztlich hat der Journalist nur die Interessenssphäre eines Dritten berührt.

Anders gesagt: Er hat in ein Wespennest gestochen. Erfolgte dieser Stich zu Unrecht, sind Blessuren auf beiden Seiten die Folge. Der Stich kann jedoch auch positive Folgen haben. Dann nämlich, wenn im Zuge der Gegendarstellung seitens des Betroffenen Informationen kommen, die anders nicht zugänglich gewesen wären, etwa eine Darstellung, dass bestimmte interne Gründe zu einer Entscheidung geführt haben. Dies ist sicher nicht oft der Fall. Die meisten Gegendarstellungen erschöpfen sich in der typisch gestelzten Sprache der Negationen, ohne dem Leser auch nur anzudeuten, wie sich die Dinge aus Sicht des Autors

wirklich verhalten. Diese sinnentleerte Art von Gegendarstellungen senkt die Lesebereitschaft gegen Null – und das mit Recht.

Selbst entlarvt

Chancen demgegenüber eröffnen Gegendarstellungen mit substanziellen Äußerungen. Sie vermögen im positiven Sinne neue Erkenntnisse zu vermitteln, bieten unter Umständen auch Ansätze für weitergehende Recherchen. Nicht selten hat sich der Verfasser einer Gegendarstellung in Widersprüche verwickelt, selbst entlarvt oder gar der Lächerlichkeit preisgegeben und dann im Nachhinein bereut, vom Recht auf Gegendarstellung überhaupt Gebrauch gemacht zu haben. Dies sind kleine Sternstunden für die Presse. Großzügig schaut man dann über etwaige formelle Mängel der Gegendarstellung hinweg, um sie umgehend ins Blatt zu heben. Auch diese Facette sollten sich die Vertreter der Presse vor Augen führen, wenn sie mit dem Gegendarstellungsrecht wieder einmal hadern.

Aber selbst wenn zähneknirschend eine Gegendarstellung zu einem korrekt recherchierten und für sachlich zutreffend gehaltenen Artikel abgedruckt werden muss, braucht dies für die Redaktion emotional – aus rechtlicher Sicht ohnehin – keinen Bruch des Rückgrats zu bedeuten. Es bleibt nämlich die Möglichkeit der redaktionellen Anmerkung, des sogenannten Redaktionsschwanzes. Besonders beliebt ist die – zugleich platzsparende – Anmerkung:

> *„Zum Abdruck dieser Gegendarstellung sind wir nach dem Pressegesetz ohne Rücksicht auf ihren Wahrheitsgehalt verpflichtet.“*

Soll es gar ein richtiger Konter werden, muss sich die Entgegnung der Redaktion auf tatsächliche Angaben beschränken und darf nach Umfang und Optik die Gegendarstellung nicht „erschlagen“, also unter Verletzung des Grundsatzes der Waffengleichheit entwerten. So wäre es unzulässig, die Gegendarstellung etwa wie folgt zu glossieren:

> *„Mit dieser Darstellung hat X wieder einmal bestätigt, dass er zu Recht den Ruf als notorischer Lügner genießt.“*

Erst in den auf den Abdruck der Gegendarstellung folgenden Ausgaben darf die Redaktion ihrem Unmut auch mit Werturteilen Luft machen. Allerdings nur im Rahmen der allgemein gezogenen rechtlichen Grenzen, insbesondere nicht mit Schmähkritik.

Vorsicht beim Redaktionsschwanz ist auch geboten, wenn der Betroffene zuvor einen Unterlassungsanspruch durchgesetzt hat. Eine Formulierung wie:

> *„Die Redaktion bleibt bei ihrer Darstellung“*

bedeutet einen Verstoß gegen das Unterlassungsgebot!

Weigert sich die Redaktion, eine Gegedarstellung freiwillig abzudrucken, muss sie übrigens nicht unbedingt tatenlos abwarten, bis sie von einem Gericht zur Veröffentlichung gezwungen wird. Wenn begründete rechtliche Zweifel an der Zulässigkeit der Gegendarstellung bestehen, ist es mitunter sinnvoll, dem zuständigen Gericht *vorab* die Argumente der Redaktion zur Kenntnis zu geben.

Schutzschrift

Dies geschieht in Form einer sogenannten Schutzschrift. Selbst wenn die Redaktion entgegen weit verbreiteter Praxis – eine rechtliche Verpflichtung hierzu besteht nicht – ihre Ablehnung des Gegendarstellungsverlangens detailliert begründet haben sollte, bedeutet dies nämlich nicht unbedingt, dass der zu Gericht ziehende Anspruchsteller dieses Schreiben dort vorlegt. Falls dem Gericht jedoch bei Antragseinreichung eine Schutzschrift vorliegt, so wird es die Argumente der Redaktion in seine Überlegungen einbeziehen und bei hinreichender Schlagkraft den Verfügungsantrag zurückweisen. Insbesondere bei Fragen, die einen Bewertungsspielraum lassen, ist dies einen Versuch wert: Wer probiert, dem Gericht bereits im Erlassverfahren eine bestimmte Sichtweise zu vermitteln, hat mehr

Erfolgsaussichten als jemand, der später im Widerspruchsverfahren das Gericht von dem einmal eingenommenen Standpunkt wieder abzubringen versucht.

Redaktionelle Lösung

Wenn die Redaktion mit einer Gegendarstellung wahren Inhalts konfrontiert wird und eventuell auch ein Widerrufsanspruch drohen kann (z. B. fälschliche Behauptung, ein Politiker, der mit der Bahn gekommen ist, sei mit der Flugbereitschaft angereist), sollte sie die Möglichkeit nutzen, mit dem Anspruchsteller eine redaktionelle Lösung zu vereinbaren. Dies ist wichtig, weil die Gegendarstellung, die ja eine Äußerung des Betroffenen ist, im Allgemeinen nicht einen Widerruf (also eine Erklärung der Redaktion) ausschließt.

Unklug und geradezu provokant ist es, „aus Prinzip“ eine wahre Gegendarstellung durch den bereits erwähnten „Standard“-Redaktionsschwanz zu relativieren. Dies ist unter Umständen der beste Weg, sich einen noch nicht geltend gemachten Widerrufsanspruch einzuhandeln. Es ist daher bei dieser Sachlage zweckmäßig, einzulenken, die Gegendarstellung vielleicht mit einem Redaktionsschwanz sogar aufzuwerten. Zum Beispiel:

„Herr/Frau X hat Recht. Die Redaktion.“

Anmerkungen solcher – nebenbei auch Platz sparenden - Art führen in der Regel dazu, dass später noch erhobene Widerrufsansprüche von Gerichten als bereits durch die Gegendarstellung inklusive redaktioneller Anmerkung erfüllt abgewiesen wurden. Örtlich bzw. regional unterschiedliche Auffassungen in der Rechtsprechung hierzu sind allerdings – wie stets – zu berücksichtigen.

Nach alledem kann festgehalten werden, dass das Risiko äußerungsrechtlicher Streitigkeiten durch journalistische Professionalität zwar deutlich verringert, aber insbesondere im Hinblick auf Gegendarstellungsansprüche kaum ausgeschlossen werden kann.

Die Gegendarstellung mag als lästig empfunden werden, als Beleg für mangelnde Sorgfalt der Redaktion ist sie nicht geeignet. Auch nicht, das Ansehen der Redaktion zu mindern. Es besteht kein Anlass, es wäre im Gegenteil geradezu katastrophal, wenn Redakteure aus Furcht vor Gegendarstellungen (oder aus Furcht vor der nachfolgenden Schelte durch die Chefredaktion) die Schere in den Köpfen wüten lassen würden.

Gegendarstellungen sind keine Katastrophe, sondern vielfach Ansporn und Chance. Gefragt ist letztlich der sachgerechte Umgang mit ihnen. Dies gelingt am besten durch vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den Redaktionen und den ihnen zur Seite gestellten Presserechtsspezialisten.

Kontakt
Christian Hartrodt
Axel Springer AG
– Rechtsabteilung –
Telefon: 030 2591-77391
E-Mail: christian.hartrodt@axelspringer.de

Christian Hartrodt ist Justiziar bei der Axel Springer AG



Sonderbehandlung für Politiker?

In Wahlkampfzeiten sollte man auf das Presserecht besonders achten

Aus presserechtlicher Sicht bedeuten Wahlkämpfe nichts Besonderes. Die allgemeinen medienrechtlichen Regeln und Grundsätze gelten uneingeschränkt auch in diesen stürmischen Zeiten. Allerdings weist Christian Hartrodt, Justiziar bei der Axel Springer AG, darauf hin, dass die Anwendung journalistischer Sorgfaltsregeln vor Wahlen besonders gefragt ist.

Vor Wahlen ist nicht nur die Presse besonder interessiert an den Kandidaten, sie selber suchen geradezu die (Selbst-) Darstellungsmöglichkeiten über die Medien. Die Politiker werden mehr als sonst darauf bedacht sein, dass ihr von der Presse gezeichnetes Erscheinungsbild den eigenen Vorstellungen entspricht.

Dass die Presse das öffentliche Wirken eines Politikers unter Beachtung des Wahrhaftigkeitsgebotes geradezu sezieren darf, muss man nicht weiter betonen. Komplizierter wird es, wenn die Presse Vorgänge aus dem Privatbereich öffentlich macht. Das Augenmerk der Öffentlichkeit richtet sich nicht nur auf das politische Wirken dieser Personen, insbesondere wenn sie hohe politische Ämter bekleiden, auch ihr Lebenswandel ist von Interesse. Aus der Art der persönlichen Lebensführung lassen sich nämlich Rückschlüsse auf Charakter und Glaubwürdigkeit ziehen.

Intimsphäre

Wie jeder andere Mensch sind auch Politiker vor der Verletzung ihrer Intimsphäre, also der engste Bereich der Persönlichkeit, absolut geschützt. Dies gilt für Textveröffentlichungen und Fotos. Der Schutz des Rechts am eigenen Bild ist zwar bei Personen aus dem Bereich der Zeitgeschichte eingeschränkt, doch gilt dies nicht für die Intimsphäre. Zum geschützten Bereich zählen zum Beispiel das Sexualleben und Einzelheiten medizinischer Untersuchungen. Die Tatsache, dass eine Persönlichkeit des öffentlichen Lebens erkrankt ist, darf hingegen berichtet werden. Die Ehescheidung eines hochrangigen Politikers liegt außerhalb der Intimsphäre sie darf in der Presse erwähnt werden. Einzelheiten, die zum Scheitern der Ehe geführt haben, sind indes in aller Regel tabu. Über öffentliche Auftritte mit anderen Partnern darf berichtet werden. Auf den Schutz der Intimsphäre kann sich allerdings nicht mehr berufen, wer selbst der Presse entsprechende Details preisgegeben hat.

Privatsphäre

Im Gegensatz zur Intimsphäre genießt die Privatsphäre, zu der insbesondere der familiär-häusliche Bereich zählt, keinen absoluten Schutz. Hier besteht ein Spannungsfeld zwischen dem Informationsinteresse der Öffentlichkeit und den persönlichen und privaten Belangen der Betroffenen. Hier sind insbesondere die soziale Position der Person und die Intensität des Eindringens in ihre private Sphäre gegeneinander abzuwägen.

Immer wenn die Betroffenen selbst Vorgänge aus diesem Bereich an die Öffentlichkeit bringen, insbesondere wenn dies zu Publicity- oder im Extremfall zu Vermarktungszwecken geschieht, ist der Bereich der Privatsphäre aufgelockert, wenn nicht gar aufgehoben. Ähnliches gilt, wenn zum Beispiel Politiker in der Öffentlichkeit Auffassungen zu politischen Themen oder aktuellen Tagesfragen vertreten, die in Widerspruch zu ihrem Verhalten im privaten Bereich stehen (z. B. Ökotechnik predigen,

aber privat einen Benzinfresser fahren). Hier muss es der Presse erlaubt sein, die Frage nach Anspruch und Wirklichkeit zu stellen. In die gleiche Kategorie fällt auch der Bereich des privaten Finanzgebarens, zumindest wenn hier Auffälligkeiten oder gar Unregelmäßigkeiten festgestellt werden. Stellt sich heraus, dass die Möglichkeiten im öffentlichen Amt für private Zwecke benutzt werden, ist es nicht nur das Recht, sondern geradezu die Pflicht der Presse, die Öffentlichkeit hiervon zu unterrichten.

Alkoholprobleme fallen zwar grundsätzlich in den Schutzbereich der Privatsphäre. Wirken sie sich jedoch zum Beispiel bei einem hochrangigen Politiker auf seine Amtsführung aus, besteht ein Interesse an öffentlicher Erörterung. Sonstige Ereignisse aus dem familiären Bereich dürfen nur in außergewöhnlichen Fällen Gegenstand zulässiger Presseberichterstattung sein. Gegebenenfalls sind die Interessen der Familienmitglieder besonders zu beachten. Bei minderjährigen Kindern ist – insbesondere in der Bildberichterstattung – stets besondere Vorsicht geboten, es sei denn, das elterliche Einverständnis liegt ausdrücklich vor oder ergibt sich aus den Umständen, wie beim öffentlichen Auftritt mit Kindern.

Fazit

Wenn sich die Presse mit dem Wirken und Leben von Politikern näher befasst, wirkt sie an deren demokratischer Kontrolle mit. Die Kontrollintensität steigt mit der Bedeutung und Funktion des jeweiligen Politikers. Spätestens an seiner Haustür geraten die Kontrollgänge der Presse jedoch rechtlich an Schranken, weil auch Politikern ein tatsächliches wie rechtliches Refugium zuzugestehen ist. Diese Idylle darf die Presse nur stören, wenn sie in dem oben aufgezeigten Sinn ein öffentliches Interesse auf ihrer Seite hat. Häufig sorgen die Politiker selbst dafür, dass den Journalistinnen und Journalisten auch in diesem heiklen Bereich der Stoff für zulässige Berichterstattung nicht ausgeht. Durch ihr Verhalten und ihre Äußerungen beeinflussen sie letztlich die sie schützenden rechtlichen Schranken. Und so spricht alles dafür, dass Journalisten auch künftig von diesen „Schrankenwärtern" Einlass zum Privatbereich erhalten werden – wenn auch nicht immer aus freien Stücken.

Literatur:

Prof. Dr. Karl Egbert Wenzel
Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung, Handbuch des Äußerungsrechts
[5]2003, Verlag Dr. Otto Schmidt, Köln

Dr. Reinhart Ricker
Handbuch des Presserechts
[5]2005, Verlag C.H. Beck, München

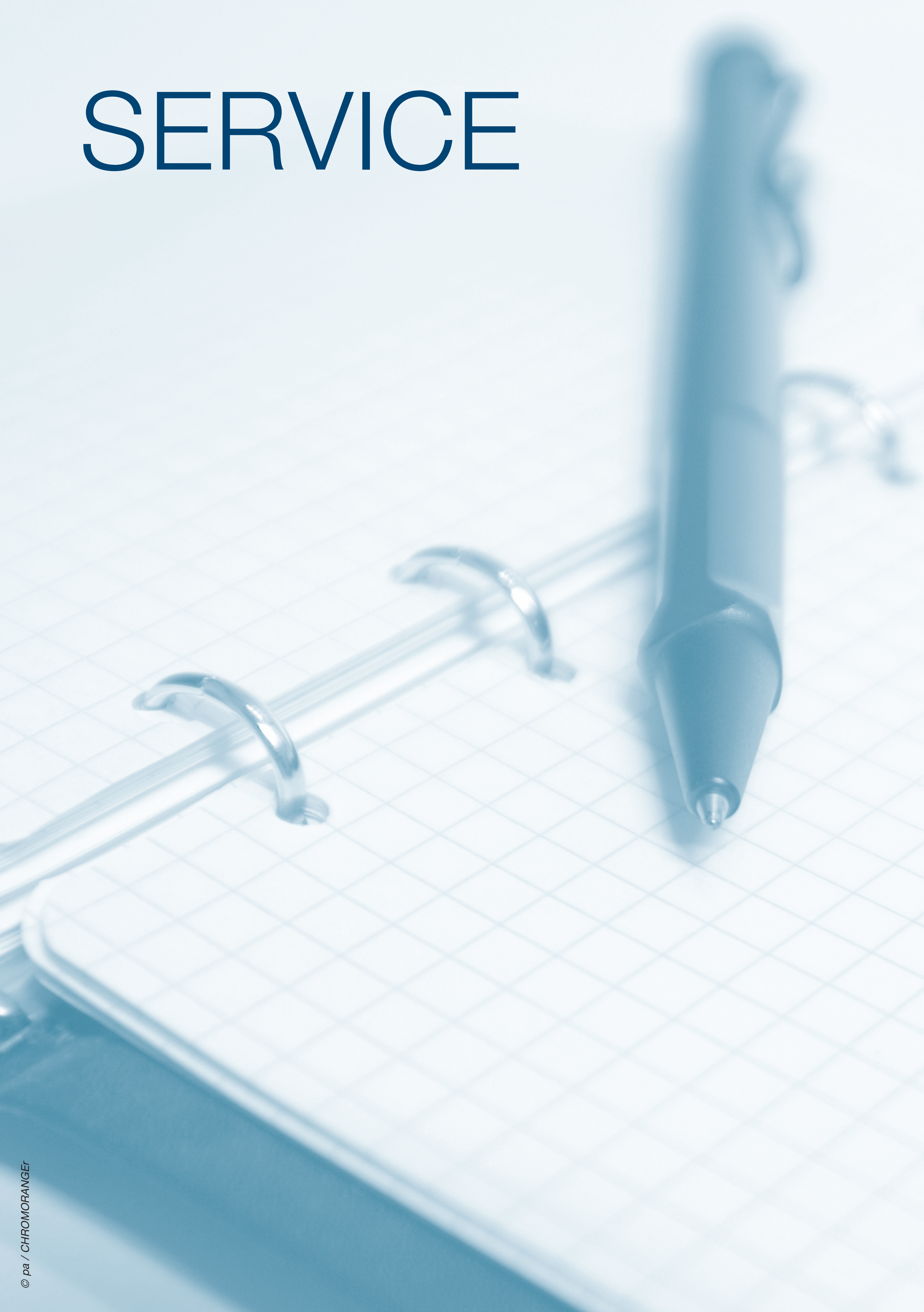
Renate Damm, Dr. Klaus Rehbock, Jörg F. Smid
Widerruf, Unterlassung und Schadensersatz in den Medien
[3]2008, Verlag C.H. Beck, München

Dr. Matthias Prinz, Dr. Butz Peters
Medienrecht – die zivilrechtlichen Ansprüche
1999, Verlag C.H. Beck, München

Walter Seitz, German Schmidt, Alexander Schoener
Der Gegendarstellungsanspruch in Presse, Film, Funk und Fernsehen
[3]1998, Verlag C.H. Beck, München

Kontakt
Christian Hartrodt
Axel Springer AG
– Rechtsabteilung –
Telefon: 030 2591-77391
E-Mail: christian.hartrodt@axelspringer.de

SERVICE



Kapitel 8: Service

Internet-Links

Allgemein:

www.polixea-portal.de
Ein unabhängiges Politikportal mit vielfältigen Informationen, Dossiers, aktuellen Nachrichten und jeweils besonderen Angeboten zu anstehenden Wahlen.

www.politik-digital.de
Eine Informations- und Kommunikationsplattform zum Thema „Internet und Politik“. Sie wird von einem Verein betrieben.

www.abgeordnetenwatch.de
Hier kann man alle deutschen EU-Abgeordneten sowie sämtliche Bundestagsabgeordnete befragen. Darüber hinaus wird das Abstimmungsverhalten der Politiker bei wichtigen Entscheidungen im Bundestag und Europa-Parlament dokumentiert.

http://dip21.bundestag.de
DIP steht für das Dokumentations- und Informationssystem für Parlamentarische Vorgänge. Das gemeinsame Informationssystem von Bundestag und Bundesrat dokumentiert das parlamentarische Geschehen in Bundestag und Bundesrat – wie es in Drucksachen und Stenografischen Berichten festgehalten ist. Der Service bietet umfangreiche Rechercheangebote. Unter anderem lässt sich überprüfen, wie aktiv die Politiker aus dem eigenen Wahlkreis in Berlin sind.

www.bundeswahlleiter.de
Alles Wissenswerte zu Wahlen in Deutschland und Europa, von der Wahlordnung bis zu den Wahlkreiseinteilungen. Hier sind die Ergebnisse früherer Bundes-, Landtags- und Europawahlen gelistet. Außerdem kann man sich ein Verzeichnis aller Wahlleiter in Bund und Land herunterladen.

www.kommon.de
Portal für zahlreiche Belange der Kommunen. Mit Links zum Städtetag, Fachverbänden und kommunalen Vereinigungen.

Europa:

http://europa.eu/geninfo/info/index_de.htm
Anlaufstellen bei den Organen, Agenturen und sonstigen Einrichtungen der EU. E-Mail-Adressen der EU-Organe und Kontakt zu den Vertretungen der Kommission in den Mitgliedstaaten. Auf der Unterseite „Wo finde ich Informationen auf EUROPA?“ gibt es Zugang zu Dokumenten, Datenbanken, Karten und Statistiken.

http://europa.eu/index_de.htm
Das Portal der Europäischen Union mit einer übersichtlichen Navigation zu Tätigkeitsfeldern der EU, nach Themen gegliedert, zu den Institutionen und Einrichtungen, zu Dokumenten und Diensten.

www.bpb.de/files/6ZBAYR.pdf
Unter diesem Link lässt sich ein Dossier herunterladen mit dem Titel „Ist Herr Barroso der Chef von Frau Merkel?“. Darin wird anschaulich erklärt, wer in der EU welche Kompetenzen hat und wie ein Gesetzgebungsverfahren in der EU läuft.

Literatur

Eva Bockmühl
Demokratische Willensbildung im Internetzeitalter – Eine politökonomische Analyse, Demokratie und Demokratisierungsprozesse
Bd. 4, Hamburg 2008

Jochen W. Wagner
Deutsche Wahlwerbekampagnen made in USA? Amerikanisierung oder Modernisierung bundesrepublikanischer Wahlkampagnen
VS Verlag für Sozialwissenschaften,
Wiesbaden 2005

Manuel Merz, Stefan Rhein, Julia Vetter
Wahlkampf im Internet.
Handbuch für die politische Online-Kampagne
Lit Verlag, Münster 2006

Axel Balzer, Marvin Geilich, Shamim Rafat (Hrsg)
Politik als Marke: Politikvermittlung zwischen Kommunikation und Inszenierung
Lit Verlag, Münster 2005

Timm Kern
Warum werden Bürgermeister abgewählt?
Kohlhammer, Stuttgart 2007

Wichard Woyke
Stichwort: Wahlen. Wähler – Parteien – Wahlverfahren
Leske + Budrich Verlag, Opladen [10]2002

Das Programm für Lokaljournalisten

Angebote der Bundeszentrale für politische Bildung für Journalisten

Je besser die Medien informieren, desto besser „funktioniert“ die Demokratie – das ist unsere Philosophie.

Deswegen setzt sich die Bundeszentrale für politische Bildung/bpb für einen qualitativ hochwertigen Lokaljournalismus ein. Das Lokaljournalistenprogramm leistet seit mehr als 30 Jahren praktische „Hilfe zur Selbsthilfe“: Die Kollegen und Kolleginnen aus den Zeitungs- und Hörfunkredaktionen sind für uns wichtige Partner und Berater. Gemeinsam mit dem Projektteam Lokaljournalisten und dem Projektteam Hörfunk entwickeln wir Ideen und setzen diese um. So hat sich dank vieler engagierter Lokal- und Hörfunkjournalisten eine sehr aktive und attraktive Weiterbildungsplattform entwickelt: Die Palette reicht von Handbüchern über Fortbildungsseminare und Kongresse bis hin zum monatlichen Magazin für Lokalredaktionen, der *drehscheibe,* und ihrem Online-Auftritt www.drehscheibe.org. Mit *www. hoerfunker.de* und dem Projektteam Hörfunk stärken wir das Radio als Informationsmedium und setzen uns für eine journalistische Ethik in den Radiostationen ein.

Unser Engagement ist eine Investition in die Qualität von Tageszeitungen und Hörfunk, die sich lohnt. Denn es ist nicht der Leitartikler, sondern die Lokaljournalisten, die immer wieder aufs Neue die Politik in den Alltag der Menschen übersetzen: Sie mischen sich ein, kritisieren und bieten Orientierungshilfe. Sie halten die Demokratie dort lebendig, wo sie mit ihrer Institution den Menschen am nächsten ist: im Lokalen. Damit das zu leisten ist, sind stets neue Ideen und kreative Konzepte notwendig. Denn nur auf der Basis von gutem und unabhängigem Journalismus kann sich das Publikum eine eigene Meinung bilden. Alles, was die Qualität der Medien im weiten Feld der Politikberichterstattung fördert, dient der politischen Bildung und somit unserer Demokratie.

Seit 1990 erscheinen die Themen und Materialien für Journalisten bei der bpb. Diese Reihe richtet sich an alle Journalisten, die sich aktiv für die Qualität der Tageszeitung einsetzen. Neben dem vorliegenden Band sind noch **Band 5: Geschichte** (Bestellnummer 8005) und **Modelle für morgen – 25 Jahre Lokaljournalistenprogramm** (Bestell-



nummer 8025) erhältlich. Außerdem ist der Band **Wächteramt und Alltagsleben** (Bestellnummer 2405) lieferbar.

Weitere bpb-Publikationen für das Superwahljahr

Wir empfehlen im Superwahljahr 2009 diese Publikationen aus unserem Angebot:

- Wie Demokratie leben (Schriftenreihe Bd. 724), Paul Ginsborg
- Handbuch der deutschen Parteien (Schriftenreihe Bd. 640), Frank Decker, Viola Neu (Hrsg.)
- Der Vertrag von Lissabon (Schriftenreihe Bd. 709), Bundeszentrale für politische Bildung
- Die Europäische Union (Schriftenreihe Bd. 442), Werner Weidenfeld (Hrsg.)
- Die Staatenwelt Europas (Schriftenreihe Bd. 443), Werner Weidenfeld (Hrsg.)
- Europa – leicht gemacht (Schriftenreihe Bd. 627), Werner Weidenfeld (Hrsg.)
- ZeitBilder: Wie läuft's in Deutschland, Eckart D. Stratenschulte
- ZeitBilder: Wahlen in der Bundesrepublik (6. überarbeitete Auflage), Karl-Rudolf Korte
- Bundestagswahl und Europawahl 2009 (inkl. GrafStat-CD), Themen und Materialien/ Arbeitshilfen für die politische Bildung
- Informationen zur politischen Bildung (Nr. 295), Parlamentarische Demokratie
- Informationen zur politischen Bildung (Nr. 292), Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland
- Hörfunkpaket zur Bundestagswahl 2009

Zudem wird es auf *www.bpb.de* ein umfangreiches und ständig aktualisiertes Onlineangebot zu den Wahlen geben. Unter *www.wahl-o-mat.de* zeigt unser Frage-und-Antwort-Tool, welche zu einer Wahl zugelassene Partei der eigenen politischen Position am nächsten steht.

Kontakt
Berthold L. Flöper
Leiter Lokaljournalistenprogramm
Adenauerallee 86
53113 Bonn
Tel.: +49 (0)228 99 515-558
Fax: +49 (0)228 99 515-498
floeper@bpb.de
www.bpb.de/lokaljournalistenprogramm

Wie Zeitungen das Thema Wahl kreativ umsetzen

Beispiele aus dem drehscheibe-Archiv

Allgemeine Wahlthemen

Harmoniebedürftig, fotogen und mit Hund
Die Eheleute der Oberbürgermeister-Kandidaten werden vorgestellt. Sie erzählen, wie sie ihren Partner kennen gelernt haben und wie sie den Wahlrummel erleben.
Bonner General-Anzeiger, 25./26.09.2004

Deutschland ist gut, gar keine Frage
Drei Leser stellen dem Bundespolitiker Franz Müntefering in einem Interview Fragen. Es ist der Auftakt der „Leser fragen"-Reihe mit Politikern im Wahlkampf.
Braunschweiger Zeitung, 20.08.2005

Frauenduell: Frust und Freude
Ein Vergleich, wie die beiden Direktkandidatinnen Margit Wetzel (SPD) und Martina Krogmann (CDU) den Wahlabend (Wahlkreis Stade) erleben.
Buxtehuder Tageblatt, 23.09.2002

Die gelbe Scholle
Reise nach Rehbach, ein Dorf mit 34 wahlberechtigten Einwohnern in Rheinland-Pfalz und der höchsten Konzentration an FDP-Wählern in Deutschland. Erschienen im Rahmen der Serie „Die Rekordhalter. Wo die Parteien bei der letzten Bundestagswahl ihr bestes Ergebnis hatten."
Der Tagesspiegel (Berlin), 29.08.2005

Gute Karten für fünf Kandidaten
Ein gut ausgewähltes Fotomotiv zur Bundestagswahl: Eine Hand nimmt ein Bündel Wahlbriefe aus einer Kiste. Der Bezug: Im Wahlkreis Esslingen wählten mehr als 10.000 Einwohner per Briefwahl.
Esslinger Zeitung, 17./18.09.2005

Ein Schild sagt mehr als tausend Worte
Fotos von Wahlplakaten zur Bundestagswahl, die durch den Ort ihrer Platzierung eine Situationskomik haben. Gerade Verkehrsschilder konterkarieren gelegentlich die Aussage der Plakate.
Leipziger Volkszeitung, 23.09.2002

Vier raus, drei rein
Vier Leipziger Abgeordnete mussten aus dem Bundestag ausziehen, drei zogen neu rein. Die Zeitung setzt es grafisch mit den Pfeilen „drin" und „draußen" um.
Leipziger Volkszeitung, 24.09.2002

Am Morgen danach
Wie ein Newsticker verlaufen im Kopfbereich über mehrere Seiten die Stimmen von Einwohnern zur Situation unmittelbar nach der Bundestagswahl.
Leipziger Volkszeitung, 20.09.2005

In Lübeck sind die Schlipse bunter
Schröder und Stoiber trugen beim Fernseh-Duell fast identische Krawatten. Die Autorin sprach mit verschiedenen Lübecker Männern und kommt zu der Erkenntnis, dass es in Lübeck genug Auswahl gibt.
Lübecker Nachrichten, 10.09.2002

Erstwähler über 40
In Deutschland lebende Ausländer können wählen, sobald sie die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten haben. Wie das für sie ist, wird im Artikel an vier Lübeckern ausländischer Herkunft veranschaulicht.
Lübecker Nachrichten, 22./23.09.2002

Wenn ich Bürgermeister wäre ...

Bewohner erzählen in der Serie, wie sie die Stadtpolitik gestalten würden und was es zu verbessern gibt.

Lübecker Nachrichten, 22.08.2005

Der Wissenstest

Fünf Bundestagskandidaten beantworten in einem spontanen Wissenstest 14 Fragen aus dem Bereich Allgemeinwissen. Der NPD-Kandidat hat nicht teilgenommen.

Lüdenscheider Nachrichten, 10.09.2005

Kleine Trendwende

Das Institut für Wahl-, Sozial- und Methodenforschung Kaufbeuren hat für die Zeitung die Wählerwanderung im Kreis Minden-Lübbecke untersucht. Grafiken veranschaulichen die Ergebnisse.

Mindener Tageblatt, 28.09.2004

Mein Kandidat als Dreikäsehoch

Die Zeitung druckt Kinderfotos der Kandidaten der Bundestagswahl für den Wahlkreis Osnabrück-Land ab. Am nächsten Tag wird verraten, wer sich hinter welchem Kindergesicht verbirgt, und der Leser bekommt Infos zu privatem und politischem Leben der Kandidaten.

Neue Osnabrücker Zeitung, 06.09.2002

Hier geht es um Freiheit

Auf der jungen Peiner Seite erklärt Gerhard Himmelmann, Politik-Professor an der Braunschweiger TU, warum es wichtig ist, zu wählen. In einem Info-Kasten wird die Bundestagswahl genauer erläutert

Peiner Allgemeine Zeitung, 18.09.2002

Wahlkämpfe müssen verrückt sein

Trotz eisiger Kälte unterstützen vier Wahlkämpfer ihre Partei etwa mit dem Plakataufhängen und jeder Menge Idealismus.

Peiner Allgemeine Zeitung, 31.01.2003

Neue Gesichter

Mehr als ein Viertel des Gemeinderats wird neu besetzt. In einer Serie werden den Lesern die neuen Mitglieder in Porträts vorgestellt.

Pforzheimer Zeitung, 30.08.2004

Ich, Bundeskanzler/in

Serie zur Bundestagswahl 2005. Zitate von Bürgern, die sagen, was ihrer Meinung nach in Deutschland geändert werden sollte.

Pforzheimer Zeitung, 02./04.08.2005

Sein eigenes Süppchen kochen/ Jedem sein Erfolgsrezept

In der Serie „Bundestagswahl“ präsentieren sich sie die Kandidaten am heimischen Herd. Beim Kochen erzählen sie von sich und den politischen Plänen der Partei, die sie vertreten.

Pforzheimer Zeitung, August 2005

Frauen sollen sich vordrängeln

In den Stadt- und Gemeinderäten dominieren immer noch die Männer. Der Artikel beleuchtet die Gründe dafür und zeigt auf, warum Frauen sich stärker engagieren können und sollen.

Pirnaer Zeitung/Sächsische Zeitung (Dresden), 25.02.2004

Goldene Eier legen

Wie können die Staatsfinanzen saniert werden? Dieser Frage widmet sich das Wahlrätsel eines Physik-Professors. Die Leser sollen herausfinden, ob die vom Wissenschaftler beschriebene Goldvermehrung funktioniert.

Flensburger Tageblatt, 18.09.2005

Die Problemlöser

Politiker sollten besser die Probleme und Aufgaben lösen. Leser beantworteten die Frage „Brauchen wir einen Lügenausschuss?“ Dokumentation der Antworten, ein Stimmungsbild.

Sindelfinger Zeitung / Böblinger Zeitung, 13.12.2002

Das Kettensägenmassaker

Die Zerstörung von Wahlplakaten hat eine erhebliche Dimension erreicht, die in den Regionen unterschiedlich ausgeprägt ist. Parteimitglieder äußern sich zu möglichen Gründen.

Speyerer Morgenpost, 10.09.2005

Elefantenrunden raten

Das taz-Wahlspiel: Die Spitzenpolitiker der Parteien sind mit einem Porträtfoto abgebildet. Ihnen sollen die 25 Statements zugeordnet werden.

taz (Berlin), 21./22.09.2002

Die Stimme der Nichtwähler

Der Artikel dokumentiert Internet-Beiträge von Wahlverweigerern auf der Seite www.ich-gehe-nicht-hin.de.

taz (Berlin), 26.07.2005

Internet

www.ungenutzte-moeglichkeiten.de

Die Redaktion prüfte die Internetauftritte der einzelnen Parteien nach den Kriterien Optik, Inhalt und Verlinkung. Und kommt zu dem Schluss, dass die keineswegs perfekt sind.

Lippische Landes-Zeitung (Detmold), 24.08.2004

Surfer gelockt mit Heirat, Hobbys, Hund und Humor

Wie die sechs Bundeskandidaten im Wahlkreis Gifhorn-Peine das Internet als Präsentationsplattform nutzen, wer kreativ ist und auf wessen Seite es hapert.

Peiner Allgemeine Zeitung, 24.07.2002

Wahlen und Jugend

Rot klicken, doch schwarz wählen

Gymnasiasten aus dem Landkreis Vechta testen den Wahl-O-Maten. Darüber hinaus erzählen die Schüler von der politischen Bildung in der Schule und welcher Partei sie ihre Stimme geben würden.

Oldenburgische Volkszeitung (Vechta), 06.09.2005

Wahlplakate

Expedition in den Plakate-Dschungel

Die Redakteurin ging mit vier Jugendlichen durch die Stadt. Gemeinsam testeten sie die Wahlplakate auf Gestaltung und Wirkung.

Esslinger Zeitung, 18.09.2002

Kompetenz dank Krawatte

Eine Expertin analysiert die Wahlplakate von vier Göttinger Bundestagsabgeordneten in puncto Gestaltung und Wirkungsabsicht.

Göttinger Tageblatt, 01.09.2005

Ein plakatives Trauerspiel

Ein Künstler und Designer beurteilt die Gestaltung der Wahlplakate. Sein Urteil: Gestaltung mangelhaft und ohne Humor.

Nordbayrischer Kurier (Bayreuth), 06./07.09.2003

Von staatstragend bis leicht spöttisch

Die Wahlplakate zur Bundestagswahl 2005 wurden auf Wirkung und Gestaltung untersucht, die Umfrage eines Marktforschungsinstituts herangezogen. Ergebnis: Den Wahlplakaten mangelt es an Kreativität.

Nordbayrischer Kurier (Bayreuth), 09.09.2005

zusammengestellt von Steffi Bojahr

Eine ausführliche Beispielliste kann bei der drehscheiben-Redaktion angefordert werden.

Index

Zeitungen:

Namen:

Allgemeine Stichworte: